

Stenographisches Protokoll

21. Sitzung des Kärntner Landtages - 27. Gesetzgebungsperiode
Montag, 15. Mai 1995

Inhalt

Fragestunde (S. 1455)

Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 306-1/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des F-Klubs betreffend das Tourismussonderprogramm

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 1470)

Einstimmige Annahme von Dr. Hofer zur GO, die Dringlichkeitsanträge Ldtgs.Zl. 306-1/27, 307-1/27, 308-1/27 und 306-2/27 im sachlichen Teil gemeinsam zu behandeln (S. 1471)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1472)

2. Ldtgs.Zl. 307-1/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des F-Klubs betreffend die Aufstockung des KTG-Budgets

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mitterer (S. 1472)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1472)

3. Ldtgs.Zl. 308-1/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des F-Klubs betreffend die Förderung von überörtlichen Tourismusregionen

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mitterer (S. 1473)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1473)

4. Ldtgs.Zl. 201-5/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des F-Klubs betreffend die Förderung für Abwasserentsorgungsinvestitionen

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Gallo (S. 1474)

Zur Dringlichkeit: Mag. Herbrich (S. 1474), Schiller (S. 1475), Stangl (S. 1475), Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 1475), Dr. Ambrozy (S. 1476)

Ablehnung der Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1476)

Zuweisung: Ausschuß für Umweltpolitik und Gemeindepolitik (S. 1476)

5. Ldtgs.Zl. 306-2/27:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Hofer, Sablatnig, Dkfm. Scheucher, Hinterleitner, Bergmann, Dr. Ambrozy, Koncilia, Unterrieder, Kollmann und Schiller betreffend einen Förderungskatalog an den Tourismusreferenten zur Verbesserung der Tourismussituation in Kärnten

Zur Begründung der Dringlichkeit: Koncilia (S. 1477)

Zur Dringlichkeit: Dr. Hofer (S. 1477), Dr. Strutz (S. 1477)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1478)

Gemeinsame Debatte zu den Punkten 1, 2, 3 und 5: Dr. Ambrozy (S. 1478), Mitterer (S. 1482), Dr. Hofer (S. 1486), Koschitz (S. 1489), Mag. Trunk (S. 1492), Hinterleitner (S. 1496), Mag. Grasser (S. 1498), Dr. Wutte (S. 1504), Unterrieder (S. 1506), Dipl.-Ing. Freunschlag (S.1508), Dkfm. Scheucher (S. 1512), Krenn (S. 1513), Mag. Grasser (S. 1516), Dr. Ambrozy (S. 1518)

Der Antrag von Dr. Hofer zur GO auf Vertagung (§ 53 Abs. 5 GO) der Anträge Ldtgs.Zl. 306-1/27, 307-1/27 und 308-1/27 wird mit Mehrheit angenommen (S. 1520)

Zu Punkt 5, Ldtgs.Zl. 306-2/27: Einstimmige Annahme der Z. 1 und 2; Annahme der Z. 3 und 4 mit Mehrheit (S. 1520)

6. Ldtgs.Zl. 314-1/27:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Ambrozy, Ferlitsch, Kollmann, Koncilia, Koschitz, Kövari, Ing. Rohr, Schiller, Schlagholz, Mag. Trunk, Unterrieder, Wedenig und Ing. Wissounig betreffend die Erweiterung der bestehenden Metallstiftung

Zur Begründung der Dringlichkeit: Unterrieder (S. 1521)

Zur Dringlichkeit: Sablatnig (S. 1521), Mitterer (S. 1522)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1522)

Einstimmige Annahme (S. 1522)

7. Ldtgs.Zl. 316-1/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des F-Klubs betreffend eine Kärntner Lösung für den "Konsum"

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 1523)

Zur Dringlichkeit: Dr. Ambrozy (S. 1524), Ing. Pfeifenberger (S. 1525), Dr. Hofer (S. 1526), Koncilia (S. 1527)

Ablehnung der Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1527)

Zuweisung: Finanz- und Wirtschaftsausschuß (S. 1527)

B. Dringlichkeitsanfragen:

Ldtgs.Zl. 315-1/27:

Dringlichkeitsanfrage der Abgeordneten Dr. Ambrozy, Ferlitsch, Kollmann, Koncilia, Koschitz, Kövari, Ing. Ruhr, Schiller, Schlagholz, Mag. Trunk, Unterrieder, Wedenig und Ing. Wissounig an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser betreffend die Auswirkung von Negativaussagen auf den Kärntner Tourismus

Zuerkennung der Dringlichkeit und Behandlung mit Mehrheit (S. 1527)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Trunk (S. 1527)

Debatte: Sablatnig (S. 1530), Schiller (S. 1531), Dr. Strutz (S. 1532), Dr. Ambrozy (S. 1534), Dr. Hofer (S. 1536)

Anfragebeantwortung: Mag. Grasser (S. 1537)

Antrag von Dr. Ambrozy nach § 22 Abs. 1 GO: Annahme mit Mehrheit (S. 1538)

Beratung: Dr. Ambrozy (S. 1538)

C. Anträge von Abgeordneten (S. 1539)

Beginn: Montag, 15.5.1995, 10.04 Uhr

Ende: Montag, 15.5.1995, 17.05 Uhr

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Unterrieder**,
Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**,
Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher**

Anwesend: 35 Abgeordnete

Entschuldigt: Abgeordneter **Dr. Großmann**

Mitglieder des Bundesrates:
Ing. Kerschbaumer, Bekavac-Ramsbacher, Ing. Eberhard

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Zernatto**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser**, Lan-

desrat **Dr. Haller**, Landesrätin **Dr. Sickl**, Landesrätin **Achatz**, Landesrat **Lutschounig**;
Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**, Landesamtsdirektor-Stellvertreter **DDr. Anderwald**

Schriefführer: Direktor **Dr. Putz**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich eröffne die 21. Sitzung des Kärntner Landtages, begrüße die Damen und Herren auf der Journalistentribüne und auf der Zusehertribüne. Am

Unterrieder

Beginn der Sitzung kommen wir gleich zur Fragestunde und ich darf die erste Anfrage aufrufen:

Unterrieder**Fragestunde****1. Ldtgs.Zl. 167/M/27:****Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz
an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Anfrage resultiert aus dem Dezember des Vorjahres, deshalb dürfte sie mittlerweile bereits aktuellen Bedarf der Beantwortung haben. Ich darf Sie fragen: Welche finanziellen Hilfestellungen wird der Bund Kärnten im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt geben?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Ich möchte am Beginn meiner Beantwortung nur auf eine Diskussion kurz eingehen, die sich durch die letzte Sitzung gezogen hat, und darauf hinweisen, daß meine Abwesenheit aus dem Kärntner Landtag keine mutwillige war, sondern daß in der Sitzung am 6. April meine Abwesenheit dadurch zu erklären ist, daß zum selben Zeitpunkt eine Finanzreferentenkonferenz in Bregenz stattgefunden hat, bei der die Interessen des Landes Kärnten im Rahmen der gesamtösterreichischen Diskussion zu vertreten waren. Am 4. Mai hat ebenfalls wieder zum Termin einer Landtagssitzung die Landeshauptmännerkonferenz in Bregenz stattgefunden. Ich möchte dazu mitteilen, daß ich selbstverständlich jede nur mögliche Gelegenheit nutze, im Kärntner Landtag nicht nur anwesend zu sein, sondern auch entsprechend Auskunft zu geben, sofern es Anfragen gibt, bzw. für Diskussionen zur Verfügung zu stehen. Ich darf dazu sagen, daß ich auch Anweisung gegeben habe, daß in der Landesamtsdirektion dahingehend Vorsorge getroffen wird, daß es mit dem Landtagsamt zu einer entsprechenden Terminabgleichung kommt, nachdem sowohl Termine der Landeshauptmännerkonferenzen als auch der Landtagssitzungen an sich lange im vorhinein

bekannt sind. Ich ersuche daher, erstens zu entschuldigen, daß ich in diesen beiden Sitzungen nicht im Hause war, aber das war nicht auf eigenes Betreiben. Zweitens ersuche ich, daß wirklich darauf Rücksicht genommen wird, daß diese Paralleltermine wahrgenommen werden können.

Nun aber zur Anfragebeantwortung des Klubobmannes Dr. Strutz: Ich darf erstens zur Regionalpolitik sagen: Mit EU-Beitritt partizipiert Kärnten an den Mitteln des EU-Strukturfonds. Wie Dr. Strutz bereits ausgeführt hat, ist vieles von dem, was in dieser Anfrage beantwortet wird, ohnehin bereits Gegenstand ausführlicher Erörterungen nicht nur hier im Landtag, sondern auch in der Öffentlichkeit gewesen, weshalb ich um Verständnis bitte, daß möglicherweise die eine oder andere Dublette hier mit drinnen ist. Ich möchte aber versuchen, ein bißchen zusammenzufassen, weil vor allem die Fragestellung darauf abzielt, nicht wieviele Mittel seitens der EU nach Kärnten kommen, sondern welche Hilfestellungen der Bund in diesem Zusammenhang für Kärnten gibt.

An EU-Strukturfondsmitteln erhält Österreich für einen fünfjährigen Programmplanungszeitraum rund 21 Milliarden Schilling. Diese sind aufgrund eines Aufteilungsvorschlages des Bundeskanzleramtes für die Ziele 2 und 5b wie folgt vorgesehen: Die Gesamtsumme ist also 21.099,000.000 Schilling, davon gehen ins Ziel 1 2.392,000.000 Schilling und in die Ziele 2 bzw. 5b 18.707,000.000 Schilling. Aufteilung auf die Ziele 2 bis 5b: Es sind vorgesehen, für die Ziele 3 und 4 insgesamt 6.084,000.000, für das Ziel 5a 5.148,000.000 Schilling und für Ziel 2 und 5b 7.475,000.000 Schilling. Der Umrechnungskurs, der hier zur Anwendung gekommen ist, bezieht sich auf ein Ecu = 13 Schilling. Die Verhandlungen über eine Aufteilung der Strukturfondsmittel auf die Bundesländer waren zum damaligen Zeitpunkt noch im Gange, eine exakte Größenordnung für Kärnten wird aber erst nach Vorliegen der entsprechenden Ergebnis vor allem was die

Dr. Zernatto

Anerkennung des einheitlichen Programmplanungsdokuments in Brüssel anlangt vorliegen.

Um EU-Mittel in Anspruch nehmen zu können, ist grundsätzlich die Einreichung von operationellen Programmen bei der EU-Kommission erforderlich, das ist mittlerweile allgemein bekannt. Für die Zielregion 5b in Kärnten wurde ein einheitliches Programmplanungsdokument erstellt, das mittlerweile nicht nur im Kollegium der Kärntner Landesregierung, sondern auch im Ministerrat beschlossen und in der Zwischenzeit auch der Kommission in Brüssel überreicht wurde. In diesem Programmplanungsdokument sind Entwicklungsstrategien und Maßnahmenpakete sowie Finanztabellen, die einen Finanzierungs- bzw. Aufteilungsvorschlag der EU-Strukturfondsmittel der nationalen Kofinanzierungsanteile, das ist jener Bereich, der heute hier besonders abgefragt wird, für die einzelnen Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft im Rahmen des EAGFL, für Tourismus, Industrie, Gewerbe und Regionalverbände im Rahmen des EFRE-Fonds und im Bereich Human-Ressources im Rahmen des ESF-Fonds enthalten. Daneben wurden im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiativen sogenannte Leaderprogramme für die Norische Region, die Nationalparkregion Mölltal und die Region Rosental sowie wie Interreg-2-Programme mit Slowenien und Friaul-Julisch Venetien vorbereitet.

Die Landesfinanzreferentenkonferenz hat in ihrer Sitzung am 1. 3. 1995 für die länderweise Aufteilung der EU-Kofinanzierungsmittel für die Ziel-5b-Programme empfohlen, von der ungewichteten Einwohnerzahl auszugehen, so daß für Kärnten EU-Kofinanzierungsmittel von 795 Millionen Schilling zur Verfügung stehen und für die Gemeinschaftsinitiative Interreg kann mit 85,3 Millionen Schilling an EU-Kofinanzierungsmitteln gerechnet werden. In den Finanztabellen für das Ziel-5b-Programm sind Kofinanzierungsanteile des Bundes enthalten, wobei eine Beitragsleistung des Bundes in Höhe von 464,1 Millionen Schilling für die Subprogramme Tourismus, Gewerbe und Industrie, eigenständige Entwicklungsstrukturen und endogenes Potential sowie Human-Ressources die Verhandlungsbasis bildet.

Im Bereich der Landwirtschaft wird ein Aufteilungsschlüssel von 60 zu 40 vorgesehen, im EFLE-Bereich wird ein nationaler Kofinanzierungsanteil von 50 zu 50 zwischen Bund und Land Kärnten angestrebt. Der ESF-Bereich wird fast zur Gänze vom Bund finanziert, und zwar zu zirka 80 %.

In diesem Zusammenhang wird auch noch darauf hingewiesen, daß die Mittel des Bundes, die als Kofinanzierungsanteil eingebracht werden, im wesentlichen durch Umschichtungen bestehender Fördermittel aufgebracht werden und daher nur im eingeschränkten Ausmaß von zusätzlichen Bundesmitteln für Kärnten gesprochen werden kann, was, nebenbei bemerkt, selbstverständlich auch für die Kofinanzierungsmittel im Lande selbst gilt. Auch hier wird selbstverständlich versucht, sei es im Bereich der Landwirtschaft oder in anderen Bereichen, bestehende Förderungsprogramme so umzugestalten, daß die Kofinanzierungsmittel seitens des Landes aus bestehenden Budgetansätzen zum Einsatz gebracht werden können.

Zweitens: Solidarpaket für die Landwirtschaft: Das ist jener Bereich, der sehr ausführlich bereits diskutiert wurde. Im Bereich der Landwirtschaft sind insgesamt zusätzlich zu den von der EU zur Verfügung gestellten Fördermitteln für Agrarförderung in den Jahren 1995 bis 1998 an nationalen Mitteln 60,8 Milliarden Schilling und mit EU-Mitteln insgesamt etwa 117 Milliarden Schilling vorgesehen. Allein im Jahre 1995 werden im Zusammenhang mit den einmalig anfallenden Ausgaben für die Lagerabwertung von 4,47 Milliarden Schilling und den degressiven Preisausgleichszahlungen von 7,3 Milliarden Schilling mit den neugestalteten Förderungsschwerpunkten und sogenannten sonstigen Maßnahmen insgesamt zirka 30,8 Milliarden Schilling für Agrarförderungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen sein. Der nationale Anteil wird sich dabei auf etwa 23 Milliarden Schilling belaufen. Darin sind die Marktordnungsexportstützungen der EU in Höhe von 6,4 Milliarden Schilling nicht inkludiert. Im Zuge der Verhandlungen hat sich der Bund bereiterklärt, im Bereich der Lagerabwertung 1,5 Milliarden Schilling und bei den degressiven

Dr. Zernatto

Preisausgleichszahlungen sämtliche in den nächsten drei Jahren anfallenden Kosten, ausgenommen der von seiten der Länder bereits geleisteten Akontozahlungen von 654 Millionen Schilling zu übernehmen. Nach Schätzungen der Landwirtschaftsabteilung macht der Anteil der Lagerbestände in Kärnten zirka 5 Prozent aus, so daß mit Leistungen des Bundes in Höhe von zirka 75 Millionen Schilling für die Lagerabwertung gerechnet werden kann.

Bei den degressiven Ausgleichszahlungen werden die Bundesbeiträge mit ca. 220 Millionen für Kärnten im Jahr 1995 geschätzt. Zusätzlich trägt der Bund die Belastungen aus dem sogenannten Greenhole, die Vorfinanzierung von EU-Mitteln in der Höhe von 2,4 Milliarden sowie Verwertungsüberschüsse in der Höhe von 2,2 Milliarden, die im Jahr 1995 anfallen. Eine Zuordnung dieser Ausgaben auf die einzelnen Bundesländer erweist sich aber als sehr schwierig, weshalb zu Kärnten hier keine exakte Zahl genannt werden kann.

Zum Ausgleich der länderweisen unterschiedlichen Agrarbelastungen leistet der Bund im Wege von Finanzzuweisungen jährlich einen Betrag von 300 Millionen, der den Ländern nach der Agrarquote zufließen soll. Daher werden für Kärnten aus diesem Titel rund 20 Millionen erwartet. Die sogenannten permanenten Agrarförderungen mit einem nationalen Anteil in der Höhe von 40,8 Milliarden in der Zeit von 1995-98 werden auf Grund der Verhandlungsergebnisse vom Bund und den Ländern im Verhältnis 60:40 getragen. Auf Grund der derzeit noch fehlenden Genehmigung der einzelnen Förderungsaktionen durch die EU ist eine genaue Aufteilung der global vertragsmäßig festgelegten Agrarmittel derzeit nicht möglich. Unter Annahme eines Durchschnittssatzes von ca. 10 Prozent können von den nach Kärnten fließenden Bundesmitteln jährlich ca. 610 Millionen Schilling eingeschätzt werden. Dieser Beitrag wird, wie auch bei den Landesmitteln vorgesehen, teilweise zusätzlich und teilweise durch Umschichtung bisheriger Agrarförderungsmittel des Bundes aufgebracht.

(Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Landeshauptmann! Sie haben in Ihrer Anfragebeantwortung eine Summe von Programmen und Kofinanzierungen angesprochen. Von Kärnten aus wurde ein Anzahl von konkreten Projekten eingereicht bzw. eine Mitfinanzierung von Bundesseite beantragt. Liegt Ihrer Information nach eine konkrete Aussage oder eine konkrete Zusage von Bundesseite für das eine oder andere Projekt vor, wenn Ja, für welches?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, ich habe das vorhin schon versucht, zu erklären. Das einheitliche Programmplanungsdokument, das wir vor allem auf der Basis der Mitarbeit in den Regionen selbst, wo diejenigen, die das Projekt betreiben, sehr aktiv, und dafür muß man sich bedanken, in die Erstellung dieser Programme eingebunden waren. Dieses haben wir in der Kärntner Landesregierung einstimmig beschlossen und haben dieses Programmplanungsdokument an den Ministerrat zur bundesweiten Beschlußfassung weiter gereicht. Auch dort ist unverändert dieses Programmplanungsdokument beschlossen worden, weshalb ich grundsätzlich einmal davon ausgehe, daß hier auch die volle Unterstützung und Zustimmung zu den eingebrachten Projekten seitens des Bundes vorhanden ist. Dies wird noch dadurch unterstrichen, daß die zuständige Staatssekretärin Ederer das Programmplanungsdokument, wie von uns verabschiedet, der EU-Kommission zur weiteren Beschlußfassung übermittelt hat.

Ich gehe davon aus, hier ist all jenen zu danken, die mit der Erstellung des Dokumentes beschäftigt waren, insbesondere ist hier die Abteilung 20 hervorzuheben, die über Jahre ihre Aufgabe sehr gut erfüllt hat, ich gehe davon aus, daß auf Grund der sehr konkreten und guten Vorbereitung diese Projekte auch seitens der EU-Kommission beschlußfähig sind. Wir wurden jedenfalls von Seiten der Bundesstelle bei Kontaktgesprächen und Koordinationsgesprächen immer wieder als vorbildhaft für ganz Österreich apostrophiert,

Dr. Zernatto

was die Vorbereitungsmaßnahmen anlangt. Deshalb gehe ich davon aus, daß diese Programme so schlüssig und gut vorbereitet worden sind, daß sie auch im Rahmen der EU entsprechende Anerkennung finden. *(Abg. Dr. Strutz: Danke.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. Wir kommen zur 2. Anfrage.

2. Ldtgs.Zl. 169/M/27:**Anfrage des Zweiten Präsidenten Dipl.-Ing. Freunschlag an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Bitte, Herr Präsident!

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hoher Landtag! Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben wiederholt in den letzten Monaten mitgeteilt, daß Sie mit aller Vehemenz den Dienstpostenplan für die Landesverwaltung um 10 Prozent vermindern wollen und haben auch eindeutig sich zur Objektivierung im Rahmen der Einstellung von Personal bekannt. Trotzdem haben Sie einem ehemaligen Mitarbeiter eines sozialistischen Regierungsmitgliedes in die Dienststelle des Landespressedienstes eingestellt und ich darf die Frage an Sie stellen, auf Grund welcher Objektivierungskriterien wurde im Landespressedienst ein weiterer Mitarbeiter eingestellt?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich möchte grundsätzlich vielleicht ein paar Bemerkungen zu dieser Anfrage machen. Wir sind uns darüber im klaren, daß auf Grund der sehr wechselhaften politischen Ereignisse der letzten Jahre nicht nur Repräsentanten des politischen Bereiches sehr starke Veränderungen, was ihre Person anlangt, hinnehmen mußten, sondern daß

selbstverständlich Mitarbeiter in den einzelnen Büros, die auf Grund der personellen Notwendigkeiten eingestellt wurden, sehr häufig vor der Situation gestanden sind, daß durch Veränderungen im jeweiligen politischen Ressort keine Verwendung mehr für sie bestanden hat. Ich bekenne mich nun einmal grundsätzlich dazu, daß wir in den rein rechtlichen Gegebenheiten auch so etwas wie eine soziale Verantwortung tragen für jene Mitarbeiter, die sich bereit finden, im direkten Bereich der Politik tätig zu werden. Mittlerweile scheint es so, daß Mitarbeiter, die in Regierungsbüros tätig sind, aus dieser Tätigkeit nicht nur keinen Vorteil ziehen, das ist durchaus korrekt und für mich zufriedenstellend. Diese haben de facto mit Nachteilen zu rechnen, sei es durch die mediale Behandlung allfälliger Veränderungen, die in ihrer beruflichen Laufbahn stattfinden, sei es sozusagen bereits im Vorfeld dieser Veränderungen durch entsprechende Verhinderungsstrategien anderer politischer Gruppierungen oder ebenfalls wieder der Medien.

Wir sollten uns hier in Zukunft schon auch mit der Frage auseinandersetzen, welche Wertigkeit Mitarbeiter, die im Bereich der Politik, im Bereich von Ressortverantwortlichen in der Regierung aber auch in anderen politischen Bereichen tätig werden. Ich bin überzeugt davon, daß diese Frage sicherlich nicht an Einzelbeispielen diskutiert werden kann, sondern eine generelle Diskussion, vielleicht auch einmal im Rahmen der Landtagsklubs geführt werden soll. Denn meine Damen und Herren, ich sage auch ganz klar und offen, es wird zunehmend schwieriger, überhaupt noch Menschen zu finden, die in diesen Bereichen eine Arbeit überhaupt annehmen wollen oder können, weil sie konkret damit tatsächlich ihre beruflichen Karrieremöglichkeiten nicht verbessern, sondern verschlechtern.

Nun aber zur konkreten Anfrage. Es wurde für das Landespressebüro kein neuer Mitarbeiter in den Landesdienst eingestellt. Um eine Zusatzfrage vielleicht gleich vorweg zu nehmen, ich habe Herrn Nischelwitzer, um den es sich bei dieser Anfrage offensichtlich handelt, die Möglichkeit gegeben, im Landespressebüro vorübergehend tätig sein zu können, um die Möglichkeiten, eine andere Beschäftigung zu finden, nutzen

Dr. Zernatto

zu können. Herr Nischelwitzer ist mittlerweile nicht mehr Mitarbeiter der Kärntner Landesregierung.

(1. Zusatzfrage:)

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Landeshauptmann, stimmt es, Sie haben früher gesagt, daß man schwere Unterbringungsmöglichkeiten für solche Leute findet. Es fällt mir auf, daß dies immer nur bei den sozialdemokratischen und ÖVP-nahen Stellen Möglichkeiten der Weiterversorgung gibt. Aber darüber hinaus wissen Sie, daß es bei solchen Dienstverhältnissen meistens um befristete Dienstverhältnisse handelt. Stimmt es, daß durch die verlängerten Dienstverhältnisse nun Schwierigkeiten auftreten, um diesen Mitarbeiter außer Dienst zu stellen oder zumindestens zu entlassen?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Es stimmt, daß Schwierigkeiten auftreten. Es ist ein Verfahren beim Arbeitsgerichtsverfahren diesbezüglich anhängig.

(2. Zusatzfrage:)

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Landeshauptmann! Mich würde der wahre Grund interessieren, warum Sie entgegen Ihrer eindeutigen Aussage, beim Personal im Lande Kärnten zu sparen, und warum entgegen aller Objektivierungsrichtlinien Mitarbeiter in den Landesdienst aufgenommen werden. Was ist der wahre Grund für Ihr Vorgehen und gibt es noch weitere solche Fälle?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Ich darf dazu sagen, daß es hier weder wahre noch unwahre Gründe gibt, sondern daß es eine ganz einfache Erklärung dafür gibt. Ich habe den Herrn Kollegen Nischelwitzer die Möglichkeit geboten, im Rahmen seiner Tätigkeit im Landespressedienst des Landes Kärnten die Möglichkeiten zu nutzen, andere Betätigungen

in diesem Zusammenhang zu finden. Ich möchte in die persönlichen Bereiche absolut nicht eingehen und werde, was meine Sparmöglichkeiten im Rahmen der Landesverwaltung anlangt, im Rahmen einer weiteren Anfrage, die heute an mich gestellt wird, noch sehr ausführlich Stellung nehmen können, sodaß ich jetzt möglicherweise die Zeit unnötigerweise in Anspruch nehmen würde, darauf einzugehen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die 2. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 3. Anfrage.

3. Ldtgs.Zl. 171/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren! Es hat im Vorfeld meiner Anfrage, die schon sehr lange zurück liegt, Medienecho gegeben, da war von "schlicht einer Provokation", von "Pflanzerei" die Rede. Die Wahrheit ist viel einfacher und da kommt mir ein Inserat in einer Zeitung zugute: "Zeitungenlesen kann bereichernd sein!" Ich habe in einer Zeitung am 12. Februar dieses Jahres gelesen, daß "das Aufgabengebiet der Frau Dr. Mertel sie in der Landesregierung selbst erledigt, wenn erforderlich, auch am Samstag nachmittag." Wer in der Politik ist, weiß, daß es gerade die Wochenenden sind, die uns sehr beanspruchen. Wenn man weiter berücksichtigt, daß Politiker und Politikerinnen, die in ihrer politischen Tätigkeit in Wien sind, auch einmal um ihre Kärntner Wähler und Wählerinnen sich annehmen müssen und wenn man schlußendlich berücksichtigt, daß auch ein Politiker ein Recht auf Freizeit und Familienleben hat, so wird es zeitlich ziemlich eng.

Dipl.-Ing. Gallo

Daher, Herr Landeshauptmann, wie lange hat an welchen Samstagen des Jahres 1994 Frau Dr. Ilse Mertel als Landesbedienstete in ihrem Büro gearbeitet?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, um ihre Frage ganz konkret zu beantworten, es war mir nicht möglich, festzustellen, ob und an wie vielen Samstagen Frau Dr. Mertel gearbeitet hat. Ich sage auch ganz offen, ich habe auch nicht die Absicht, in Zukunft hinter den Beamten der Kärntner Landesregierung nachzuspionieren, wann und zu welchem Zeitpunkt sie an ihrem Arbeitsplatz anwesend sind. Wir haben ganz klare Regelungen in der Kärntner Landesregierung, was die Anwesenheitspflicht anlangt. Im Gegenteil, wir haben jetzt sogar durch ein entsprechendes Zeiterfassungssystem die Möglichkeit, hier sehr exakt nachzuvollziehen, was stattfindet. Im konkreten Fall möchte ich Ihnen mitteilen, daß der § 17 des Kärntner Dienstrechtsgesetzes bestimmt, daß dem Beamten, der Mitglied des Nationalrates, des Bundesrates oder des Landtages ist, die zur Ausübung des Mandates erforderliche freie Zeit zu gewähren ist. In Entsprechung des § 17 Abs. 6 lit.c wurde der Bezug der Beamtin um 25 Prozent gekürzt, wie dies in diesen Fällen immer stattfindet. Der § 17 des Beamtendienstrechtsgesetzes des Bundes eine dem zuvor erwähnten § 17 Kärntner Dienstrechtsgesetz wortgleiche Regelung enthält, darf auf das zu dieser Regelung ergangene Rundschreiben des Bundeskanzleramtes, Zahl: 921.020/3/2/81, hingewiesen werden, das sinngemäß besagt, daß es der Dienstbehörde nicht zukommt, zu überprüfen, inwieweit die Zeit zur Ausübung der Funktion tatsächlich erforderlich ist.

Ich kann Ihnen aber vielleicht in diesem Zusammenhang nur einen Ratschlag mitgeben. Wenn Sie interessiert sind an definitiveren Aussagen zu diesem Thema, ist die Frau Dr. Mertel in diesem Zusammenhang selbst zu befragen.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Landeshauptmann, halten Sie Ihre Antwort oder besser Nichtantwort für befriedigend und geeignet, den kleinen, hart arbeitenden und steuerzahlenden Menschen draußen zu beweisen, daß die Politiker oder Politikerinnen doch nicht die immer wieder als privilegierte Nehmer bezeichnete Spezies sind?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Kollege, ich darf vielleicht schon darauf hinweisen, daß die von Ihnen als Zusatzfrage definierte Feststellung in keinerlei Zusammenhang mit der Fragestellung steht und ich daher nicht die Absicht habe, darauf einzugehen. (Beifall von der ÖVP-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich verzichte bewußt auf eine weitere Zusatzfrage!) Ich bitte, nicht zu polemisieren, sondern zu fragen! Das ist eine Fragestunde. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Es war kein einziger Satz mit einem Fragezeichen am Schluß! - Lärm im Hause.) Bitteschön, die erste Zusatzfrage war schon mehr als erweitert!

Wir kommen zur nächsten Anfrage:

4. Ldtgs.Zl. 175/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Ing. Pfeifenberger an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (F):

Hohes Haus! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Anfrage stützt sich auf eine Aussage des Gesundheitsministeriums bezüglich der Abklärung der örtlichen und räumlichen Voraussetzungen zur Errichtung von veterinärbehördlichen Grenzeintrittsstellen.

Ing. Pfeifenberger

Meine Frage an Sie, Herr Landeshauptmann: Welche konkreten Maßnahmen wurden in der Angelegenheit "veterinärbehördliche Grenzeintrittsstellen Villach-Süd und Karawankentunnel" bis dato getroffen?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Angesichts der vielen Anfragen, die an mich gerichtet sind und die ich heute beantworten soll, mache ich diesmal von meinem Recht Gebrauch, darauf hinzuweisen, daß diese Anfrage an das unzuständige Regierungsmitglied gerichtet ist. Zuständigkeitshalber wäre hierfür Landesrat Lutschounig zu fragen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 5. Anfrage:

5. Ldtgs.Zl. 179/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Bitte, Herr Klubobmann!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Landeshauptmann! Gibt es eine Zusage an Kärntner Tageszeitungen, daß die Presseförderung nicht nur in den Jahren 1994 und 1995, sondern jährlich für die Dauer der gesamten Legislaturperiode gewährt wird?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf darauf hinweisen, daß die Presseförderung für das Land Kärnten Ergebnis ausführlicher Diskussionen und Besprechungen mit den Chefredakteuren und Herausgebern der Kärntner Tageszeitungen war.

Das waren Gespräche, die nicht in meiner Amtszeit geführt wurden, sondern die meines Wissens bereits in der Amtszeit des damaligen Landeshauptmannes Leopold Wagner begonnen wurden, die im Konsens mit den Landtagsparteien geführt wurden und wo man seinerzeit bereits Zusagen an die drei in Kärnten erscheinenden Tageszeitungen (damals noch vier Tageszeitungen) gemacht hat, eine dauerhafte Regelung, was die Presseförderung anlangt, zustande zu bringen, die sich im wesentlichen von der Motivation her an den Überlegungen für die Bundespresseförderung orientieren sollen.

In der Zwischenzeit gibt es in zwei Budgets, im Budget 1994 und 1995, diesbezügliche Ansätze. Es gibt keine definitive Vereinbarung mit den Redaktionen bzw. Herausgebern der Tageszeitungen in Kärnten. Ich gehe aber davon aus, daß für diese Legislaturperiode die Presseförderung unbestritten sein wird. Ich werde sie jedenfalls als zuständiger Finanzreferent in meinem Vorschlag für die Dauer meiner Tätigkeit während dieser Legislaturperiode in Ansatz bringen. *(Vorsitzender: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Abg. Dr. Strutz: Danke, nein!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 5 erledigt. - Wir kommen zur 6. Anfrage:

6. Ldtgs.Zl. 181/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Stangl an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Stangl** (F):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Berufsschulen Hermagor und Feldkirchen haben niedrige Berufsschülerzahlen; weit unter der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestzahl. Dennoch darf ich bemerken, daß Hermagor, aber auch Feldkirchen, welche die niedrigsten Prokopfschülerkosten haben - im Gegenteil einen der höchsten Ausbildungsstandards, wie dies

Stangl

Landes- und Bundeswettbewerbe beweisen und viele Sieger herausgebracht hat. Das ist ein Beweis dafür, daß niedrige Kosten und hohes Ausbildungsniveau absolut mit niedrigen Schülerzahlen vereinbar sind. Das Bundesland Tirol hat noch wesentlich weniger Mindestquoten für Berufsschulen.

Ich weiß, am 27. Juni findet eine Enquete statt, wo in sachlicher Form alle Kriterien erörtert werden sollten. Ich bin der Meinung, daß die Überprüfung viel mehr dorthin gehen soll, daß mehr Qualität anstatt Quantität bevorzugt werden soll.

Ich erlaube mir daher die Anfrage: Ist angesichts der sinkenden Schülerzahlen der Berufsschulstandort Hermagor gesichert?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Hohes Haus! Auch bei dieser Anfrage möchte ich darauf hinweisen, daß sie an das unzuständige Regierungsmitglied gestellt ist. Im gegenständlichen Fall hätte die Anfragebeantwortung durch Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler zu erfolgen.

Sie haben in Ihrer Fragestellung ohnehin bereits darauf hingewiesen, daß es im Rahmen einer breit angelegten Enquete im Kärntner Landtag zu einer Diskussion der möglicherweise von einer Auflösung betroffenen Standorte kommen kann. Im Rahmen eines gesamten Berufsschulkonzepts für Kärnten soll erwogen werden, inwieweit eine solche Maßnahme sinnvoll, nicht sinnvoll, wirtschaftlich oder nicht wirtschaftlich wäre. Deshalb verweise ich einerseits auf die Zuständigkeit und glaube andererseits, daß man diese Diskussion im Rahmen der Enquete abwarten soll, bevor man hier weitere Aussagen in der Öffentlichkeit tätigt.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 6 erledigt. - Wir kommen zur 7. Anfrage:

7. Ldtgs.Zl. 185/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Pistotnig an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Pistotnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Von den 29 Gebäuden, die wir in Klagenfurt für die Abwicklung der Büroarbeit benötigen, sind 11 Gebäude privat angemietet. Wir wissen, daß diese zum Teil in Gassen sind, wo überhaupt keine Parkplätze vorhanden sind.

Ich frage Sie jetzt: Wieviel an Miete zahlt das Land Kärnten jährlich für Verwaltungsgebäude der Landesregierung?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Hohes Haus! Die Kärntner Landesregierung bezahlt jährlich für Mietobjekte, die der Landesverwaltung zur Verfügung stehen, Mietkosten in Höhe von 10,391.302,80 Schilling, inklusive 20 % Mehrwertsteuer.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Pistotnig** (F):

Wenn man diese Mietobjekte betrachtet, gibt es Miethöhen pro Quadratmeter von 25,83 Schilling (außer Keller; auch diese wurden angemietet) bis 114,87 Schilling pro Quadratmeter. Ich frage Sie, ob bei dieser fünfmal höhere Miete diese Gebäude auch einen fünfmal höheren Standard aufweisen als die günstigen.

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Ich möchte dazu feststellen, daß logischerweise diese Mietobjekte unterschiedliche Qualität aufweisen - wie Sie sich auch sehr leicht anlässlich einer persönlichen Beaugapfelung dieser Objekte überzeugen können. Das ist das erste.

Dr. Zernatto

Das zweite ist, daß es sich bei Mietverträgen, wie Sie wissen, um privatrechtliche Vereinbarungen handelt und daß Angebot und Nachfrage ein ganz wesentliches Kriterium der Miethöhe sind. Ich kann diese Frage daher nur dahingehend beantworten, daß jedenfalls von seiten der zuständigen Landesstellen immer versucht wird, selbstverständlich die günstigsten Konditionen für solche Mietobjekte zu verhandeln und versucht wird, logischerweise auch im Rahmen von Reformmaßnahmen in der Verwaltung soviel wie möglich an Mietobjekten durch Eigentumsobjekte zu ersetzen - sofern Platz frei wird.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Pistotnig** (F):

Inklusive gemieteter Kellerräume macht diese Quadratur der privat angemieteten Häuser 7.040 Quadratmeter an Büroräumen aus. Experten sagen, 7.000 Quadratmeter Büroraum lassen sich um rund 85 bis 90 Millionen Schilling bauen. Da wären, wenn man diese Summe investiert, rund 5,5 Millionen Schilling an Zinsendienst zu leisten (*Vorsitzender: Bitte, die Frage!*) und hätten dort ein servicefreundliches Gebäude mit entsprechenden Parkplätzen.

Ich frage Sie, Herr Landeshauptmann: Wäre es Ihrer Meinung nach wert, sich einen eigenen Bau aus kaufmännischer Sicht zu überlegen?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter! Selbstverständlich ist es immer wieder sinnvoll, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, ob man Mietobjekte durch Neubauten ersetzen soll. Ich sage das jetzt aber durchaus ein bißchen polemisch: Ich würde mich darüber freuen, wenn der Landtag vielleicht einstimmig an den Landeshauptmann die Aufforderung richtet, ein neues Verwaltungsgebäude zu bauen. Auf die Diskussion hier würde ich mich sehr freuen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 7 erledigt. - Die Anfrage 8 wurde vom Fragesteller, Abgeordneten Schretter, zurückgezogen, weil sie sich bereits erledigt hat. - Wir kommen zur 9. Anfrage:

9. Ldtgs.Zl. 192/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Bitte, Herr Klubobmann!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Landeshauptmann! Sie haben in Ihrer Antrittsrede für diese Legislaturperiode angekündigt, 10 % der Kosten für den Verwaltungsapparat im Bereich des Amtes der Kärntner Landesregierung einsparen zu wollen.

Ich darf Sie fragen: Wie wollen Sie das in den kommenden fünf Jahren bewerkstelligen?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Vielleicht ganz kurz dazu. Ich glaube, daß wir, was die Sparmaßnahmen im Kärntner Landesbudget anlangt, nicht ausschließlich im Bereich der Verwaltung die nötigen und erforderlichen Erfolge werden erzielen können, sondern daß das eine Aufgabe sein wird, der wir uns letztlich in allen Bereichen der Landesverwaltung und auch des Vollzugs widmen müssen.

Nun konkret zu Ihrer Frage, was im Bereich der Landesverwaltung passiert. Wir haben uns hier ein, wie ich glaube, sehr hohes Ziel gesteckt, nämlich im Laufe dieser Legislaturperiode eine Verringerung der Mitarbeiterzahl im Bereich der Verwaltungsbediensteten um 10 % zu erreichen. Was meine diesbezüglich mit dem Landesamtsdirektor und mit Präsidialchef Dr. Krainer abgestimmten Maßnahmen betrifft - die, nebenbei bemerkt, auch von der Mitarbeitervertretung im Hause immer mitberaten und mitgetragen werden -, waren wir schon in den ersten Monaten dieses Jahres sehr

Dr. Zernatto

erfolgreich und konnten allein bis jetzt, für das heurige Budget bereits wirksam, etwa 20 Millionen Schilling durch Nichtnachbesetzung bzw. Umorganisationsmaßnahmen im Bereich der Landesregierung sicherstellen, wodurch die Zahl der Verwaltungsbediensteten nunmehr bereits unter 4.000 zu liegen kommt.

Weitere Verbesserungen durch Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen konnten zum Beispiel durch die Zusammenfassung von Schreib- und Kanzleistellen sowie durch die Zusammenlegung von Abteilungen erbracht werden. Wir werden selbstverständlich auch weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, vor allem dann, wenn durch Pensionierungen solche Reorganisationsmaßnahmen auch personell relativ leicht umsetzbar sind, darüber nachzudenken, ob es weitere Abteilungen in unserem Hause gibt, die durch sinnvolle Zusammenlegungen mit anderen eingespart werden können.

Wir werden von den derzeit laufenden Projekten vor allem den Pilotversuch Budget-Center und Controlling weiter vorantreiben. Sie wissen, Herr Abgeordneter, daß diesbezüglich auch das Kollegium der Kärntner Landesregierung in seiner vorletzten Sitzung einen (sogar) einstimmigen Beschluß dahingehend gefaßt hat, weshalb ich glaube, daß wir uns auf einem sehr guten Weg befinden.

Noch einmal zurückkommend auf die Anfrage des Kollegen Pistotnig von vorhin: Es werden zum Zweck der Sparmaßnahmen in diesem Bereich sämtliche, mit dem Land Kärnten abgeschlossenen Mietverträge (auch solche von Vereinen und sonstigen Institutionen, die in landeseigenen Räumlichkeiten untergebracht sind) auf ihre Kostenaktualität überprüft. Mitgliedschaften des Landes zu Vereinen, ja selbst Zeitschriftenabonnements wurden auf ihre Notwendigkeit überprüft. Wir haben - ich kann Ihnen, wenn Sie wollen, auch gerne ein Musterexemplar geben - in die Kopierer des Landes Kärnten eine Möglichkeit eingebaut, daß sämtliche Kopien, die erstellt werden, mit dem Vermerk "Kopiert auf Kosten des Landes Kärnten" versehen sind. Um nicht nur Ankündigungen zu bringen, kann ich zum Beispiel mitteilen, daß bis Mitte April 1995 allein durch Zeitschriftenstornos über 300.000 Schilling eingespart werden konnten. Es handelt

sich dabei um Zeitschriften, die offensichtlich, was ihre Nutzung anlangt, deutlich unter den Erwartungen geblieben sind. Das ist zumindest ein erfolgversprechender Beginn.

Damit die Landesverwaltung ihre zwingenden Einsparungs- und Rationalisierungsziele auch tatsächlich erreichen kann, ist die Durchforstung sämtlicher Dienststellen nach verzichtbaren, reduzierbaren und auslagerbaren Aufgaben unvermeidlich. Dabei bietet sich das umfangreichste Einsparungspotential. Demnach werden insbesondere die Möglichkeiten zur Ausgliederung derjenigen Aufgaben geprüft, die zwar künftig auch erforderlich sein werden, die jedoch wegen ihrer Art ebenso gut von anderen Institutionen oder von der Privatwirtschaft erfüllt werden können. So wird derzeit die Ausgliederung der Landesforstgärten vorbereitet und ein Gutachten in Auftrag gegeben, welches eine Neukonstruktion des gesamten Bereiches Straßenbau analysiert. Alle Mitglieder der Landesregierung haben sich verpflichtet, die derzeit anlaufenden Bestrebungen zur Aufgabenbereinigung in der Landesverwaltung und insbesondere Ausgliederung aus der Landesverwaltung zu unterstützen, um diese wieder finanzierbar zu machen und neu hinzukommende unvermeidliche Aufgaben in der Hoheitsverwaltung überhaupt erfüllen zu können. In diesem Zusammenhang möchte ich durchaus lobend erwähnen, daß von den meisten Mitgliedern des Kollegiums eine sehr kooperative Haltung spürbar ist, weil es sehr häufig nicht sehr einfach ist, vor allem von Mitarbeitern, die über Jahrzehnte eine bestimmte Vorgangsweise gewohnt waren, jene Flexibilität einzufordern, die nun einmal notwendig ist, um Organisationsmaßnahmen dieser Art auch tatsächlich durchführen zu können. Ich nehme an, daß auch Sie immer wieder Ziel von Interventionen von verschiedenster Seite sind, solche Maßnahmen doch nicht zu setzen, weil sie zumindest aus der Sicht der Tradition unverzichtbar erscheinen.

Unter anderem darf ich auch darauf hinweisen, daß ich in der letzten Regierungssitzung auch eine Auflistung all jener Beiräte und ähnlicher Einrichtungen, die vom Kärntner Landtag beschlossen und geschaffen wurden, den Kolleginnen und Kollegen des Regierungskollegiums

Dr. Zernatto

mitgeteilt habe, um auch einmal darüber nachzudenken, ob all diese Institutionen, die ganz abgesehen von den Sitzungsgeldern, die zur Auszahlung gelangen, vor allem auch permanent einen doch sehr erklecklichen Anteil unserer personellen Ressourcen in der Landesverwaltung binden, tatsächlich noch sinnvoll und notwendig sind. Wir werden die Diskussion darüber jedenfalls mit Sicherheit zu führen haben.

Abschließend darf ich bei all jenen Maßnahmen, die in dieser Richtung notwendig werden und sind, auch um eine kooperative Zusammenarbeit mit dem Kärntner Landtag ersuchen, der sehr maßgeblich darauf Einfluß nehmen kann, ob bestehende Kosten reduziert werden können beziehungsweise, was mir noch viel wichtiger erscheint, künftige Kosten erst gar nicht entstehen. Ich würde auch bitten, diese Frage der Kostenentstehung bei Beschlußfassungen in den Ausschüssen und im Landtag entsprechend zu berücksichtigen.

(Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Landeshauptmann, Sie haben selbst in Ihrer Beantwortung davon gesprochen, daß der Bereich der Dienststellen das umfangreichste Einsparungspotential in sich birgt. Ich darf Sie konkret fragen: Nachdem es ein Fünfjahresplan ist, den Sie uns hier ausführlich präsentiert haben, und ein Jahr bereits verstrichen ist, hat es im vergangenen Jahr konkrete Einsparungen im Dienstpostenbereich gegeben?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Ich habe die Frage an sich schon beantwortet. Wir haben allein im heurigen Jahr, ich kann das jetzt nicht exakt sagen, wieviele Dienstposten, aber jedenfalls Dienstposten einsparen können, die eine Reduktion um etwa 20 Millionen Schilling pro Jahr an tatsächlichem Personalaufwand mit sich bringen. *(Vorsitzender: Eine weitere Zusatzfrage? - Abg. Dr. Strutz: Danke, nein.)*

10. Ldtgs.Zl. 195/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Landeshauptmann! Am 23. Februar ist im Rahmen der Stellenausschreibung des Amtes der Kärntner Landesregierung die Position der Assistentin bzw. des Assistenten des Leiters des Kärntner Verbindungsbüros in Brüssel ausgeschrieben worden. Im Anforderungsprofil wird darauf verwiesen, wie es wörtlich heißt: "Bewerber und Bewerberinnen mit französischer Muttersprache werden bevorzugt."

In diesem Zusammenhang darf ich an Sie die Anfrage richten, warum bei der Ausschreibung für die Position des Assistenten bzw. der Assistentin des Leiters des Kärntner Verbindungsbüros in Brüssel Bewerber aus Kärnten durch diese Formulierung benachteiligt werden.

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, ich möchte Ihnen ohne weiteres zugeben, daß die Formulierung "Muttersprache französisch" vielleicht nicht besonders glücklich gewählt war. Ich möchte aber auch ganz klar zum Ausdruck bringen, daß damit nur auf die besondere Bedeutung der Französischkenntnisse hingewiesen werden sollte, die gerade für diese Funktion eine unabdingbare Notwendigkeit sind. Das heißt, daß im Rahmen des entsprechenden Objektivierungsverfahrens, das zur Zeit läuft, das kein Nachteil für Kärntner Bewerber darstellen wird, sondern ausschließlich die perfekte Beherrschung der französischen Sprache neben vielen anderen Kriterien letztendlich ausschlaggebend sein wird, zu welcher Entscheidung für welche Dame oder für welchen Herrn es kommen wird. *(Vorsitzender: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Abg. Dr. Strutz: Danke, nein.)*

11. Ldtgs.Zl. 196/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Mitterer an Landesrat Dr. Haller**

Abgeordneter **Mitterer** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat! Zwei Dinge auf dieser Welt sind mit Garantie nicht vermehrbar: Zeit ist das eine, Grund und Boden ist das zweite. Wir müssen also mit diesen Ressourcen haushalten und schauen, daß dort, wo in Kärnten noch Verbauungen vorgenommen werden, diese mit einer hohen Nutzung und Wertschöpfung passieren sollten. Es liegt also an uns, dabei Schutzfunktionen wahrzunehmen, die sowohl im Gemeindebereich als auch auf Landesebene zu suchen sind. Zum einen sind die Gemeinden bei den Widmungen und Bebauungsplänen und zum anderen ebenfalls bei den Widmungen das Land mit dem zuständigen Referenten gefordert. Nun kommt es immer wieder zu Verbauungen. Ich darf darauf hinweisen, wenn Verbauungen vorgenommen werden, die touristischen Nutzen haben, daß die mit einer zwanzigfach höheren Wertschöpfung ausgestattet sind als solche Verbauungen, die mit Zweitwohnsitzen, wenn sie auf Wohnungen beschränkt sind, verbunden sind. Das heißt also, wir müssen darauf achten, daß eine höhere Wertschöpfung zustande kommt und verhindern, daß es in gewissen sensiblen Bereichen zu weiteren Ausuferungen von Zweitwohnsitzen kommt, die nachweislich in Österreich eine Aufenthaltsdauer von 42 Tagen pro Jahr haben.

Ich stelle daher die Frage an Sie bezüglich des Projektes Golfhotel in Moosburg: Welche Garantien gibt es, daß es beim geplanten Moosburger Golfhotel in jeder Beziehung nur zu einer fremdenverkehrsgewerblichen Nutzung kommen kann?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Mitterer! Zu Ihrer Anfrage darf ich Ihnen als selbstverständliche Garantie nennen:

1. Die Widmung Bauland - Kurgebiet gemäß § 3 Abs. 6 des Gemeindeplanungsgesetzes 1995. Diese läßt nur Fremdenverkehrsbetriebe und Wohngebäude zu, jedoch keine Apartmentanlagen und Freizeitwohnsitze.

2. Die verpflichtende Erlassung eines Teilbebauungsplanes im Sinne des § 24 Abs. 3 des Kärntner Gemeindeplanungsgesetzes 1995. In diesem ist die Verwendung der Nutzung der Gebäude als fremdenverkehrsgewerbliche Anlage verpflichtend festzulegen.

3. Die strikte Prüfung und die Vorschreibung von Auflagen im Bauverfahren, durch welche die fremdenverkehrsgewerbliche Nutzung in jeder Hinsicht zu sichern ist. Hierbei wird sowohl ein Betriebskonzept als auch eine zivilrechtliche Absicherung von den Antragstellern vorzulegen sein, wobei insbesondere auf folgende Schwerpunkte zu achten sein wird:

a) Das Gemeinschaftseigentum an der Anlage hat zu überwiegen.

b) Die Verpflichtung der fremdenverkehrsgewerblichen Nutzung sämtlicher Errichtungen ist in allen Verträgen festzulegen.

c) Es ist von vornherein sicherzustellen, daß sämtliche Einrichtungen zur Führung des fremdenverkehrsgewerblichen Betriebes zur Verfügung stehen bzw. gestellt werden.

d) Durch Einbindung der Gemeinde in die Verträge.

e) Durch Sicherstellungen im Grundbuch.

e) Durch Bindung der Rechtsnachfolger im Grundeigentum an die vertraglichen Verpflichtungen.

Auf diese Erfordernisse ist die Gemeinde übrigens im Widmungsbescheid hingewiesen worden.

Abschließend wäre noch festzuhalten, daß es sehr wesentlich bei der Gemeinde als Trägerin der örtlichen Raumordnung und als Baubehörde gelegen sein wird, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die fremdenverkehrsgewerbliche Nutzung der Anlage zu sichern. Die zuständigen Abteilungen des Amtes der Landesregierung werden der Gemeinde sicherlich beratend zur Seite stehen. *(Vorsitzender: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Abg. Mitterer: Danke, nein.)*

12. Ldtgs.Zl. 199/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Schretter an Landeshauptmann Dr. Zernatto

Abgeordneter **Schretter** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler hat über die Medien gefordert, daß für Alternativveranstaltungen zum 10. Oktober Mittel in der Größenordnung von Millionen zur Verfügung gestellt werden sollen. Deshalb, Herr Landeshauptmann, an Sie als Finanzreferent, die Frage: Werden Sie für Alternativveranstaltungen zur 75-Jahrfeier des 10. Oktober als Finanzreferent finanzielle Mittel zur Verfügung stellen?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Diese Anfrage zu beantworten ist deshalb etwas schwierig, weil es erst der Definition bedarf, das Alternativveranstaltungen zum 10. Oktober sind. Ich gehe einmal grundsätzlich davon aus, daß alle Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem 10. Oktober letztendlich das Ziel verfolgen, erstens darauf hinzuweisen, daß wir heute noch dankbar sind, daß am 10. Oktober 1920 in Kärnten die Gemeinsamkeit jedenfalls so viel wert war, daß man sich gemeinsam - und das betrifft Angehörige beider Volksgruppen - für ein ungeteiltes Kärnten, vor allem aber auch für einen Verbleib bei der damals Ersten Republik ausgesprochen hat. Davon gehe ich grundsätzlich aus.

Wenn Sie aber damit meinen sollten, ob Veranstaltungen auch finanziell unterstützt werden sollen, die nicht im offiziellen Veranstaltungskalender des Landes Kärnten stehen, so muß ich dabei differenzieren: Der Kärntner Landtag hat auf den Vorschlag des Finanzreferenten hin im Jahresvoranschlag 1995 für die Feierlichkeiten zum 10. Oktober 10 Millionen Schilling vorgesehen, die noch durch einen Nachtragsvoranschlag im Jahre 1994 erstmals sichergestellt wurden. Hier gibt es eine ganz klar definierte Gruppe von Abgeordneten, die mit dem mit der Koordinierung beauftragten Sepp Prugger im ständigen Kontakt stehen, um das, was hier offiziell stattfinden soll, so abzugleichen, daß es letztlich zu einer übereinstimmenden Meinung zu diesem Thema kommt. Ich kann also dazu sagen, daß diese 10

Millionen Schilling klar definiert für diese Veranstaltungen zur Verfügung stehen werden und aus diesem Bereich sicherlich keine zusätzlichen Mittel für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden können, die außerhalb dieses Rahmens liegen. Ob es seitens des Landes über andere Ansätze zur Förderung von Veranstaltungen kommen wird, die man mit dem 10. Oktober in Zusammenhang bringen kann, wird in erster Linie von den Möglichkeiten und Richtlinien abhängen, die in anderen Ressorts zur Verfügung stehen. Es kann daher von meiner Seite her weder ausgeschlossen noch klar gesagt werden, daß es hier zu Finanzierungen irgendwelcher Art kommen wird.

(Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schretter** (F):

Herr Landeshauptmann, Sie haben gesagt, es gibt Probleme mit der Definition "Alternativveranstaltungen", deshalb an Sie eine Zusatzfrage: Sollen nach Ihrer Meinung Veranstaltungen, welche die Geschichte des Landes in Frage stellen, mit Landesmitteln gefördert werden?

Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Land Kärnten Interesse daran haben kann, die tatsächlichen Abläufe, egal, ob sie im Zusammenhang mit dem 10. Oktober 1920 oder in späterer Folge stattgefunden haben, hier noch durch zusätzliche finanzielle Mittel unterstützen will, die zu einer Geschichtsverfälschung führen würden. Ich kann von meiner Seite ausschließen, daß ich Geld zur Verfügung stellen werde, um geschichtliche Fakten in Kärnten in Frage zu stellen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die 12. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 13. Anfrage.

13. Ldtgs.Zl. 200/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann Dr. Zernatto

Unterrieder

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Landeshauptmann! Auf Grund welcher Richtlinien wurde von Kärnten der EU-Ausschuß der Regionen besetzt?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Der Ausschuß der Regionen wurde mit dem Vertrag von Maastricht als neue Institution errichtet und ist im Artikel 198a EG-Vertrag als ein beratender Ausschuß aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften definiert. Seine Aufgabe ist ebenfalls im bezughabenden Artikel 198c EG-Vertrag festgelegt und besteht in einem weitreichenden Anhörungs- und Stellungnahmerecht zu Entwürfen von Rechtsakten der Europäischen Union, wobei in einigen bestimmten Sachbereichen die Anhörung obligatorisch vorgesehen ist. Die Unterlassung der Anhörung hätte die Nichtigkeit des von der EU gesetzten Rechtsaktes zur Folge. Von besonderer Bedeutung ist auch das Recht von sich aus zu Entwürfen der Kommission, die insbesondere lokale oder regionale Angelegenheiten betreffen, Stellung zu beziehen. Dieses Initiativrecht wurde seit dem bisherigen kurzen Bestehen des Ausschusses der Regionen sehr intensiv genutzt. Damit können Erfahrungen, Kenntnisse und das Wissen jener Verwaltungen, die am nächsten zum Bürger agieren, in den Rechtsfindungsprozeß der EU gebracht werden.

Die erstmalige Konstituierung des Ausschusses erfolgte im März des Vorjahres. Seit der Erweiterung der EU gehören im 222 Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an, die nach innerstaatlichem Recht entweder direkt gewählte Funktionsträger sind oder zumindest gewählten Gremien gegenüber rechenschaftspflichtig sind. In ihrer Funktion als Mitglieder des Ausschusses sind sie an keine Weisungen gebunden, sie über ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Gemeinschaft aus. Gemäß EU-Beitrittsvertrag stehen Österreich 12

Sitze zu, wobei gemäß österreichinterner Vereinbarung 9 Sitze den Ländern und 3 Sitze dem Städte- und Gemeindebund gemeinsam zustehen. In der Landeshauptleutekonferenz vom 9.11.1994 haben sich die Landeshauptleute dafür ausgesprochen, in Anbetracht der Bedeutung des Ausschusses der Regionen für die Regionen insbesondere für jene mit weitreichenden föderalen Strukturen jeweils den Landeshauptmann als Mitglied zu nominieren. Damit folgte man auch der Vorgangsweise der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland oder Spanien, die fast ausnahmslos ihre Ministerpräsidenten für den Ausschuß der Regionen nominiert haben.

Im Interesse der Einbindung der Legislative wurde österreichweit mit der Konferenz der Landtagspräsidenten und -präsidentinnen eine Verständigung gefunden, wonach mit der Nominierung des Präsidenten des Kärntner Landtages, Adam Unterrieder, und dem Präsidenten des Burgenländischen Landtages, Dr. Dax, als Stellvertreter des jeweiligen Landeshauptmannes die gesetzgebende Gewalt berücksichtigt wurde. Angemerkt wird, daß den stellvertretenden Mitgliedern, die ebenfalls politische Repräsentanten sein müssen und im vornhinein namentlich bestellt werden, gemäß Geschäftsordnung des Ausschusses der Regionen nur im jeweiligen Verhinderungsfall des ordentlichen Mitgliedes Sitz und Stimme in den Sitzungen des Ausschusses der Regionen zukommt und daher jeweils ein eigener Akt der Stimmenübertragung zu erfolgen hat.

Ohne Zweifel ist der Ausschuß der Regionen in seiner erst jungen Geschichte verschiedenen administrativen und inhaltlichen Problemen ausgesetzt und in Bezug auf die ständige Entwicklung der Europäischen Union geneigt, immer wieder in Diskussionen des Selbstverständnisses zu geraten. Umso mehr war es gerechtfertigt, daß die höchsten Repräsentanten, die eine regionale Gebietskörperschaft aufzubieten hat, selbst die Vertretung im Ausschuß der Regionen wahrnehmen und an der Weiterentwicklung mitwirken. Mit Ausnahme der angeführten Bestimmungen des EU-Primärrechtes über die persönlichen Anforderungen an die Mitglieder und die Geschäftsordnung des Ausschusses der Regionen

Dr. Zernatto

stehen keine Richtlinien, wie die Nominierung und Besetzung des Ausschusses der Regionen vorzunehmen ist. Es bleibt dies den einzelnen Mitgliedsstaaten vorbehalten.

Ich darf im übrigen darauf hinweisen, daß in der 14. Sitzung der Kärntner Landesregierung am 16.12.1994 die Nominierung von mir als Mitglied und des Ersten Präsidenten des Kärntner Landtages, Adam Unterrieder, als seinen Stellvertreter für den Ausschuß der Regionen einstimmig beschlossen wurde.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Haben Sie eine Zusatzfrage? (*Abg. Dr. Strutz: Danke, nein!*) Das ist nicht der Fall, wir kommen somit zur nächsten Anfrage.

14. Ldtgs.Zl. 201/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Ing. Pfeifenberger an Landesrat Lutschounig**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (F):

Herr Präsident! Herr Landesrat! Anlaß meiner Anfrage sind die derzeit üblichen und festgestellten Preisdifferenzen in der Berichterstattung im "Kärntner Bauer" bei Schlachtrindern, wobei ich hier als Grundlage den Preisspiegel des Viehhandelsgremiums heranziehe, wo es teilweise bis zu 5 Schilling Differenzen gibt bei einem begründeten Preisabzug bei Übergewicht, bei schlechter oder extremer Fettabdeckung, bei schlechter Ausformung und Alter etc. Meine Frage an Sie, nach welchen Kriterien erfolgt die Marktpreiserhebung für Schlachtrinder im "Kärntner Bauer"?

Landesrat **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Herr Landeshauptmann! Grundsätzlich muß man sagen, daß diese Frage an mich nicht zu richten wäre, weil ich nicht

zuständig bin, weil der "Kärntner Bauer" das Presseorgan der Landwirtschaftskammer ist. Aber ich finde, die Fragestunde soll auch einen Informationscharakter bieten und daher sage ich Ihnen gerne, nach welchen Kriterien bei diesen Preisen vorgegangen wird, um eine entsprechende Erstellung dieser Marktpreise im "Kärntner Bauer" zu erreichen.

Erstens sind es die internationalen Preise der angrenzenden EU-Länder, die wöchentlich in einer Art Datenbank zusammenlaufen, zweitens die Kontakte der Landwirtschaftskammern untereinander, zum dritten sind es die Angaben der Organisation der Rindermäster, zum Beispiel auch der ARGE für Rindermäster in Kärnten, weiters Angaben des Vieh- und Fleischhandels in Kärnten und darüber hinaus natürlich auch offizielle Richtpreise von Märkten in ganz Österreich. Diese Kriterien zusammen bilden diese Preise, die im "Kärntner Bauer" verlautbart werden.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (F):

Mich interessiert tatsächlich, warum dann diese Vorgabe des Viehhandelsgremiums, wo genau festgelegt ist, nach welchen Kriterien die Preisberichterstattung stattfinden soll. Es wurde der Landwirtschaftskammer offiziell überreicht und der Viehhandel bezahlt nur nach diesen Kriterien. Warum wird dann dieser Preisspiegel nicht im "Kärntner Bauer" öffentlich, um den Bauern hier nicht Scheinpreise vorzugeben, sondern die tatsächlich am Markt existierenden Preise.

Landesrat **Lutschounig** (ÖVP):

Schauen Sie, Herr Abgeordneter, Sie kommen aus der Branche, Sie kennen die Gegebenheiten bestens. Sie wissen auch, daß nicht einer am Markt die Preise diktieren kann, sondern daß dies das Spiel der freien Kräfte ist und andere Kriterien hier miteinfließen, die letztlich zu dieser Preisbildung führen. Alleine die Händler können sicherlich nicht einen Preis in keiner Branche diktieren.

(2. Zusatzfrage:)

Lutschounig

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (F):

Es geht darum, nachdem die Preise sich jetzt anders entwickeln als wir alle, vor allem auch Sie, Herr Landesrat, vermutet haben, kommt es zu großen Einkommenseinbußen. Deshalb noch einmal, was werden Sie unternehmen, um tatsächlich den Bauern den Preis, der bezahlt wird, in diesem Informationsblatt bekannt zu geben. Was werden Sie tun, denn der Viehhandel hat dies einheitlich und einstimmig beschlossen, daß diese Preise bezahlt werden. Im "Kärntner Bauer" steht immer ein anderer Preis. Deshalb meine Frage, was werden Sie konkret unternehmen, um hier eine Objektivität in dieser Preisberichterstattung einzuführen?

Landesrat **Lutschounig** (ÖVP):

An und für sich sind jene Preise, die auf Grund dieser Kriterien festgelegt worden sind, schon die richtigen Preise. Wenn sich Vertragspartner nicht daran halten, werden sie natürlich auch danach trachten müssen, daß sie sich auch an diese Preise zu halten haben. Die gesamte Entwicklung ist für uns alle nicht zufriedenstellend, die nicht alleine durch den EU-Beitritt zusammenhängt, sondern vor allem mit der dramatischen Situation der Lira-Abwertung. So gesehen ist unser Hauptmarkt, Oberitalien im speziellen, praktisch verloren gegangen und das bringt die große Problematik mit sich. Das hat aber damit weniger zu tun, nach welchen Kriterien sich dieser Preis, der im "Kärntner Bauer" veröffentlicht wird, zusammen setzt. Das sind Dinge, die sich dramatisch entwickelt haben und unter denen wir absolut zu leiden haben. Grundsätzlich ist es so, daß die Kriterien, die für Preisgestaltung verantwortlich sind, herangezogen werden durch diese 5 Punkte, die ich angesprochen habe.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Wir sind am Ende der Fragestunde. Ich darf die restlichen Fragen aufrufen. Anfrage 15. Ldtgs.Zl. 202/M/27 Anfrage des Abgeordneten

Schwager an Landesrat Lutschounig (*Abg. Schwager: Mündlich!*), mündlich nächste Sitzung.

16. Ldtgs.Zl. 203/M/27 Anfrage des Zweiten Präsidenten Dipl.-Ing. Freunschlag an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler (*2. Präs. DI. Freunschlag: Mündlich!*), mündlich, nächste Sitzung.

17. Ldtgs.Zl. 204/M/27 Anfrage des Abgeordneten Ing. Pfeifenberger an Landesrat Lutschounig (*Abg. Ing. Pfeifenberger: Mündlich!*), mündlich, nächste Sitzung.

18. Ldtgs.Zl. 205/M/27 Anfrage der Abgeordneten Kreuzer an Landeshauptmann Dr. Zernatto (*Abg. Kreuzer: Mündlich!*), mündlich, nächste Sitzung.

19. Ldtgs.Zl. 206/M/27 Anfrage des Abgeordneten Stangl an Landesrat Dr. Haller (*Abg. Stangl: Mündlich!*), mündlich nächste Sitzung.

20. Ldtgs.Zl. 207/M/27 Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Traußnig an Landeshauptmann Dr. Zernatto (*Abg. DI. Dr. Traußnig: Schriftlich!*) schriftlich.

21. Ldtgs.Zl. 208/M/27 Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landeshauptmann Dr. Zernatto (*Abg. DI. Gallo: Mündlich!*), mündlich nächste Sitzung.

Wir sind somit am Ende der Fragestunde.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Entschuldigt für die heutige Sitzung hat sich Abgeordneter Dr. Großmann, der Landtag ist beschlußfähig. Ich darf mit einem Satz noch die Terminkoordinierung zwischen dem Hohen Haus, sprich dem Kärntner Landtag und dem Büro Landeshauptmann hier richtig stellen. Es kann nicht so sein, daß wir im November Termine absprechen mit dem Büro und wir dann die Verantwortung dafür tragen, daß die Termine nicht eingehalten werden. Ich sage das sehr leidenschaftslos, wir machen zeitgerecht den Terminplan für ein halbes Jahr und es wird auch für die nächste Hälfte des Jahres so stattfinden.

Hohes Haus! Für die heutige Landtagssitzung liegen keine verhandlungsreifen Gegenstände aus den Ausschüssen vor, nachdem wir vor kurzem eine Haussitzung hatten, sondern wir

Unterrieder

kommen gleich zu den Mitteilungen des | Einlaufes.

Mitteilung des Einlaufes

Ich darf den Herrn Schriftführer bitten, den Einlauf zu verlesen.

Direktor **Dr. Putz**:

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Im Einlauf der heutigen Landtagssitzung liegen bisher 6 Dringlichkeitsanträge, 1 dringliche Anfrage und 6 Anträge von Abgeordneten vor.

A) Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 306-1/27:

Dringlichkeitsantrag **aller**
Abgeordneten des F-Klubs mit
folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend ein Tourismussonderprogramm vorzulegen, bei welchem Maßnahmen vorgesehen sind, die es der Tourismuswirtschaft ermöglichen, den drohenden Nächtigungsrückgang entgegen zu steuern.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Herr Klubobmann Dr. Strutz gemeldet, ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Danke Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Jeder Fraktion steht das Recht zu, wenn es die aktuelle Lage erfordert, die Einberufung der Sitzung des Kärntner Landtages zu verlangen. Die Freiheitlichen haben dies letzte Woche getan, da die jüngsten Prognosen und Zahlen im

Zusammenhang mit dem Sommertourismus, aber auch der Entwicklung im kommenden Winter dem Fremdenverkehr, dem wichtigsten wirtschaftlichen Standort Kärntens außerordentlich dramatisch und zu großer Sorge Anlaß geben. Rasches Handeln und politische Entscheidungen sind notwendig, um eine wirtschaftliche Katastrophe zu verhindern. Wir haben diesen Landtag, meine Damen und Herren, aus großer Sorge um Kärnten und seine hier lebenden und beschäftigten Menschen beantragt und nicht, wie es geheißen hat, um politisches Theater zu inszenieren und deshalb ist auch die Bezeichnung Frechheit für diese heute stattfindende Sitzung des Kärntner Landtages in unserem Bundesland fehl am Platz.

Wir wollen und haben das Recht, die Probleme, die im Tourismus in den nächsten Monaten auf uns zukommen, in einer eigenen Sitzung des Kärntner Landtages ausführlichst zu behandeln. Wir wollen, Hoher Landtag, mit der heutigen Sitzung ein Zeichen setzen für die Tourismusunternehmen, für die tausenden Beschäftigten im Fremdenverkehr. Uns ist der Tourismus und seine Entwicklung so wichtig, daß wir eine eigene Sitzung beantragt haben.

Wir wollen das nicht zum Streitthema machen. Ich hoffe, daß wir den Tourismus außer Streit stellen können und zu einer einvernehmlichen Vorgangsweise kommen. Aus diesem Grund habe ich auch heute in der Präsidialsitzung den beiden anderen Parteien unsere Anträge zur Kenntnis gebracht und sie ersucht, nach Möglichkeit diese zu unterstützen sowie selbst Ideen einzubringen.

Hoher Landtag! Aufgrund des jüngst bekanntgegebenen Tourismusindikators des Wirtschaftsforschungsinstituts in Wien erleidet der Kärntner Tourismus sowohl im Sommer als auch im Winter enorme Einnahmen- bzw. Umsatzverluste. Seit 1991 sind 4 Milliarden Schilling, 1,2 Milliarden Schilling an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie etwa 4.000 Arbeitsplätze ohne entsprechende Gegenmaßnahmen des Landes verloren

Dr. Strutz

gegangen. Dies, obwohl die wirtschaftliche Existenz jedes 6. Kärntners direkt oder indirekt mit der Tourismuswirtschaft verbunden ist. Für diese Kärntnerinnen und Kärntner hängt die wirtschaftliche Existenz vom Fremdenverkehr ab.

Leider gibt es für die Betroffenen im Tourismus nach wie vor keine realistische Alternative. In welchem Wirtschaftssektor sollen sich die Unternehmen und die Betroffenen entwickeln? Wir haben die Landwirtschaft: Sie ist im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Europäischen Union selbst in arge Schwierigkeiten geraten und ist geprägt von einem Trend, daß die Vollerwerbsbauern in den Nebenerwerb gedrängt werden. Der Bereich der Industrie: In Kärnten fehlt eine starke und aufnahmestarke Industrie. Der Handel, das Gewerbe, aber auch die Dienstleistungen sind ebenfalls stark geprägt durch die Abhängigkeit vom Tourismus. Die Tourismusprobleme schlagen sich somit in Kärnten voll auf die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung nieder. Deshalb müssen wir diese Probleme viel ernster nehmen, als das derzeit der Fall ist. Wir sollten nicht vergessen, daß in Kärnten in den letzten 30 Jahren massiv in den Tourismus investiert wurde, weil dies die einzige Möglichkeit war.

Hoher Landtag! Es gibt nun zwei Möglichkeiten: Nichts tun, wie in den vergangenen Jahren und keine Gegenmaßnahmen setzen. Dies würde bedeuten, daß diese Investitionen und somit die Existenz dem weiteren Niedergang ausgesetzt sind - mit unausdenklichen Folgen für die gesamte regionale Wirtschaft. Oder wir handeln jetzt sofort und schnüren ein Sonderprogramm für den Tourismus in Kärnten. Dr. Edinger hat anlässlich seines Referates auf der "GAST" eine Bilanz des Kärntner Tourismus gezogen. Er hat gesagt: "Von ganz Österreich hat der Kärntner Sommertourismus mittlerweile die schlechteste und gefährdetste Angebotsstruktur, sowohl bei den Betrieben als auch bei den Gemeinden. Im fünften negativen Jahr steht fest: Das Produkt verliert; das Marketing versagt; keiner setzt entscheidende Gegenmaßnahmen; der Kärntner Sommertourismus ist ein fortgeschrittener Sanierungsfall." Hoher Landtag! Das war eine

klare, aber harte Aussage. (*Vorsitzender: Ich bitte, die Redezeit einzuhalten!*) Herr Präsident, ich komme sofort zum Ende.

Dieses Sanierungsfalles müssen wir uns annehmen! Wir haben für die heutige Landtagssitzung ein Maßnahmenpaket geschnürt, auf das meine Kollegen noch eingehen werden.

Deshalb, zum Schluß kommend, mein Appell an SPÖ und ÖVP: Lassen Sie uns heute ausführlich über die Probleme reden! Erkennen Sie dem Thema "Tourismus" und unserem Antrag die Dringlichkeit zu! Ermöglichen Sie als Demokraten eine Debatte über das gegenständliche Maßnahmenpaket! Die Tausenden Kärntner Unternehmen und Beschäftigten erwarten sich klare Worte und Lösungen. Wir wollen heute eine Antwort geben, Lösungsvorschläge diskutieren und Maßnahmen setzen. (*Beifall von der F-Fraktion*)

(*Abg. Dr. Hofer: Zur Geschäftsordnung! - Vors. 1. Präs. Unterrieder: Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Klubobmann Dr. Hofer das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir sind an und für sich der Auffassung, daß diese Sitzung, die heute stattfindet, für den Tourismus schädlich ist. Aber die Freiheitlichen wollten diese Sitzung. Ich darf mitteilen, daß wir in der Obmännerkonferenz übereingekommen sind, allen vier Tourismusanträgen, die heute vorliegen, die Dringlichkeit zuzuerkennen. Herr Präsident, ich würde bitten, zu ermöglichen, daß eine Gesamtdebatte über alle vier Anträge stattfinden kann.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich würde folgende Vorgangsweise vorschlagen: Zu den Dringlichkeitsanträgen 1, 2, 3 und 4, die den Tourismus betreffen, erfolgt jeweils zunächst die Begründung der Dringlichkeit und dann die Abstimmung über die Dringlichkeit. Wenn Sie zustimmen, geschätzte Damen und Herren, kann darüber eine gemeinsame Debatte stattfinden, was zielführend wäre. Wer mit dem

Unterrieder

Antrag auf gemeinsame Debatte zu den Dringlichkeitsanträgen 1, 2, 3 und 4 einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen!

Zur Begründung der Dringlichkeit zum 1. Dringlichkeitsantrag liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich lasse über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen; Zweidrittelmehrheit ist erforderlich. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist einstimmig angenommen!

Wir kommen zur weiteren Mitteilung des Einlaufes. Bitte, Herr Landtagsamtsdirektor!

Direktor **Dr. Putz**:

2. Ldtgs.Zl. 307-1/27:

Dringlichkeitsantrag **aller**
Abgeordneten des F-Klubs mit
folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Nachtrag zum beschlossenen Landesvoranschlag für das Jahr 1995 vorzulegen, welcher der Kärntner Tourismusgesellschaft zwecks kurzfristiger Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Bereich des Sommertourismus in Kärnten für zusätzliche Werbemaßnahmen auf der Basis eines optimalen Marketingmix zum Sommer 1995 ein zusätzliches Budget im Ausmaß von 20 Millionen Schilling zur Verfügung stellt.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

(Vors. 1. Präs. Unterrieder: Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Mitterer zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!)

Abgeordneter **Mitterer** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Eine Diskussion über Tourismus bei einer beginnenden Sommer-

saison - wenn sie positiv besetzt und mit Vorschlägen für die Zukunft ausgestattet ist -, kann in der Öffentlichkeit nicht schädlich sein. Das ist auch unser Ziel, und das zeigen auch unsere Anträge. *(Beifall von der F-Fraktion)* Das beweist auch der Antrag, dem ich auch ersuche, die Dringlichkeit zuzuerkennen, nämlich um Aufstockung der Mittel für die Kärntner Tourismus GesmbH.

Wir haben schon im Rahmen der Diskussion zum Budget 1995 festgestellt, daß es nur 65 Millionen Schilling für die KTG gibt. Wir wissen aber, daß im Jahr 1991 bereits 67 Millionen der Kärntner Tourismus GesmbH als Budget zur Verfügung gestanden sind. Nominell sollte es pro Jahr 12 % Steigerung im Werbebudget geben. Das heißt, wir bräuchten heute schon ein Budget in der KTG in der Größenordnung von in etwa 100 Millionen Schilling. 65 Millionen sind vorgesehen. Mehrmals wurde gefordert, diese Mittel aufzustocken. Jetzt ist dieser Antrag von uns eingebracht worden, über den wir heute diskutieren sollten! Es werden einige sagen: "Die so kurzfristig beschlossenen Mittel verpuffen." Prof. Dr. Würer von der Wirtschaftsuniversität Linz meint, daß 20 Millionen Schilling Werbeeinsatzkosten Mehrumsätze im Tourismus von 1,3 Milliarden Schilling bringen.

Selbstverständlich gibt es nur dann mehr Geld für die Kärntner Tourismus GesmbH, wenn sie bereit ist, Projekte vorzulegen, die gewährleisten, daß ein Gegensteuern noch in diesem Zeitraum möglich ist. Ich glaube, daß die KTG dazu in der Lage ist und solche Projekte bereits in der Tasche hat.

Ich appelliere daher an den Kärntner Landtag, auch diesem Antrag dann (nach der erfolgten Debatte) nicht nur in der Dringlichkeit, sondern auch in der Sache recht zu geben und diese Aufstockung vorzunehmen! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wer der Dringlichkeit

Unterrieder

zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen!

Wir kommen zur weiteren Mitteilung des Einlaufes. Bitte, Herr Schriftführer!

Direktor **Dr. Putz**:

3. Ldtgs.Zl. 308-1/27:

Dringlichkeitsantrag **aller**
Abgeordneten des F-Klubs mit
folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Nachtrag zum beschlossenen Landesvoranschlag für das Jahr 1995 vorzulegen, mit welchem für die Basisausstattung der überörtlichen Tourismusregionen sowie als Beitrag zu deren laufenden Finanzierung ein Betrag von 10 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt wird.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

(Vors. 1. Präs. Unterrieder: Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Mitterer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!)

Abgeordneter **Mitterer** (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Das eben Vorgebrachte in bezug auf Erhöhung des Budgets für die KTG hat auch Gültigkeit für Regionen in diesem Lande. Ich spreche hier von Regionen, die sich zusammengeschlossen haben und die gemeinsame Angebote auflegen; die ein gemeinsames Budget und eine gemeinsame Infrastruktur aufzuweisen haben.

Alle diese Regionen (Millstätter See, Wörther See, Ossiacher See und viele andere) haben auch für das Jahr 1995 budgetiert und Projekte vorgelegt, die ein Gegensteuern im Bereich des Tourismus veranlaßt hätten, was Nüchternheitszahlen und Umsetzen anlangt. Diese Projekte wurden durchgehend in den einzelnen Regionen meines Wissens gekürzt, mangels Geld. Wir sollten daher noch Sondermaßnahmen setzen, die es

ermöglichen, sowohl für den Herbst 1995 als auch für den Winter 1995/1996 noch mehr Gäste in unsere Land zu bringen! Hier wurde von einer Region beispielgebend dafür vorgelegt, daß es noch möglich wäre, kurzfristig auch noch Dinge zu verwirklichen, die garantieren, daß mehr Gäste hereinkommen. Ich nenne nur schlagwortmäßig: Eine Herbstzeit ist Vereinszeit in Deutschland, dem Land mit den meisten Vereinen. Man könnte hier noch direkt tätig werden. Kärnten, Woche aller Partnerstädte: Fast alle Kärntner Orte und Gemeinden haben Partnerstädte in unserem Einzugsbereich unserer Gäste. Single-Urlaub mit Familienanschluß; Besuch mit dem Bus; Kooperationen mit Tageszeitungen, wie wir sie in der letzten Zeit auch in Kärnten schon feststellen haben können.

Alle diese Dinge erfordern eigentlich nur drei Maßnahmen: Kreativität, Gemeinsamkeit und Finanzierbarkeit. Gerade deshalb ist die Finanzierbarkeit der Punkt, wo wir von Landesebene einsteigen können. Deshalb auch hier ein Antrag, gegen Vorlage von Projekten noch in den Regionen tätig werden zu können; ein Antrag, die Regionen mit 10 Millionen Schilling Kapital auszustatten, um ein Entgegensteuern der zu erwartenden Minuszahlen im Sommer noch zu veranlassen. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen!

Wir kommen zur weiteren Mitteilung des Einlaufes. Bitte, Herr Landtagsamtsdirektor!

Direktor **Dr. Putz**:

4. Ldtgs.Zl. 201-5/27:

Dringlichkeitsantrag **aller**
Abgeordneten des F-Klubs mit
folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Dr. Putz

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Förderungsmodell nach dem Muster der Kanalschlußförderungsaktion für touristische Fremdenverkehrsbetriebe im Rahmen der Seensanierungsprojekte in den siebziger Jahren auszuarbeiten und sodann dem Landtag einen Nachtrag zum beschlossenen Landesvoranschlag für das Jahr 1995 vorzulegen, welcher die rasche Finanzierung dieses Förderungsmodells garantiert.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

(Vors. 1. Präs. Unterrieder: Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die geltenden wasserrechtlichen Bestimmungen erfordern eine dem letzten Stand der Technik entsprechende Abwasserentsorgung. Die bestehenden Berechnungsmodelle ergeben insbesondere für Tourismusbetriebe hohe Kosten.

Da seit mehreren Jahren die Auslastung dieser Betriebe besonders schlecht ist und praktisch keine oder wenig Erträge erwirtschaftet werden, stellen die Anschlußkosten für die Betriebe vielfach ein unlösbares Problem dar bzw. verhindern sinnvolle Neu- und Ersatzinvestitionen.

Es soll daher umgehend ein Finanzierungsprogramm erarbeitet werden, das sich an dem seinerzeitigen, an den Seen in Kärnten praktizierten Förderungsmodell orientieren sollte. Damals wurden zinsbegünstigte Förderungskredite im Ausmaß der Kosten des jeweiligen Kanalanschlusses gewährt, und zwar zu gleichen Teilen von Land und Bund. Ich darf hinzufügen: Dieses Programm wurde 1979 gestartet und ist mit viel Erfolg durchgeführt worden.

Der vorliegende Dringlichkeitsantrag findet seine Berechtigung auch in der Resolution der Bürgermeisterkonferenz am 11. Feber 1995, wo ähnliche Dinge angesprochen worden sind.

Auch in der Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes vom 7. 6. 1994 findet sich der Passus über die Unterversorgung des Kanalnetzes. Darin heißt es wörtlich: "Hier werden wir mit mittelfristigen Finanzierungskonzepten einen gangbaren Weg einschlagen, der sowohl der Umwelt- als auch der Finanzierungsproblematik Rechnung trägt."

Wie brandaktuell dieser Antrag ist, beweist eine heutige Meldung in der "Kleinen Zeitung", wo auf die Schwierigkeiten in Heiligenblut hingewiesen wird, wo nicht einmal mehr eine Gemeinderatssitzung stattfinden kann. Denn in der Gemeinde gibt es einen Schuldenberg von nicht weniger als 130 Millionen Schilling; unter anderem deshalb, weil im Kanalbau die Kalkulation über den Haufen geworfen worden ist, weil die Gemeinde durch zwei Gastronomiepleiten um Anschlußgebühren in Millionenhöhe umfällt.

Ich appelliere daher an Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Antrag ebenfalls die Dringlichkeit zu gewähren und auch den Antrag in der Sache anzunehmen! *(Beifall von der F-Fraktion)*

(Vors. 1. Präs. Unterrieder: Als nächste zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Frau Abgeordnete Herbrich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Herbrich** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Werte Presse! Das Gemeindekanalisationsgesetz, das mein Vorredner, Herr Dipl.-Ing. Gallo, so eindeutig herangezogen hat, ist seinerzeit einstimmig, auch mit Ihren Stimmen, werte Abgeordnete der F, in diesem Landtag beschlossen worden. In diesem Gemeindekanalisationsgesetz ist es auch zu einer Neubewertung aller Bewertungseinheiten sowohl im Gast- als auch im Hotelgewerbe gekommen, und auch mit Ihren Stimmen ist das beschlossen worden. Es gibt nun einen Prioritätenkatalog, der bis 2015 allen Wasserschonschutzgebieten und allen Gebieten in Kärnten, die noch über keine Kanalisation verfügen, einen Kanal bringen sollte.

Mag. Herbrich

Das, was hier der Herr Dipl.-Ing. Gallo angeschnitten hat, war die Finanzierung aus den 70er Jahren, als in Kärnten mit den Seensanierungen begonnen wurde. Dabei wurden allerdings die Gemeinden zur Zahlung herangezogen. Erstens waren die Gemeinden Kreditnehmer und zweitens waren sie Bürgen. Nur, meine Damen und Herren, die finanzielle Situation der Gemeinden heute ist mit der finanziellen Situation der Gemeinden 1970 in keinsten Weise vergleichbar und es ist aus Gemeindesicht sicher abzulehnen, sowohl eine Bürgschaft als auch eine Kreditnehmerschaft aus Gemeindesicht zu übernehmen.

Daher wird die ÖVP dieser Dringlichkeit sicher nicht die Zustimmung geben. Ich bin aber gerne bereit, in meinem Ausschuß diesen Antrag das nächstmal auf die Tagesordnung zu nehmen. Ich danke. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Abgeordneter Schiller (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte an die Worte der Vorrednerin anknüpfen: Es hat seinerzeit im Gemeinde- und Umweltausschuß der Periode 1989 bis 1994 einen Vorsitzenden gegeben, der Präsident Mitterer geheißen hat. Wir haben in gemeinsamer konstruktiver Arbeit vor allem schwerpunktmäßig die Bereiche Fremdenverkehr und Landwirtschaft abgehandelt. Mit diesem Antrag stoßen Sie jetzt wieder eine Tür in Richtung Fremdenverkehr auf, die sehr differenziert zu diskutieren ist. Ich meine, daß das nicht im Rahmen eines Dringlichkeitsantrages erfolgen sollte, denn Sie selbst, geschätzte Damen und Herren der freiheitlichen Fraktion, haben ja einen weiteren Antrag im Gemeinde- und Umweltausschuß zu dieser Materie liegen und auch der ist aus meiner Sicht Verhandlungsgegenstand und sollte gemeinsam mit dem vorliegenden Antrag abgehandelt werden.

Wir haben in den letzten Jahren sehr mühsam auf Bundes- und Landesebene ein Förderungsinstrumentarium aufgebaut, wir haben es gemeinsam erreicht, daß das Wasserrechtsgesetz novelliert wurde und ich glaube, es ist im Sinne dessen, was die Frau Abgeordnete Herbrich gesagt hat, auch dieser Dringlichkeitsantrag in einer konstruktiven und

sehr sachlichen Form im zuständigen Ausschuß abzuhandeln. Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen.

Berichterstatter Abgeordneter Stangl (F):

Hohes Haus! Herr Präsident! Es stimmt, das Gesetz wurde in sachlicher Form einstimmig beschlossen, nur müssen wir eines zur Kenntnis nehmen, daß sich die Situation beachtlich geändert hat. Durch den Kaufkraftabfluß nach Italien sind im Fremdenverkehr, aber auch in den Dienstleistungsbetrieben gewaltig geänderte Vorzeichen zu erkennen und die Situation im Fremdenverkehr, die jetzt schon besteht, wird sich durch das wirtschaftliche Umfeld und die Anschlußgebühren der Fremdenverkehrsbetriebe in puncto Kanal noch verschärfen. Daher glaube ich sehr wohl, daß es dringlich ist, zu diesem Thema zu sprechen und dieses Thema zu behandeln, denn eines darf man bemerken: In Zeiten eines rückläufigen Fremdenverkehrs müssen die Gastronomen die Bewertung der Zimmer bezahlen, was korrekt ist, und gleichzeitig sind die Bewertungen derselben Personen im Speisesaal, das ist also eine doppelte Bewertung. Was nicht beachtet wird, es sind auch Gastgärten bei der Bewertung Speisesäle. Nach meinen Erfahrungen in ganz Kärnten sind entweder die einen oder die anderen besetzt, daher ist auch hier eine Doppelbewertung. Wenn man weiß, daß der Großteil nur aus Saisonbetrieben besteht, wo Speisesäle und Gastgärten vielleicht eine Auslastung von ein bis zwei Monaten haben, so ist es umso berechtigter, darüber noch einmal nachzudenken, und das, bitte, dringlich und nicht in einem Ausschuß, in dem man vielleicht das Problem ein bis zwei Jahre vor sich herwälzt. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte hier an die gemeinsamen Aktionen aller drei Fraktionen des Landtages am Ende der 70er Jahre erinnern. Wir haben damals in einer gemeinsamen Kraftanstrengung ein Programm entwickelt, indem wir gesagt haben, es muß gehandelt werden, die Kärntner Seen müssen vor der Ver-

Dipl.-Ing. Freunschlag

schmutzung gerettet werden. Es wurde ein Milliardenprogramm in Bewegung gesetzt. Wir sind dann gleich draufgekommen, daß dieses Milliardenprogramm schwere und große Härten für die Tourismuswirtschaft mit sich gebracht hat. Es war damals eine Gemeinschaftsleistung, eine Leistung aller drei Fraktionen, indem gesagt worden ist: wir wollen der Tourismuswirtschaft helfen. Es ist damals eine Förderungsaktion ins Leben gerufen worden, die bis zum Abschluß dieser Aktion im Jahre 1985 gelaufen ist, wodurch die Betriebe 25 % der Anschlußgebühren de facto gefördert bekommen haben.

Heute ist ebenfalls wieder eine Gemeinschaftsleistung rasch gefordert. Es geht zwar nicht mehr um die Seen, aber es geht heute um die Betriebe draußen in den Randregionen, weil sich die Verhältnisse geändert haben. Die Projekte, die heute abzuführen sind, sind sehr, sehr teure Projekte in den Randregionen und wir haben weniger Zahler. Das heißt, es kommt auf den Einzelnen noch mehr zu. Darüber hinaus möchte ich in Erinnerung rufen, daß jene Tourismus, Gastronomie- und Hotelbetriebe in den Randregionen bei weitem nicht die Möglichkeit der Umsätze und des Verdienens haben wie jene Betriebe, die wir in den Seenregionen damals gestützt haben, weil sie rascher durch die Erträge wieder auf die Füße kommen konnten. Wir begeben uns in eine Situation, daß wir die Struktur am Lande in den Regionen draußen gefährden, weshalb viele, viele Gastbetriebe ihre Säle und ihre Betriebe schließen werden, weil sie einfach die 300.000, 400.000, 500.000 Schilling, die plötzlich in Form von Kanalanschlußgebühren auf sie hereinkommen, nicht im vollen Umfang gleich bezahlen können.

Dabei geht es eigentlich auch um ein Wirtschaftsprogramm, meine Damen und Herren, wenn wir diese Aktion, die wir vom Land her unterstützen sollen, gemeinsam angehen. Deshalb verstehe ich es überhaupt nicht, daß man dafür keine Dringlichkeit sieht, obwohl viele Projekte anstehen und Anschlußvorschriften der Betriebe ins Haus flattern und wir die Betriebe mit ihren Problemen allein lassen. Wenn es uns um diese Betriebe geht, dann darf ich Sie ersuchen, der

Dringlichkeit zuzustimmen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich will den Freiheitlichen nicht unterstellen, daß hinter diesem Antrag eine schlechte Absicht stehe, aber eines möchte ich schon sagen, nachdem der Herr Präsident Freunschlag hier die Kraftanstrengung aller drei Fraktionen in den 70er Jahren angezogen hat: Wenn man solche Kraftanstrengungen will, dann sollte man auch einen Weg gehen, wie man zu gemeinsamem Handeln kommt. Sicher ist es nicht der Weg, wie man zu gemeinsamem Handeln kommt, wenn Sie ein Thema in der Kurzfristigkeit nicht nur dem Landtag, sondern auch der Öffentlichkeit hinknallen und meinen, es werden alle nachhoppeln und das tun, was Sie wollen. Denn eines sollte man wohl auch bei dieser ganzen Diskussion nicht vergessen: Es geht um die Betriebe und die Rahmenbedingungen für den Fremdenverkehr, die damit zusammenhängen. Meine Damen und Herren, es geht aber auch um die übrige Kärntner Bevölkerung, die das alles bezahlen muß! Und darüber wird man wohl noch in Ruhe reden dürfen, ohne von Ihnen den Vorwurf zu bekommen, wenn man nicht sofort der Dringlichkeit zustimmt, daß man etwas Falsches tut. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Sie hätten Zeit genug gehabt, in dieser Frage etwas zu tun!

Uns, meine Damen und Herren, liegt die gesamte Kärntner Bevölkerung am Herzen, auch jene Leute, die mit ihren hart verdienten Schillingen das alles bezahlen müssen. Wir wollen in Ruhe darüber reden, damit wir wissen, welche Auswirkungen das auf alle Menschen hat. Daher werden wir der Dringlichkeit heute die Zustimmung nicht geben. *(2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Wir haben keinen Vorwurf gemacht! Wir haben Sie nur ersucht, zuzustimmen! - Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Umwelt- und Gemeindeausschuß zu. Ich bitte um die weitere Mitteilung des Einlaufes.

Direktor **Dr. Putz**:

5. Ldtgs.Zl. 306-2/27:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Hofer, Sablatnig, Dkfm. Scheucher, Hinterleitner, Bergmann, Dr. Ambrozy, Koncilia, Unterrieder, Kollmann und Schiller mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Der zuständige Referent der Kärntner Landesregierung, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser, wird aufgefordert,

1. Dem Kärntner Landtag innerhalb von drei Wochen einen Bericht über
 - a) alle Maßnahmen und Konzepte im Tourismusbereich, die seit dem 7. 6. 1994 vom zuständigen Tourismusreferenten in der Kärntner Landesregierung veranlaßt wurden und die zur Verbesserung der Tourismussituation geführt haben,
 - b) alle von ihm zur Verbesserung der Tourismussituation in Kärnten beantragten Maßnahmen der Kärntner Landesregierung, die nicht die erforderlichen Mehrheiten in der Kärntner Landesregierung erhielten,
 - c) die Gründe, weshalb er der Aufforderung des Ausschusses für Tourismus und Gewerbe vom 24. 11. 1994, Unterlagen für eine Neuregelung der Preisgestaltung im Kärntner Wintersportbereich zu übermitteln, nicht nachgekommen ist,
 - d) die Rückgänge der Nächtigunzzahlen, insbesondere von Gästen aus Holland, seit dem 13. 6. 1991,
 - e) die durchschnittliche Höhe des Anteiles der überregionalen Tourismuswerbung an

der Anzeigenabgabe für ganz Kärnten für einen Zeitraum von zwei bis drei Monaten vorzulegen.

2. Dem Kärntner Landtag innerhalb von drei Monaten ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Tourismussituation in Kärnten vorzulegen. Dies unter Anführung der Bedeckungsvorschläge der vorgeschlagenen Maßnahmen und unter Berücksichtigung der von der Kärntner Landesregierung und vom Kärntner Landtag erfolgten Beschlüsse zur Budgetkonsolidierung des Kärntner Landeshaushaltes.
3. Innerhalb von acht Tagen dem Ausschuß für Tourismus und Gewerbe die seit 24. 11. 1994 ausstehenden Unterlagen für eine Neuregelung der Preisgestaltung im Kärntner Wintersportbereich vorzulegen.
4. In der Zukunft Äußerungen zu unterlassen, die geeignet sind, dem Ansehen Kärntens und Österreichs zu schaden und damit auch zu einer Schädigung des Kärntner Tourismus führen können.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Herr Abgeordneter Koncilia zu Wort gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir sind ebenfalls der Meinung, daß die Frage des Tourismus eine sehr wichtige ist und haben aus diesem Grund auch einen eigenen Antrag gemeinsam mit der ÖVP eingebracht, der aber zum Unterschied zu den ersten drei Anträgen konkrete Fragen und Forderungen stellt. Wir haben bewußt die Fristen in diesem Dringlichkeitsantrag so kurz gesetzt, damit rechtzeitig gehandelt werden kann und damit alle zuständigen Gremien, also auch der zuständige Ausschuß, in kürzester Zeit tagen können. Ich darf also auch die Freiheitlichen einladen, dieser Dringlichkeit die Zustimmung zu geben. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Wie ich früher schon in meiner Wortmeldung zur Geschäftsordnung ausgeführt habe, sind die drei Fraktionen übereingekommen, allen Tourismusanträgen die Dringlichkeit zuzuerkennen. Leider ist bei der Zuordnung jetzt ein anderer Antrag hineingerutscht.

Der Antrag, den wir heute gemeinsam mit der sozialdemokratischen Fraktion hier einbringen, ist ein sehr detaillierter, der über die anderen Anträge zum Teil hinausgeht. Der Antrag, den wir vorgelegt haben, ist darüber hinaus ein sehr zeitlich limitierter Antrag, weil er den Referenten auffordert, die notwendigen Konzepte und Berichte innerhalb von drei Wochen vorzulegen. Das heißt, wenn es diesem Hohen Haus, der Landesregierung und vor allem dem Referenten gelingt, ein glaubwürdiges Konzept vorzulegen, das auch die Frage der Finanzierung mit beinhaltet, dann ist eine entsprechende Beschlußfassung noch im Rahmen des Nachtragsvoranschlages vor dem Sommer dieses Jahres möglich. Daher ersuche ich, die Dringlichkeit diesem Antrag zuzuerkennen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir haben diesen Sonderlandtag mit dem Ziel einberufen, ausführlich über die Probleme im Tourismus zu referieren. Wir brauchen eine Schwerpunktsetzung, wobei wir hier im Plenum in öffentlicher Debatte zu diskutieren haben. Wir haben unterschiedliche Vorstellungen, wie wir den Unternehmen, den Beschäftigten im Bereich des Tourismus, aber auch den Beschäftigten, wie ich bereits in meiner ersten Rede darauf hingewiesen habe, in allen anderen Unternehmungen Kärntens helfen können, denn, wie bereits gesagt, natürlich ist der Tourismus der Schwerpunkt der Kärntner Wirtschaft und natürlich hängen auch zahlreiche Unternehmen, vor allem der klein- und mittelständischen Wirtschaft, des Gewerbes und des Handels an diesem großen Standbein dran.

Wir werden diesem Antrag der SPÖ und ÖVP-Fraktionen selbstverständlich die Dringlichkeit zuerteilen. Es sind hier, im Gegensatz von uns geschnürten Maßnahmenkatalog konkrete Lösungsvorschläge und Lösungsansätze in diesem Dringlichkeitsantrag beinhaltet, sondern er ist, wie ich feststelle, in einer sehr polemisch geführten Art, eine Auflistung von Fragen und Aufforderungen an unseren Tourismusreferenten. Wir haben keine Angst davor, den Tourismusreferenten von unserer Seite und von dieser Stelle hier in diesem Dringlichkeitsantrag zu unterstützen, weil wir der Meinung sind, daß wir mit Karl-Heinz Grasser einen äußerst erfolgreichen und dynamischen Referenten in der Kärntner Landesregierung haben *(Beifall von der F-Fraktion.)*, der bereits im Winter gezeigt hat, daß er mit neuen und kreativen Ideen *(Abg.Mag.Trunk: Er hat nur gezeigt, daß er Schifahren kann!)*, nicht nur Schifahren kann, sondern positiv das Nächtigungsminus einzelner Regionen zu korrigieren hat. Nur muß man ihm die nötige Unterstützung der politischen Gremien angedeihen lassen. Diese Unterstützung sei ihm durch uns und Ihnen durch den heutigen Landtag dokumentiert.

Die entscheidende Frage ist jedoch, wie wird sich die Kärntner Landesregierung verhalten? Wie wird sich der Finanzreferent verhalten, wenn tatsächlich das in diesem Antrag besprochene Anforderungsprofil die Maßnahmen, die vom Referenten geschnürt werden, auch tatsächlich in konkrete Handlungen gegossen werden sollen. Wie wird dies mit der Gestaltung des Budgets, wie wird das mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln aussehen? Die Zeit, drei Wochen, ist relativ knapp bemessen. Wir haben aber keine Angst, innerhalb dieser Zeit ein konkretes Maßnahmenpaket vorzulegen. Deshalb werden wir diesem Antrag selbstverständlich die Dringlichkeit zuerkennen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, bitte ich um

Unterrieder

ein Handzeichen. - Danke, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich eröffne die Debatte zu den Dringlichkeitsanträgen Ldts.Zl. 306-1/27, 307-1/27, 308-1/27 und 306-2/27.

Als erster zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Dr. Ambrozy. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ängstlichkeit von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern ist für uns keine Triebfeder des Handelns, sondern wenn, dann die Sorge der Entwicklung des Tourismus in Kärnten und aus dieser Sorge heraus ist auch der Dringlichkeitsantrag, den wir gemeinsam mit der ÖVP eingebracht haben, entstanden. Nämlich um deutlich zu machen, wo tatsächlich Verantwortlichkeit liegt, wenn man von politischer Verantwortlichkeit redet, wo die Versäumnisse liegen und was wirklich zu tun ist, um rasch einer solchen, in der Vergangenheit eher schlendrianhaften Entwicklung, entgegenzuwirken. Meine Damen und Herren, für uns die SPÖ ist der Tourismus eine wichtige Branche, ein wichtiger Wirtschaftszweig unseres Landes, die Ziffern sind hier genannt worden. Ich möchte aber gerade diese Debatte zum Anlaß nehmen, um auszusagen, daß es neben den Tourismus in Kärnten noch andere genauso wichtige oder zumindest ebenso wichtige Säulen der Wirtschaft gibt, denen unser Augenmerk zuzuwenden ist und daß diese Säulen der Wirtschaftsentwicklung einen doch bedeutenden Stellenwert für unser Land haben. (*Zwischenruf von der F-Fraktion: Der Konsum?*) Der Konsum hätte es auch, das möchte ich schon offen sagen. Denn wenn Sie die Diskussion über Wirtschaft in solch billiger Polemik abwickeln wollen, tun Sie es. Ich habe ernsteres im Kopf. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Meine Damen und Herren, es geht uns um eine gute industrielle Entwicklung in Kärnten. Hier wäre es auch an der Zeit, daß wir uns im gleichen Umfang im Hohen Hause intensiver darüber unterhalten, was zu tun ist und nicht nur in polemischen Diskussionen die Dinge beurteilen, etwa in Arnoldstein. Es geht um die Entwicklung des Gewerbes, der Landwirtschaft

sowie die Entwicklung des Tourismus und daher denke ich, daß man eine solche Debatte zum Anlaß nehmen soll, um alle Bereiche unserer Wirtschaft mit dem entsprechenden Stellenwert auszustatten. Aber meine Damen und Herren, den Tourismus und die Entwicklung verfolge ich schon mit Sorge. Denn sowohl der Rückgang der Nächtigungsziffern als auch der Rückgang der Umsatzziffern und der Verluste, die wir in diesem Bereich erleiden, sind besorgniserregend. Diese sind auch in der Vergangenheit bereits mehrfach in Diskussion gestanden. Ich möchte hier sagen, daß die SPÖ diese Entwicklung erkannt hat und lange vorher entsprechende Initiativen in jenen Bereichen gesetzt hat, in denen sie zuständig war. Heute ist ein Bereich angeschnitten worden. Eine Umweltpolitik des Landes Kärnten, die international anerkannt worden ist, die letztlich dazu geführt hat, daß wir mit unseren reinen Seen ein Juwel für den gesamten Sommerfremdenverkehr zur Verfügung haben. Wenn ich mich recht entsinne, ist die Diskussion zu diesem Thema auf eine Art und Weise von der F und ihrem damaligen Landeshauptmann geführt worden, die beschämend war. Gestritten ist worden, wer den Preis, den das Land Kärnten erhält, in London abholen darf. Ob das der zuständige Referent oder ein jung ins Amt gekommener Landeshauptmann ist, der damit Lorbeeren auf sich nehmen wollte, die ihm nicht zustehen.

Meine Damen und Herren, wir haben im Bereich der Familienpolitik und auch der Ideen, was Familien im Fremdenverkehr betrifft, Initiativen ergriffen, sie entsprechend öffentlich vertreten, viel von dem, was wir gesagt haben, ist verwirklicht worden, vieles harrt noch seiner Verwirklichung. Wir haben mit dem Ausbau des Wintertourismus und insbesondere auch, auf das möchte ich schon hinweisen, auf die großen Anstrengungen, was die Sicherung unserer Schneelage in den Kärntner Winterfremdenverkehrsgebieten betrifft, eine für die Zukunft wichtige Maßnahme gesetzt, die sehr stark kritisiert worden ist. Ich darf auf die Ausführungen vieler Abgeordneter der F hinweisen, was die Kärntner Bergbahnen und die Beteiligungen, die dort gelaufen sind, gemacht worden sind. Wir haben im Bereich des Sports in Kärnten sowohl was den Ausbau von

Dr. Ambrozy

Anlagen betrifft, als auch, was Veranstaltungen betrifft, Zeichen gesetzt. Zeichen, die von der F abgelehnt worden sind. Ich will hier nur das Thema Olympia 2002 kurz anreißen. Wir sind in Kärnten ein Land, das heute, was die Sportveranstaltungen betrifft, weit über die Größe unseres Bundeslandes hinaus Bedeutung hat und anerkannt wird und leisten damit einen entsprechenden Beitrag für die Infrastruktur.

Ich möchte auch auf die Kultur zu sprechen kommen, die immer so abgewertet wird. Aber die Kultur ist auch ein wichtiger Bestandteil für das, was Tourismus in Kärnten ausmacht. Hier auch wieder nur Stichworte, ich nenne den Carinthischen Sommer, unser Theater und ich nenne letztlich auch die Landesausstellung. Ich werde später ein paar Worte dazu sagen, wie der Tourismus und die Verantwortlichen damit umgehen. Meine Damen und Herren, die Entwicklung der letzten Jahre gibt tatsächlich zur Sorge Anlaß. Ich möchte doch einmal rein rhetorisch die Frage stellen, wer waren die verantwortlichen Tourismusreferenten der letzten Jahre? Wenn ich vom Jahre 1990 weggehe, war es kurze Zeit Landesrat Koschat. Gehen wir noch ein wenig zurück. 1979 Landesrat Ferrari, FPÖ-Landesrat, 1983 Landesrat Haider, FPÖ, dann ist eine kurze Phase der ÖVP gekommen mit Landeshauptmann-Stellvertreter Knafl, Landeshauptmann-Stellvertreter Scheucher, 1989 Koschat, ab 1990 Landeshauptmann Zernatto, 1994 Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold, 1994 Landesrat Freunschlag und wiederum seit 1994 Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser. Immerhin ist es der FPÖ gelungen, innerhalb von nur einem Jahr drei Tourismusreferenten zu verbrauchen.

Ich werde Ihnen jetzt auch ein ganz kurz ein paar Anmerkungen zu dem machen, was an Ideen entwickelt worden ist. Wenn ich mir ansehe, was im Jahre 1994 Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold damals gesagt hat zu seinen Zukunftsvisionen. Er hat gemeint, für Zukunftsvisionen sei es noch zu früh, da er die Unternehmen während der laufenden Sommersaison nicht bei der Arbeit stören wolle. Er hat gemeint, er wolle sich stärker einschalten und eine bessere Kooperation erreichen. Die besten Köpfe als Ideen bringen, um sich zu

sammeln und dabei wird auch Robert Rogner als Berater dabei sein. Wir haben als erste Aktion damals mitbekommen, er setzt den Tourismusfachmann ab, er muß selbst den Vorsitz im Marketingbeirat führen und hat den Tourismusexperten Kropfberger vor die Tür gesetzt. Das war die entscheidende Maßnahme, die gesetzt worden ist. Dann hat es ein kurzes Zwischenspiel mit Landesrat Freunschlag von einer Woche gegeben, das hat nicht einen allzu großen Niederschlag gefunden.

Aber dann hat es einen Referenten Grasser gegeben, den gibt es immer noch, auch dazu ein paar Anmerkungen, daß man sieht, was die Absichten waren. Das bringt mich dann auch zu dem, was die Sitzung heute betrifft. Grasser hat gemeint, daß es zu einer grundlegenden Revision der Tourismusstruktur kommen muß und daß es letztlich darum geht, das organisatorische Chaos der Vergangenheit aufzuarbeiten, um neue Strukturen dem Tourismus zu geben. Ich möchte gerne wissen, wer dieses organisatorische Chaos hinterlassen hat, damit neue Strukturen geschaffen werden müssen. Er hat im Zuge einer Umfrage klären lassen, in welche Richtung sich die Werbemaßnahmen des Tourismus entwickeln sollen.

Es gibt weiters den Ausschußvorsitzenden für Tourismus und Gewerbe. Hier lese ich in einer Zeitung ein Interview, das ich auch zum besten geben möchte, damit man sieht, wo tatsächlich die Verantwortlichkeiten liegen. Damals hat die Journalistin der Kleinen Zeitung gefragt, ein freiheitlicher Tourismus- und Gewerbereferent, ein freiheitlicher Wirtschaftsreferent, ein freiheitlicher Ausschußobmann für Wirtschaft und Finanzen und Sie als Obmann für Gewerbe und Tourismus im Kärntner Landtag, mit so geballter politischer Kraft muß im Tourismus doch etwas weiter gehen. Denn wenn ich mir heute ansehe, daß die F eine dringliche Sitzung des Landtages einberufen muß, um ihre Unfähigkeit einzubekennen, dann hat diese politische Kraft offensichtlich nichts bewirkt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Es ist ganz wichtig, daß wir einmal vor der Öffentlichkeit genau das dokumentieren und aufzeigen, damit nicht immer Schein vor Tatsache geht und einmal Tatsache in den Vordergrund kommt. Auch er hat damals

Dr. Ambrozy

gemeint, ein Beraterteam der besten Köpfe auf dem Bereich der Sozialpartnerschaft arbeitet an einem Programm. Er hat gemeint, das Tourismusgesetz ist nicht nur zu novellieren, sondern zu schmeißen. Er hat gemeint, diese Summen - gemeint ist die Orts- und Nächtigungstaxe - könne man sich sparen, wenn man die komplizierten Einhebungsschlüssel vergessen und eine einzige umsatzbezogene Abgabe einführen will. Ich warte bis heute noch auf eine Initiative von Ihnen als Ausschußobmann. Sie haben es bis heute nicht getan. Sie haben es immerhin am 1. September 1994 gesagt.

Das sind die Realitäten, über die wir reden müssen und die auch zum Ausdruck kommen müssen. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine ich, daß man die heutige Sondersitzung in der spektakulären Form, Art und Weise, wie sie angelegt wurde, nicht hätte machen sollen. Wenn wir uns das ansehen, unterstütze ich das, was öffentlich vom ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ausserwinkler gesagt wurde. In Wahrheit ist das eine Frotzelei, in Wahrheit ist es eine Frechheit, daß man auf diese Art und Weise versucht, im Wege der Flucht nach vorne, Verantwortung, die man in einem Teilbereich in der Entwicklung dieses Landes hat, nicht wahrnehmen zu wollen, sie abschieben zu wollen und die eigene Unfähigkeit damit in den Hintergrund stellt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte hier schon sagen, daß der Vorsitzende des Ausschusses für Tourismus und Gewerbe in dieser Legislaturperiode drei Sitzungen einberufen hat, wovon die letzte Sitzung am 24. November 1994 stattgefunden hat, zwei offene Anträge in diesem Ausschuß noch liegen, beide Initiativen der SPÖ-Fraktion. Herr Mitterer, ich frage Sie, was hat dazu geführt oder warum hat der Ausschuß im Wissen um die Entwicklung nicht längst Initiativen in diesem Hause ergriffen, um die Entwicklung, wie heute gesagt wird, zu verbessern.

Warum hat man geschlafen? Warum hat man geschwiegen? Warum hat man nichts getan? Und warum macht man heute ein Spektakel vor den Augen der Öffentlichkeit?

Da ist gesagt worden, daß diese heutige Sondersitzung gebraucht wird, weil dem Referenten anlässlich der letzten Sitzung des Landtages am 4. Mai noch nicht die dramatische Entwicklung bekannt war. Sie ist erst nachher bekannt geworden. Daher hat es diesen Dringlichkeitsantrag nicht am 4. Mai gegeben, sondern heute, am 15. Mai. Es mag sein, daß es welche gibt, die das glauben. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der F-Fraktion! Sie können sicher sein: Ich glaube Ihnen das nicht, denn am 8. März 1995 hat der Tourismusreferent des Landes Kärnten über die APA eine Aussendung gemacht. In dieser Aussendung sind all jene Ziffern, die Grundlage für die heutige Sitzung des Landtages sein sollen, bereits von ihm der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Hier schreibt er: "Der Tourismusreferent wies darauf hin, daß Kärnten seit 1989 mehr als 2,3 Millionen Gästenächtigungen verloren hat und 8 % seines Marktanteiles an andere Bundesländer abgegeben habe. Damit ist ein Umsatzminus von rund 2 Milliarden verbunden." Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 8. März war das bekannt! Jetzt wollen Sie uns einreden, daß diese Sondersitzung des Landtages notwendig ist, um aufgrund kurzfristiger Einschätzung der Entwicklung das zu tun. In Wahrheit haben Sie das seit 8. März gewußt - zumindestens öffentlich dokumentiert gewußt - und seit diesem 8. März überhaupt nichts getan! Heute treten Sie die Flucht nach vorne an, um sich Ihrer Verantwortung zu entledigen. Das wird Ihnen nicht gelingen, meine Damen und Herren! Das sage ich Ihnen hier ganz deutlich!

Wenn Sie sagen, daß die heutige Sondersitzung des Kärntner Landtages notwendig geworden ist und Sie in diesem Bereich etwas erreichen wollen, dann frage ich Sie: Wo liegen denn die Vorschläge, die diesem Hohen Hause zur Beratung hätten dienen können, damit wir auf der Grundlage eines Zukunftskonzeptes über den Kärntner Tourismus reden können? Mir sind diese Vorschläge bis heute nicht bekannt. *(2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Zuhören! Wir werden sie gleich sagen!)* Das einzige, das Ihnen eingefallen ist, ist ... Ich werde Ihnen gleich sagen, was Ihnen eingefallen ist, nämlich die KTG um Millionenbeträge aufzustocken, obwohl der zuständige Ausschußvorsitzende in einem Interview gesagt hat, daß man im

Dr. Ambrozy

Gesamtbereich 25 Millionen Schilling durch effizientere Maßnahmen einsparen könnte. Hätten Sie das getan, hätten wir die Millionen schon (*Lärm im Hause*) Sie könnten Ihre Sondermaßnahmen schon durchführen und müßten nicht heute jammern.

Ihr zweiter Vorschlag ist, daß Sie die regionale Werbung fördern wollen. Warum haben Sie das nicht getan, meine Damen und Herren? Sie haben Zeit gehabt. Sie haben eine Umfrage gemacht. Sie haben das Ergebnis am Tisch, das eindeutig ist. Sie hätten aufgrund dieses Ergebnisses handeln können. Ich sage Ihnen jetzt noch etwas, damit das auch öffentlich ausgesprochen und nicht der Eindruck erweckt wird, als wäre der Tourismus sozusagen ein Stiefkind der Kärntner Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsförderung. Wenn Sie die Jahre 1993 und 1994 hernehmen und vergleichen, was aus den vielen Mitteln wurde, die dem KWF zur Verfügung stehen (für den Tourismus, für die Industrie, für das Gewerbe) und ausgegeben worden sind, dann werden Sie sehen, daß gerade im Bereich des KWF ein Schwerpunkt die Tourismusbranche ist. Immerhin sind im Jahre 1994 allein für den Tourismus 234,321.000 Schilling geflossen und im Vergleich dazu für die Industrie 187,742.000 und für das Gewerbe 66,792.000 Schilling.

Dort, wo Verantwortliche der SPÖ gesessen sind und noch immer sitzen, wissen wir, was zu tun ist und welche Schwerpunkte zu setzen sind. Wir erwarten endlich von Ihnen, daß Sie Ihre Verantwortung wahrnehmen. Sie haben in den letzten Jahren die Verantwortung für den Kärntner Tourismus gehabt. Sie werden jetzt von uns aufgefordert, die entsprechenden Vorschläge auf den Tisch zu legen! Das ist auch der Grund unseres gemeinsamen Dringlichkeitsantrages.

Letztlich wollen wir damit erreichen und den Referenten zwingen, daß er endlich Konzepte auf den Tisch legt, sich Gedanken macht, wie man das finanzieren kann und diesem Hohen Haus einmal sagt, wo und in welchem Bereich er in seinen Aktivitäten behindert worden ist. (*Abg. Krenn: Ihr habt ihn verhindert!*) Er ist nämlich nirgends behindert worden. Im Gegenteil! Wir hätten ihn noch weiter unterstützt, wenn er Initiativen ergriffen hätte.

Sie haben hier gemeint: "Großartig, wie der Referent im Winter reagiert und Vorschläge gemacht hat." Ich muß sagen: Ich habe schon viel Unverfrorenheit erlebt. Aber, daß man eine Maßnahme, die die Kleinkirchheimer wirklich ordentlich vorbereitet haben, innerhalb weniger Sekunden vor dem Eintreten dieser Maßnahme noch auf seine eigenen Fahnen heftet, ist wahrscheinlich die größte Unverfrorenheit, die mir untergekommen ist. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*) Sie hätten mit Ihrer Aktion die ganze Geschichte noch fast verhindert. (*Lärm im Hause. - 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Wieviele Federl hast denn Du Dir schon auf den Hut gesteckt? Das ist schon ein großer Buschen!*) Ihr braucht ja nicht nervös zu werden! Das sind Fakten, Präsident Freunschlag, die ich hier schon sagen muß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tourismus ist eine wichtige Branche in diesem Lande. Wir wollen haben, daß in dieser Branche gute Verhältnisse herrschen: für die Unternehmen im gleichen Maße wie auch für die Arbeitnehmer. Wir wollen, daß gute und gut bezahlte Arbeitsplätze in dieser Branche geschaffen werden. Das wird nur gehen, wenn wir in dieser Branche gemeinsam an einem Strang ziehen, Herr Abgeordneter Mitterer, und ihr jene, Hand, die ihr versprochen habt, zu reichen, für die Gemeinsamkeit in der Tourismusbranche wirklich einmal ausstreckt. Wir sind bereit, sie zu nehmen. Ihr braucht keine Eigenbrötelei zu machen, sondern nur die Zusammenarbeit ernst zu nehmen! Ernst macht man Zusammenarbeit dann, wenn man auch den Partner, mit dem man zusammenarbeitet, ernst nimmt - aber nicht meint, man könne mit spektakulären Öffentlichkeitsaktionen hier etwas erreichen.

Zum Schluß noch einen Satz, der mir persönlich sehr am Herzen liegt. Ich habe mir die Nächtigungsziffern angesehen. Kärnten hat in einigen Bereichen fast schier unglaubliche Verluste hinnehmen müssen: etwa bei den Urlaubern, die aus den Niederlanden zu uns kommen. Immerhin hatten wir einmal über 2 Millionen Nächtigungen aus diesem Bereich und sind jetzt auf unter 900.000 zurückgefallen. Das ist die Realität!

Dr. Ambrozy

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erwarte mir, wenn man Verantwortung für dieses Land trägt, daß man jede Äußerung, die man als Verantwortlicher in einer Funktion in diesem Lande macht, so setzt, daß sie diesem Land nicht schadet, dieses Land nicht in Verruf bringt und ausländische Gäste nicht abhält, aus diesem Grunde nach Kärnten zu kommen. *(Abg. Steinkellner macht eine wegwerfende Handbewegung. - Beifall von der SPÖ-Fraktion)* Frau Abgeordnete Steinkellner, Sie können ruhig so tun. Dieses Handzeichen zeigt mir, daß Ihnen das vollkommen gleichgültig ist; Hauptsache, Sie haben Ihr Spektakel hier in diesem Haus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die "ordentliche Beschäftigungspolitik" bis hin zu dem, was jüngst vom Tourismusreferenten gesagt wurde, ist kein Markenzeichen für dieses Land! Hier muß auch die Kärntner Bevölkerung wieder einmal in Schutz genommen werden. Ich kann nur alle einladen, anzusehen, daß Kärnten anders ist und besuchenswert ist. Ich danke fürs Zuhören! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Vors. 1. Präs. Unterrieder: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mitterer. Ich erteile ihm das Wort!)

Abgeordneter **Mitterer** (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ein bißchen bin ich traurig *(Abg. Mag. Trunk: Aber? - 3. Präs. Dkfm. Scheucher: Schauspieler!)* über die Tatsache, daß das Wollen der Freiheitlichen, Akzente zu setzen, für die Tourismuswirtschaft Hoffnung zu erwecken, für die Unternehmer im Tourismusbereich, daß es auch die Politik gibt, die sich Gedanken macht, in einer schwierigen Zeit etwas zu verbessern, hier in einer polemischen Art und Weise verwässert wird. Ich glaube, das genau ist der Schaden. Genau das ist es, was wir nicht erreichen wollten. Das, was uns zur Last gelegt wird, haben wir euch nicht zugetraut, daß ihr das zustande bringen werdet. Ich hoffe, daß sich die Diskussion auf einer wesentlich sachlicheren Weise fortbewegt. Denn man kann nicht mit Unterstellungen und Verwechslungen hier anfahren, Herr Kollege Ambrozy. Wenn man von 25 Millionen Ersparnis redet, dann wissen Sie sehr genau, wie

das gemeint war: Daß bei einer Einsparung der Orts- und Nächtigungstaxe und Überleitung zu einer gemeinsamen Abgabe das hätte erfolgen sollen. *(Abg. Dr. Ambrozy: Ich habe genauso berichtet! Ihr müßte auch zuhören!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das hat aber nichts damit zu tun, daß der KTG um 25 Millionen Schilling mehr zugeflossen wären, sondern das Geld wäre den Gemeinden gemeinsam in den Taschen geblieben, *(Abg. Dr. Ambrozy: Die gemeinsame Abgabe!)* Herr Kollege. Wir sollten eigentlich überhaupt nicht in diesem Bereich von der Vergangenheit reden! *(Abg. Koncilia: Warum?!)* Wenn wir über die Zukunft des Tourismus reden wollen, dann reden wir über die Zukunft *(Lärm im Hause. - Abg. Dr. Ambrozy: Wer hat denn das eingebrockt?)* und wie es weitergehen sollte. Und weitergehen muß es in diesem Land, weil die Bedeutung des Tourismus sehr groß ist. Das werde ich mit einigen Zahlen dann noch untermauern. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Wer mich als Person kennt - einer derjenigen, der mit beiden Beinen in der Wirtschaft steht, auch Arbeitsplätze sichert und in der letzten Zeit in dieser schwierigen Branche vermehrt hat -, der weiß, daß ich der letzte bin, der im Tourismusbereich polemisch agiert. Das bestätigt mir sogar die Kammer, die nicht immer gut auf uns zu sprechen ist. Aber wenn es um den Sachbereich gegangen ist, haben wir uns immer verstanden. Ich erwarte mir das eigentlich auch bei der Diskussion hier im Hohen Hause. Geben Sie doch bitte zu, daß der Landesreferent für Tourismus im großen und ganzen keine Kompetenzen hat! Gerade die Aufzählung der vielen Referenten, die es in den letzten Jahren gegeben hat, war doch die Tatsache, warum man im Jahre 1989 den Tourismus aus der effektiven politischen Verantwortung ausgegliedert und ihn privatisiert hat, indem man die KTG geschaffen hat. Dies deshalb, damit er außerhalb des Einflusses der Tourismusreferenten ist, die wechseln, damit dort etwas in gleicher Form weiter fortgeführt werden kann. Wir haben auch die Förderung ausgegliedert. In beiden Bereichen ist leider nicht der Tourismusreferent des Landes als Besitzervertreter drinnen, sondern der Landeshauptmann. Das ist eben das Problem, mit dem wir auch zu kämpfen haben.

Mitterer

Wenn man sagt, daß der Ausschußobmann für Tourismus und Gewerbe etwas in diesem Bereich direkt verändern kann, dann muß man feststellen: Das kann er nur mit Anträgen, die hereinkommen - wenn sie konkret sind. Die beiden Anträge, die zur Zeit im Tourismusausschuß liegen, sind antitouristische Anträge. (*Abg. Dr. Ambrozy: Das heißt, familienfreundliche Tarife sind antitouristisch?!*) Ich werde das gleich beweisen, Herr Kollege Ambrozy. Der eine Antrag, der eine Verkürzung der Offenhaltungszeiten zu Weihnachten vorsieht, ist antitouristisch, denn der Gast kommt relativ spät an. Ihm sollte noch die Möglichkeit geboten werden, einzukaufen. (*Lärm im Hause. - Abg. Koncilia: Und die Mütter müssen dann am Heiligen Abend bis 18 Uhr arbeiten!*) Dabei ist es dann zu einer Verkürzung durch den Landeshauptmann gekommen. Ich meine nur, daß ich als Tourismusausschußobmann nicht unbedingt Interesse habe, antitouristische Anträge bevorzugt auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der zweite Antrag, der eine Herabsetzung der Beiträge für die Liftkosten vorsieht, sieht, bitte, das dezidiert für die Einheimischen vor. Das ist ein löblicher Vorschlag - aber er ist kein touristischer, Herr Kollege Ambrozy und Herr Kollege Koncilia, (*Lärm im Hause. - Abg. Koncilia: Ach! Und die Auswärtigen umsonst? - Abg. Dr. Ambrozy: Es gefällt mir, daß Du das gesagt hast!*) weil in der Begründung sogar drinnen steht, daß die Gäste zu billig fahren, im Verhältnis zu den Einheimischen. Eine Änderung in dieser Hinsicht wäre antitouristisch. Außerdem möchte ich sagen, daß er noch zeitgerecht in Behandlung genommen werden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben deshalb diesen Sonderlandtag (*Lärm im Hause. - Abg. Dr. Ambrozy: Wo sind denn eure Initiativen?*) einberufen, weil der Tourismus einen Status hat, der mit Besonderheit ausgestattet ist und es verdient, daß sich die Abgeordneten einmal Zeit nehmen, sich für vier bis fünf Stunden hier hereinzusetzen und sich über den Tourismus Gedanken zu machen. (*Lärm im Hause. - Abg. Dr. Ambrozy: Ich bin öfters herinnen als Du!*) Das kann und darf nichts Verwerfliches sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall von der F-Fraktion*)

Es hat in der Zwischenzeit Arbeitskreise gegeben: Alle an einen Tisch! Das war von der Wirtschaftskammer inszeniert worden. Es hat überparteiliche Arbeitskreise gegeben. Wir haben alle brav gearbeitet! Nun sollten, in einem ersten Akt, einige Teile der Ergebnisse dieser überparteilichen Arbeitskreise in den Landtag kommen und hier beschlossen werden. Daß dem noch Erweiterungen für die Zukunft folgen müssen, ist klar.

Wir sollten deshalb auch Hoffnung für die Tourismuswirtschaft geben, daß wir bereit sind, Veränderungen herbeizuführen. Deshalb auch der Sonderlandtag.

Die Bedeutung des Tourismus ist unumstritten. Sie wissen alle, daß Österreich Tourismusweltmeister ist. Mit 22.000 Schilling Prokopfeinkommen österreichweit liegt Österreich weltweit an erster Stelle, die Schweiz mit 12.000 Schilling an zweiter Stelle, Spanien mit 6000 Schilling, Frankreich mit 4.300 Schilling und Italien mit 4000 Schilling. Ich erinnere noch einmal: 22.000 Schilling in Österreich.

Auch in Kärnten hat der Tourismus Bedeutung. 23 Milliarden Schilling Umsatz im Sommer und Winter, 18 Milliarden im Sommer, 5 Milliarden Schilling im Winter. Arbeitsplätze im Sommer für 24.000 Mitarbeiter, im Winter leider nur für 14.000 Arbeitskräfte plus in jedem Fall noch die 15.000 Unternehmer, die mit in den Betrieben arbeiten, somit ein Verhältnis von 40.000 zu 30.000 Sommer- und Winterarbeitsplätze. Dazu kommen noch die vielen Firmen, die als Zulieferer im Handelsbereich und auch im Bereich des Gewerbes dienen, die Investitionsfirmen, die uns helfen, unsere Investitionen zu tätigen. Deshalb gibt es Handlungsbedarf, daß wir uns für diese 40.000 Menschen und für die Zuliefer- und Investitionsfirmen einsetzen sollten.

Die Entwicklung des Tourismus ist nicht allein von Kärnten aus so vonstatten gegangen, sondern es gibt natürlich auch weltweite Entwicklungen, über die wir heute hier in diesem Hause nicht reden sollten, aber sie sind natürlich für uns katastrophal, wie die instabile Währung unserer Mitbewerber Italien, Spanien usw. oder die Billigdestinationen, welche die Reisebüros über Flugreisen anbieten. Wir müssen deshalb dort gegensteuern, wo wir

Mitterer

aufgrund unserer Kompetenzen dazu in der Lage sind.

Es gibt aber auch Bundesgesetze, die geändert gehören. Daher glaube ich auch, daß die Landesregierung und der Landtag aufgefordert sind, in dieser Richtung unterstützend zu wirken. Wir haben eine Petition ausgearbeitet, die bundesweit nach Unterschriften sucht und sie auch finden wird. Unsere Latte ist, etwa 30.000 Unternehmer und Mitarbeiter aus der Tourismusbranche sollten sie unterschreiben. Ich glaube, daß Sie als Verantwortliche sie auch mittragen sollten. Ich verlese davon nur einige Punkte:

"Stärkung des Eigenkapitals, Gewinne steuerbefreit." Eine lange Forderung. Wir haben in Österreich ein System, nach dem alles, was an Gewinnen erwirtschaftet wird, besteuert wird und dann, wenn man Investitionen tätigen muß, muß man zur Bank laufen und man erhält dann über die Förderungen gerade wieder so viel zurück, als die Bank als Gewinn für sich als Differenz der Guthabens- und Minuszinsen fordert. Man sollte dieses System ändern.

"Abschaffung der Kommunalabgabe bei finanziellem Ausgleich der Gemeinden." Ich verweise dabei auf die Ökosteuer genauso wie bei der Abschaffung der Getränkesteuer, die es in fast keinem unserer Mitbewerberländer mehr in der Form gibt.

"Die Reduzierung der Lohnkosten." Das ist ein Punkt, den alle in dem Haus, die mit Wirtschaft zu tun haben, schon mehrmals aufgezeigt haben. Ich habe einen konkreten Vorschlag und ein Berechnungsmodell ausgearbeitet, wie wir diese Lohnnebenkosten senken könnten. Ich bin dabei zur Auffassung gelangt, daß ein Mitarbeiter bei uns, wenn er 40 Überstunden macht, als Koch im ersten Gehilfenjahr brutto 20.220 Schilling verdient, netto aber nur 14.321 Schilling herausbekommt und den Betrieb 29.372 Schilling kostet und somit 105 % Lohnnebenkosten damit verbunden sind. Die Streichung einiger Abgaben, die darin enthalten sind, wie z. B. die Halbierung des Dienstgeberbeitrages, die Abschaffung der Kommunalabgabe hin zu einer anderen Abgabe, einer Arbeitsplatzsteuer, unter Einsparung auch im Sozialversicherungsbereich auf allen drei Ebenen, Arbeitslosenversicherung,

Sozialversicherung, Krankenversicherung und Pensionsversicherung, würde etwa dazu führen, daß bei gleichem Bruttolohn von 20.220 Schilling bei steuerfreien Überstundenzuschlägen der Mitarbeiter 15.324 Schilling verdienen würde, somit um 1.104 Schilling mehr, und an Kosten für den Betrieb nur mehr 27.746 Schilling erwachsen würden. Damit würden auf einmal nur mehr 81 % Lohnnebenkosten aufscheinen. Das sind einige Punkte, die in der Petition enthalten sind, genauso wie die Besteuerung des 13. und 14. Gehaltes, daß die nicht kommen darf, oder die volle Absetzbarkeit der Geschäftsessen, wie sie in der EU möglich ist, usw. usw.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir aber auf die Landesebene, das ist jener Bereich, wo wir direkt einhaken können. Ich habe auf Bundesebene noch vergessen, daß es Arbeitszeitgesetze gibt, die dem Tourismus alles andere als zugetan sind. Ich verweise auf die 26 Wochen Anwartschaft für Arbeitslosenunterstützung, denn diese wurde von 20 auf 26 erhöht. Das wird in der ersten Phase selbstverständlich leider Gottes unsere Mitarbeiter treffen, in der zweiten Phase trifft es dann auch die Betriebe, wenn gute Mitarbeiter in Zukunft in den nächsten Saisonen nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde vom Klubobmann Dr. Ambrozy gesagt, wir haben keine konkreten Vorschläge und sehr wohl würde der Vorschlag, der im Dringlichkeitsantrag der ÖVP und SPÖ gemeinsam eingebracht wurde, Vorschläge vorfinden. Ich glaube, das ist umgekehrt der Fall. Wir haben die Anträge eingebracht, sechs an der Zahl, plus drei Dringlichkeitsanträge. Sie werden selbstverständlich sagen, viele dieser Anträge sind nicht finanzierbar, denn 20 Millionen Schilling KTG oder 10 Millionen Schilling Zusatzförderung für die Regionen, woher nehmen. (*Abg. Dr. Ambrozy: Was wir sagen wollen, sagen wir schon selber!*) Dann darf ich nur auf etwas hinweisen: Ein Prozent minus in den Übernachtungszahlen in Kärnten bringt einen Ausfallsverlust an Umsatz von 230 Millionen Schilling. (*Abg. Dr. Ambrozy: Das weiß ich, ja!*) Bei einer Steuerquote von 42 %, die wir leider in Österreich haben, womit wir im

Mitterer

Spitzenfeld in der EU liegen, sind allein die Steuereinnahmen wesentlich höher als die von uns zusätzlich geforderten Maßnahmen. Die Steuerquote im Tourismus ist ja nicht 42 %, sie ist ja noch höher, weil im Tourismusbereich noch zusätzliche Abgaben vorhanden sind, wie Getränkeabgabe, Nächtigungsabgabe und Ortstaxe, die in den anderen Branchen gar nicht zu zahlen sind. Über die beiden Dringlichkeitsanträge haben wir schon geredet, daß der KTG dringend noch Geld für Sonderaktionen zur Verfügung gestellt werden muß, genauso wie für funktionierende Regionen, wenn sie Projekte vorlegen können.

Wir haben noch weitere Anträge eingebracht, die werden sofort im Tourismusausschuß behandelt werden. Ich habe vor, noch heute die Berichterstatterwahl stattfinden zu lassen und in einer Abfolge von 10 bis 14 Tagen die Ausschusssitzung für Tourismus und Gewerbe einzuberufen. (*Abg. Mag. Trunk: Das ist ein Tempo!*) Es liegen nämlich konkrete Vorschläge vor. (*Zwischenruf von der ÖVP-Fraktion.*) Einige wird Matthias Krenn, einige werde ich erläutern. Die Anträge werden Ihnen dann gleich zugehen.

Beteiligung an der KTG: Das ist eine Forderung, die auch von der Wirtschaftskammer gestellt wurde, daß die KTG nicht unbedingt im Besitz der Wirtschaftskammer, der Handelskammer bzw. der Arbeiterkammer und des Landes, sondern vorwiegend im Besitz der Regionen und damit der Wirtschaft sein sollte, die sie letztlich auch finanziert. Das ist ein konkreter Vorschlag von uns.

Oder eine Entschuldungsaktion für Tourismusbetriebe nur dann, wenn das touristische Produkt sichert, daß die Fortführung und die Unternehmensführung zukunftsträchtig ausgerichtet ist. (*Abg. Dr. Hofer: Wie soll die ausschauen? - Abg. Mag. Trunk: Wie soll die ausschauen?*) Für die Finanzierung ist vorgesehen, daß wir ein halbes Prozent des Überschusses, der aus der Tourismuswirtschaft erwirtschaftet wird, das sind nach wie vor 50 Milliarden Schilling auf Bundesebene, wären also 250 Millionen Schilling, dafür verwenden. (*Beifall von der F-Fraktion. - 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Habt ihr das jetzt verstanden?*)

Wir stellen auch einen Antrag auf Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere der Tourismusbetriebe, denn die sind ja in erster Linie damit gemeint, für die eine Förderung stattfinden sollte, die in etwa den gleichen Umfang haben sollte wie die Förderung bei Großbetrieben. (*Zwischenrufe der Abg. Mag. Trunk.*) Ich erinnere mich noch vor kurzem an die Diskussion in den Zeitungen, in der sich jeder hinausgehängt hat, als es darum gegangen ist, daß Siemens für 500 bis 1000 Arbeitsplätze einen relativ hohen Betrag in Villach haben möchte. Wenn man das durch die neugeschaffenen Arbeitsplätze dividiert, dann sind das eben eineinhalb bis zwei Millionen Schilling verlorener Zuschuß für einen neuen Arbeitsplatz. Das möchte ich mir auch für die Tourismuswirtschaft wünschen! (*Zwischenruf des Abg. Koncilia.*) Ich glaube nicht, daß das möglich sein wird. Dann muß man bei Förderungen aber auch gerecht vorgehen, deshalb auch dieser Antrag auf Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Die weiteren Anträge wird Matthias Krenn in seinem Bereich noch erläutern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem in den Medien der Sonderlandtag angekündigt wurde und die Fraktionen in diesem Hause alle gewußt haben, daß er kommt, habe ich mir eigentlich auch Anträge zum Tourismusgeschehen von den anderen Fraktionen erwartet und nicht einen polemischen Antrag, in dem es darum geht, festzustellen, warum es weniger holländische Übernachtungen gibt. Ich sage noch einmal: Wir sollten in die Zukunft schauen und nicht in die Vergangenheit. (*Abg. Mag. Trunk: Sie kommen in Zukunft auch nicht!*) Wir sollen ja sagen zu dem Tourismus in diesem Lande, weil er für dieses Land eine große Bedeutung hat. Wir brauchen diesen Tourismus, wir brauchen die Wirtschaftskraft des Tourismus.

Wir wissen aber auch, daß der Tourismus ein gesunder und umweltbewußter Wirtschaftszweig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Gast, der zu uns kommt, verdient sein Geld unter Umständen mit großen Umweltbelastungen in seiner Heimat und dieses Geld bringt er fein gebündelt umweltfreundlich zu uns und nimmt unsere Landschaft und unsere Gastfreundschaft in Anspruch. Es wird hier

Mitterer

nicht weniger. Er nützt Usancen, die vorhanden sind. Er unterstützt damit auch die Landwirtschaft und vieles mehr, was mit dem Tourismus zusammenhängt. Ich glaube aber auch, daß Tourismus jetzt im Rahmen des EU-Beitrittes etwas Wichtiges ist. Wir sind ein Ort der Begegnung! Wir müssen uns für den Tourismus aussprechen, weil das auch ein Punkt ist, bei dem wir mit den anderen Ländern im persönlichen Bereich Kontakt halten können. Beim Sterben des Tourismus wird es auch ein Wirtesterben auf Ortsebene geben, es wird das eine oder andere Gasthaus nicht mehr in der Lage sein, seinen Anforderungen gerecht zu werden.

Es sind also Maßnahmen gefordert. Wir setzen einen Beginn und ich lade Sie alle dazu ein, auch Vorschläge bei den nächsten Sitzungen und auch in den Ausschüssen zu bringen. Schaffen wir Gemeinsames für den Tourismus, damit uns die Bevölkerung in dieser Hinsicht keinen Vorwurf machen kann. Ich hoffe, daß die Diskussion auch in diesem Stile weitergehen wird.

Ich setze meiner Rede ein Ende, indem ich einen Spruch von Rüdiger Proske zitiere, der da hinaufpaßt: "Die Zukunft läßt sich nicht mehr als Fortsetzung der Gegenwart begreifen, sie fordert einen neuen Anfang." Um den ersuche ich Sie. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten diese Diskussion nicht führen, um daran zu erinnern, daß heute vor 40 Jahren beinahe auf die Stunde genau der österreichische Staatsvertrag unterfertigt wurde, ein für unsere gesamte politische Entwicklung unerhört bedeutsamer Akt. Ich möchte dabei auch an den Geist erinnern, der damals die politisch Verantwortlichen beseelt hat. Es war ein Geist der Zusammenarbeit, der letzten Endes mit dafür verantwortlich war, daß wir in diesen 40 Jahren ganz großartige Erfolge erzielen konnten. Ich würde mir daher wünschen, daß die Sachlichkeit anstelle von politischer Effekthascherei auch wieder etwas mehr in den Vordergrund rücken würde *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Diese außerordentliche Landtagssitzung wurde von der F beantragt, zehn Tage nach der letzten und 15 Tage vor der nächsten. Das heißt, vor zehn Tagen war sich die F offenbar nicht bewußt, welche Problematik hier ansteht. Dr. Ambrozy hat hier dargelegt, daß sie natürlich seit Monaten über die Situation Bescheid gewußt hat. Daher provoziert natürlich diese Landtagssitzung die Frage: Was machen die F-Vertreter, die heute an den Schaltstellen des Tourismus im Lande Kärnten sitzen? Das ist zum ersten der Ausschußobmann Mitterer. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, so billig, wie sich das der Ausschußobmann machen möchte, geht es also wirklich nicht. Sechs Monate keine Sitzung abzuführen, das ist unglaublich, obwohl er genau zugegeben hat, daß sehr wohl Anträge zu behandeln gewesen wären. Es ist auch unzulässig, Anträge zu schubladisieren, denn sie müssen behandelt werden. *(Zwischenrufe der Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig und Dipl.-Ing. Gallo. - Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Meine Damen und Herren, noch eines: Es ist ja dem Ausschuß unbenommen, selbständige Anträge zu stellen. Das heißt, der Herr Mitterer hätte jederzeit im Rahmen einer Ausschußsitzung den Antrag auf einen selbständigen Antrag des Ausschusses unterbreiten können. Er hat das nicht gemacht. *(Zwischenruf des Abg. Koncilia.)* Das ist also das, was man hier ganz massiv ankreiden muß. Dazu kommt noch, was für den Herrn Mitterer erschwerend ist: Er kommt ja aus dem Tourismus, er ist dort beruflich zu Hause, das heißt, er spürt die Tendenzen, die dort gegeben sind, sehr wohl am eigenen Betrieb.

Dennoch ist dieser Mann durch ein halbes Jahr unfähig. Heute geht man her und verlangt diese Sitzung. So kann es nicht gehen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Was macht der Referent? Der Referent, der jetzt immerhin ein halbes Jahr lang diese wichtige Funktion inne hat. Wo setzt er die Aktivitäten, wo setzt er die Impulse? Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich habe in Erfahrung gebracht, daß wir in sechs Monaten vom Herrn Referenten in der Landesregierung drei reguläre

Dr. Hofer

Anträge gestellt worden sind. Stellen Sie sich das vor, drei reguläre Anträge, die den Tourismus betreffen. Ich möchte Ihnen das jetzt auch im Detail zur Kenntnis bringen, damit Sie sehen, wo die Aktivitäten dieses Herrn wirklich liegen. Nachdem der Herr Referent zweieinhalb Monate im Amt war, hat es in der Regierungssitzung am 24.1.1995 zwei Tourismusanträge von ihm gegeben. Der erste betraf die Kärntner Tourismus GesmbH., es ging damals um die Sicherstellung der Finanzierung aus Landesmitteln für das Jahr 1995. Dieser Antrag wurde von der Kärntner Landesregierung einstimmig beschlossen. Der zweite Antrag in dieser Sitzung betraf den sogenannten Kärntner Winterhit bei Freunden im März 1995, d.h. dieses kostenlose Schifahren. Da hat es in der Regierung eine große Diskussion gegeben, die Regierungsmitglieder waren überwiegend der Meinung, daß dieser Antrag zu schlecht und zu oberflächlich vorbereitet worden ist. Bitte, meine Damen und Herren, der Herr Referent hat diesen Antrag selbst zurückgezogen. Das macht man nur, wenn man von den anderen überzeugt ist, dann zieht man einen Antrag zurück. Wenn man von einem Antrag überzeugt ist, zieht man ihn nicht zurück, dann läßt man sich überstimmen. Er hat ihn zurückgezogen. Der zweite Antrag war dies im Tourismusbereich.

Meine Damen und Herren, einen Monat später, d.h. drei Monate, nachdem der Herr Referent im Amt war, kam der 3. Tourismusantrag, der sich ebenfalls auf die Kärntner Tourismusgesellschaft betraf, auf einen Tangentenvorgriff, um die Liquiditätsempässe leichter überbrücken zu können. (2. Präs. DI. Freunschlag: *Lies die Geschäftsordnung!*) Dieser Antrag wurde einstimmig von der Regierung beschlossen.

Meine Damen und Herren, vor einer Woche gab es eine Regierungssitzung, nämlich am 9.5.1995. Zu dieser Regierungssitzung vor einer Woche hat es eine Leermeldung des Referenten gegeben. In die Regierungssitzung ist er dann mit einem Antrag hineingeplatzt, der für zusätzliche Werbemaßnahmen 20 Millionen Schilling vorgesehen hat. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, diesen Antrag, diese Forderung, hat er am Freitag im Rahmen eines Gesamtpaketes in der Presse erhoben. Er

hatte nicht die Zeit, ordnungsgemäß einen Regierungsakt vorzubereiten, sondern er hat sehr wohl Zeit gehabt, gleich in die Presse zu gehen, aber ordnungsgemäß den Regierungsakt einzubringen, damit er in der Sitzung am Dienstag behandelt werden kann, das war nicht möglich vom Herrn Referenten. Meine Damen und Herren, ist das eine seriöse Vorgangsweise? Ich sage, das ist nicht der Fall. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Noch etwas, meine Damen und Herren, wenn man sich den heutigen Antrag vorliest, der Antrag, der zu dieser Sitzung geführt hat, die Landesregierung wird aufgefordert, dieses Konzept vorzulegen. (*Abg.Ing. Rohr: Die fördern sich selbst!*) Bitte, wer hat den Referenten jemals gehindert, so ein Konzept rechtzeitig in die Regierung einzubringen? Kein Mensch hat ihn daran gehindert. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Das ist das gesamtpolitische Umfeld, unter dem diese Sondersitzung des Landtages stattfindet. Es ist also entweder eine Flucht nach vorne oder ein Versuch eines Vertuschungsmanövers, weil offenbar der F die Inaktivität des Herrn Referenten schon peinlich ist. Aber in Wahrheit ist diese Sondersitzung nichts anderes als ein Mißtrauensantrag der F gegen den eigenen Referenten. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Nur so ist dies zu verstehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir meinen aber, daß die Probleme des Tourismus gravierend sind, daß sie nicht in Form eines Spektakels gelöst werden können. Auch so, wie die F den Tourismus insgesamt behandelt und die einzelnen Referenten, geht es auch nicht. Am 7. Juni wird Reichhold Tourismusreferent und Wirtschaftsförderungsfondsreferent, eine Woche später bekommt den Wirtschaftsförderungsfonds der Herr Freunschlag, am 27. Oktober 1994 werden alle Agenden des Tourismus, des Wirtschaftsförderungsfonds von Freunschlag übernommen für 14 Tage und dann, am 10. November übernimmt Herr Grasser die Agenden des Tourismus. (*Abg. Koncilia: Weil Reichhold damals in Brüssel war!*) Aber auch der Herr Reichhold, meine Damen und Herren, Sie alle haben das im Haus und in der Presse erlebt, ist alles andere als näher gestanden als der Tourismus. Er hat sich um die Bauern viel mehr geschert,

Dr. Hofer

möglicherweise aus Eigeninteresse, als um die Fragen des Tourismus. Der heutige Referent macht auch in allen möglichen Bereichen Schlagzeilen, nur nicht in jenen des Tourismus. Ich meine sogar, daß diese Äußerungen, die gefallen sind, sehr zum Nachteil des Kärntner Tourismus sind.

Meine Damen und Herren, wir wissen heute und das ist evident, daß die Haider-Äußerung über die ordentliche Beschäftigungspolitik der Nazis Österreich und Kärnten massiv geschadet haben. Wir wissen, das heute insbesondere in Holland, ich darf Ihnen das mit einer Statistik belegen. (*Zwischenruf LH-Stv. Mag. Grasser.*) Sie brauchen keine Angst zu haben, Ihnen kann man nicht vertrauen, was Tourismus anlangt. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Ich sage schon die richtigen Zahlen. Meine Damen und Herren, in den Jahren 1991 bis 1994 haben die Nächtigungen, was die Holländer betrifft, österreichweit um 5 Prozent abgenommen, in Kärnten waren es 18,7 Prozent. (*LHStv. Mag. Grasser: Herr Klubobmann, das ist eine Lüge!*) Vor zwei Tagen habe ich einen Kärntner Gastwirt getroffen, der mir gesagt hat, voriges Jahr sind sogar Holländer noch gekommen und haben die Zeitungsartikel aus Holland mitgebracht, wo das drin gestanden ist. Meine Damen und Herren, ich frage Sie wirklich, welchen Eindruck diese Äußerung auch in Bleiburg von Ihnen hervorgerufen hat. Ich sage Ihnen, österreichweit war dieser Eindruck fatal. Das war für den Fremdenverkehr nicht nützlich, das hat uns irrsinnig geschadet. Im Ausland wird der Eindruck erweckt, daß braune Rülpsen in Kärnten an der Tagesordnung sind. Dieser Eindruck entsteht und ich meine, daß wir darunter natürlich Schaden nehmen. Gottseidank ist es so, daß Sie im Ausland nicht so gehört werden, wie seinerzeit bei Ihrem Parteiführer dies der Fall gewesen ist.

Insgesamt habe ich aber den Eindruck, Ihre Aktivitäten und Ihre Äußerungen inbegriffen, daß wir mit Ihnen als Tourismusreferenten den Bock zum Gärtner gemacht haben. Wir fordern Leistungen, das ist entscheidend. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, vor wenigen Tagen hat der Referent, wie ich früher schon erwähnt habe, in der Presse ein Paket präsentiert. Ich darf hinweisen, insgesamt 1.360

Millionen Schilling plus andere Dinge, die noch gar nicht inbegriffen sind, 20 Millionen Förderung, 10 Millionen Regionalisierungsstruktur, 1.000 Millionen Tourismusmilliarde, dazu kommt noch ein Randzonenkonzept und dann ein Entschuldungsprogramm. (*2. Präs. DI. Freunschlag: Da war er aber fleißig, Du widersprichst Dich!*)

Meine Damen und Herren, dabei lehnt die F in ihrer Fundamentalopposition alles ab, was in diesem Land geschieht. Die Budgets der letzten Jahre, in Wahrheit haben Sie alle Aktivitäten, die in diesem Land gesetzt worden sind, mit Ihrer Ablehnung bedacht im Rahmen des Budgets. Die Landesausstellung in Hüttenberg z.B. gebe es nicht, wenn es nach der F gegangen wäre. Aber natürlich ist das für die F kein Hinderungsgrund, dann bei der Eröffnung groß das Wort zu ergreifen. Bei der Olympiade, meine Damen und Herren, auf diesen Umstand wurde hingewiesen, Aktivitäten werden negiert. Der Herr Mitterer hat auf die gesamtpolitische Situation hingewiesen, in dem er auf Bundesgesetze Bezug genommen hat. Herr Abgeordneter Mitterer, ich sage Ihnen, schauen Sie z.B. die Ablehnung der Getränkesteuerermäßigung, die in Wien zur Diskussion gestanden hat, wurde von Ihrer Fraktion in Wien abgelehnt. Die Abschaffung der Vermögenssteuer wurde von Ihrer Fraktion in Wien abgelehnt. Die Abschaffung der Gewerbesteuer wurde von Ihrer Fraktion abgelehnt. D.h. in Wien lehnen Sie ab, daß die Rahmenbedingungen der Wirtschaft verbessert werden könnten. Das kann doch nicht diese Art von Politik sein. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Meine Damen und Herren, Sie machen einen Fehler und schaden Kärnten sehr, wenn Sie versuchen, Kärnten ständig in die Schlußlichtposition zu rücken. Denn Sie sehen nur das Negative, nichts Positives. Das ist sehr, sehr schädlich. (*Abg. Steinkellner: Dafür war Ihre Wortmeldung heute sehr positiv!*) Ich frage Sie wirklich, wer fährt gerne in ein Land, das kurz vor der Hauptsaison den Eindruck erweckt, daß sich im Tourismus nichts abspielt. Sie erwecken mit dieser Sondersitzung, die Sie verlangt haben, den Eindruck, daß es so ist. Der Herr Referent verlangt 10 Millionen Schilling für die Regionalisierung,

Dr. Hofer

Herr Mitterer, Du weißt genau, wo ist das akkordierte Konzept für diese Regionalisierung? Das gibt es noch nicht. Der Herr Referent verlangt Mittel, ohne bereits das Konzept hier zu haben. Was ist mit dem Bericht über die Tarifgestaltung im Wintertourismus? Der Herr Referent wartet auf den nächsten Winter, er ist auch in dieser Frage säumig. Herr Abgeordneter Mitterer, Sie wissen genau, wo sind die Bemühungen um eine Koordinierung der Werbemittel, die Koordinierung zwischen dem Land und den einzelnen Gemeinden, um die Verzettlung der Mittel hintanzuhalten. Der Referent kümmert sich um nichts. Er ist säumig, das muß man in diesem Zusammenhang entsprechend hervorheben. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Aber er spricht von einer Entschuldungsaktion, wobei dieser Begriff irrsinnig irreführend ist. Die F will eine Entschuldung des Tourismus, die F will eine Entschuldung der Bauern, sie will wahrscheinlich eine Entschuldung der in Not geratenen Gewerbebetriebe, wahrscheinlich jener Handelsunternehmen, die irrsinnig jetzt darunter leiden, daß in Italien so viel eingekauft wird. Sie hat nur einen Fehler, diese Vorschläge haben immer nur einen Fehler. Es wird nie gesagt, wer das finanzieren soll. *(Abg. Schretter: Der Fehler ist, daß die Anträge nicht von der ÖVP kommen!)*

Meine Damen und Herren von der F, hören Sie auf mit diesem Märchen erzählen, hören Sie auf, in den Leuten Erwartungen und Hoffnungen zu wecken, die sich dann nicht erfüllen. Eine Entschuldung wird es nicht geben, es wird höchstens eine Hilfestellung geben. Aber die Menschen müssen wissen, daß sie für die Schulden, die sie gemacht haben, letztenendes selbst aufkommen müssen. Sie erwecken falsche Erwartungshaltungen, wenn Sie so agieren. Es kann nur eine kleine Hilfestellung geben. Meine Damen und Herren, eine Entschuldungsaktion ist ein Instrument des Staatsdirigismus und es kommt nicht von ungefähr, daß die letzte Entschuldung in der Nazizeit stattgefunden hat. *(Heiterkeit in der F-Fraktion.)* Natürlich gibt es Probleme im Bereich des Tourismus, die wir analysieren müssen und die wir sehr konzeptiv lösen müssen.

Daher haben wir heute einen sehr konstruktiven Vorschlag eingebracht, gemeinsam mit der Sozi-

aldemokratischen Partei, weil wir der Meinung sind, daß Schnell- und Hüftschüsse in dieser Frage nicht helfen können. Damit ist es nicht getan, daß wir zu Ihrem Antrag, möglicherweise alle miteinander, die Hand erheben. Man muß ein Gesamtpaket sehen! Dieses Gesamtpaket haben Sie ja nicht vorgelegt! Sie haben zwei Details herausgegriffen - aber nicht mehr! Wir wollen ein Gesamtkonzept. Das heißt, wir sind der Überzeugung, daß man mit konzeptiver Arbeit? die Probleme lösen kann. Dazu ist allerdings Leistung gefordert, vor allem von jenen, die an den Schalthebeln der Tourismuspolitik sitzen. *(2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Und die in der Kammer auch!)*

Ich hoffe, daß wir heute unseren gemeinsamen Antrag von SPÖ und ÖVP alle die Zustimmung geben können, weil er das Instrument dafür ist, daß wir vielleicht zu einer Lösung finden, die wir noch vor dem Sommer gemeinsam beschließen können. Dankeschön! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Mitterer: Er redet, wie der Blinde von der Farbe!)*

(Vors. 1. Präs. Unterrieder: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Koschitz. Ich erteile ihm das Wort!)

Abgeordneter **Koschitz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich finde das Ganze schon ein bisserl eigenartig: Daß ausgerechnet die Fraktion eine Sondersitzung fordert, die durch ihren Obmann jederzeit in der Lage gewesen wäre, eine Ausschußsitzung einzuberufen, um über die anstehenden Probleme zu beraten. Deshalb, liebe Freunde, seid mir bittschön nicht böse, aber ich werde das Gefühl nicht los: Ihr wollt uns heute da für deppert verkaufen. *(2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Wenn ihr so weiterredet, müssen wir das direkt annehmen!)* Das Gefühl wird durch die Fülle dieser Anträge, lieber Kollege Freunschlag, natürlich noch verstärkt.

Seit kurzem haben uns die Experten einen neuerlichen Rückgang für den kommenden Sommer vorausgesagt. Jetzt, knapp vor der Saison, schrillen die Alarmglocken, weil verantwortlich

Koschitz

fühlt man sich ja doch, wenn man den Ausschußobmann und den Referenten stellt. Da seid ihr auf die glorreiche Idee gekommen, der Kritik über die Nächtigungsrückgänge durch eine Fülle von Anträgen zu entgehen, die Verantwortung von euren Schultern zu nehmen und auf unsere schön kommod gleichmäßig aufzuteilen. Dies, wohl wissend, daß eure Anträge - wenn der eine oder andere auch vielleicht gerechtfertigt ist - Hunderte von Millionen Schilling kostet; wohl wissend, daß das Land selber keinen "Tipl" Geld hat. Auch wohl wissend, daß solche Anträge - auch wenn sie berechtigt wären - sich aufgrund des chronischen Geldmangels nicht verwirklichen lassen. Wir wollen noch das eine dazusagen: daß man nicht unbedingt das Ganze, was in euren Anträgen steht, ablehnen soll, aber wir gezwungen sind, aufgrund des Geldmangels es zu tun. *(Abg. Mitterer: Ihr macht Fraktionszwang!)* Ich bin fest überzeugt, daß ihr im Herbst (nach der Sommersaison), sollte wirklich ein Minus herauskommen, womöglich dann in uns, die wir heute nicht dafür sein können, die Hauptschuldigen finden oder sagen werden: "Weil ihr diesen Anträgen, die heute eingebracht wurden, nicht zugestimmt habt!" Da werden (auf Teufel komm heraus!) zum Beispiel eine Sonderförderung für 20 Millionen Schilling für die KTG für zusätzliche Werbeaktionen oder weitere 10 Millionen für die einzurichtende Regionalstruktur gefordert oder eben ein Entschuldungsprogramm für die Tourismuswirtschaft sowie die Anhebung der Wirtschaftsförderung von 120 Millionen gleich auf 450 Millionen Schilling; nach dem Tiroler Vorbild. Das sind alleine 330 Millionen Schilling. Als krönender Abschluß der Förderung wird gleich eine Tourismusmilliarde für Kärnten gefordert, wo wir ohnehin alle wissen, daß der Bund natürlich auch pleite ist und schon nachgedacht wird, wie sie das kommende Budget über die Runden bringen werden. Ich glaube, das ist, gelinde gesagt, nichts anderes als eine Roßtäuscherei.

Liebe Freunde von der F-Fraktion! Wenn mir das in einer Gemeinde passiert, daß Anträge ohne einen Finanzierungsvorschlag gestellt werden und die weit mehr kosten, als wir uns das jemals leisten können, stelle ich immer nur die eine Frage: Wo sparen wir das wirklich ein? Damit ist dann meistens die Diskussion,

(Zwischenruf des Abg. Pistotnig) Jake, im Gemeinderat beendet. *(Zwischenruf von LHStv. Mag. Grassner)* Ich will über die Ideen, lieber Karl-Heinz, gar nicht streiten. Einige brauchbare sind sicherlich dabei. Aber sie sollten wenigstens einigermaßen finanzierbar sein. Dieses Spiel mit dieser Verantwortungsteilung bringt uns nicht weiter und hilft am wenigsten denen, die vom Fremdenverkehr leben müssen. Deshalb sollte wirklich etwas getan werden, wenigstens daß die Nachsaison gerettet ist und ein Erfolg wird! Aber für die Hauptsaison ist die Werbung schon gelaufen. Deshalb auch die Forderung von uns, daß die Mittel, die zur Verfügung stehen, effizienter eingesetzt werden. Da bin ich schon auch der Meinung, daß in der KTG nicht alles so läuft, wie wir uns das alle vorstellen. Ich darf an die Diskussion erinnern, als ich das aufgezählt habe, draußen bei der Ferienmesse in Wien, wo unsere Landesausstellung dort nicht einmal beworben worden ist. Erst wir mußten über unser Büro von Hüttenberg schauen, daß wir Zettel bekommen haben und die draußen verteilen. Aber, Freunde, das sollte normal in einem Ausschuß diskutiert werden - aber nicht in der Öffentlichkeit. *(2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Warum?!)* Ich weiß, daß man im Leben alles besser machen kann, aber man muß deshalb nicht alles schlechtmachen.

Ich weiß, daß wir in den letzten Jahren 3 Millionen an Nchtigungen verloren haben. Diese Situation ist ernst genug, daß man darüber nachdenkt, vor allem aber handelt - aber nicht den ganzen Winter verstreichen läßt, in der Hoffnung, daß uns im Mai die Experten sagen werden, daß wir heuer im Fremdenverkehr wahrscheinlich mit einem Plus abschließen werden können. Leider haben uns die Experten wieder einmal etwas anderes gesagt. Wir wissen, daß unsere Gäste gar nicht so wenig ausgeben, wenn sie bei uns sind: immerhin weit über 20 Milliarden Schilling pro Jahr. Damit ist eben unser Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Es leben, wie wir gehört haben, Zigtausende Menschen davon. Die 16 Millionen Übernachtungen, die wir trotz des Rückganges noch haben, beweisen uns, daß unser Land nach wie vor von vielen Menschen besucht wird.

Koschitz

Der Währungsverfall in unseren Nachbarländern macht uns natürlich sehr, sehr zu schaffen. Ich befürchte, daß auch die beste Werbung den Rückgang wahrscheinlich nicht stoppen können wird, und zwar deshalb, weil der Wettbewerb einfach über den Preis stattfindet. Liebe Freunde, ihr könnt mir glauben: Ich weiß, wovon ich rede. Ich bin selber alle Jahre ein- oder zweimal mit meiner Tourismusgemeinschaft Friesach auf den Messen; mit meinen Wirten: sei es in Wien, in Linz, in Graz oder in Deutschland. Da hört man immer wieder dasselbe: Wir sind in Kärnten halt auch ein bisserl zu teuer! Hand aufs Herz: In der Hochsaison werden wirklich oft Preise verlangt, die manchmal nicht gerechtfertigt sind. Einige meinen, wenn sie vier Monate im Jahr arbeiten, brauchen sie die restlichen acht Monate nichts mehr zu tun. So mancher Kaffeehausbesitzer oder Eissalonbesitzer verwechselt halt Kärnten leider mit Las Vegas, wo du einen Jeton zum Spielen gleich mitkriegst, wenn du dort einen Eiskaffee zahlst. Aber die paar, meine sehr geehrten Damen und Herren, schaden dem gesamten Fremdenverkehr. Denn die Mundpropaganda, speziell in dieser Hinsicht, ist verdammt tödlich.

Zum Vorschlag des Referenten, die Ortstaxe abzuschaffen und die Tourismusgemeinschaften in den Gemeinden zu privatisieren, kann man geteilter Meinung sein. Was die Privatisierung betrifft, kann ich ihm nur beipflichten. Wir in Friesach praktizieren das zum Beispiel schon seit 1990, weil wir auch dort im Gemeinderat der Meinung waren, daß diejenigen arbeiten sollen, die erstens etwas davon verstehen und die daraus den größten Nutzen ziehen. Ich bin froh, daß sich da die Politik herausgehalten hat. Wir waren früher immer in Konfrontation mit unseren Gewerbebetrieben und unseren Wirten, wo einmal das und einmal das nicht gepaßt hat: sei es mit den Einschaltungen oder daß sie in den falschen Zeitungen gewesen wären. Die Diskussion haben wir, Gott sei Dank, weg. Es läuft, meine ich, bei uns gut. Es wird nur mehr dann die Gemeinde eingeschaltet, wenn sie eine zusätzliche Hilfestellung geben soll. Deshalb, lieber Landeshauptmann-Stellvertreter, verstehe ich nicht, daß du immer noch mehr Kompetenzen haben willst. Sei froh, daß du nicht so viele Kompetenzen hast! Ich sage dir

eines, weil das auch immer wieder zum Tragen kommt: Wenn man auch manchmal das Beste will - es kommt nicht immer das Beste heraus.

Was die Ortstaxe betrifft, bin ich überhaupt nicht deiner Meinung, daß wir die abschaffen sollten. Solange nicht sichergestellt ist, daß die Gemeinden weiterhin die entsprechenden Ersatzmittel für die touristische Infrastruktur bekommen, können wir das überhaupt nicht machen. Wenn das vielleicht einmal so funktionieren soll, wie du dir das vorstellst, daß die Regionen den Verkauf mitübernehmen sollen und die KTG nur mehr für die Imagewerbung zuständig sein soll, so bin ich fest überzeugt, daß wir ohne Tourismusmarketing vor Ort nicht auskommen werden. Ich brauche weiterhin einen Ortsprospekt; ich brauche weiterhin eine Wanderkarte; eine Radwegkarte; einen Veranstaltungskalender oder einen Zuschuß für andere Festivitäten. Die Idee, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht schlecht. Aber wir werden das in Kärnten nicht so schnell anwenden können. Dies deshalb nicht, weil das Vertrauen in unsere Fremdenverkehrspolitik leider in den letzten Jahren verloren gegangen ist. Alle Ritt ist ein neuer Referent da. Jeder von diesen Referenten hat neue Vorstellungen. Es werden immer wieder neue Konzepte erarbeitet. Auch die Leute, die damit zu tun haben, werden alle Ritt ausgetauscht. Ich darf erinnern: Landeshauptmann Zernatto hat damals den Experten Kropfberger geholt; dann ist der Hiasi - Pardon, Kollege Reichhold - gekommen. Und gleich hat er den wieder ausgetauscht. Ich sage das deshalb, weil Kollege Kropfberger auch für uns das Konzept geschrieben hat. Ich glaube, daß er wirklich ein Fachmann ist. Wir haben auch in der Zwischenzeit zwei andere Zuständigkeiten gehabt, aber das Konzept, das wir einmal geschrieben haben, ziehen wir bis zur Landesausstellung durch, damit das auch weiter getragen wird. Aber da wird die ganze Zeit hin- und hergepulvert, und jeder hat andere Ideen. Ich glaube, daß das einfach nicht gut ist.

Jetzt freut mich, daß wieder unser Dr. Ingo Zlamal zurückgeholt wird. Ich habe gehört, du läßt ihn jetzt wieder mitarbeiten. Er ist wieder mehr eingebunden. Das freut uns, weil wir wissen, (2.

Koschitz

Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Wer hat ihn denn davongejagt?!) daß er wirklich ein Experte ist.

Leidtragende in der ganzen Geschichte, die wir da haben, sind in erster Linie unsere Betriebe, denen man allerhand einredet, was sie alles tun müssen, von Qualitätsverbesserung angefangen, oder ihnen aufzeigt, welche Kredite sie aufnehmen können, damit sie ihre Häuser besser auslasten können. Jetzt kommen wir langsam darauf, daß bald ein bisserl weniger Leute zu uns kommen werden. Daß die Betriebe, die sehr viel investiert haben, damisch werden und nach Schuldigen suchen, ist wohl keine Frage.

Deshalb, glaube ich, ist es unsere Pflicht, der Tourismuswirtschaft in Kärnten zu zeigen, daß die Politik in harten Zeiten hinter ihr steht, damit wir ihr auch die Hoffnung geben, an die Fremdenverkehrspolitik des Landes wieder einmal zu glauben und ihr zu vertrauen. Deshalb muß - nach den Turbulenzen der letzten Monate - wieder Ruhe und Kontinuität einziehen, damit eben diese erarbeiteten Konzepte endlich umgesetzt werden können: So, wie das die Gemeinden machen. Die können es sich nicht leisten, alle Ritt ein neues Konzept schreiben zu lassen, weil sie wissen, was diese Konzepte kosten. Das heißt, daß sich die Menschen künftig verlassen können und die erarbeiteten Konzepte endlich einmal umgesetzt werden - auch wenn die Referenten wieder ausgetauscht werden sollten - damit, wie gesagt, die Betriebe wieder mehr Vertrauen in die Fremdenverkehrspolitik des Landes bekommen.

Lieber Kollege Grasser, was die Abschaffung der Getränkesteuer betrifft: Da wirst du bei uns Bürgermeister nicht nur auf Granit stoßen, sondern auf Diamant. Du weißt, (*lachend:*) Diamant hat die Stufe 10 in der Härteskala. (*LHStv. Mag. Grasser: Aber, dein Finanzminister wird das umsetzen!*) Das sage ich dir gleich. Laß mich ausreden! Das ist natürlich gleich wichtig für die Gemeinden wie für einen Säugling die Nabelschnur. Weil wenn man die durchtrennt, muß die Gemeinde auf eigenen Füßen stehen. Ihr wißt, wie es den Gemeinden in Kärnten geht: daß nahezu 50 Gemeinden ihr Budget nicht mehr ausgleichen können und sie große, große Probleme haben, um das Ganze durchzuführen.

Deswegen brauchen wir die Getränkesteuer. Der Name "Getränkesteuer" kommt ja nicht von ungefähr, denn Getränke haben wirklich etwas mit Wasser und mit Quelle zu tun und die Getränkesteuer ist auch eine Quelle, die niemals versiegt. Wenn es auch den Menschen in der Tourismusgemeinschaft etwas schlechter geht, auf das Trinken ist noch nie verzichtet worden. Spaß beiseite. Wenn der Bund - das ist ja angesprochen worden - für die Kommunen im Rahmen eines neuen Steuersystems eine anständige Finanzquelle erschließt, wird man natürlich über alles reden können, aber inzwischen laßt mir die Getränkesteuer wirklich in Ruhe.

Der gleiche Fehler, den wir vor ein paar Jahren gemacht haben, darf uns nicht noch einmal passieren, als die Gemeinden bei den alkoholfreien Getränken allein im Land Kärnten auf 70 Millionen Schilling verzichtet haben, weil man von 10 % auf 5 % zurückgegangen ist, aber ich habe in ganz Kärnten noch kein Lokal gefunden, in dem die alkoholfreien Getränke auch nur um ein Prozent billiger geworden sind. Das gehört auch einmal gesagt! Alle Gemeinden haben auf 70 Millionen Schilling verzichtet. (*Abg. Mitterer: In meinem Betrieb sind sie um 20 % billiger geworden!*) Das glaube ich nicht. Ich habe jedenfalls noch keinen Betrieb gesehen, wo die alkoholfreien Getränke billiger geworden sind. (*Abg. Mitterer: Da mußt du einmal zu mir kommen!*) Ich komme demnächst einmal zu dir hinauf. (*Abg. Mitterer: Das ist eine gute Idee!*) Ich trinke aber lieber ein Hirter Bier als so ein Safterl. (*Heiterkeit im Hause.*)

Zum Schluß, liebe Freunde, wird die KTG aufgefordert, selbstbewußter aufzutreten, als sie es in der Vergangenheit getan hat. Wie kann unser Land anderen Anbietern gegenüber mehr herausstellen. Das soll aber nicht heißen, daß sie deswegen die anderen Anbieter schlecht macht. Der Kollege Ambrozy hat das in seiner Ansprache mehr als deutlich gesagt, es muß doch ein Unterschied sein, ob wir in irgendeiner trüben Lache herumschwimmen, ich brauche keine Namen zu nennen, aber im Süden Europas, wo einem die Algen um die Ohren hängen, wenn man aus dem Wasser steigt und Angst haben muß, daß man womöglich mit einer Hautkrankheit heimfährt, oder bei uns in einem glasklaren Wasser ist, bei dem man beim

Koschitz

Schwimmen bis auf den Grund hinunterschauen kann. Das muß uns auch etwas wert sein. Das gehört in Zukunft etwas mehr herausgehoben, damit wir sagen können, die Kanalisationsanlagen sind nicht umsonst gebaut worden, denn die haben auch sehr, sehr viel Geld gekostet.

Deshalb, liebe Freunde, sollen wir unseren Tourismus so knapp vor dem Sommer nicht krankjammern, das ist ja schon angesprochen worden, sondern die KTG und insbesondere der Referent werden aufgerufen, mehr denn je unser Land so zu vermarkten, daß die Menschen gerne zu uns fahren und daß sie dann, wenn sie bei uns gewesen sind und nach dem Urlaub wieder heimkommen, ihren Freunden erzählen können, daß sie in einem Urlaubsparadies im Herzen Europas gewesen sind, wo sie lustige und vor allem freundliche Menschen getroffen haben, kurz gesagt, daß sie Urlaub bei Freunden gemacht haben. Das ist der Auftrag, den wir dir heute mitgeben, lieber Referent. Du sollst nicht andere Aussprüche machen, die uns leider dann einen Schaden verursachen. In dem Fall wünsche ich dem Tourismus ein herzliches Glückauf. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Abgeordnete **Mag. Trunk** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! So charmant wie mein Kollege Bürgermeister kann ich das nicht formulieren, wenn er sagt, bitte, lieber Herr Referent, tun Sie den Tourismus in Kärnten nicht krankjammern. Ich nenne es auch nicht uncharmant, sondern ich bezeichne diese Aktion heute als unsensibel und dem Tourismus in Kärnten nicht förderlich, im Gegenteil, schädigend. *(Abg. Mitterer: Aber nur durch euer unsensibles Reden, denn wir waren sachlich!)*

Es war vor drei Jahren, da gab es einen KTG-Chef, der hieß Ellensohn. *(Zwischenruf des Abg. Mitterer.)* Damals wurden seitens der F ungeheure Bemühungen und Anstrengungen an den Tag gelegt, um diesen Herrn Ellensohn wieder in die Wüste, jetzt ins Europa-Designzentrum zu schicken. Dennoch ist es diesem Herrn Ellensohn seinerzeit gelungen, ein Abkommen unter Kärntens Journalisten zu treffen, und das ist nicht leicht, wie man weiß. Es war das

Abkommen, daß in der Zeit, in der die Touristen nach Kärnten kommen, auch Wiener gehören dazu, nicht negativ über den Tourismus in Kärnten geschrieben wird. Das heißt, daß das außer Streit und außer parteipolitischen Streit gestellt wird. *(LHStv. Mag. Grassner: Die Journalisten sind nicht ganz einverstanden!)* Ihre heute geforderte Sondersitzung hat diese langjährigen Bemühungen von Ellensohn zunichte gemacht.

Ich sage Ihnen noch etwas: Herr Referent, Sie sind auch Wirtschaftsreferent, aber Sie haben es immer noch nicht kapiert und daher übersetze ich es auf gut kärntnerisch. Ich stelle Ihnen die Frage als Wirtschaftsreferent: *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Sind wir in der Schule?)* Wie wird die Auftragslage eines Betriebes ausschauen, der in den Kärntner Medien - und wir hoffen, es bleibt diese Sitzung nur in den Kärntner Medien - öffentlich diskutiert, als Krisenbetrieb tituliert wird und über den formuliert wird, daß es Liquidationsprobleme gibt? Ich behaupte, die Auftragslage für diesen Betrieb wird ab morgen verdammt schlecht ausschauen. *(Zwischenruf des LHStv. Mag. Grassner.)* Eine solche Vergangenheit haben wir dank des Nichtengagements und leider seit der Wortmeldung des Kollegen Mitterer auch dank der Inkompetenz hinter uns. *(Abg. Krenn: Jawohl, Frau Oberlehrerin!)* Herr Kollege Mitterer, wissen Sie, solange man Lehrer mit "h" ist, ist es gut, aber leer mit "ee" und das im Tourismus, ist schlimm, sage ich Ihnen. *(Zwischenruf des Abg. Mitterer. - Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Herr Kollege Mitterer, die Inkompetenz irgendeines Tourismusausschußmitgliedes - ich bin auch ein solches - ist schlimm, aber wenn der Vorsitzende dieses Gremiums Aussagen von sich gibt, die da lauten - und das ist nicht polemisch, denn ich lasse mir von Ihnen nicht unterstellen, daß ich dann polemisch werde, wenn ich peinliche Fakten aufzähle. *(Abg. Krenn: Das ist ja unsachlich!)* Das ist nicht unsachlich, das ist zutiefst sachlich. *(Abg. Krenn: Ein Abgeordneter hat außer Polemik auch einen konkreten Vorschlag zu bringen!)* Sie sagen verteidigend, das ist von Ihnen auch okay, diese Gratisschiffraktion Ihres Referenten ist eine der drei Einbringungen in der ehrenwerten Regierung. Sie bezeichnen das als touristische Maßnahme. Das heißt übersetzt, Touristen in

Mag. Trunk

Klubs und Fünfsterhotels, die gratis schifahren, das ist eine wichtige touristische Maßnahme. Ich sage Ihnen, die haben es gar nicht notwendig, daß man ihnen die Liftkarten schenkt. Familiengerechte Tarife für ausländische und inländische Touristen nennen Sie aber eine "nichttouristische" Lösung. Sie werden doch wenigstens schon einmal nach Tarvis und vielleicht bis an die Adria gefahren sein und festgestellt haben, daß der italienische Tourismus trotz vieler Krisen und eines verdreckten Meeres auf der Familien- und Kinderfreundlichkeit heute noch aufbaut. *(Zwischenruf von LHSiv. Mag. Grasser.)* Das ist eine Maßnahme, die da konkret ansetzen würde. *(Abg. Mitterer: Im Antrag steht etwas anders drin!)*

Dann der zweite Punkt, der hat mich noch viel mehr erschüttert: Ich habe gedacht, das ist eben so eine Sondersitzung, um ein bißchen von der Kompetenz abzulenken und da die Dreieinigkeit des Kärntner Landtages zu beschwören, wie das der Kollege Strutz früher gesagt hat, aber ich hätte das gerne zu anderen Themen auch. Ich weiß, Sie können mit Medien sehr gut umgehen, das schätze ich auch, das ist ein politisches Kriterium. Wenn Sie aber sagen, mit 250 Millionen Schilling Bundesmittel werden wir die bankrotten und maroden Kärntner Tourismusbetriebe wieder sanieren, dann sage ich Ihnen, auch der Kollege Krenn wird es Ihnen sagen: Vier oder fünf in Kärnten werden wir sanieren. Was machen wir mit den anderen? *(Abg. Mitterer: Jährlich!)* Das heißt, Sie haben sich noch nicht einmal damit befaßt, in welcher Krise die Kärntner Tourismusbetriebe in Wirklichkeit sind, sondern Sie reduzieren sich auf die eigenen Betroffenheiten. Das, muß ich sagen, ist schändlich und widerspricht eigentlich der Intention dieser sogenannten Krisen- oder Sondersitzung. *(Abg. Mitterer: Wenn es um eine Schulgeschichte geht, gehe ich auch nicht hinaus zum Rednerpult!)* Wenn Sie dann noch die Arbeitszeiten betreffend formulieren, daß es tourismusfeindlich sei, wenn nicht bis zum Heiligen Abend um 20 Uhr gearbeitet wird, dann muß ich Ihnen sagen, daß Sie von den Rahmenbedingungen, was Tourismus überhaupt ist, nämlich Freizeitgestaltung, länger oder kurzfristig, überhaupt keine Ahnung haben. *(Abg. Krenn: Wenn alle Freizeit haben, gibt es keinen Tourismus mehr!)* Denn jene Menschen,

die an den Arbeitsplatz gebunden sind, und das auch noch mit niedrigen Löhnen, werden wenig Zeit und wenig Eigenkapital haben, um dieses Geld im Freizeitbereich auszugeben. Da fehlt Ihnen ganz einfach das Grundverständnis.

Wenn Sie dann noch sagen, die sogenannten österreichischen und Kärntner Familien gehören nicht zum Teil des Tourismus, dann muß ich Ihnen sagen, daß Sie nicht einmal die Nächtigungsentwicklung und den Index lesen können, denn im Gegensatz zu den vorher schon formulierten Rückgängen Index 1980 kam es zu einem Schwund und Rückgang im Auslandstourismus, das heißt bei Ausländern, die nach Österreich kommen. Wie schaut denn das mit inländischen Gästen aus? Die Indexzahl 1980 100, 1994 135 %. Mit Ihrer Wortmeldung geben Sie zu erkennen, daß Ihnen die österreichischen Familien nichts wert und nicht Teil des Tourismus sind. Das sind nämlich jene, die bisher in Wirklichkeit für eine Steigerung der Übernachtungen gesorgt haben. Sie haben überhaupt keine Ahnung, und das erschüttert mich. *(Abg. Mitterer: Das ist ja ein Wahnsinn, was du daherredest! Weißt du überhaupt, wovon du redest? - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. - Zwischenrufe des Abg. Koncilia.)*

Nun zum Ausschußvorsitzenden Mitterer, der uns einen guten Dienst erweisen würde, jenen, die sich im Ausschuß um den Tourismus wirklich kümmern, den Vorsitz zu überlassen. Ich glaube, da gibt es von allen Mitgliedern wahrscheinlich mindestens 60 %, die das kompetenter und besser könnten. Das ist eine ganz konkrete Rücklegungsaufforderung an den Obmann von mir. *(Zwischenrufe der Abg. Mitterer und Dipl.-Ing. Gallo.)*

Nun zum zuständigen Landesrat Grasser: Sie sind aufgefordert, jene Bereiche, die der Herr Mitterer so unqualifiziert abgetan hat, nämlich die familiengerechten Tarifgestaltungen im Freizeitbereich, konkret umzusetzen. Bisher haben Sie diese Anträge, die im Landtag und im Ausschuß liegen, Herr Landesrat, nicht einmal ignoriert, denn um zu ignorieren, muß man von der Kenntnis überhaupt wissen. Sie haben von diesem Antrag aber nicht einmal Kenntnis gehabt, obwohl Sie in der Ausschußsitzung

Mag. Trunk

gegessen sind, aber beschäftigt haben Sie sich nicht damit.

Zweitens: Herr Landesrat Grasser, ich fordere Sie auf, (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!*) ... Mit dieser Funktion hat er uns trotz seiner Jugendlichkeit schon sehr viele Probleme eingebracht. Ich reduziere mich auf den Landesrat, denn wenn ich alle Titel und Funktionen aufzählen würde, würde ich eine zu lange Redezeit in Anspruch nehmen. (*Abg. Schretter: Das ist die feine Art!*) Herr Landesrat Grasser, ich fordere Sie auf, jene 20 Gratisschiffmillionen, wenn es auch nicht verwirklicht wird, als Konzept einmal dem Landtag vorzulegen, was Sie sich vorstellen. Ich glaube, ich weiß, was Sie sich vorgestellt haben. Das sind nämlich die Punkte 6 und 7 aus diesem Wunderwuzzi Rogner-Tourismusprogramm, über das ich auch verfüge. Es wäre aber doch wert, wenn der Tourismusreferent des Landes diesen Vorschlag einmal dem Landtag unterbreiten würde.

Drittens: Herr Landesrat Grasser, Sie zeigen ganz offensichtlich wenig Neigung und schon gar keine Lust zu politischer Knochenarbeit. Was meine ich damit, obwohl Sie mit einem Abschluß des Studiums an der UBW in Klagenfurt vielleicht doch Substanz haben könnten. Ich meine damit die Tatsache, daß Sie als Begründung für die dringliche Sitzung formulieren, das wurde früher auch schon argumentiert, daß diese dramatischen Daten jetzt vorliegen. Ich sage Ihnen, diese dramatischen Daten waren als ganz einschlägige Prognosen seit über einem Jahr bekannt. Wenn Sie als Rettungsaktion weitere 10 oder, wie ich aus der Presse erfahren habe, 20 Millionen Schilling für weitere Werbemaßnahmen insbesondere im deutschen Bereich vorsehen, so darf ich Ihnen sagen: Hätten Sie am diesjährigen Tourismusforum in Mayrhofen teilgenommen, dann hätten Ihnen das internationale Experten und Expertinnen gesagt. Es waren aber nicht solche, die der SPÖ angehören, sondern es waren internationale Experten im Tourismus- und Wirtschaftsbereich. Wissen Sie, wie diese Maßnahmen, die sie aus Kärnten mitbekommen haben, dort interpretiert wurden, denn offensichtlich hat sich das auch bis Wien vorgespochen? Ich zitiere: "Abgesehen von einigen halbherzigen

Werbeinitiativen ist seitens des Tourismusreferenten in Kärnten kaum etwas unternommen worden. Im Gegenteil, es wurde von vielen Seiten betont, man brauche zusätzliche Werbebudgets für den deutschen Markt, um kurzfristig den Nächtigungsausfall so gering als möglich zu halten." Wenn es nicht zu spät wäre, denn wir haben jetzt schon Mai und Gott sei Dank schon Touristen in Kärnten. "Es fehlen aber bisher unzweifelhaft zielführende Strukturanalysen und Marktanalysen und darauf aufbauend eine neue Markterschließung." Sie können sich über die Eigenkapitalschwäche des Tourismus und der Betriebe nicht hinwegschwindeln. Da können Sie sich nicht hinwegschwindeln und da haben Strukturänderungen stattzugreifen. (*Zwischenruf von LHStv. Mag. Grasser.*) Da werden es Überschriften, wie Sie sie im Antrag formuliert haben, nicht tun.

Sie werden sich auch nicht darüber hinwegschwindeln können, daß es nicht nur in Europa anerkannt ein Faktum ist, daß jener Qualitätstourismus, von dem wir alle reden, aber kaum jemand hat eine Idee zur realen Qualität, natürlich auch eine entsprechende Qualität der Arbeitsbedingungen voraussetzt. Das heißt, jene Menschen, die dort arbeiten und sich positiv identifizieren sollen, sprich auch als Multiplikatoren wirken, egal auf welcher Stelle, müssen wir haben. Diese Arbeitsbedingungen müssen in Kärnten erst geschaffen werden. Da mit man sich neuen Fragen ohne Tabus stellen müssen, angefangen von Personalkooperationen bis zu Übergang von Fixlöhnen bis hin zu sozialen Arbeitszeitmodellen. Damit werden wir uns beschäftigen müssen, weil Tourismus auch einen wesentlichen Anteil in der Arbeitnehmerschaft hat.

Herr Landesrat, ich fordere Sie auch auf, die endlich begonnenen Initiativen bezüglich "Familienland Kärnten" fortzusetzen. Diese Initiativen sind nämlich im Ursprung nicht nur im Antrag, der jetzt verschoben wird, als Zweitinitiative, sondern letztmalig unter dem Tourismusreferenten Zernatto realisiert worden, aber ab da gab es ein Stop. Sie haben vom familienfreundlichen Kinder- und Familiensommer nichts gehört, sie waren bisher nicht einmal in der Lage, ein ganz kleines

Mag. Trunk

Sternchen, zugegebenermaßen eine Positivmotivation für familienfreundliche Betriebe zu setzen, nämlich diese Betriebe auszuzeichnen.

Dazu hat der Landtag die Regierung nämlich auch aufgefordert. Zernatto hat es wenigstens geschafft in seiner kurzen Zeit, Sie waren bisher nicht in der Lage dazu, aber vielleicht schreiben Sie sich das auf. Das nächste ist, ich fordere Sie auf, Sie werden auch Studien gelesen haben, daß der Bereich des Kunst- und Kulturtourismus in Europa eine ungeheure Rolle spielen wird. Das ist nicht Vergangenheitsbewältigung, sondern Zukunftsbewältigung in der Frage des Tourismus und der Requirierung von Gästen. Ich frage Sie aber, wo waren Sie, der Herr Kollege hat das vorhin ausgeführt, wo waren Sie außer bei der Eröffnung in Hüttenberg. Waren Sie bei irgendwelchen nationalen oder internationalen Pressekonferenzen zur PR-Arbeit und Veröffentlichung der Tatsache, daß es diese Landesausstellung trotz vehementer gegenläufiger Bewegungen in Kärnten gibt. Sie waren bei keiner einzigen dabei.

Herr Landesrat, von mir aus auch Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser, wo waren Sie, als es z.B. in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart erfolgreiche Jugendkooperationen gibt. Denn ich glaube, daß die Jugend auch ein potentieller Partner des Tourismus ist. Wo sind Sie bei den europäischen Jugendforums? Jedenfalls nicht anwesend. Wo sind Sie, wenn es darum geht, Kunst und Kultur, Kulturexport, ob in Wien oder Ausland, nicht nur zu feiern, sondern auch zu repräsentieren. Ob das jetzt eine Theaterproduktion bei den Wiener Festwochen ist oder ob das in Theresienstadt das Projekt des Herrn Gantschacher ist, Sie sind einfach nicht anwesend. D.h. ich meine, daß Sie sich auch im Bereich von Kunst und Kultur Kompetenz aneignen werden müssen, um dann entsprechend diese Kärnten-Initiativen nach außen hin zu vertreten.

Ich fordere Sie vor allem als F-Mann auf, daß Sie Ihrem Gesundheitssprecher im Nationalrat, das ist nur ein Stein in diesem komischen kuriosen Puzzle der Tourismuspolitik der FPÖ, Ihr Gesundheitssprecher hat gefordert, ich hoffe, es haben alle schnell vergessen, eine Zwangsuntersuchung von einreisenden

Touristen auf Überprüfung einer Aids-Infektion bzw. TBC. Ich frage Sie, was würde das der Republik Österreich kosten, abgesehen vom gesundheitspolitischen Nonsens, der dahinter steht. Das war Ihr Gesundheitssprecher im österreichischen Nationalrat. Ich fordere Sie auf, in Hinkunft, es wird heute noch Zeit und Raum sein, daß Sie eine Erklärung dazu abgeben, in Hinkunft das Kärntner Image nicht mehr zu schädigen. Ich frage, würde das eine Zivilperson tun im Falle eines Betriebes, nennen wir den Betrieb einmal Kärnten, dann frage ich, wie würde die Schadenersatzklage gegen diesen Betrieb aussehen. Ich bin sicher, es gebe eindeutige Antworten.

Ich glaube, Herr Landesrat und Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie sind viel zu jung, um auf alte Reden und auf ein altes Tümpeln in alten Feindbildern zurückgreifen zu müssen. Ich glaube, Sie sollten sich viel Anstrengung antun, um etwas zu bekommen, was an sich die Grundvoraussetzung für jeden im Tourismus tätigen ist, sogar für den Landesrat und zuständigen Tourismusreferenten. Bewegen Sie sich heraus aus dieser nationalistischen Enge und werden Sie ein Internationalist. Denn Gäste kommen aus Ländern und daher sollten Sie international werden, damit Sie nicht nur andere Sprachen, sondern auch internationale Konzepte lesen und begreifen werden können. Dankeschön. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Hohes Haus! Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Unsere Arbeit im Tourismus, in der Politik, muß von langer Verantwortung geprägt sein und nicht erst jüngst um die Sorge der Entwicklung des Tourismus. Denn die Entwicklung des Tourismus ist nicht erst jetzt abgezeichnet, sondern schon über einen längeren Zeitraum. Deshalb, meine Damen und Herren, stellt sich für mich wohl die Frage, wie weit publistische Agitation, Selbstdarstellung, Selbstpositionierung in der Politik der richtige Weg sind. Wenn ich hier diesen Sonderlandtag hernehme und verweise, daß die Möglichkeit sehr wohl in Ausschüssen besteht, konstruktive sachbezogene Tourismuspolitik zu betreiben,

Hinterleitner

dann stellt sich die Frage, wie weit wir der Tourismuswirtschaft mit diesem Sonderlandtag Schaden zufügen oder wie weit wir ihr dienen können. Ich glaube, immer dann, wenn ernstzunehmende politische Verantwortliche zusammensitzen, besteht auch die Chance, sich mit Sachthemen intensiv auseinanderzusetzen.

Nun zu Ihnen, Herr Tourismusreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser. Die Frage stellt sich auch im Hinblick auf die Einberufung dieses Sonderlandtages. Wie ernst ist es Ihnen tatsächlich mit dem Tourismus, das ist die Kernfrage, die wir zu stellen haben, denn wir glauben, daß es mit einer Ankündigungspolitik und mit dem Wecken einer falschen Erwartungshaltung nicht getan sein kann. Sie haben bisher verabsäumt und das ist ein Faktum und dies kann ich sehr wohl untermauern, nachdem ich selbst im Tourismusausschuß sitze, hier klare Konzepte vorzulegen, mit denen sich der Landtag und der Ausschuß intensiv auseinandersetzen kann. Weder in der Landtagssitzung vom 4.5. noch am 9.5. wurden vom Klub oder von Ihnen Initiativen zum Tourismus eingebracht. Die Freiheitliche Fraktion, das muß hier gesagt werden, blockiert durch ihre Säumigkeit den Antrag der ÖVP und auch ihren eigenen Antrag auf Änderung bzw. Abschaffung des Anzeigenabgabegesetzes. Aufgrund von Parteienverhandlungen vom 14.2.1995 wurde vereinbart, daß vor allem Klubs Stellungnahmen zum von der Verfassungsabteilung vorgelegten Abänderungsentwurf zum Anzeigenabgabegesetz bis Anfang März erfolgen soll. Im Gegensatz zur ÖVP ist der Freiheitliche Klub dieser Verpflichtung bis zum heutigen Tag nicht nachgekommen. Für überregionale Tourismuswerbung muß daher weiterhin eine 10prozentige Anzeigenabgabe bezahlt werden. Der Vorsitzende des Ausschusses hat einschließlich der Konstituierung lediglich drei Ausschußsitzungen einberufen. Ich sage noch einmal, gerade in diesem Ausschuß ist es notwendig, die Probleme, mit denen wir uns heute in sehr populistischer und polemischer Art auseinandersetzen, intensiv zu beraten, um konstruktiv in Sinne einer Gemeinsamkeit tatsächlich die Schwierigkeiten und Probleme des Tourismusses zu erarbeiten.

Eines natürlich auch, um das komme ich nicht umhin, ich denke an diese sehr negative Befragungsaktion zum Stellenwert der KTG. Auch Referent, auch hier ist einer sehr dilettantischen Weise eine Befragung vorgenommen worden, wo jeder von Ihnen, der sich mit Meinungsumfragen auseinandersetzt, weiß, daß Befragungen in dieser Form in anderer Form abzuhalten sind und nicht so, wie es hier so dilettantisch, laienhaft, vorgenommen wurde. Wie wollen Sie am 15. Mai eine Sommersaison noch verändern? Wir alle, die Tourismuswirtschaft und die Verantwortlichen im Tourismus wissen, daß im Grunde genommen alle Aktivitäten, alle Verkaufsmaßnahmen für den Sommer gesetzt sind. Wir wissen aber auch, daß Budgetmittel nur in einem solchen Umfang einzusetzen sind, daß sie, und das wissen auch alle Marketingexperten, mittelfristig zu einem Erfolg führen und Budgetmittel nur dann greifen, wenn sie über einen längeren Zeitraum anhand von Unterlagen vorbereitet sind und somit über eine Periode von mindestens drei Jahren zu laufen haben. D.h. wenn hier von einem Konzept die Rede ist, dann muß dieses Konzept beinhalten, wie hier zusätzliche Mittel in Anwendung gebracht werden, die vorausschauend für den Herbst, aber insbesondere für den Winter 1995/96 und bereits, meine Damen und Herren, für den Sommer 1996 zu greifen haben. Wo wir wissen müssen, daß erhöhte Budgetmittel - wenn wir sie fordern - dann auch auf einen längeren Zeitraum zu beschließen sind. Wir brauchen also ein sehr klares konstruktives Konzept, das von uns getragen werden muß.

Wir alle wissen, wer sich mit Meinungsumfragen und den Entwicklungen auseinander gesetzt hat, daß die österreichische Tourismuswirtschaft erste starke Rückgänge im Jahre 1994 zu verzeichnen gehabt hat, daß die Prognosen für 1995 in etwa gleich, wenn nicht schwieriger sind, frühestens mit einer Stabilisierung 1996 zu rechnen sein wird. All diese Erkenntnisse, die nicht gestern oder vorgestern uns bekannt wurden, sind dazu angetan, uns mittelfristig und langfristig mit den Vermarktungsintentionen Kärntens im gesamten touristischen österreichischen Angebot auseinanderzusetzen. Ich möchte auch bei diesen Vermarktungstendenzen nicht nur Kärnten

Hinterleitner

isoliert sehen, sondern in Einbeziehung der Gesamtvermarktung der Kärntner Tourismusgesellschaft, mit der Österreichwerbung, der Imagepflege Österreichs, insbesondere am für uns sehr starken Herkunftsmarkt der Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland.

All diese Entwicklungen lassen uns nicht umhin, einen Punkt zu berücksichtigen, der es uns schwierig macht, zu positionieren. Das ist sicher das Thema der Hartwährungspolitik, das den Tourismus insbesondere schwer trifft, wobei auch die österreichische Volkspartei aus der gesamtwirtschaftlichen Überlegung sich zur Hartwährungspolitik bekennt. Wir müssen uns aber Gedanken darüber machen, bundesweite Entlastungen für die Tourismuswirtschaft zu erreichen. Ich möchte auch in diesem Zusammenhang auf die wesentlichen Punkte, die zu einer Entlastung führen könnten, weil wir wissen, daß die Liraentwicklung, die Preisgestaltung in Portugal, in Spanien, in Griechenland, insbesondere auch die Entwicklungen und die Dumpingpreissituation im Flugtourismus dazu geführt haben, daß wir es hier mit einer sehr schwierigen Ausgangssituation zu tun haben und daß es nicht nur an Kärnten liegt, sondern die Bundesregierung sich mit dem Thema sehr stark auseinanderzusetzen hat, wie kann man hier, bedingt durch die Hartwährungspolitik, Entlastungsmaßnahmen für den Tourismus erreichen.

Ich werde mir erlauben, Ihnen jene, die von der Bundessektion Tourismus entwickelt und gestaltet worden sind, hier kund zu tun, damit Sie wissen, wo wir gemeinsam den Hebel ansetzen müssen, wenn wir hier bundesweit Entlastungen für den Tourismus erreichen wollen. Ich fange mit dem ersten Punkt an, die Schaffung flexibler Arbeitszeitvorschriften, die den Erfordernissen der Tourismuswirtschaft als Dienstleistungsbranche besser gerecht werden. Die Sicherung von ausreichenden Kontingenten ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere mit dem sehr oft schon zitierten und diskutierten Saisonierstatus. Maßnahme zur Hebung der Attraktivität der Teilzeitbeschäftigung durch steuerliche Förderungen, z.B. durch Anhebung der Toleranzgrenze für die Einkünfte des

Ehegatten beim Alleinverdienerfreibetrag oder Absetzbetrag zur Mobilisierung inländischer Arbeitskraftreserven, also auch hier Schwerpunktsetzung. Zeitlich begrenzte Aufstockung der Kreditrahmen bei der österreichischen Exportfondsgesellschaft für das Incoming-Geschäft. Verbesserte Ferienstaffelung zur Erhöhung der Urlaubsqualität und zur besseren Auslastung unserer Betriebe. Die Anpassung der österreichischen Steuerlast auf Getränke an das EU-Niveau sowie bei den Verbrauchssteuern, als auch bei der Umsatzsteuer, durch Abschaffung der wettbewerbsverzerrend wirkenden Getränkesteuer. Die ermäßigten Umsatzsteuersätze für Restaurantleistungen und Beherbergung müssen unbedingt aufrecht erhalten bleiben.

Folgender Punkt, die Erlassung einer praxisgerechten Pauschalierungsverordnung für Kleinbetriebe der Gastronomie und Hotellerie durch Kostensetzung und Bürokratisierungsentlastung sowie die Wiedererlangung des vollen Absetzbarkeitsbetrages von Geschäftsessen. Nächster Punkt, die Förderung bestimmter Beteiligungsmodelle mittels Haftungsübernahme durch Bund und Länder zur Förderung der Zufuhr von Eigenkapital von außen sowie zur Senkung der Fremdkapitalkosten. Ausgabe einer zinsgünstigen Tourismusanleihe bzw. die Schaffung vergleichbarer Fixzinsmodelle. Punkt 9. Anpassung des Förderungsmaßes an die notwendigen Investitionsbedarfe sowie Sicherung der Förderungsmittel für den Tourismus und außerhalb der Zielgebiete auch der EU-Bestimmungen. Punkt 10. Anpassung der Abschreibungssätze für Betriebsgebäude an die starke wirtschaftliche Abnutzung im Beherbergungsgewerbe. Derzeit vorgeschriebene 4 Prozent sind für den Fremdenverkehr unzureichend.

Dies wären jene Punkte, meine Damen und Herren, die wir gemeinsam tragen können, um hier gegenzusteuern den touristischen Entwicklungen, die von außen uns angelastet werden, die uns in Schwierigkeiten bringen und die die Liquidität und die Ertragssituation unserer Betriebe in Frage stellt. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Nun zurück zu Kärnten, meine Damen und Herren. Wir haben sehr viele Konzepte; wir haben

Hinterleitner

sehr gute Konzepte. Es liegt an uns allen, nicht neue zu erfinden und diese Konzepte zu schubladisieren. Ich verweise, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, auf das Sommerentwicklungskonzept, auf das Winterkonzept und insbesondere auf die aufgrund der Sorge um den Kärntner Tourismus von der Sektion Tourismus einberufene Aufforderung, alle an einen gemeinsamen Tisch, wo wir gemeinsam Konzepte entwickelt haben, die in den verschiedenen Bereichen einer Umsetzung harren; einer Umsetzung, um exakte Verbesserungen im Kärnten-Tourismus zu erreichen. Ich denke an jene Maßnahmen, die hier entwickelt, diskutiert und aufbereitet worden sind: die stärkere Vernetzung der Angebotspakete; die stärkere Schwerpunktsetzung im Marketing, insbesondere aber im Verkauf. Meine Damen und Herren! Marketing vom Verkauf auszugliedern, ist auf Dauer nicht zielführend. Auch hier wird man sich Gedanken machen müssen, inwieweit es Vernetzungen geben wird, die die Chance eines Direktverkaufes für die Betten in unserem Bundesland möglich machen. Die Möglichkeit zur stärkeren Umsetzung vorhandener Konzepte besteht, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Wirtschaft ist bereit, hier Konzepte einzubringen, insbesondere wenn Sie gefordert haben, es müßte eine überparteiliche Plattform geben. Welche bessere Plattform, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, gibt es, als die Wirtschaftskammer, wo alle 8.000 Tourismusunternehmer eingebunden sind und wo wir mehr oder weniger in der Entwicklung aus dem Vollen schöpfen können! Sie brauchen sich dieser Experten nur zu bedienen, und Sie haben eine schlagkräftige Gruppe, um sachpolitisch für die Tourismuswirtschaft Erfolg zu haben. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Einen Punkt dürfen wir auch nicht vergessen! Dieser soll hier nicht unausgesprochen bleiben. Wenn wir von Lösungen sprechen, müssen wir gezielt, bewußt und konsequent auch mit der entsprechenden Mittelfreigabe das Flugincoming stabilisieren, weil wir damit zu neuen Zielgruppen kommen, wo wir möglicherweise die Chance auf ein Steigen des Tourismusangebotes erreichen können.

Zur Aussage von Herrn Dr. Edinger im Rahmen des "Tourismustages" auf der Messe: Der Tourismus und auch die Tourismuspolitik brauchen stärker denn je Ruhe, Kontinuität, Besonnenheit und Augenmaß. Das wäre der Wunsch, auch hier im Landtag, für alle Parteien! Ich danke Ihnen! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Vors. 1. Präs. Unterrieder: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich 2. Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser. Ich erteile ihm das Wort!)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser** (F):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Als zuständiger Referent habe ich die Einberufung dieser Sitzung eines Sonderlandtages zu diesen wichtigen Angelegenheiten des Tourismus begrüßt, Herr Präsident, weil ich der Illusion anhaftete, daß man in diesem Land und in diesem Hohen Haus auch in der Sache eine Debatte führen kann; weil ich der Illusion anhaftete, daß man in diesem Hohen Haus auch einen Wettbewerb der Konzepte, einen Wettbewerb der Vorstellungen und einen Wettbewerb der Inhalte zu führen in der Lage ist. Ich muß ehrlich sagen: Es war, leider Gottes - bis auf wenige Ausnahmen, die ich sehr begrüße -, eine Illusion. Das bestärkt mich in nichts anderem, als daß dieses Hohe Haus die große Bedeutung des Tourismus, die zwar jeder als Worthülse und als Floskel heute von sich gegeben hat, noch immer nicht erkannt hat. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Trunk)* Damit ich nicht der Polemik meiner Vorredner das Wort rede, möchte ich nur zwei Herrschaften, nämlich die beiden Klubobleute Ambrozy und Hofer, wirklich ersuchen, für sich selbst zu überlegen, ob politische Show oder aber inhaltliche Politik die Aufgabe ist, weswegen wir gewählt wurden. Sie sagen beide, Sie reden von Fakten - aber außer Polemik ist in Ihren Reden nichts übrig geblieben. *(Beifall von der F-Fraktion. - Abg. Dr. Ambrozy: Ihre Unfähigkeit versuchen Sie, durch diese Polit-Show kaputtzumachen; auch wenn Sie durch Ihre Fraktion niedergeklatscht werden!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, der Tourismus und die Bevölkerung

Mag. Grasser

werden es uns danken, wenn wir Ihren Aussagen auf einem anderen Niveau, nämlich auf einem inhaltlichen Niveau, begegnen. (*Beifall von der F-Fraktion. - Abg. Dr. Ambrozy: Legen Sie die Inhalte auf den Tisch! - Abg. Dr. Hofer: Weil ihr keine Aktivitäten entwickelt! Wir sind dazu ja eh gerne bereit!*) Denn das ist es, was sich der Tourismus in diesem Land und die Wirtschaft in diesem Land, und damit die Bevölkerung dieses Landes. tatsächlich verdient.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre gut, wenn Sie die Bedeutung des Tourismus sehen würden, wenn Sie sehen würden, daß jeder Sechste der Bevölkerung Kärntens direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig ist, wenn Sie die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Branche sehen würden, wenn Sie 23 Milliarden Schilling an Einnahmen (laut Wirtschaftsforschungsinstitut) sehen würden; (*Abg. Dr. Hofer: Deshalb machen wir uns ja Sorgen!*) einen Anteil von 25 % des Bruttoinlandsproduktes; wenn Sie die 40.000 Beschäftigten dieser Branche auch von der inhaltlichen Schwere und von der volkswirtschaftlichen Bedeutung akzeptieren und weiter hinterfragen würden, welche Zukunftschancen wir auch in der Wirtschaft in diesem Land haben. Es gibt, Gott sei Dank, gute Ansätze, was das industrielle Potential Kärntens betrifft. Wir haben zum Beispiel mit Legrand ganz gute Ansätze auch in der Betriebsumsiedelung gehabt. Wir haben mit Sangalli Verhandlungen, die hoffentlich von Erfolg gekrönt sein werden. Wir haben mit Siemens Verhandlungen, wo wir uns alle nur wünschen können, daß sie erfolgreich sein können. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die letzten Jahre haben doch wohl bewiesen, daß der industriellen Entwicklung des Landes fraglos Grenzen gesetzt sind. Wenn Sie sich die anderen Bereiche - ob das Landwirtschaft, ob das Handel, ob das Gewerbe ist - vor Augen führen und hier auch eine starke Tourismusabhängigkeit ganz einfach sehen müssen, dann kommt man halt darauf, daß der Tourismus jene Branche ist, wo auch die Bevölkerung die Probleme dieses Sektors unmittelbar zu spüren bekommt und wo die wirtschaftliche Situation und die Probleme des Tourismus unmittelbar auf die Bevölkerung sehr, sehr schnell durchschlagen.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, hätte ich mir von allen Fraktionen dieses Landtages erwartet, daß heute auch ein Bekenntnis zum Tourismus abgegeben werden kann. Denn man kann doch nicht zusehen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, wie sich eine Situation und wie sich die wirtschaftliche Entwicklung einer Branche in den letzten Jahren verschlechtert. Ich gebe Ihnen recht, daß das nicht erst seit vorgestern bekannt ist, sondern daß wir jetzt die fünfte negative Sommersaison in ununterbrochener Reihenfolge in Kärnten tatsächlich vor Augen haben, daß wir alle uns keine Illusionen, sondern Schluß machen sollten, mit solchen Überschriften, wo es heißt: "Kärnten ist das Land der leeren Betten." Wir sollten auch mit Aussagen Schluß machen, wo es dann heißt: "40.000 Arbeitsplätze sind in Gefahr." Aussagen, wo es heißt: "Wir brauchen eine Feuerwehraktion für den Tourismus, wo der sommerliche Bauchfleck in den Medien bereits steht." Was wir hier in Form von Inhalten und in Form von Anträgen auf den Tisch legen, ist nichts anderes als das Zurkenntnisnehmen einer sehr, sehr schwierigen Situation der Tourismuswirtschaft und der Tourismusbranche in Österreich und in Kärnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben als einzige Fraktion uns bemüht, in den letzten sechs bis acht Monaten ein Programm für den Tourismus zu erstellen. Wir haben uns bemüht, ein Paket auf den Tisch zu legen, das sowohl die bundespolitische Ebene beinhaltet, eine Petition auf überparteilicher Ebene, Herr Kollege Hinterleitner, die Sie mittragen und mitunterschreiben können. Denn das, was Sie vorgetragen haben, ist ähnlich unserer Petition. Damit können wir gegenseitig das unterschreiben, was wir an Vorstellungen für den Tourismus auf bundespolitischer Ebene eingebracht haben.

Aber auf Landesebene, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es hier ein Paket von neun Anträgen. Das ist ein Paket, das in der Lage ist - wenn wir uns alle dazu bekennen -, tatsächlich die Probleme, wie sie sich heute im Tourismus darstellen, zu lösen und damit für die Volkswirtschaft und für die Wirtschaftspolitik des Landes einen großen Beitrag zu leisten. Man darf doch nicht vergessen, daß wir im Vergleich

Mag. Grasser

zu Rekordjahren in Kärnten 4 Milliarden Schilling an Kaufkraft für dieses Land verloren haben; daß wir 4.000 Arbeitsplätze in dieser Branche verloren haben und daß wir 1,2 Milliarden Schilling an Steuern und Abgaben für dieses Land verloren haben! Das heißt, Sie sollten auch einmal sehen, daß 1,2 Milliarden Schilling verlorene Steuern und Abgaben einfach eine Dimension sind, die uns alle schwer trifft und uns in unserer wirtschaftlichen Entwicklung hemmt.

Damit wir nicht dort stehen bleiben, wo es Herr Edinger als Tourismusberater, als anerkannter Berater, gesagt hat, nämlich daß Kärnten ein fortgeschrittener Sanierungsfall ist, sondern damit wir uns weiterentwickeln, gibt es dieses Programm der Freiheitlichen, das heute hier präsentiert wurde. Damit kann auch (*Lärm im Hause*) der Hohe Landtag und der Ausschuß befaßt werden und zeigen, inwieweit er bereit und in der Lage ist, auch dieses Programm mitzutragen und den Tourismus - somit auch die Bevölkerung und die Arbeitnehmer in diesem Land - zu unterstützen. (*Lärm im Hause. - Abg. Dr. Ambrozy: Was haben Sie für ein Programm? Drei Wochen haben Sie noch Zeit. Das kennen Sie selber noch nicht!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kärnten braucht den Tourismus. Wir brauchen in dieser Situation für den Tourismus ein Sonderprogramm mit einem Sonderbudget und mit Sondervollmachten, damit das wirtschaftliche Wachstum auch wieder einmal in Kärnten im Tourismus stattfinden kann. (*Beifall von der F-Fraktion. - Lärm im Hause. - Abg. Dr. Ambrozy: Welche Sondervollmachten brauchen Sie denn?*) Denn auch Sie, Herr Klubobmann Ambrozy, sollten sehen, daß der Tourismus eine Wachstumsbranche ist, die ihresgleichen sucht: mit 40 % in den nächsten zehn Jahren als Prognose international. Für uns ist es die Aufgabe: Wie können wir dieses Wachstum auch wieder hierher nach Kärnten und nach Österreich bringen?

Weil Sie fragen: "Welches Programm?" - Ich sage es Ihnen sehr gerne noch einmal, Herr Klubobmann. Wir haben zum einen die Aufgabe vor uns, einen wirklichen Knackpunkt der wirtschaftlichen und touristischen Entwicklung hier gemeinsam zu lösen, nämlich ein

Entschuldungsprogramm für Tourismusbetriebe und für die Tourismuswirtschaft auf den Tisch zu legen. Nicht für alle und kollektiv - aber für jene, die unverschuldet in Bedrängnis gekommen sind; wo das Fortführungskonzept für das touristische Produkt in Ordnung ist und wo auch der Unternehmer in Ordnung ist. Ich nenne nur ein Beispiel, das Sie alle - hoffentlich! - auch in den letzten Wochen gesehen haben. Wenn ein Unternehmer wie Herr Balthasar Sauper in Schwierigkeiten gerät, ein bodenständiger Unternehmer, der irrsinnige Erfolge in dieser Branche vorzuweisen hat, der mehrere Unternehmen über Jahre und Jahrzehnte sehr erfolgreich aufgebaut und geführt hat, dann sollten wir doch alle es nicht so weit kommen lassen, daß solche Unternehmer in den Konkurs oder in den Ausgleich gedrängt werden! Dann sollten wir doch sagen: "Wir bevorzugen das Motto, Bestehendes zu erhalten, bevor wir alles kaputtgehen lassen und dann Neues aufbauen". Dies nur deshalb, weil hier keine Geschlossenheit auch in der Politik des Landes für den Tourismus vorhanden ist. (*Beifall von der F-Fraktion. - Lärm im Hause. - Abg. Dr. Ambrozy: Ist das das Konzept? Oder was? Die Schulden zahlen? Ist das Ihr Konzept?*)

Wenn Sie sehen, was die Verschuldung der Tourismuswirtschaft im Land betrifft: 60 % aller touristischen Sanierungsfälle in Österreich sind, laut Auskunft des Wirtschaftsministeriums, leider Gottes hier bei uns in Kärnten. Wenn man weiß, daß das ungefähr eine Größenordnung von 12 Milliarden Schilling Fremdkapital der Tourismuswirtschaft in Kärnten ausmacht, dann sehen wir auch, welche Herausforderung wird hier zu bestehen und gemeinsam zu lösen haben. Da komme ich zu den Förderungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und zum Steuergeld, Herr Dr. Ambrozy, das wir genauso sorgsam einsetzen möchten, wie Sie das wahrscheinlich auch wollen. Aber ich bin der Überzeugung, daß wir in Kärnten - auch was die Förderungen betrifft - ganz einfach gegenüber anderen Bundesländern wettbewerbsfähig sein müssen. Das insbesondere dann, wenn die Tiroler, im Bewußtsein einer schwierigen Entwicklung des Tourismus in Österreich, im vorigen Jahr ein Programm auf den Tisch legen konnten, wo sie sagen: "Wir machen eine

Mag. Grasser

Tourismusmilliarde." Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist keine Tourismusmilliarde, die aus Bundesmitteln kommt. Herr Dr. Ambrozy, Sie kennen die Bundesmittel der Tourismusmilliarde - oder soll ich Ihnen vorlesen, wie Sie im Jahr 1992 die Tourismusmilliarde für Kärnten versprochen haben? (*Lärm im Hause. - Abg. Dr. Ambrozy: Sagen Sie dem Landtag nicht die Unwahrheit! Tirol macht keine Tourismusmilliarde, sondern in Tirol gibt es Zinsstützungen, mit denen man eine Milliarde initiieren kann. Sie haben keine Ahnung!*) Die Tourismusmilliarde für Kärnten, im Jahr 1992! (*Abg. Dr. Ambrozy:*) Die Tiroler haben im Vorjahr eine Tourismusmilliarde, und zwar eine Tiroler Tourismusmilliarde auf den Tisch gelegt. Die Tiroler haben zusätzlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Förderungsvolumen für den Tourismus von ungefähr 420 Millionen Schilling pro Jahr. 420 Millionen sind nicht für die Wirtschaftsförderung, sondern ausschließlich für die Tourismusförderung vorhanden. Wir bieten, als ähnlich tourismusintensives Land, ungefähr 110 Millionen Schilling an Tourismusförderungen pro Jahr auf. (*Abg. Dr. Ambrozy: Was ist in die Infrastruktur investiert worden? Das sind schon wieder die falschen Zahlen! Sagen Sie dem Landtag nicht dauernd die Unwahrheit!*) Ich glaube, man kann nicht von der Tourismuswirtschaft im Lande Wettbewerbsfähigkeit verlangen, wenn man nicht bereit ist, hier auch von der Höhe und von der Größenordnung der Wirtschaftsförderung mithalten zu können.

Ich glaube, gerade wenn man Großprojekte in diesem Land sieht, wenn man sieht, wie um Siemens verhandelt wird, wie wir Gott sei Dank Chancen haben, diese Ansiedelung nach Kärnten zu bekommen, dann muß man doch auch sehen, daß diese Investition ungefähr 500 zusätzliche Arbeitsplätze für Kärnten bringen wird.

Das sind 500 zusätzliche Arbeitsplätze, denen bei einer Investition von rund zwölf Milliarden Schilling eine Förderung von ungefähr einer Milliarde Schilling gegenübersteht. Wenn man das auf die Arbeitnehmer umlegt, dann ist das sicherlich ein Betrag jenseits der zwei Millionen Schilling pro Arbeitsplatz, der in diesem Fall an Förderungen wahrscheinlich

gewährt werden wird. Wir bekennen uns dazu und sagen, das ist eine Investition, die das Land braucht, weil sie in der Technologie und in der Forschungspolitik einen wichtigen Aufschwung für uns alle bringt. (*Abg. Dr. Ambrozy: Soll ich Ihnen die Förderung pro Arbeitsplatz in anderen Sparten aufzählen, Herr Kollege?*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen nicht gleichzeitig die Klein- und Mittelbetriebe dieses Landes und die Tourismusbetriebe diskriminieren, sondern müssen ähnliche Förderungen auch für die Klein- und Mittelbetriebe und für die Tourismuswirtschaft im Land anbieten. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Wenn ich da höre, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, Sommerentwicklungskonzept 2000. Ich bekenne mich zu diesem Sommerentwicklungskonzept 2000, das vor mir unter Landeshauptmann Zernatto in Auftrag gegeben wurde. Man sollte aber auch wissen, daß man sich zur Beschlußfassung der Landesregierung dieses Sommerentwicklungskonzeptes bewußt war und es auch klar ausgesprochen hat, daß es schwere Mängel in der touristischen Infrastruktur im Sommer und im Winter tatsächlich gibt und gerade deswegen gesagt hat, wir werden Verkehrsberuhigungssysteme und Verkehrsleitsysteme schaffen, wir werden Radwege, Themenwanderwege, Tenniscamps, Reitcamps, Erlebnisbäder, Unterhaltungs-, Veranstaltungs- und Gesundheitszentren bauen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der Überzeugung, es ist zuwenig, Konzepte zu erstellen, diese Konzepte zu bejubeln, aber dann keine Finanzierungsvorschläge bereitzustellen und keine Finanzen und Mittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig wären, damit man diese Konzepte dann auch tatsächlich umsetzen kann. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Es erhebt sich für uns schon langsam der Eindruck, daß man nicht an den richtigen Stellen einspart und nicht Budgetsanierung betreibt. Eine solche ist seit langem vorgesehen und sie wird von den Experten gefordert, damit man endlich einmal zu einem Konsolidierungskurs kommt. Trotzdem wären für heuer 800 Millionen Schilling Mehrverschuldung vorgesehen, aber wir werden wahrscheinlich nicht 800 Millionen, sondern zwischen 1,6 und 2 Milliarden Schilling

Mag. Grasser

zustandebringen. Dieser sogenannte Budgetkonsolidierungskurs, der nicht einmal diese Bezeichnung verdient, sondern der lächerlich ist, führt auch dazu, daß man ganz einfach wichtige Branchen und Wirtschaftsbereiche des Landes aushöhlt, weil man nicht in der Lage ist, die Sparpotentiale tatsächlich auch zu nutzen und anzusprechen.

Ich bin auch der Überzeugung, daß man noch für diese Sommersaison, für die Nachsaison, für den Herbst und für den Winter ein Konzept präsentieren kann, das tatsächlich in der Schublade der Kärntner Tourismusgesellschaft liegt, damit man antizyklisch agieren kann. Wenn hier heute ein Antrag präsentiert wird, der verlangt, 20 Millionen Schilling mehr an Budgetmitteln für die Kärntner Tourismusgesellschaft, dann ist das nichts anderes als normalerweise eine Selbstverständlichkeit, wenn man es mit dem Tourismus im Land ernst nimmt. Dies deswegen, weil 1991 die Kärntner Tourismusgesellschaft ein Budget von 67,3 Millionen Schilling hatte und sie heute vier Jahre später ein Budget von 65 Millionen Schilling hat. Sie hat somit zwei Millionen Schilling weniger als vor vier Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Abg. Ing. Rohr: Wer hat denn das beantragt?*) Herr Abgeordneter, Sie wissen sehr gut, daß mein Vorgänger Matthias Reichhold 20 Millionen Schilling zusätzlich für die Kärntner Tourismusgesellschaft im Jahre 1995 beantragt hat und daß es wegen Kurzsichtigkeit eines Finanzreferenten dann nicht gelungen ist, das tatsächlich auch zu lukrieren. Wenn Sie sich aber vor Augen halten, daß in der Werbebranche und im Marketing die Finanzmittel in den letzten Jahren pro Jahr um 12 % nominell angestiegen sind, dann können Sie selbst auch hinterfragen und rechnen, daß das Budget der Kärntner Tourismusgesellschaft heute bereits über 100 Millionen Schilling ausmachen müßte, nur damit man diese Entwicklungen auch bei uns in Kärnten nachvollzieht. Das heißt, 100 Millionen Schilling KTG-Budget heute, das wäre nicht eine antizyklische Maßnahme und kein Gegensteuern, sondern wäre notwendig, damit man auch die Entwicklung der vergangenen Jahre in Kärnten zur Kenntnis nimmt und nachvollzieht. Damit sind diese 20 Millionen Schilling, die wir Ihnen heute als Vorschlag präsentieren, nicht

eine antizyklische Maßnahme, als die wir es jetzt herauszustellen versuchen, damit das Licht auf dieses Hohe Haus und auf die Finanzpolitik des Landes nicht allzu schlecht wird, sondern es ist in Wirklichkeit der Mangel der vergangenen Jahre, was die Ausstattung der Kärntner Tourismusgesellschaft betrifft, mit diesen 20 Millionen Schilling nur ein bißchen reduziert.

Sie sagen, es ist vielleicht nicht mehr möglich, für heuer Programme auf den Tisch zu legen. Ich muß ehrlich sagen, ich bin in diesem Bereich kein Experte, (*Abg. Sablatnig: Das merken wir!*) Ich habe hier vor mir das Konzept der Kärntner Tourismusgesellschaft liegen, das sie für diese 20 Millionen Schilling entwickelt hat. Ich habe Gespräche mit dem Generaldirektor der Österreichwerbung Dr. Lukas geführt, der sagt, wir brauchen in dieser Situation, in der wir zur Zeit einen Buchungsstop in Kärnten haben, nach einer ersten Welle einen zweiten Schritt, eine Unterstützung in einer zweiten Aktion, damit man auch gewerblich und marketingpolitisch korrekt agiert, um wiederum für das Land wichtige Nächtigungen lukrieren zu können.

Schauen Sie sich auch die Studien an, die dazu angefertigt wurden. Prof. Würer und Prof. Schneider von der Universität Linz sind genannt worden, die sagen, mit 70 Millionen Schilling mehr am deutschen Markt bringt man nach Österreich in den nächsten zwei Jahren zwischen 4,3 und 5,4 Millionen Nächtigungen. Wenn Sie sich das auf Kärnten umlegen, dann heißt das, bei einem optimalen Marketingmix durch die Kärntner Tourismusgesellschaft wäre es möglich, mit diesen 20 Millionen Schilling zwischen 1,3 und 1,8 Millionen Schilling an zusätzlichen Nächtigungen zu lukrieren. Das bedeutet wiederum bei durchschnittlichen Ausgaben pro Tag von ungefähr 800 Schilling einen zusätzlichen Umsatz für Kärnten von mehr als einer Milliarde Schilling.

Auch an dieser Aktion, die heute leicht zur Diskussion gestanden ist, "Schifahren zum Nulltarif in Kärnten", dieser Idee des Robert Rogner, hat man gesehen, daß gegensteuern und antizyklisches Agieren tatsächlich auch in diesem Land möglich wäre, wenn man politische Einigkeit auch hinter wichtigen Ideen für Kärnten erreichen könnte.

Mag. Grasser

Zu der Aussage, es wäre der Antrag von mir in der Landesregierung zurückgezogen worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Klubobmann, wenn Sie das Protokoll lesen, dann ergibt sich die Frage: Wenn sowohl SPÖ als auch ÖVP sagen, wenn ich die Aktion zur Abstimmung bringe, dann werden sie ablehnen (*Abg. Dr. Hofer: Das stimmt ja!*) und es wird diese Idee in Kärnten nimmer wieder geben, wenn ich aber zurückstelle und sage, ich ziehe den Antrag zurück, dann wird es diese Aktion im Herbst geben, denn dazu haben sich sowohl ÖVP als auch SPÖ bekannt, dann muß ich sagen, ist es für mich eine Frage der politischen Klugheit, Herr Klubobmann, daß man zurückzieht. (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Hofer.*) Daß aber diese Aktion ein riesiger Erfolg gewesen wäre und daß sie nachweisbar seit November 1994 tatsächlich vorbereitet worden ist, zeigt auch der Erfolg, den Bad Kleinkirchheim mit der Unterstützung des Tourismusreferenten einfahren konnte. Wir haben in Bad Kleinkirchheim seit 11. März dieses Jahres Steigerungen der Nächtigungen von 9 % (*Abg. Koncilia: Aber nicht alle!*) und Steigerungen in den Ankünften im Durchschnitt von 43 % plus, Herr Kollege Koncilia. Dem gegenüber steht der Durchschnitt Kärntens außer Kleinkirchheim mit einem Rückgang bei den Nächtigungen von 15 %. Führen Sie sich selbst vor Augen, 9 % plus auf der einen Seite und 15 % minus auf der anderen Seite, das ist eine Differenz von ungefähr 24 %. Das sind 24 %, die durch die politische Ablehnung gewisser Fraktionen verursacht wurden und die auch diese zu verantworten haben. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Es wurde heute auch die Regionalisierung andiskutiert. Herr Abgeordneter Scheucher, unter Ihnen war die Regionalisierung auch eine Idee, die man voranzutreiben versucht hat, zu der es einen Regierungsbeschluß gegeben hat, wobei man gesagt hat, machen wir in Kärnten elf Regionen. Dann ist man draufgekommen, das ist doch nicht so das Richtige, machen wir in Kärnten 16 Regionen. Wir haben jetzt diese 16 Regionen in Kärnten, die tatsächlich noch immer nicht funktionieren. Warum? Weil an und für sich gescheite Ideen bei uns nicht umgesetzt werden, weil wir nichts tun, damit diese Ideen touristisch auch wirklich eine Entwicklung

zeitigen können, so daß wir in der Lage sind, dann zu sagen, wir bringen die Tourismusorganisation wieder so auf Vordermann, daß diese Grundvoraussetzung touristischen Agierens tatsächlich erfüllt wird und wir eine Konzentration der Mittel, mehr Effizienz im Mitteleinsatz zustande bringen und die Vision der einheitlichen Vermarktung dieses Landes auch tatsächlich einmal erfüllen können. Matthias Reichhold hat ein Konzept von Edinger und Zolles, zwei Tourismusberatern, entwickeln lassen. Wir haben dieses Konzept gemeinsam mit der Kärntner Tourismusgesellschaft weiterentwickelt und auch die Abstimmung gesucht, z. B. mit dem Runden Tisch und z. B. mit dem Aufsichtsrat der Kärntner Tourismusgesellschaft, damit man dieses Konzept auch durchsetzen kann. Ich glaube, es ist ein gutes Konzept, das endlich einmal nicht von einer Zwangsmaßnahme und von gesetzlicher Bevormundung, wie das manche in diesem Lande so gerne tun würden, ausgeht, sondern bei dem man freiwillig versucht, diese Regionalisierung voranzutreiben, bei der man aber endlich auch bereit ist, Unterstützung in Form von finanziellen Mitteln, einer Basisausstattung für diese Regionen zu gewähren, z. B., wie es in diesem Antrag auch vorgeschlagen wird, 10 Millionen Schilling pro Jahr für alle diese Regionen gemeinsam als Grundausrüstung. Darüber hinaus haben wir schon die Voraussetzungen insofern geschaffen, als der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds im Februar beschlossen hat, neue Richtlinien, unter ihnen eine Kooperationsrichtlinie, zu erlassen, wodurch wir genau dieses gemeinsame Auftreten der Tourismuswirtschaft im Land auch mit Förderungsmitteln des Landes unterstützen können. Ich glaube daher, daß diese 10 Millionen Schilling, wie sie im Antrag heute vorliegen, endlich einmal etwas wären, das im Prinzip nicht viel Geld kostet, wodurch wir aber die Tourismusorganisation im Land auf neue Beine stellen könnten und endlich auch die Koordination zwischen Gemeinden, Regionen und dem Land so regeln könnten, daß die Tourismusorganisation effizient und konzentriert zu wirtschaften in der Lage ist.

Zum Abschluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Tourismusreferenten des Landes: Auch das ist ein Zeugnis parteipolitischer Agita-

Mag. Grasser

tion und Vorgangsweise, wie hier gehandelt wird. Ich weiß schon, daß es angenehm ist, wenn man einen Tourismusreferenten im Land hat, der zwar diese Bezeichnung trägt, der Tourismusreferent heißt, der aber in Wirklichkeit kein Budget hat. Wir haben ungefähr 800.000 Schilling im Jahr und sind damit ärmer als jeder Bürgermeister, Herr Abgeordneter Koschitz. Wir haben 800.000 Schilling im Budget für den Tourismusreferenten und keine Kompetenzen, was die wichtigen touristischen Organisationen dieses Landes betrifft. Ich frage Sie, ist es sinnvoll, wenn die Eigentümerversammlung in der Kärntner Tourismusgesellschaft nicht der Tourismusreferent, sondern der Landeshauptmann als Finanzreferent wahrnimmt? Ist es sinnvoll, daß der Aufsichtsratsvorsitzende der Kärntner Tourismusgesellschaft nicht der Tourismusreferent, wie in Salzburg, sondern der Herr Melcher von der Wirtschaftskammer ist, die zwar 30 % Anteile hält, aber keinen Schilling zum Budget dieser Kärntner Tourismusgesellschaft beiträgt, wie ebenfalls auch die Arbeiterkammer keinen Schilling beiträgt, aber auch im Aufsichtsrat als großer Experte des Tourismus drinsitzen muß? (Abg. Hinterleitner: *Aber die Unternehmer bringen etwas!*) Ist es sinnvoll, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn sich das Land eine Beteiligung am Kärntner Landesreisebüro von mehr als 50 % leistet, die Eigentümerversammlung in dieser Gesellschaft des Landes aber nicht der Tourismusreferent, sondern der Landeshauptmann wahrnimmt? (Abg. Krenn: *Wo ist er denn?*) Dadurch sind wir in einer Situation, daß das eigene Landesreisebüro zwar die Kärntner ins Ausland, aber sehr, sehr wenige Ausländer und Gäste und Touristen ins Land bringt. Wir haben ein Verhältnis von ungefähr 20 % an Incoming und 80 % an Outgoing. Brauchen wir ein Landesreisebüro, an dem wir mehrheitlich beteiligt sind, das vor allem Kärntner ins Ausland bringt, meine sehr geehrten Damen und Herren? Wäre es nicht sinnvoll, auch die Synergien in diesem Bereich zwischen Kärntner Landesreisebüro und Kärntner Tourismusgesellschaft einmal anzusprechen und auszunutzen? Wäre es nicht sinnvoll, wenn man auch den Flughafen, bei dem übrigens auch der Landeshauptmann und

Finanzreferent die Eigentümerversammlung wahrnimmt, einbeziehen würde? Wäre es nicht sinnvoll, wenn man ein Dreierpaket auf den Tisch legen und sagen würde, diese Synergien sind im Sinne des Tourismus auch für die Tourismuswirtschaft auszunutzen?

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, wurde ein Antrag eingebracht, damit der Tourismusreferent endlich auch diese wichtigen Kompetenzen für das Land wahrnehmen kann. Nicht, weil er mehr Kompetenzen haben will, sondern weil es eine einzig sinnvolle und logische Vorgangsweise für den Tourismus und das Land tatsächlich wäre.

Worum ich Sie wirklich ersuchen möchte, Hoher Landtag, das dachte ich mir eigentlich heute vor dieser Sitzung, daß man in diesem Hause von allen Seiten einmal in der Lage ist, die Parteipolitik zurückzustellen, einmal die Gemeinsamkeit, die Konstruktivität (Abg. Dr. Ambrozy: *Das ist ja heuchlerisch!* - Abg. Dr. Hofer: *Pharisäer!* - *Lärm im Hause.* - Vors. 3. Präs. Dkfm. Scheucher: *Am Wort ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser!*) und die Sache in den Vordergrund zu stellen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn uns heute hier die Tourismuswirtschaft, die Tourismustreibenden, die Unternehmer, die Arbeitnehmer, die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit hätte folgen können, zuhören hätte können, wenn sie nicht den Wettbewerb der Ideen und der Konzepte verfolgen hätte können sondern größtenteils inhaltlose Polemik, parteipolitische Anschüttungen, (Abg. Koncilia: *Das ist eine Sauerei, so etwas!* - *Lärm im Hause.*) die hier erfolgen, muß ich ehrlich sagen, sehe ich hier ganz einfach einen großen Nachholbedarf, den wir alle gemeinsam gehen sollten im Sinne von mehr Kooperation, im Sinne von mehr Gemeinsamkeit, damit wir auch wieder einmal positives Denken in die Tourismuswirtschaft hinein bringen, damit wir eine Aufbruchstimmung für den Tourismus und für dieses gesamte Land in ihrer Wirtschaftspolitik zustande bringen. (Anhaltender Beifall von der F-Fraktion.)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Alleine die Tatsache, daß die Freiheitliche Fraktion so lange klatschen muß, beweist schon, wie schwach und eigentlich inkompetent die Wortmeldung war. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Jetzt geht er, ganz klar. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie sind Ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Sie reden von Zusammenarbeit und verlassen den Raum. Ist das ein Skandal oder nicht? *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Nehmen Sie wieder Platz und hören Sie einmal zu! *(2.Präs.DI. Freunschlag: Wo ist der Landeshauptmann?)* Es geht um den Sonderlandtag, von den Freiheitlichen initiiert und der Herr Referent für Tourismus spaziert locker plaudernd aus dem Saal. Es interessiert ihn offenbar nicht, er hat kein Interesse an sachpolitischen Lösungen. *(Abg. Steinkellner: Er steht doch da! Wer nicht da ist, ist der Landeshauptmann!)* Großartig, machen Sie nur so weiter, Sie werden es länger bleiben als der Herr Freunschlag Tourismusreferent, aber diese paar Monate sind nicht zum Vorteil des Landes, sondern vielleicht zum Schaden. *(2. Präs. DI. Freunschlag: Zur Sache!)* Das größte überhaupt, Sie stellen sich hierher und haben die Stirn zu sagen, daß heute eine Show veranstaltet wird. Das stimmt, meine Damen und Herren. Nur, wer hat uns das eingebrockt? Das hat Ihre Fraktion gemacht, das war der Sinn der Sache, daß Sie hier und nicht im Ausschuß, der einzige Zweck war offenbar der, daß der Herr Abgeordnete Mitterer wach geworden ist. Hätte nicht die Freiheitliche Partei endlich eine Initiative in Sachen Tourismus gesetzt, würde Herr Mitterer heute noch nicht wissen, daß er Obmann des Tourismusausschusses ist. So ist es, nämlich meine Damen und Herren. Wenn der Herr Grasser mir nicht bald zuhören wird, glaube ich, kann man von der Gesamtzusammenarbeit in Sachen Tourismus gar nicht länger sprechen. Sie machen alles, was Sie hier gesagt haben, zunichte, jeden Ansatz und jeden Versuch, die Tourismuspolitik als gemeinsame Sache zu deklarieren. Setzen Sie sich bitte her und hören Sie ganz bewußt zu.

Der Stellenwert des Tourismus, als ob Sie den als einziger erkannt hätten, im Lande Kärnten. Die Freiheitliche Fraktion war es, die mit der Gesamtablehnung des Landesbudgets 1995 auch

jene 70 Millionen Schilling abgelehnt hat, die heute der KTG zugute kommen. Erinnern Sie sich bitte einmal daran und nehmen Sie sich dabei einmal an der Nase. 70 Millionen Schilling haben Sie abgelehnt und heute kommen Sie herein und sagen, 20 Millionen müssen es mehr sein. Interessant auch, daß die Freiheitliche Fraktion jetzt offenbar der Retter der KTG ist. Ich kann mich an Zeiten erinnern, wo sich ein freiheitlicher Tourismussprecher, Martin Strutz, seine Politkarriere im Landtag dadurch gesichert hat, daß er für Dr. Haider im Auftrag dessen die KTG heftig kritisiert und zum vorzeitigen Ausscheiden des damaligen Direktors Ellensohn beigetragen hat. Das war die Strategie damals, wo man nicht den Tourismusreferenten stellen konnte, die KTG schlecht zu machen und alles, was von dieser Seite gekommen ist, apriori als negativ zu beurteilen. Heute reden Sie vom großen Stellenwert, also da ist wirklich wieder einmal die Situation mit Ihnen durchgegangen.

Politisch, das können Sie heute schon feststellen miteinander und einige Ihrer Kollegen seitens der F waren offen und haben es signalisiert, auch schon da und dort, politisch ist die heutige Veranstaltung ein blamabler und peinlicher Selbstschuß. Es ist in Wahrheit ein Bumerang, es ist eine Offenlegung der Versäumnisse und der Inkompetenz derer, die von freiheitlicher Seite für den Tourismus Verantwortung tragen. Über die Rolle des Ausschußobmannes Mitterer wurde schon gesprochen, er hat auch vorzeitig den Saal verlassen und ist nicht mehr da. Vielleicht lädt er gerade den Ausschuß ein, wäre höchste Zeit, und daß auch in Sachen Konzept der Landesregierung, der Landeshauptmann-Stellvertreter weilt offenbar in der Cafeteria, nichts weiter geht. Er hat einen gescheiterten Satz gesagt, das ist richtig, Konzepte sind zu wenig. Wir warten seit Monaten auf deren Umsetzung, das ist bis heute nicht passiert. Ich glaube, man kann sagen und das jetzt schon zu recht, dieser Sonderlandtag, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, ist ein absoluter Bumerang und ist das, was unser Klubobmann bereits gesagt hat, ein Mißtrauensantrag an den eigenen Referenten, weil sie ihm nicht zutrauen, daß er die Probleme in diesem Zusammenhang löst. Geld alleine, meine Damen und Herren, ist kein Programm und ersetzt auch kein Programm, hier

Dr. Wutte

zu sagen, 20 Millionen hier, 10 Millionen dort. Wenn man zusammenrechnet, was Ihnen an Forderungen eingefallen ist, kommt man auf über eine Milliarde. Es ist wunderbar, Sie sprechen von der Tourismusmilliarde, dies hat unsere Unterstützung. Nur, woher nehmen? Ich mache daher einen interessanten Vorschlag, meine Damen und Herren der Freiheitlichen Partei. Gehen wir zurück auf jene Initiative, die wir gemeinsam im Landtag gesetzt haben, nämlich den Verkauf von 17 Prozent der Kelaganteile des Landes Kärnten. Es liegt ein aufrechtes Angebot vor seitens des Verbundes, um eine Milliarde Schilling diese Anteile zu kaufen. Kärnten verliert keinen Einfluß, strategisch bleibt es weiterhin in Kärntner Hand, aber eine Milliarde steht zur Verfügung. Genau das, was notwendig wäre, um die Wirtschaft im Lande anzukurbeln und für den Tourismus das Geld aufzubringen, das Sie hier lautstark fördern. Das wäre einmal ein bemerkenswerter Schritt, daß Sie sozusagen Ihre eigene Abkehr wiederholen und wieder rückgängig machen, indem Sie wieder die ursprüngliche Linie einschlagen. Das ist beim Zickzackkurs ganz gut, weil man immer irgendwo wieder auf die richtige Spur kommt, die man vielleicht vor Monaten oder Jahren eingeschlagen hat.

Mein Ersuchen daher, gehen wir diesen Schritt auch gemeinsam, legen Sie Bekenntnis dazu ab, wie Sie es mit Ihren eigenen Anträgen und Forderungen halten, wo das Geld dazu herkommt. Denn nur zu sagen, Steuermittel sind eine Selbstverständlichkeit. Für uns ist der Einsatz und das Aufbringen von Steuermittel keine Selbstverständlichkeit. Das hat auch Dr. Ambrozy richtig gesagt. Es geht darum, klar zu machen, warum Steuermittel notwendig sind und wofür. Wir sind gerne bereit, auch die Mitverantwortung zu tragen für einen weiteren Steuermitteleinsatz, wenn wir wissen, daß sie in richtige Hände kommen. Nur derzeit schaut es nicht so aus, daß sie in der richtigen Hand sind, wenn es in Richtung Tourismusreferent Grasser geht. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion.)*

Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Eine Landtagssitzung, die von einem Fünftel der Damen und Herren Abgeordneten beantragt werden kann, hat den Sinn, bei Gefahr in Verzug, bei ganz wichtigen Dingen eine Landtagssitzung vom Präsidenten zu verlangen, der auf Grund der Geschäftsordnung diese Landtagssitzung innerhalb einer Woche einzuberufen hat. Es hat öffentlich bereits eine Diskussion auf parlamentarischer Ebene des Bundes gegeben, daß man Instrumentarien, wie Sondersitzungen, Dringlichkeitsanträge sehr verantwortungsbewußt, ohne daß man die Demokratie einschränken will, verwenden sollte. Denn, wenn sie zu oft eingesetzt werden, verlieren diese Instrumentarien ihre Wirkung. Ihre Wirkung dahingehend, daß es am Ende einer Sitzung unter Umständen doch zu Lösungen eines sehr schwierigen Problems des Tourismus in unserem Land kommen kann, daß es zu einer gemeinsamen Beschlußfassung oder einer gemeinsamen Erklärung des Landtages kommt. Es wird nichts nützen - ich war selbst Mitglied der Landesregierung -, man spielt es immer nur von einer Seite an, wenn man seitens des Tourismusreferenten keine Lösungen zeitgerecht vorbereitet. Zeit war genügend, die Zahlen sind nichts neues. Die Entwicklung im Tourismus auf Grund der Hartwährungspolitik, Gott sei Dank der Hartwährungspolitik, die wir haben und natürlich Probleme für den touristischen Bereich mitbringt, aber auf Grund der Entwicklungen der anderen Länder, wo es sehr starke Abwertungen gegeben hat, hat man lange gewußt, viele Monate. Es ist Aufgabe des Referenten in der Regierung, als ersten Schritt gemeinsame Initiativen und Lösungen herbeiführen zu wollen. Daß man natürlich auf Grund dessen, was man alles versäumt hat, eine Sondersitzung einberuft, damit man das schlechte Gewissen wegbekommt und damit vielleicht den anderen die Schuld geben kann für das, wofür man selbst verantwortlich ist, das ist nicht der richtige Weg.

Ich darf noch einmal unterstreichen, daß von Seiten der F es zur Ablehnung des Budgets im Tourismusbereich gekommen ist. Dieses Budget wurde abgelehnt und Sie können jetzt nicht jammern, daß zu wenig Mittel für den

Unterrieder

Tourismus vorhanden sind. Wenn es nach Ihnen ginge, sind keine Mittel für die Tourismuswirtschaft in unserem Lande vorhanden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Wenn man als Referent hier sehr locker steht und sagt, die Entschuldung muß in den Betrieben stattfinden, muß man sehr verantwortungsbewußt mit den Mitteln der Steuerzahler umgehen und fragen, wo entschulden wir überall, im Gewerbebereich, im Industriebereich, im Fremdenverkehrsbereich. Wenn man dann noch eine falsche Aussage hier tätigt und sagt, in Tirol wird eine Tourismusmilliarde zur Verfügung gestellt, ohne die Wahrheit zu sagen, Zinsstützungen für eine Tourismusmilliarde werden dort gewährt, dann ist das auch nicht die korrekte Form, mit der man im Landtag die Damen und Herren Abgeordneten in einer Diskussion zu Maßnahmen bringen will.

Wenn man das Schifahren, das aktuell war, vergleicht. Die Maßnahme in Kirchheim hat nichts mit der Maßnahme des Tourismusreferenten zu tun. Denn der Tourismusreferent wollte eine Woche gratis Schifahren in Kärnten. Der, der gerade die Möglichkeit gehabt hätte, hätte dieses gratis Schifahren beanspruchen können. Das, was in Kirchheim passiert ist, war ein Angebot der Tourismuswirtschaft, daß mit "all-inclusiv" mit den Preisen für die Nächtigung, Vollpension oder Halbpension das ganze Angebot der öffentlich durch Steuermittel sehr stark mitfinanzierten Infrastruktur, vom Lift bis zum Römerbad, mitbenützt werden kann.

Ich komme jetzt zu einem Punkt, den man nicht vergessen sollte, wenn man diese Fragen des Tourismus diskutiert, die uns sicher Sorgen bereiten. Das ist sicher unbestritten. Man sollte nicht vergessen, daß der Steuerzahler, der Hauptsteuerzahler ist immer noch der unselbständig Erwerbstätige, in seinem Mitverantwortungsbewußtsein und durch Beschlüsse auf Landes- und Bundesebene sehr stark mitzahlt bei der Veränderung der touristischen strukturellen Maßnahmen. Jede Diskussion um Erweiterung von Liften, jede Diskussion um Radwanderwege, jede Diskussion um Golfplätze, um Verbesserung der Struktur in den Gemeinden, jede Diskussion wenn es darum geht, Umweltmaßnahmen zu

finanzieren, von der Seenkanalisation bis hin zum Nationalpark, was heute wieder so stark diskutiert wird, all das sind Beiträge, die man schon aus dem Wissen heraus und daraus, daß wir eine positive touristische Entwicklung haben wollen, mittrage als Steuerzahler. Was braucht ein Betrieb? Ein Betrieb muß selbst in seinem Verantwortungsbewußtsein, das sage ich auch sehr unterstreichend, in einer guten Zeit die Bereitschaft gezeigt haben, Investitionen zu tätigen. Wenn ich den Sommertourismus z.B. mir betrachte, der in einigen Monaten stattfindet und der in der Regel manchmal dazu hergenommen wird, daß man im ganzen Jahr davon leben muß. Unter Umständen übersieht man dabei die Investitionen oder die Bereitschaft in der Hochkonjunktur des Sommertourismus.

Heute reden wir immer wieder von Qualität und nicht von Quantität, haben aber das Problem, daß wir in vielen Bereichen die Qualität nicht mehr zusammenbringen. Das ist nicht finanzierbar, weil die Betriebe verschuldet sind. Das wissen wir und brauchen niemanden, der uns das in einer Extrasitzung erklärt. Denn auch uns liegt der Tourismus sehr am Herzen, weil auch dort Beschäftigung stattfindet.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Mitterer, die Wartefrist bei der Arbeitslosenversicherung angesprochen haben, so möchte ich darüber nicht die Diskussion führen, weil ich nicht verantwortlich bin, ob Unternehmersgattinnen oder Beschäftigte die Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen. Meine Meinung in die Richtung ist: Wer die Voraussetzungen hat, das heißt eingezahlt hat und nicht arbeitet, soll diese Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen können.

Damit komme ich noch zu einem Punkt, den wir debattieren müssen, wenn es um die Förderungsmittel unseres Landes geht. Wir haben vor kurzem im Landesregierungsbereich über die Verteilung der Förderungsmittel aus dem KWF diskutiert. 60 % im Tourismus ist die Zahl, die damals genannt worden ist, und 40 % macht der gewerblich-industrielle Bereich aus. Wenn es um die Ganzjahresarbeitsplätze geht, ist die Diskussion in die Richtung zu führen, daß wir trachten müssen, daß man auch bei Siemens zusätzliche Maßnahmen setzen kann, um

Unterrieder

Ganzjahresarbeitsplätze zu erhalten. Das schließt aber Aktivitäten für den Tourismus in unserem Bundesland nicht aus. Nur, so einfach wie jetzt kann man sich das Ganze nicht machen! Wir tragen alle Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land. So geht es aber nicht: Zuerst tue ich nichts, zuerst mache ich keine Vorschläge - außer daß ich viele Anträge produziere. Darüber sollte man auch einmal reden! Der Antrag alleine kann daher das schlechte Gewissen nicht reinigen - wenn man vorher nichts weitergebracht hat. Jeder Referent hat in seinem Bereich entsprechend zu wirken! Mir (als Wohnbaureferent) hat damals auch keiner bei der Finanzierung der Maßnahmen geholfen und gefragt, wie ich das schaffen werde. Wir haben uns auch etwas einfallen lassen müssen: eine vorzeitige Rückzahlung der Wohnbauförderungsmittel. Und so gibt es einige Bereiche, die man hier aufzählen könnte.

Ich darf feststellen: Solidarität zum Tourismus, ja - aber vernünftige Maßnahmen! Die öffentliche Hand alleine wird nicht in der Lage sein, das alles abzudecken. Daher zurück an den Verhandlungstisch! Schon vorher wäre genügend Zeit gewesen, darüber zu verhandeln. Wir hätten heute keine Sitzung gebraucht, um auszureden, wie wir hier Maßnahmen setzen, die gemeinsam zu tragen und auch zu finanzieren sind.

Wir werden heute einen Antrag für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BIG Arnoldstein einbringen. Darüber wurde bislang kaum diskutiert. Es geht aber um einen Teil der Hauptsteuerzahler dieses Landes. Was werden wir dort tun? Wir werden, wie gesagt, einen Antrag einbringen, daß es auf jeden Fall zu einer Erweiterung der Metall-Stiftung kommt. Diese haben wir für die Bereiche KESTAG sowie für Hutter & Schrantz (auch kein staatlicher Betrieb) geschaffen. Wir müssen finanzielle Mittel einsetzen, damit diese 50 Leute in das Arbeitsleben rückgeführt werden können. Niemand anderer wird sich um die Lehrlinge in der BIG Arnoldstein kümmern, wenn wir es nicht zusammenbringen, sie in Krumpendorf fertiglernen zu lassen, damit sie ihre Berufsausbildung abschließen können und dann die

Chance haben, am Arbeitsmarkt in einem gemeinsamen Europa zu bestehen.

Daher sollte man nicht alles negativ diskutieren: vom Ankogel über Heiligenblut bis zur Gerlitzten (und vieles andere mehr) hat das Land mit dem Geld der Steuerzahler mitgewirkt, damit die Möglichkeiten für den Tourismus besser geworden sind. Wir haben im Land Probleme, aber Gott sei Dank nicht schlechte Einkommen. Aber im Tourismus sind die Einkommen nicht übertrieben rosig, damit ich das an diesem Rednerpult auch nicht verschweige. Ich muß Ihnen sagen: Wir sollten hier auch nicht alles über einen Kamm scheren! Die Hauptklagefälle von den 200 Millionen Schilling, die wir in Kärnten jährlich für die unselbständig Erwerbstätigen gerichtlich zu erkämpfen haben (ausstehende Lohnzahlungen), kommen aus dem touristischen Bereich. Wie in vielen anderen Bereichen gibt es auch dort schwarze Schafe, die unter Umständen die Gesetze nicht einhalten.

Zu den Saisoniers: Das kann man nicht so locker und ungefähr machen: Wenn ich einen Arbeitnehmer brauche, nehme ich ihn her, beschäftige ihn in meinem Betrieb zwei Monate lang und schicke ihn dann heim, wo er sich vielleicht bereithalten soll. Auch das spricht gegen die Beschäftigung einheimischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aus dem Grund sollte man auch das diskutieren!

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, daß der Forderungskatalog, der in Form dieses Dringlichkeitsantrages gemeinsam von der ÖVP und der Sozialdemokratischen Partei dieses Hauses eingebracht worden ist, im Gegensatz zu den Ausführungen des Referenten - welche ich als "heiße Luft" bezeichnen möchte - konkret ist. Er hat die Möglichkeit, all dies in dem geforderten Antrag hier vorzulegen. Was gedenkt er, zu tun? Der Ausschuß soll sich darum bemühen und beraten! Dann soll man Beschlüsse in diese Richtung fassen! In diesem Sinne werden wir auf jeden Fall für die touristische Wirtschaft nicht nur reden, sondern auch Hilfestellung leisten, wo das möglich ist. Wir gehen mit einer positiven Einstellung an den Tourismusbereich heran: für die Menschen, die dort arbeiten und auch für die Betriebe, die es manchmal ebenfalls nicht leicht haben. Ich glaube, das ist der weitaus bessere Weg, als

Unterrieder

"großartig" wieder Gräben aufzureißen. Ich erinnere an das Goldeck: Da ist es auch besser, wenn wir etwas Positives zusammenbringen! Es hilft der Region Seeboden-Millstätter See und Spittal, wenn wir dort auch im wintertouristischen Bereich Möglichkeiten realisieren können. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Vors. 3. Präs. Dkfm. Scheucher: Als nächster zu Wort gemeldet ist Zweiter Präsident Freunschlag!)

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte an die Ausführungen von Präsident Unterrieder anschließen, der sich sichtlich bemüht hat, seitens der Sozialdemokratischen Fraktion Sachlichkeit in die Diskussion zu bringen und die Situation in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Denn wir sollten nicht immer nur Teile besprechen, sondern das Ganze im Auge haben. *(Den Vorsitz übernimmt um 14.21 Uhr wieder Erster Präsident Unterrieder.)* Aber eines, Herr Präsident, möchte ich schon feststellen: Man kann nicht auf der einen Seite sagen, daß der Referent lange nichts tut - aber wenn er dann etwas bringt, nein dazu sagt. Das geht auch nicht! *(Lärm im Hause)* Wir müssen auch anerkennen, daß der Referent (als junger Referent, als ein vielleicht auch idealistisch gesinnter Referent) nachgedacht hat, zu einem Ergebnis gekommen ist und die Fraktion der Freiheitlichen im Landtag ersucht hat, hier dieses Problem zur Diskussion zu stellen. Man sollte nicht von Haus aus das alles abtun und sagen, das sei alles nur eine parteipolitische Aktion. *(Lärm im Hause.)*

Wir werden uns genauso, Herr Präsident, nicht nur alleine mit den Fragen der touristischen Wirtschaft auseinandersetzen, sondern uns auch mit den Fragen der Zukunft der BIG auseinandersetzen. Sie wissen ganz genau, daß wir in den letzten Jahren immer auch für Lösungen in diesen Bereichen unseren Beitrag geleistet und in der Regierung alle Probleme einstimmig zur Beschlußfassung geführt haben. Wenn heute jemand zum Rednerpult herauskommt, wie Klubobmann Hofer, und unsere Bemühung, eine Entschuldungsaktion für innovative Betriebe einzurichten, um ihnen die Zukunft zu sichern, mit der Nazizeit in

Verbindung bringt, dann muß ich sagen, Herr Klubobmann Hofer: Das ist das Letzte, was hier ein Abgeordneter ans Tageslicht bringen kann. Denn wir haben in der Vergangenheit viele, viele Entschuldungsaktionen in der Regierung durchgeführt, mit vielen Millionen Schilling. Wir haben nicht parteipolitisch argumentiert, sondern dies im Sinne der Unternehmer getan. Es haben viele Unternehmer, die auch Ihrer Fraktion angehören, Entschuldungen erhalten. Wenn wir das für die Tourismuswirtschaft unter gewissen Spielregeln vereinbaren, so glaube ich, ist das eine gute Angelegenheit. Wir holen sie aus der Zufälligkeit heraus und wollen sie auch allen zur Verfügung stellen.

Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Klubobmann Ambrozy, daß die Freiheitlichen in der Vergangenheit - wenn es um vernünftige Maßnahmen gegangen ist! - immer dabei waren und nie nein gesagt haben. Sie werden uns immer als konstruktive Partner kennen gelernt haben: sei es auch, als es darum gegangen ist, die Umweltmaßnahmen einzuleiten. Ich verweise weiters auf die gemeinsame Aktion mit Landesrat Schiller in Arnoldstein. Wir haben in der Familienpolitik - im Gegensatz zu den Behauptungen des Herrn Klubobmannes Ambrozy - positive Akzente gesetzt und bei den familienpolitischen Maßnahmen mitgewirkt. Wir waren mit dabei und die Initiatoren, bitte, als es darum ging, ein Winterkonzept auf die Füße zu stellen und auch das Sommerkonzept, *(Abg. Sablatnig: Verantwortung zu übernehmen, heißt nicht nur, zu reden. Reden alleine ist zu wenig!)* Kollege Sablatnig, für den Tourismus. Da waren wir dabei und haben es sogar initiiert. Wir lassen uns nicht ständig den Vorwurf in die Schuhe schieben, wir seien die Zerstörer dieses Landes, die Neinsager dieses Landes und uns als Ausgesetzte in diesem Lande behandeln. Das werden wir uns nicht länger bieten lassen, meine Damen und Herren! *(Beifall von der F-Fraktion)* Denn wir bekennen uns zur Meinungsfreiheit. Wir anerkennen Ihre Meinungen; wir diskutieren sie. Aber wir vernichten nicht den, der eine andere Meinung hat. Wir bekennen uns zur demokratischen Meinungsvielfalt. Und das sollte uns etwas wert sein - auch bei der Diskussion eines solchen Sachthemas!

Dipl.-Ing. Freunschlag

Meine Damen und Herren! Wir waren dabei, als es galt, die Kärntner Bergbahnen zu privatisieren. Unser Antrag im Jahre 1987 war der Anstoßpunkt, daß wir dieses marode Staatsunternehmen Zug um Zug in eine bessere Zukunft führen konnten - wengleich es auch da noch gewaltige Stolpersteine gibt, um das zu Ende zu bringen. Wir waren auch immer dabei, wenn es darum ging, große Kulturveranstaltungen in Kärnten zu organisieren und haben unseren Beitrag dazu geleistet. Ich verweise, daß im Zusammenhang mit der Landesausstellung in Hüttenberg sehr wohl freiheitliche Referenten maßgeblich mitgewirkt haben. Die gesamten Hochbaumaßnahmen, mit über 100 Millionen Schilling, wurden - obwohl wir große, große Schwierigkeiten gehabt haben - termingerecht abgewickelt, weil wir sie als vernünftig anerkannt haben. Die gesamten Straßenbaumaßnahmen wurden durchgeführt. Meine Damen und Herren! Das ist der Beitrag freiheitlicher Regierungsmitglieder. Ich möchte dies hier einmal dokumentieren und daß dies auch einmal anerkannt wird - so wie wir auch nicht anstehen anzuerkennen, daß auch andere Referenten selbstverständlich ihren Anteil bei der Durchsetzung und Finalisierung solcher Maßnahmen haben.

Lassen Sie mich auf den Tourismus zurückkommen! Ich habe mit vielen Touristikern in der letzten Zeit gesprochen: vom Klopeiner See, vom Wörther See und aus dem Bereich Hermagor. Die Situation ist viel kritischer, als wir es glauben. Es wird heuer das erstmal eine Hochsaison in Kärnten geben, in der wir die Betten nicht ausgelastet und verkauft haben werden, meine Damen und Herren! (3. Präs. Dkfm. Scheucher: *Jetzt ist es zu spät dafür!*) Aber das sollte uns in die Lage versetzen, auch an das nächste Jahr zu denken, Kollege Präsident Scheucher. Einmal muß man anfangen! Wir haben immer gemeint, das sei nur eine konjunkturelle Talfahrt, die sich wieder erholt. Ich bin aber nicht der Meinung, daß wir uns im Jahr 1996 rasch erholen werden. Ich meine - das ist bitter! -, daß die internationale Situation im Tourismus einfach eine komplett neue für uns ist; daß der Massentourismus (ich sage, der Heuschreckentourismus) an uns vorüberfliegt, in die ganze Welt hinaus; daß wir

Leidtragende einer unverantwortlichen Energiepolitik in dieser Welt sind. Mit Billigbenzin lassen wir die Flugzeuge bis ans Ende der Welt fliegen und zerstören unsere Landschaft. Und wir bemühen uns hier in Kärnten, mit Milliarden unsere Natur und unsere Umwelt zu retten und werden nicht belohnt. Diese internationale Situation wird es uns in den nächsten Jahren sehr, sehr schwer machen.

Meine Damen und Herren! Wir steuern auf eine Strukturkrise, auf eine Strukturbereinigung im Tourismus hin. Die Zeiten des Massentourismus und der Zuwächse bei den Nächtigungen sind vorbei. Leider! Wir werden mit viel weniger Nächtigungen mehr erlösen müssen. Und wir werden das Antlitz unseres Landes betrachten müssen, nämlich nicht aus der Sicht des Fischers (aus unserer Sicht), sondern aus der Sicht des Gastes (des Fisches). Denn der Köder muß dem Fisch schmecken - nicht dem Fischer. Wir haben immer gemeint: Das, was uns gefällt, gefällt auch dem Gast. Schauen Sie einmal: Wenn ein Gast nach Kärnten kommt, wo sieht er hier die Natur? Sieht er sie noch unberührt? In Velden, in Pörschach, am Ossiacher See: eine Zersiedelung sondergleichen! Lärm, Verkehr, Autos, Eisenbahnen - alles fährt. Findet er hier diese Entspannung, die er für wenige Stunden sucht? Auch wenn es für ihn nur eine Illusion ist. Wir sind aufgerufen, nachzudenken, welches Antlitz unseres Landes wir dem Gast bieten, damit es ihm gefällt. Hier ist meines Erachtens nicht nur der Tourismusreferent gefordert, sondern wir haben eine ganze Reihe von Referenten. Die gesamte Landesregierung ist aufgefordert, nachzudenken (jeder auf seinem Platze) und etwas zu tun. Ich verstehe einfach nicht, was daran schlecht sein soll, wenn hier ein junger Referent aufsteht und auffordert: "Tun wir doch etwas!" Ich habe ihm gesagt: "Du wirst sehen, du wirst so eine auf die Birne kriegen, weil die anderen noch nicht weiterdenken; weil sie neidig sind!" (Abg. Dr. Hofer: *Worauf denn? Auf die drei oder vier Anträge vielleicht, die er gestellt hat?!*) Paß auf! Herr Kollege Hofer! Moment, Moment! Das ist ja schon wieder eine Überreaktion. Altintendant Gerd Bacher hat etwas gesagt. Es geht bei Ihnen, Kollege Ambrozy oder Kollege Hofer, schon längst nicht mehr um Sachlichkeit.

Dipl.-Ing. Freunschlag

Gerd Bacher schreibt am 9. Mai 1995 einen erstaunlichen Beitrag in der Presse, den Sie sicher gelesen haben und der Sie nachdenklich stimmen sollte. Er schreibt: "Es kommt nicht mehr auf den Sachverhalt an", und das ist genau auch der Tenor dieser Sitzung, "sondern darauf, ob Haider, sprich die F, die Freiheitlichen, dafür oder dagegen sind. (Abg. Dr. Hofer: *Weißt Du nicht, daß der Haider nicht der Referent ist?*) Alle Parteien mit Ausnahme der Grünen fürchten Haider und die Freiheitlichen." Das ist der Tenor und darunter leidet unser Land und unsere Republik, (Zwischenruf des Abg. Koncilia. - *Beifall von der F-Fraktion.*) weil Sie, meine Damen und Herren, das Wesen der Demokratie verkennen, weil Sie in Abwägung der besseren Argumente nicht mehr in der Lage und Willens sind, miteinander zu reden, weil Sie alles, was eine große freiheitliche Gruppe, die immer mehr Wählervertrauen gewonnen hat, auch in dieses tägliche Gespräch mit einbringt, nur mehr verteufeln, ausgrenzen und schlecht machen. Da sind wir alle gefordert. Es gibt in allen Fraktionen Leute und Kollegen, die sehr bereit sind, Gespräche zu führen. Ich nenne sie nicht, denn sonst sind sie ja in Ihren Gruppen schon wieder diffamiert. Es gibt sie. Ich schaue Sie auch nicht an, ich schaue hier hinein, damit sie ja nicht in Verdacht kommen. Ja, so weit sind wir heute! - Jemand, der heute mit einem Freiheitlichen ein Gespräch führt, wird schon untersucht, ob er überhaupt noch in die Linie paßt. (Zwischenrufe der Abg. Dr. Hofer und Mag. Trunk.) Meine Damen und Herren, das ist ein gefährlicher Zustand, den wir erreicht haben, das ist die Hysterie von Rot und Schwarz in dieser Republik, (Zwischenruf des Abg. Ing. Rohr.) meine Damen und Herren. Das, was heute hier abläuft, hat ja System, und wir leiden alle darunter. (Weitere lebhaftere Zwischenrufe von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion. - *Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Ich rufe alle Kräfte auf und möchte auch meinen Beitrag leisten. (Zwischenruf des Abg. Dr. Hofer.) Ich habe die Finger in die Wunde gelegt, Herr Klubobmann. (Abg. Dr. Hofer: *Das ist ja nicht wahr!*) Ihre Erregung zeigt mir, daß es Ihnen weh tut. Ich habe den Punkt erwischt, daß es Ihnen weh tut. (Abg. Dr. Hofer: *Gott sei Dank können wir miteinander noch reden!*) Ich möchte meinen Beitrag leisten, und auch einer

sein, der gesprächsfähig ist. Setzen wir uns zusammen, wischen wir nichts hinweg. (3. Präs. Dkfm. Scheucher: *Du verhinderst ja alles! Das schadet uns!*) Ich verhindere nichts! (Weitere Zwischenrufe von 3. Präs. Dkfm. Scheucher und Abg. Dr. Hofer.) Präsident Scheucher, regen Sie sich bitte nicht auf. Denn wir lassen es uns nicht länger gefallen, daß wir hier von diesem Pult von den Klubobmännern ständig beschimpft werden und daß unsere Abgeordneten ständig als die Miesmacher dargestellt werden. (Beifall von der F-Fraktion.) Das lassen wir uns nicht gefallen! (Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen und sagt: *Die Klubobmänner sind genauso wie die Ersten, Zweiten und Dritten Präsidenten Mitglieder dieses Landtages. Das hat nichts mit Beschimpfung zu tun. Es gibt eine Geschäftsordnung und Ordnungsbestimmungen und infolgedessen hat es keine Beschimpfungen gegeben. Jeder hat seinen Standpunkt.* - Zwischenruf des Abg. Dr. Hofer.) Ich nehme das zurück, aber ich sage, Unterstellungen, Verdächtigungen und Herabwürdigungen. Lesen Sie die Protokolle des letzten Jahres in diesem Landtag, was haben wir alles im Interesse dieses Landes hinuntergeschluckt, was haben wir alles nicht beantwortet. Einmal, muß ich Ihnen sagen, ist Schluß! (Zwischenrufe des Abg. Dr. Hofer.) Nein, Klubobmann Hofer, so geht es nicht weiter, denn wir lassen uns nicht ständig als jene hinstellen, die die Dummen sind. Auch wir haben Beiträge für dieses Land zu bieten. Dieser heutige Landtag zeigt, daß Sie noch nicht so weit sind, um anzuerkennen, daß die Freiheitlichen hier auch positiv ans Werk gehen. Sie glauben, wir wollen nur zerstören. (Abg. Dr. Hofer: *In Teilbereichen ist das ja richtig!*) Es wird sich auch in der nächsten Zeit bewahrheiten, daß wir positiv sind.

Wir sollen ein Gesamtkonzept für den Tourismus erarbeiten, wir sollen nicht das Federl am Hut beobachten, sondern wir sollen das Ergebnis beobachten, das wir zustandebringen. Heute haben mehrere Redner der Sozialdemokraten, aber auch besonders der Volkspartei eigentlich die Sache bestätigt. Ich verstehe gar nicht die Aufregung. In der Sache haben wir durchwegs eine positive Analyse gehört. Das heißt also, Sie erkennen an, daß diese Sache lösungsbedürftig ist, daß rasch Lösungen herbeigeführt werden müssen. Meine

Dipl.-Ing. Freunschlag

Damen und Herren, hier geht es nicht darum, eine Person, den Referenten, schlecht zu machen, nein, um das geht es nicht, sondern es geht (3. Präs. Dkfm. Scheucher: *Aber ihn aufzufordern!*) - es geht nicht um einen Politiker, auch nicht um zwei oder drei - um die Zukunftssicherung jener Tourismusbetriebe, die noch Hoffnung in sich tragen. Wieviele haben denn noch Hoffnung, daß es besser wird? Es werden jeden Tag weniger. Diese Debatte hat vielen Hoffnung geraubt. (*Zwischenruf des Abg. Hinterleitner.*)

Wir sind im fairen demokratischen Wettstreit angetreten, um unsere Meinungen zu positionieren. Das ist Parlamentarismus, das müssen wir auch ertragen können. Wir sollen nicht verdächtigen, sondern Meinungen einbringen. Ich glaube, daß es noch nicht aller Tage Abend ist und wir noch in der Lage sind, einen Schritt oder mehrere Schritte vorwärts zu kommen. Die zehn Anträge der Freiheitlichen sind die wichtigsten Schwerpunkte des Konzeptes. Ich bin überzeugt, daß der Referent in drei Wochen dieses Konzept zusammen hat, um es uns vorzulegen, weil es ja schon existiert. (3. Präs. Dkfm. Scheucher: *Hoffentlich!*) Die zehn Anträge, die die Freiheitlichen heute gebracht haben, sind Schwerpunktanträge. (Abg. Dr. Hofer: *Er hätte damit schon längst in die Regierung gehen können!*) Ich meine, Kollege Hofer, alle Anträge sind diskutabel (Abg. Dr. Hofer: *Er hätte alles machen können!*) und entsprechen auch Ihrer Klientel. Sie werden sich schwer tun, das eine oder andere abzulehnen.

Ich möchte sagen, wir werden auch dem Forderungskatalog von SPÖ und ÖVP zustimmen, und zwar den Punkten 1 und 2. Dem Punkt 3 werden wir nicht zustimmen, der da lautet: "Innerhalb von acht Tagen beim Ausschuß für Tourismus die seit dem 24. 11. 1994 ausstehenden Unterlagen für eine Neuregelung der Preisgestaltung im Kärntner Wintersportbereich vorzulegen." Das ist staatliche Planwirtschaft eines Systems, das untergegangen ist. (*Beifall von der F-Fraktion. - Abg. Dr. Hofer: Das hat ja der Ausschuß gemeinsam beschlossen! - Abg. Mitterer: Aber etwas anders haben wir beschlossen!*) Er wird nicht vorlegen, wie die Preise sein sollen. Der Antrag war ein ganz anderer. (*Zwischenrufe von der ÖVP-Fraktion. - Der Vorsitzende gibt das*

Glockenzeichen und sagt: Am Wort ist der Herr Präsident!) Es sollte erhoben werden, welche Preisgestaltungen in den einzelnen Wintersportgebieten vorhanden sind, es wurde aber nicht verlangt, eine Neuregelung der Preisgestaltung vorzulegen. (Abg. Mitterer: *Das ist es genau!*) Dafür gewinnen Sie mich nicht, denn Gott sei Dank sind wir nicht dort, daß der Staat vorschreibt, was jemand verlangen muß oder darf. Das ist Planwirtschaft eines untergegangenen Systems. Wir sind schon wieder am Wege, uns dorthin zu bewegen. (*Lebhafte Zwischenrufe der Abg. Mag. Trunk.*) Fühlen Sie sich bei dem untergegangenen System betroffen, Frau Kollegin Trunk? (*Weitere Zwischenrufe der Abg. Mag. Trunk.*) Warum regen Sie sich dann auf? (Vors. 1. Präs. Unterrieder: *Am Wort ist der Herr Präsident Freunschlag! Ich bitte, vielleicht könnten wir wieder zur Sache im Detail etwas zurückkehren!*) Ich komme schon zum Punkt 4, Herr Präsident. Ich habe gesagt, daß wir den Punkt 3 nicht mittragen können und Verständnis finden wollen. Ich glaube, das ist ein Punkt, der nicht sehr glücklich ist. Vielleicht können wir ihn überdenken.

Dem Punkt 4 werden wir auch nicht zustimmen können, denn ich meine, so einfach kann man sich das nicht machen, in einer freien Demokratie heute Maßregelungen auszusprechen und die freie Meinungsäußerung einzuschränken. So weit sind wir nicht. Wenn Sie, Kollege Hofer, gehört haben, was der junge Referent Karl-Heinz Grasser anläßlich der Regierungsfestsitzung gesagt hat, so haben auch Sie dem nichts mehr hinzufügen können. (Abg. Dr. Hofer: *Wohl!*) Das war ein ganz eindeutiges Bekenntnis. (Abg. Dr. Hofer: *Das ist heute sowieso noch auf der Tagesordnung! Herr Kollege, darüber reden wir noch!*) Wir lassen uns nicht von einer Medienlandschaft treiben, die heute durch Halbwahrheit die Verfolgung eines jungen engagierten Politikers vornimmt. (Abg. Dr. Hofer: *Darüber reden wir heute noch!*) Deswegen werden wir dem Punkt 4 auch nicht zustimmen.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich sagen: Vielleicht war ich dann und wann ein bißchen emotionell, das ist meine Art. Man kann aber gleich wieder eine Atmosphäre aufbauen, die eine Verständigungsmöglichkeit

Dipl.-Ing. Freunschlag

bietet. Was wir nicht wollen, ist, daß der Kärntner Tourismus ein Konsumschicksal erlebt: Überhebliche Funktionäre, die wissen, daß sie etwas tun müssen, tun so, als ob nichts zu tun wäre. Da sind wir alle gewarnt. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Tun wir etwas, schnell und gemeinsam! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem ich einige Zeit Tourismusreferent in diesem Lande gewesen bin, erlauben Sie mir aus dieser Sicht einige wenige Bemerkungen und einige wenige Sätze. Da möchte ich dem Zweiten Präsidenten Freunschlag folgendes sagen: Das hat nichts mit Ausgrenzung und Aussätzigen zu tun, ich habe dich so verstanden. Du hast heute eine Wehleidigkeit an den Tag gelegt, die durchaus nicht angebracht war. Und das hat schon gar nichts - und darauf lege ich wirklich Wert - mit Neid zu tun. Denn ich wünsche mir, und glaube mir das, Erfolg für dieses Land, daß alle, wo sie auch arbeiten, für dieses Land erfolgreich arbeiten, und zwar jeder auf seinem Platz. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Lieber Präsident Freunschlag, zumindest Teile deiner Wortmeldung heute waren dem Kärntner Tourismus alles eher als zuträglich.

Meine Damen und Herren, ich möchte jedenfalls festhalten: Als ich Fremdenverkehrsreferent gewesen bin, habe ich keinen Auftrag des Landtages gebraucht, um initiativ zu werden. Ich habe auch keinen Auftrag gebraucht, der die Regierung auffordert, der man, und das ist ja das Skurile daran, selbst angehört, etwas zu tun. Ich habe das selber gemacht. Ich war bemüht, etwas zu tun und der Regierung Vorschläge vorzulegen. Ich habe nicht, das möchte ich auch hier festhalten, auf andere gewartet, ich habe mich selber als zuständig gefühlt. Das ist entscheidend und wichtig. Das möchte ich heute hier gesagt haben. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Daher seid mir bitte nicht böse, wenn der Verdacht naheliegt, daß man die Verantwortung sozusagen abschieben will, so unter dem Motto, wenn etwas schief läuft, dann sind alle anderen

schuldig, nur nicht der Referent selber. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie machen es sich zu leicht und zu einfach.

Als ich Fremdenverkehrsreferent gewesen bin, war ich mir nicht zu schade, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wann war denn das?)* - Es ist schon eine längere Zeit her, aber schau die Zahlen von damals und schau sie heute an - *(Weitere Zwischenrufe von der F-Fraktion.)* mit anderen Vertretern der Regionen, mit Vertretern der Gemeinden und Vertretern der Unternehmungen die Türklinken zu putzen. *(Abg. Dr. Strutz: Das ist jetzt Eigenlob!)* Das ist nicht Eigenlob, das sind Tatsachen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Ich war mir nicht zu schade, bei Veranstaltungen und Pressekonferenzen aufzuscheinen, *(Abg. Dr. Strutz: Das macht aber der Grasser auch!)* denn ich habe meine Aufgabe als Dienst am Land Kärnten verstanden.

Meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, ich meine das zutiefst ernst: Mit einem politischen Schauspiel hier in diesem Landtag helfen Sie dem heimischen Tourismus in keiner Weise. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Wenn Sie es wirklich ernst nehmen, gibt es nur eines, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: intensive Arbeit, Knochenarbeit, und Leistung, *(Abg. Dr. Strutz: Das brauchen wir dem Grasser nicht zu sagen!)* aber nicht eine Debatte wie hier im Landtag, die Sie oder Ihre Freunde inszeniert haben.

Abschließend erlauben Sie mir noch einen Hinweis. Dieser Tage ist dem Land Kärnten ein großartiger Wurf gelungen. Wir haben eine Jahrhundertchance verwirklicht. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Strutz.)* Ein Werbeeffect, für Stadt und Land der seinesgleichen sucht. *(Abg. Sablatnig: Das ist eine gute Idee gewesen!)* Das ist für mich, lieber Martin, der Beweis, daß es auch anders geht, im Gegensatz zu dieser von euch sehr durchsichtig inszenierten Aktion. Es ist das gelungen, weil hier alle über die Parteigrenzen hinweg grandios zusammengearbeitet haben: der Herr Landeshauptmann, ebenso der Kulturreferent und der Minister Scholten. Ich darf euch ins Stammbuch schreiben: Nicht durch politischen Aktionismus, sondern durch gemeinsame Anstrengungen. Das ist es, das ist zu unterstreichen, um etwas zu erreichen. Ich möchte euch sagen, weniger debattieren,

Dkfm. Scheucher

weniger reden, mehr tun, meine Herren von den Freiheitlichen! (*Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Krenn** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Herr Präsident! Ich möchte eingangs noch einmal auf diesen Sonderlandtag zu sprechen kommen, der von uns aus - und das möchte ich hier letztmalig noch einmal richtigstellen - eine ganz andere Ausgangssituation vorgehabt hat, nämlich ein positives Signal für die Tourismuswirtschaft zu setzen, einfach deshalb, weil das dringend notwendig ist, und einen Neustart in eine positivere Zukunft überhaupt zu signalisieren.

Sie, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen von der SPÖ und ÖVP, bis auf wenige Ausnahmen, haben hier nichts anderes zu tun, als hier der Polemik das Wort zu reden. Sie reden vom Schaden und merken dabei gar nicht, daß durch Ihre abfällige Haltung die Negativstimmung in einer gesamten Wirtschaftsbranche in Kärnten prolongiert wird. Das merken Sie nicht! Sie haben nichts anderes in der Vergangenheit getan und heute, wie durch polemische Unterstellungen heute einen Beitrag zu leisten, Sie haben aber keinen konkreten Vorschlag einbringen können, es ist Ihnen dazu nichts eingefallen. Dabei sollte dieser Sonderlandtag wirklich dem Problem der Tourismuswirtschaft gewidmet werden. Das Land ist dazu in einem wesentlichen Rahmen mitgefordert, hier entsprechende Akzente im wirtschaftlichen Bereich, was die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen betrifft, sicherzustellen. Denn während alle Studien des Tourismus weltweit als Wachstumsbranche insgesamt auszeichnen, sagt die OECD-Studie für Österreich leider ganz etwas anderes und weist die Prognose für 1995 immerhin mit minus 4,4 Prozent aus. Wenn man hier weitergeht und eine sogenannte Trendextrapolation versucht, würde das bedeuten, bis zum Jahr 2000 ein Minus von insgesamt 17 Prozent. Dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird die Tourismusbranche wohl wirklich nicht mehr aushalten. Die Branche ist verunsichert. Dies zeigt sich alleine schon dadurch, daß noch nie so wenig offene Stellen des Tourismus im Anzeigenteil zu finden

waren. Das aber nicht deshalb, weil vielleicht die Tourismusbranche vielleicht schon fix im Fach hat. Das bestimmt nicht. Sie haben genauso wenig Personal wie in den vergangenen Jahren zur selben Zeit, nur trauen sie sich heuer nicht mehr, fix in die Personalplanung zu gehen. Das widerspiegelt eine gewaltige Unsicherheit in der Tourismusbranche derzeit in Österreich und sollte zu denken geben. Denn jeder, der die Zeitungen in den letzten Wochen etwas genauer verfolgt hat, wird dies mir zugestehen müssen.

Es sind darüberhinaus noch viele Ursachen, die heute die Tourismuswirtschaft in der schwierigen Situation ausweisen, die - das gebe ich auch zu - hausgemacht sind. Nun ist es so, daß in verschiedenen Bereichen die Unternehmer ihren Anteil dazu beigetragen haben, daß vielleicht dort und da die Situation nicht mehr passend ist. Aber mindestens ebenso viele Ursachen sind auf die miserablen Rahmenbedingungen zurückzuführen, die heute praktisch vom Land und Bund dieser Wirtschaft insgesamt vorgegeben sind. Einige wurden heute schon angezogen. Ich bin dankbar, daß zumindest ein Kollege aus der ÖVP in manchen Bereichen dies auch erkannt hat, wenn er gemeint hat, Getränke statt andere Bereiche, hier haben wir im Bereich der Getränkesteuer eine dramatische Situation insgesamt gegeben. Alleine deshalb, weil Österreich alleine im Bereich der Getränkesteuer um 0,1 Prozent mehr an Abgaben zu leisten hat als insgesamt in der Summe die Bundesrepublik Deutschland und Italien zusammenaddiert. Das ist ein deklaranter Wettbewerbsnachteil, dem sich diese Wirtschaft ausgesetzt fühlt.

Die Kärntner Tourismusgesellschaft wurde heute schon angesprochen. Die finanzielle Ausstattung ist nicht gegeben. Wir haben vor 2 Jahren schon einen entsprechenden Antrag eingebracht. Was ist mit diesem entsprechenden Ausschuß passiert? In der Regierung ist er niedergeschmettert worden. Ich verstehe das nicht und bemerke Doppelzüngigkeit in einem gewissen anderen Bereich, wenn ich nur daran erinnere, daß selbst Kollege Hinterleitner einmal gemeint hat bei einem Antrag, den ich eingebracht habe bei der Vollversammlung der Wirtschaftskammer für 20 Millionen, damals hat er 30 Millionen gefordert. Die eigene Fraktion

Krenn

hat damals in der Regierung negativ diese ganze Sache beschieden und heute tut sie so, als ihr nichts davon wissen wollt. Das kann nicht so sein, das muß ich in diesem Zusammenhang auch festhalten.

Oder sprechen wir die öffentliche Infrastruktur allgemein an. Hier ist festzuhalten, daß im weiten Bereich sie veraltet ist, nicht mehr zeitgemäß oder in manchen Bereichen nur unzureichend oder gar nicht vorhanden. Inzwischen hat sich praktisch die Erwartungshaltung insgesamt noch dramatisch verändert und kann leider nicht mehr nachvollzogen werden. Man kann dem Bedürfnis nicht mehr entsprechen, die Mittel fehlen. Darüberhinaus ist auch festzustellen, daß leider Gottes auch die Bedarfszuweisungsmittel heute nachwievor immer noch unkoordiniert vergeben werden, immer noch so vergeben werden, daß praktisch an der ersten Stelle die politische Befriedigung des Wählerklientels steht und erst in zweiter Stelle die Sinnhaftigkeit von mit Bedarfszuweisungsmitteln geförderten Projekten. Hier wäre eine Koordinierung der Mittel insgesamt zweckmäßiger, das ist auch diesbezüglich festzuhalten.

Die Situation, wie dramatisch sie sich abspiegelt, möchte ich an einem weiteren Beispiel erläutern. Wenn immer mehr und mehr Medien im Vorfeld, ohne daß schon bekannt war, daß ein sogenannter Sonderlandtag stattfindet, ganz andere Thesen auf den Tisch bringen. Wenn z.B. eine Fachzeitschrift meint, daß das südlichste Bundesland inzwischen Millionen Nächtigung verloren hat. Jetzt kann es nur noch besser werden, schreibt sie, sonst droht eine Katastrophe. Das kommt nicht von einer Freiheitlichen Partei, das kommt von einer Wirtschaftszeitung, die im Bereich der ÖVP angesiedelt ist. Sie schreibt weiter, zur Illustration gibt es noch ein paar Zahlen, die auch hier nicht oft genug wiederholt werden können, um sie doch einigermaßen in die Köpfe zu bringen. Denn seit 1990 sank die Zahl der Nächtigungen im Sommer von 14,2 auf 12,8 Millionen im Jahr 1994 oder die zuletzt gezählten Sommer- und Winternächtigungen gemeinsam rund 15,6 Millionen Nächtigungen, das sind nur mehr um 100.000 Nächtigungen mehr als jetzt 1994, als Kärnten allein im

Sommer im Jahr 1982 erzielt hat. D.h. doch nichts anderes, als Kärnten von 1982 weg bis 1994 trotz Bettenerweiterung insgesamt eine gesamte Situation verloren hat. Eine gesamte Saison! Das ist dramatisch und möchte dies hier wirklich unterstreichen. 320 Milliarden Schilling werden durch den Tourismus erwirtschaftet, 65 Millionen für die KTG, d.h. wenn ich das dem gegenüber stelle zu den erwirtschafteten Beträgen der Tourismuswirtschaft wird von der KTG 0,0028 Prozent insgesamt noch für Tourismuswerbung ausgegeben. Das ist sicher auch mit Ursache dafür, daß wir so weit gekommen sind. Die Tiroler haben zumindest einen Nuller weniger, sie haben 0,01, aber das ist immerhin ein Vielfaches von dem, was Kärnten ausgibt. Wir sollten darüber wirklich ernsthaft nachdenken, ob dieser Weg, der fortgeschritten wird, der richtige ist. Oder andere Kennziffern noch dazu, das Marktbudget, das am Markt tatsächlich eingesetzt werden kann, bewegt sich nur bei 36,2 Millionen, davon werden für die Deutschlandwerbung im Sommer noch 11,2 Millionen ausgegeben, für Winterdeutschland 3,75 Millionen. Diese 3,75 Millionen Schilling sind noch gerade das doppelte von dem, was alleine die Gemeinde Bad Kleinkirchheim für den Winter aufwendet. Stimmen da die Relationen überhaupt? Wenn da die Relationen stimmen, sind wir auf dem Holzweg, wenn das jemand behauptet. Ich kann das sicher nicht mehr behaupten.

Ich möchte noch etwas zitieren, weil es im Vorfeld eine Reihe von durchaus überparteilichen Initiativen gegeben hat, die dazu angehalten wurden, insgesamt das Problem des Tourismus zu lösen. Hier sind einige interessante Punkte am runden Tisch als Kernsätze formuliert worden. Zum einen, was die Problemlandschaft auf Landesebene insgesamt betrifft, wird hier gesagt, es gibt keine klare Organisationsstruktur des Tourismus des Landes Kärnten. Wir haben es heute xfach gehört, die Kompetenzen sind ein absolutes Wirrwarr. Der Tourismusreferent ist leider Gottes durch entsprechende Beschlüsse, dort, wo er normalerweise zuständig sein sollte, nicht zuständig. Er ist handlungsunfähig gemacht worden, durch rote und schwarze Beschlüsse hier. (Abg. Dr. Hofer: Er hat sich selbst handlungs-

Krenn

unfähig gemacht!) Deshalb darf man sich nicht wundern, daß man in solche Situationen kommt. Was spricht dagegen, sehr geehrten Damen und Herren, (*Abg. Sablatnig: Daß er arbeitet, spricht nichts dagegen!*) daß der Tourismusreferent in die Lage versetzt wird, z.B. im Kärntner Landesreisebüro einen Unternehmensauftrag zu geben, nämlich dahin, daß künftig sich das Kärntner Landesreisebüro mehr mit Incoming zu befassen hat als mit Outgoing. 80 Prozent Outgoing können wir uns mit einem vom Land unterstützten Reisebüro nicht leisten. Gerade in einem Tourismusland hat dieses Reisebüro in erster Linie für Incoming verantwortlich zu sein. Es herrscht, das ist festgeschrieben in diesem Konvolut, das vom runden Tisch entstanden ist, eine Verzettelung der Kompetenzen, das wird festgehalten und hier war man sich einig, aber hier wird das ganze in Abrede gestellt. Die Mehrgleisigkeit ist insgesamt für eine schlechte Arbeitsteilung dafür verantwortlich. Das, was darin steht, kann ich durchaus unterstreichen.

Das sind Punkte, über die wir uns Gedanken zu machen haben, auch im persönlichen Umgang miteinander in Zukunft, wenn wir das Problem ernsthaft an der Wurzel behandeln wollen. Wenn es ernst ist, wir haben einen Beitrag dazu wohl geleistet, indem wir nicht alle Anträge als Dringlichkeitsanträge eingebracht haben, sondern durchaus das absolute Gros der Anträge gleich als Normalanträge für den Ausschuß eingereicht haben, daß wir ernst die Probleme im Ausschuß diskutieren können. Das ist unser ernst und das wollen wir auch. Nur erwarten wir uns auch von den Damen und Herren Kollegen im Tourismusausschuß und in der Folge im Landtag, daß sie ein ernsthaftes Signal bereit sind, mitzutragen.

Ich stehe auch dazu, wie alle Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion, daß wir gerade in solchen Bereichen das Überparteiliche durchaus in den Vordergrund rücken wollen. Dies hat auch in einem Bereich, bei der sogenannten Resolution, die Bundes- und Landesthemen behandelt, stattgefunden. Da war z.B. auch der designierte Sektionsobmann der Sektion Tourismus Gabriel Obernosterer mit drauf, aber was ist passiert? Die eigene Fraktion hat Gabriel Obernosterer dazu gebracht, von dieser gemeinsamen Petition wieder herunter zu

springen, weil die ÖVP-Fraktion noch immer nicht kapiert hat, daß es in Tourismusbranchen wesentlich förderlicher wäre, überparteilich zu agieren und nicht, wie es die ÖVP immer tut, nach außen die Überparteilichkeit zwar proklamiert, aber in Wirklichkeit die Parteipolitik in den Vordergrund stellt. Das tut man nicht. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Ich habe mit Gabriel Obernosterer vor einigen Tagen diesbezüglich gesprochen und er hat gemeint, er wird versuchen, das ganze abzuklären, damit ich heute noch einen Anruf erhalte, ob er doch bereit ist, dieser Petition beizutreten. (*Abg. DI. Gallo: Bereit sein darf!*) Bereit sein darf, er durfte nicht bereit sein, denn ich habe bis heute keinen Anruf von ihm bekommen. Das ist die Situation. Diese Art der Vorgangsweise lehnen wir ab, wird uns aber in Zukunft nicht daran hindern, zumindest in anderen Bereichen, wo es politisch andersgesinnte Leute gibt, diese zu suchen, die sehr wohl bereit sind, mit auf solche Dinge zu gehen. Denn es gibt sicher noch genügend Leute in unserem Lande, denen die Sache wichtiger ist als die Parteilichkeit, die sie immer wieder praktisch an den Tag legen. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte noch zu einigen Punkten kurz Stellung nehmen, vor allem zu diesem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von SPÖ und ÖVP, weil sie hier auch einen Bericht einfordern über Maßnahmen und Konzepte im Tourismusbereich, die seit dem 7.6.1994 auch geschehen sind. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß in dieser Landesregierung und vom Tourismusreferat ausgehend ein Regionalisierungskonzept erarbeitet wurde, zum einen von Matthias Reichhold unter Mitwirkung des Büros Edinger & Solles, zum anderen vom Tourismusservice und der Kärntner Tourismusgesellschaft, abgestimmt auch mit dem Aufsichtsrat der KTG und dem zukünftigen Sektionsobmann der Wirtschaftskammer, Gabriel Obernosterer und außerdem vereinbart ein letztes Akkordierungsgespräch auf politischer Ebene

Mag. Grasser

vorzunehmen. Ich darf darauf hinweisen, daß alle die Idee der Kärnten-Card verfolgen konnte, wo es gelungen ist, alle Fraktionen hinter diese Idee für den Tourismus zu stellen, wo wir gemeinsam bei einer Pressekonferenz dieses Ergebnis, auch der Arbeitsgruppe des runden Tisches, wo mehrere sogenannte Experten mitmachen konnten, erarbeitet wurde.

Ich darf darauf hinweisen, daß wir beantragt haben, auch schon in den Budgetverhandlungen, für die Kärntner Tourismusgesellschaft diese 20 Millionen Schilling, die wir heute uns auch vorstellen, zur Verfügung zu stellen. Ich darf weiters darauf hinweisen, daß wir auch in der letzten Regierungssitzung bereits diese 10 Millionen Schilling für die Regionalisierung, die heute hier in einem Antrag formuliert sind, erreichen wollten, das aber mit der Argumentation, daß wir es ohnehin heute in der Landtagssitzung besprechen werden, dann nicht behandelt wurde.

Was die Regionalisierung betrifft, darf ich sagen, daß wir eine Unternehmerbefragung gemacht haben, um auch die Unternehmerschaft und die Tourismusbetriebe tatsächlich in unsere Überlegungen und in die Weiterentwicklung der touristischen Organisation einzubeziehen und daß wir auch die Abstimmung mit dem Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds und mit den neuen Richtlinien dieses Fonds durchgeführt haben.

Die "Aktion Schifahren zum Nulltarif" haben wir heute bereits besprochen. Wir haben einen Auftrag an die Kärntner Tourismusgesellschaft - oder eine Anregung, weil mehr können wir ja nicht machen - gegeben, auch ein Flugincoming-Konzept zu erarbeiten. Wir haben ein Konzept gemeinsam mit der Winter-ARGE für den nächsten Winter bereits in Erarbeitung und politische Koordinationsgespräche, auch was die finanzielle Bedeckung betrifft, durchgeführt. Dies deshalb, damit die Wintersaison 1995/1996 auch laufend Höhepunkte aufweist, über Veranstaltungen und außerordentliche events, um eine bessere Entwicklung sicherzustellen.

Wir haben mit der Arbeitsmarktverwaltung bzw. dem Arbeitsmarktservice, wie es jetzt heißt, Verhandlungen über eine sogenannte produktive Arbeitslose geführt, um in der Vorsaison und in der Nachsaison einen Teil der Arbeitskosten von

der Arbeitsmarktverwaltung tragen zu lassen, damit man die Vor- und Nachsaison endlich stärker beleben kann.

Wir haben beim Radwegekonzept versucht, eine Lückenschließung voranzutreiben und verhandeln auch was die finanziellen Mittel betrifft, damit wir ein Radwegenetz anbieten können, das mit dem anderer Bundesländer vergleichbar und wettbewerbsfähig ist.

Wir haben ein Infrastrukturkonzept im Straßenbereich für den Tourismus erarbeitet, das dem Finanzreferenten ebenfalls in den Nachtragsvorausanschlagsverhandlungen vorgelegt werden wird, wo wir auch auf eine Unterstützung Ihrerseits natürlich hoffen, weil wir gerade auch im Bereich dieser Infrastrukturmaßnahmen einfach Handlungsbedarf haben.

Es hat viele Gespräche zur Aufwertung der Infrastruktur im Sommer als auch im Winter gegeben. Zur Stunde findet im Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds ein solches Gespräch über eine Prioritätenreihung, was die Aufstiegshilfen für den Winter betrifft, statt. Wir haben gemeinsam mit dem Landeshauptmann versucht, diese Idee der "Arena"-Reisen und der "Kronenzeitung" zu unterstützen und damit in einem Incoming-Bereich tätig zu werden, der gar nicht unsere Aufgabe wäre. Aber weil hier ein Vorschlag am Tisch liegt, der eine stärkere Belebung, einen stärkeren direkten Verkauf für das Land und eine Belebung des Tourismus bewirken würde, haben wir versucht, auch das zu unterstützen.

Wir haben ein "Roy Black-Festival" in der Nachsaison dieses Jahr nach Velden und Pörschach gebracht, das dort eine wesentliche Belebung bringen wird und auch viele Gespräche geführt, zum einem mit Herrn Rapp, der Ihnen sicherlich vom ORF bekannt ist, und mit den Veranstaltern und es dann auch geschafft, daß Kärnten ungefähr in 15 Millionen Kontakten in deutschen Medien aufscheinen wird. Dies mit einer Unterstützung, die wir von unserer Seite auch angedeihen haben lassen.

Wir haben, jenseits meines Referatsbereiches in der Zuständigkeit der Vollziehung, eine österreichweite Tourismuspétition aufgelegt, um die Rahmenbedingungen auf Bundeseite, vor allem was steuerliche Rahmenbedingungen, was

Mag. Grasser

Eigenkapitalbildung und was Maßnahmen der Flexibilisierung des Arbeitsrechtes betrifft, auf den Tisch zu legen. Wir haben vor ungefähr zwei Wochen eine gemeinsame Pressekonferenz mit der Universität Klagenfurt und Prof. Kropfberger gehabt, wo wir natürlich diese Tourismuswerber im Sinne einer Höherqualifizierung auch der Ausbildung im Tourismus, der Experten, der Praktiker sowie des Nachwuchses voranzutreiben und auch damit eine neuerliche Unterstützung dieses Tourismuslehrganges vorgenommen.

Wir haben Aktionen ins Leben gerufen, wie Sie sie zum Beispiel hier mit dem grünen Baum sehen und eine Auszeichnung umweltfreundlicher Tourismusbetriebe vorangetrieben. Wir haben die Aktion "Kinderfreundliche Betriebe" und eine Überprüfung durch die CTC-Gruppe (also besonderer, qualitätsorientierter Betriebe) weiter vorangetrieben. Wir haben auch einige andere Maßnahmen gesetzt, zum Beispiel eine Forschungsinitiative zur Durchleuchtung der Umsätze des Kärntner Tourismus und eines Kärntner Tourismusindikators angeregt. Es hat die Mitarbeit am Bädersanierungskonzept des Tourismusservice und auch des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds gegeben, damit wir auch diese Infrastrukturmaßnahmen besser in Gang setzen, als das heute der Fall ist. Es hat natürlich auch die Mitwirkung des KWF und des Tourismusservices im Bereich der Aufstiegshilfen gegeben. Es liegt eine vollständige Untersuchung des Tourismus Alpen-Adria-Raum im Tourismusservice auf. Wir haben einen Bericht über die bisherige Umsetzung des Sommerentwicklungskonzeptes 2000 vom Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, der die Umsetzungsagenden wahrzunehmen hat, angefordert und sind dann zum Entschluß gekommen, daß diese Landesregierung und der vormalige Referent zwar Konzepte in Auftrag gibt, aber die Finanzmittel für die Umsetzung dieser Konzepte nicht zur Verfügung stellt. Wir haben in den letzten Budgetverhandlungen, auch was die Kärntner Tourismusgesellschaft betrifft, bereits einen Antrag, was die Regionalisierung und die finanzielle Dotation anlangt, gestellt. Wir haben Schulungsmaßnahmen von seiten des Tourismusreferates vorgenommen (in Kooperation mit der Universität Klagenfurt) und den

Spitzentrainer der deutschen Steigenberger-Gruppe im April 1995 nach Kärnten bekommen. Das waren nur einige Initiativen, die auch von unserer Seite gestaltet und vorangetrieben wurden, um das auch bei diesem Antrag in das richtige Licht zu setzen.

Wenn Herr Präsident Scheucher früher ausgeführt hat, wie initiativ er als Tourismusreferent war und was er alles gemacht hat, dann will ich das gar nicht bestreiten. Ich möchte aber insofern ein bißchen relativieren, als Herr Kollege Scheucher in der sehr, sehr angenehmen Situation war, als Tourismusreferent dieses Landes über ein Budget von 100 Millionen Schilling verfügen zu können; über ein Budget von 100 Millionen für Investitionsförderung und für werbliche und Marketingmaßnahmen. Ich glaube, ein Budget von 100 Millionen, demgegenüber ein Budget heute von 800.000 Schilling, das ist ein Unterschied. Da muß man hinterfragen: Wie will man denn tatsächlich im Tourismus hier agieren? *(Beifall von der F-Fraktion. - Abg. Dr. Ambrozy: Das ist schlicht und einfach Unwissenheit und Unwahrheit. Sie haben nicht zugehört, wieviel über den KWF in den Tourismus fließt!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie nur auffordern. Fragen Sie Herrn Dr. Zlamal, der hier sitzt! Ich darf Sie auffordern, daß Sie zum Beispiel diesen Antrag über 10 Millionen Schilling, der heute in diesem Freiheitlichen-Paket zum Tourismus vorgelegt wurden, der die Regionalisierung betrifft, zu unterstützen und das dem Tourismusservice zuzuleiten! Sie werden sich ansehen können, wie wir in einigen Monaten die Regionalisierung im Land vorangetrieben haben werden. *(Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion)* Etwas, was gerade die ÖVP heute sehr nett argumentiert hat, nämlich diese von uns neuerlich angeregte Initiative, was die Förderung der Betriebe im Bereich der Anschlußkosten der Kanalisation betrifft. Sie haben gesagt: "Man kann das nicht so über den Zaun brechen. Man kann eine neuerliche Förderungsinitiative nicht so schnell beschließen, sondern muß wiederum langwierig beraten und den Ausschuß damit befassen." Ich habe hier die Unterlagen, wo der ehemalige Referent Knafl (darauffolgend Herr Kollege Scheucher) als Tourismusreferent diese

Mag. Grasser

Initiative in höchsten Tönen gepriesen hat und wo er auf den großen Erfolg dieser Initiative hingewiesen hat, die alleine im Jahr 1979 12 Millionen Schilling an Förderungen für die Betriebe gebracht hat, ein Riesenerfolg war und gut angenommen wurde. Das heißt, wenn das schon einmal bei meinen Vorgängern und den Ihrer Fraktion angehörenden Referenten beschlossen und als sehr erfolgreiche Aktion getragen wurde, dann ist mir nicht klar, warum eigentlich Abgeordnete, die flexibel sein sollten, diese Aktion heute nicht mittragen und mitbeschließen können, sondern wieder einmal - wie das in der Politik üblich ist - ein paar Wochen darüber diskutieren und das zerreden müssen, um das dann hoffentlich neuerlich beschließen zu können.

Eine kleine Ergänzung bzw. Berichtigung darf ich vornehmen, was die Urlauber aus Holland betrifft, Herr Klubobmann. Wir haben 1991, wo der heutige Klubobmann Dr. Haider diese von Ihnen angeführte Äußerung getroffen hat, einen Zuwachs von holländischen Gästen in Österreich und in Kärnten von 1,4 % gehabt. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß die Entwicklung, international vergleichbar, für Österreich und Kärnten ganz klar ausweist, daß es keine Verzerrung oder keine Zusammenhänge - wie Sie sie versucht haben, darzustellen - tatsächlich gibt. Auch die Zahlen, die Sie genannt haben, stimmen nicht. Im Jahr 1994 hatten wir in Österreich 8 Millionen Nächtigungen von Holländern. Das war ein Rückgang von 5 % zum davor liegenden Jahr. (Abg. Ing. Rohr: Österreichweit! - Lärm im Hause. - Vorsitzender: Am Wort ist Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser, bitte! Richtige Zahlen wären halt gut!) Wir haben in Kärnten einen Rückgang von 5,4 %. Wir haben zur Zeit 806.000 Übernachtungen von Holländern in Kärnten. Das, was Sie herbeireden wollen und wo Sie wiederum die Parteipolitik ins Spiel bringen - auf dem Ihnen so sehr beliebten Wege, der halt inhaltlich und sachlich nichts mit der Wahrheit zu tun hat -, darf ich damit aufs schärfste zurückweisen. (Beifall von der F-Fraktion)

Ich darf Sie aber abschließend doch noch ersuchen, diesem freiheitlichen Programm, das wir heute auf den Tisch gelegt haben und wo ich

eigentlich erwartet hätte, daß Sie es auch durch Initiativen Ihrer Fraktionen ergänzen können - aber scheinbar ist es so umfassend, daß es keiner Ergänzung bedarf -, zumindest die Zustimmung geben. Ich bin davon überzeugt, daß es in der Lage ist, wirkliche Knackpunkte der touristischen Entwicklung und der touristischen Probleme bei uns im Land zu lösen. Daher hoffe ich, daß Sie nach den Beratungen im Ausschuß, wo das auch hingehört, in den wesentlichen Fragen uns die Zustimmung erteilen und daß Sie heute bei den dringlichen Anträgen auch bereits in der Lage sind, die Zustimmung zu geben, damit wir diese zusätzlichen Mittel - um antizyklisch agieren zu können - auch effizient einsetzen können! (Beifall von der F-Fraktion)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist Herr Klubobmann Dr. Peter Ambrozy zu einer Berichtigung zu Wort gemeldet. (Abg. Dr. Ambrozy: Nicht nur!)

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist so gekommen, wie zu erwarten war, nämlich daß wir eine Landtagssitzung als Sondersitzung abführen, die letztlich ein Beweis dafür wird, daß weder Konzepte noch Vorschläge, noch Zukunftsvisionen auf dem Tisch liegen. (Lärm im Hause. - Abg. Dr. Strutz: Daran seid ihr maßgeblich beteiligt!) Allein die Tatsache, daß der Referent erst im zweiten Nachfassen auf die Idee kommt, nachzusehen, ob es Konzepte in seinem Referat gibt, ist ein Beweis dafür, wie schlecht Sie vorbereitet sind. (Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig) Herr Kollege Traußnig, wenn man Ihnen den Spiegel vors Gesicht hält, nennen Sie das "Polemik". Ich würde Ihnen empfehlen, sich selbst in Frage zu stellen! Denn das, was Sie hier im Landtag aufführen, war außer Polemik noch nichts. Das wissen Sie selbst. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig: Weil leider Sie betroffen waren - negativ, Herr Kollege!)

Ich möchte noch zu einem anderen Punkt für unsere Fraktion zuerst etwas sagen. Wir sind

Dr. Ambrozy

bereit, dieses gemeinsame Wollen für den Kärntner Tourismus in Zukunft mitzumachen. Wir werden das wie in der Vergangenheit tun. Wir haben diesen Landtag und auch die Regierung nie als Spielfeld oder als Showbühne, sondern immer als einen Ort für sachliche Auseinandersetzungen betrachtet. Ich sage Ihnen noch einmal: Wenn Sie wirklich ernsthaft an der Tourismusedwicklung interessiert wären, dann hätten Sie in der heutigen Sitzung des Landtages Konzepte vorgelegt, so rechtzeitig vorgelegt, daß wir gemeinsam darüber hätten beraten können. Dann wäre dieser Landtag vielleicht wirklich zu einem Impuls geworden, der etwas bewirkt. Sie haben aber bis heute nicht einmal - das sage ich auch ganz offen - jene Marketingüberlegungen, die die KTG angestellt hat, den Abgeordneten des Kärntner Landtages zur Verfügung gestellt. Sie haben bis heute nicht die Konzepte, die die KTG erarbeitet hat, den Abgeordneten des Kärntner Landtages zur Verfügung gestellt. Sie fordern eine Sonderaktion für die KTG, sind aber nicht bereit, dem Kärntner Landtag zu sagen, was sie damit wollen. Sie sagen nur: "Es gibt das Papier." Nur, haben dürfen wir das nicht.

Ich sage noch einmal: Wir sind bereit, in dieser Sache auch mitzutun. (*LHStv. Mag. Grasser: Aufsichtsrat in der KTG!*) Entschuldigen Sie, Sie haben ja den Landtag einberufen haben wollen und nicht wir. Sagt jetzt nicht, daß irgendjemand anderer schon wieder zuständig ist. Sie sind ja Referent und nicht ich. Sie wollten ja vom Landtag eine Unterstützung haben, daher hätten Sie es dem Landtag vorgelegt, wie es sich gehört. (*Zwischenrufe von der F-Fraktion.*) Wir sind bereit, in dieser Sache mitzutun, wir sind für alle Vorschläge offen und werden auch die Diskussion hier offensiv führen, wenn der Referent die Vorschläge auf den Tisch legt.

Zum Schluß noch eine kleine Richtigstellung. Ich möchte Ihnen nur vorlesen, wie die offizielle Statistik hinsichtlich der Holländer in Kärnten ausschaut. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig.*) Wir haben 1991 1,153.000, 1992 1,043.000, 1993 981.000 und 1994 932.000 Übernachtungen gehabt. Das wollte ich nur sagen, damit die Fakten auf dem Tisch liegen. Wenn Sie hier keine Zusammenhänge sehen, meine Damen und Herren von der F, dann sind

Sie wirklich am rechten Auge mehr als blind. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Wir sind am Ende der Debatte zu diesen Dringlichkeitsanträgen. Zur Geschäftsordnung Herr Klubobmann Dr. Herwig Hofer.

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich gehe von der Annahme aus, daß von den vier Tourismus-Dringlichkeitsanträgen, die heute vorliegen, der gemeinsame Antrag von Volkspartei und Sozialdemokratischer Partei eine Mehrheit in diesem Hause finden wird. Dieser gemeinsame Antrag sieht unter anderem vor, daß der Referent beauftragt wird, innerhalb von drei Wochen ein Gesamtkonzept, ich wiederhole, ein Gesamtkonzept dem Hause vorzulegen. Wenn der Referent drei Wochen dafür nicht in Anspruch zu nehmen braucht, sondern nur eine kürzere Zeit dafür benötigt, kann uns das nur angenehm sein. Ich würde daher einen Antrag zur Geschäftsordnung einbringen, daß wir zu den Anträgen der F die Vertagung des Verhandlungsgegenstandes gemäß § 53 Abs. 5 der Geschäftsordnung heute beschließen. Dieser Antrag zur Geschäftsordnung würde bewirken, daß die Anträge nicht vom Tisch sind und später noch zur Sprache kommen können, wenn das Gesamtkonzept vorliegt. Dieser Antrag wird von mir für diesen Dringlichkeitsantrag und auch für die folgenden gestellt.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Sie haben diesen Antrag nach § 53 Abs. 5 der Geschäftsordnung über die Vorgangsweise gehört. Wenn die Mehrheit darüber positiv entscheidet, dann bleiben die drei Dringlichkeitsanträge hier im Hause liegen. (*2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Das ist schizophr!*) Ich rede von der Geschäftsordnung, Herr Kollege Freunschlag. Nachdem auf Wunsch des

Unterrieder

Vorsitzenden Mitterer heute eine Sitzung des Tourismusausschusses einberufen wurde, können in dieser Sitzung zu vielen Anträgen die Berichterstatter gewählt werden. Ich werde nun nach der Geschäftsordnung vorgehen und die Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Dr. Hofer vornehmen. Wer dem Antrag zur Geschäftsordnung zustimmt, der möge die Hand erheben. - Das ist die Mehrheit. Wer dem Antrag Ldtgs.Zl. 307-1/27 zustimmt, den bitte ich auch um ein Handzeichen. - Das ist auch die Mehrheit. Wer dem Antrag Ldtgs.Zl. 308-1/27 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. - Das ist auch die Mehrheit. Damit sind diese drei Anträge in der Debatte unterbrochen.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag Ldtgs.Zl. 306-2/27. Wer dem inhaltlich zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. (*Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!*) Zur Geschäftsordnung Herr Klubobmann Dr. Strutz, bitte.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Ich ersuche um differenzierte Abstimmung der Punkte 1, 2, 3 und 4.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich werde so vorgehen. Der Wortlaut des Antrages ist:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der zuständige Referent in der Kärntner Landesregierung, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Karl-Heinz Grasser, wird aufgefordert:

1. Dem Kärntner Landtag innerhalb von drei Wochen einen Bericht über
 - a) alle Maßnahmen und Konzepte im Tourismusbereich, die seit dem 7. 6. 1994 vom zuständigen Tourismusreferenten in der Kärntner Landesregierung veranlaßt wurden und die zur Verbesserung der Tourismussituation geführt haben,
 - b) alle von ihm zur Verbesserung der Tourismussituation in Kärnten beantragten Maßnahmen in der Kärntner Landesregierung, die nicht die erforderlichen Mehrheiten in der Kärntner Landesregierung erhielten,

- c) die Gründe, weshalb er der Aufforderung des Ausschusses für Tourismus und Gewerbe vom 24. 11. 1994, Unterlagen für eine Neuregelung der Preisgestaltung im Kärntner Wintersportbereich zu übermitteln, nicht nachgekommen ist,
- d) die Rückgänge der Nächtigungszahlen insbesondere von Gästen aus Holland seit dem 13. 6. 1991,
- e) die durchschnittliche Höhe des Anteiles der überregionalen Tourismuswerbung an der Anzeigenabgabe für ganz Kärnten für einen Zeitraum von zwei bis drei Monaten vorzulegen.

Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Wir kommen zum Punkt 2.

2. Dem Kärntner Landtag innerhalb von drei Wochen ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Tourismussituation in Kärnten vorzulegen, dies unter Anführung der Bedeckungsvorschläge der vorgeschlagenen Maßnahmen und unter Berücksichtigung der von der Kärntner Landesregierung und vom Kärntner Landtag erfolgten Beschlüsse zur Budgetkonsolidierung des Kärntner Landeshaushaltes.

Wer dem Punkt 2 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist auch einstimmig so beschlossen. Wir kommen zu Punkt 3:

3. Innerhalb von acht Tagen dem Ausschuß für Tourismus und Gewerbe die seit dem 24. 11. 1994 ausstehenden Unterlagen für eine Neuregelung der Preisgestaltung im Kärntner Wintersportbereich vorzulegen.

Wer dem Punkt 3 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist mehrheitlich so beschlossen. Wir kommen zum Punkt 4:

4. In der Zukunft Äußerungen zu unterlassen, die geeignet sind, dem Ansehen Kärntens und Österreichs zu schaden und damit auch zu einer Schädigung des Kärntner Tourismus führen können.

Wenn Sie diesem Punkt 4 zustimmen, dann bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist mehrheitlich so beschlossen.

(*Den Vorsitz übernimmt um 15.23 Uhr Dritter Präsident Dkfm. Scheucher.*)

Unterrieder

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Wir fahren nun in der Tagesordnung fort. Das Wort hat der Herr Landtagsamtsdirektor.

Direktor **Dr. Putz**:

6. Ldtgs.Zl. 314-1/27:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Ambrozy, Ferlitsch, Kollmann, Koncilia, Koschitz, Kövari, Ing. Rohr, Schiller, Schlagholz, Mag. Trunk, Unterrieder, Wedenig und Ing. Wissounig mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen für eine Erweiterung der bestehenden Metallstiftung um die BIG-Industrietechnik GmbH zu treffen, damit den betroffenen Arbeitnehmern eine finanzielle Hilfestellung für die nächsten Jahre gewährt wird.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Zur Begründung der Dringlichkeit ist Präsident Unterrieder gemeldet. Ich bitte ihn zu sprechen.

Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich habe in meiner heutigen Wortmeldung kurz auf die Bedeutung der Metallstiftung hingewiesen. Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Dringlichkeitsantrag beschäftigt sich mit der Problematik im Bereiche des ehemaligen Industriestandortes Arnoldstein, nachdem es zum Konkurs der dort angesiedelten Firma BIG gekommen ist. Für die dort frei gewordenen Arbeitskräfte wäre es wichtig, daß wir so wie

bei der Firma Hutter & Schrantz, KESTAG und anderen Bereichen, im Bereich der Speditionsunternehmungen, von denen die Leute freigesetzt worden sind, und in weiterer Folge im Bereich der Agrar-, Nahrungs- und Genußmittelproduktion, die Metallstiftung auch für die frei gewordenen zirka 50 Arbeitnehmer im Bereich der Firma BIG in Arnoldstein ausweiten. Das heißt, es soll eine Erweiterung dieser Metallstiftung für diese Kolleginnen und Kollegen, die dort frei geworden sind, geben. Die Kosten für diese Aktion sind vorläufig 6,450.000 Schilling. Es wäre wichtig, nicht nur zu reden, sondern für diesen Bereich seitens des Landtages auch zu handeln und eine positive Einstellung zu demonstrieren. Daher bitte ich darum, der Dringlichkeit des Antrages und in weiterer Folge dem Antrag die Zustimmung zu geben. Wir könnten dadurch für die Menschen, die dort frei geworden sind und nichts dafür können, Hilfestellung leisten. *(Vorsitzender, nachdem andauernd Handys läuten: Diese Telefone müssen wirklich abgestellt werden!)*

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Landtages! Die Industriestandorte der Grundstoffindustrie haben in den letzten Jahren wirklich mit Problemen zu tun gehabt. Im Bereich der Arnoldsteiner Firma BIG war zu hoffen, daß 150 bis 170 Mitarbeiter in diesem damals neu gegründeten Unternehmen längerfristig Arbeit finden werden. Leider hat sich trotz Hilfe des Landes diese Hoffnung nicht bewahrheitet. Trotz Hilfe aus Mitteln der Arbeitnehmerförderung ist es nicht gelungen, diesen Betrieb aufgrund von Unterkapitalisierung und sonstigen Problemen über Wasser zu halten.

Auf der Strecke sind die Arbeitnehmer geblieben. Vor allem wegen der ungünstigen Situation des unteren Gailtales ist es wichtig, darüber nachzudenken, wie die Arbeitnehmer in diesem Bereich wieder Arbeit finden können. Das sind einmal die ausgebildeten hochqualifizierten Arbeitnehmer, die in dieser Firma tätig waren, und vor allem die Lehrlinge, die ihren Ausbildungsplatz verloren haben. Wir haben jetzt mit der Arbeitnehmerförderung

Sablatnig

mitgewirkt, damit die Lehrlingsausbildung in diesem Bereich möglich war. Es hat erst vor wenigen Jahren ein Gesamtkonzept gegeben, wonach etwa 40 Lehrlinge auf Dauer in diesem Unternehmen ausgebildet werden sollten. Dafür hat der Bund 5 Millionen Schilling an Ausbildungskosten zur Verfügung gestellt und auch die Firma hat sich dazu bereit erklärt, 5 Millionen Schilling für die Lehrlingsausbildung zu investieren. Von der Arbeitnehmerförderung sind 2,5 Millionen Schilling investiert worden. Weitere zwei Millionen Schilling hätten kurz vor dem Konkurs dieses Unternehmens zur Verfügung gestellt werden sollen. Wir haben aber die Auszahlung dieser Mittel davon abhängig gemacht, durch ein Gutachten eines Wirtschaftstreuhanders sicherzustellen, daß diese Geldmittel tatsächlich für die Lehrlingsausbildung eingesetzt werden und nicht etwa in die Konkursmasse einfließen.

Das Bemühen des Landes Kärnten war bisher aufgrund des regionalen Standortes dieses Betriebes sehr überzeugend und wir sollten auch jetzt im Rahmen der Arbeitsstiftung dafür eintreten, daß die Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, sich neu zu qualifizieren, um weiterhin eine qualifizierte Arbeit zu bekommen. Wir haben im Rahmen der Arbeitsstiftung bereits zwei größere Projekte mitfinanziert und ich glaube, daß wir dadurch im Raum Arnoldstein etwa 50 Arbeitern eine neue Berufsmöglichkeit geben können und aufgrund der Arbeitsmarktsituation dazu beizutragen, daß sie eine neue Ausbildung bekommen, die im Bereich der Wirtschaft unseres Landes benötigt wird, um die frei gewordenen Arbeitskräfte wieder in den Arbeitsprozeß einbinden zu können.

6,5 Millionen Schilling sind für diese Arbeitsstiftung erforderlich und ich meine, daß hier wie bei den vorhergegangenen Projekten sozialpartnerschaftlich vorgegangen werden sollte, damit die Wirtschaft und die Arbeitnehmer in diesem Raum auch in Zukunft Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten haben. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Abgeordneter **Mitterer** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf eingangs das Positive in den Raum stellen, betrifft jetzt auch die Fraktion der Sozialisten, daß es heute eine Landtagssitzung gibt. Denn ohne einen Sonderlandtag gäbe es auch keine Dringlichkeitsanträge, die es uns ermöglichen, der Entwicklung des Tourismus entgegen zu steuern. Betroffen bin ich allerdings bei der Ablehnung des ersten Dringlichkeitsantrages, der nichts anderes beinhaltet als daß der Referent aufgefordert wird, ein Sonderprogramm vorzulegen. Auch das hat leider Gottes die SPÖ und die ÖVP heute abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen die Hilfestellung für Arnoldstein, wie so oft schon in den letzten Jahren. Es wurden bereits ähnliche Anträge von allen drei Parteien eingebracht, die alle einstimmig waren. Aus der Sicht der F ist es notwendig, hier Hilfestellungen für die Betroffenen herbeizuführen. Wir stellen trotzdem fest, daß die BIG hohe Förderungen erhalten hat. Es hat ein Konzept gegeben, 40 Lehrlinge waren geplant, 20 Lehrlinge hat es aber nur gegeben. Nun ist es zum Konkurs gekommen und man hat erkannt, daß dieser Betrieb ohne finanzielle Förderungen nicht zu halten sein wird. Wir werden schauen müssen, daß diesem Betrieb geholfen wird, deshalb werden wir von der F diesem Dringlichkeitsantrag unsere Zustimmung geben. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Zur Dringlichkeit liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich lasse über Dringlichkeit abstimmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so geschehen.

Nachdem zum Inhalt keine Wortmeldung vorliegt, lasse ich über den Inhalt nun abstimmen. Wer dem Inhalt die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so angenommen.

Wir kommen zu den nächsten Mitteilungen des Einlaufes, bitte Herr Direktor.

Direktor **Dr. Putz**:

Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Inzwischen ist ein weiterer Dringlichkeitsantrag eingelangt.

7. Ldtgs.Zl. 316-1/27:

Dringlichkeitsantrag **aller**
Abgeordneten des F-Klubs mit
folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Rettung der Kärntner Arbeitsplätze der Genossenschaft "KONSUM" und derer Zulieferbetriebe sofort Verhandlungen mit den Vertretern der beteiligten Kärntner Banken mit dem Ziel durchzuführen, den Konsum Kärnten - Osttirol mit Kärntner Partnern als kärnten-spezifisches Unternehmen, welches in Zukunft vorwiegend Kärntner Produkte anzubieten hat, zu erhalten und für diese Lösung Landesunterstützungen zu gewähren.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Zur Dringlichkeit als erster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Dr. Strutz.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Bei der Konsumpleite handelt es sich zweifellos um das größte wirtschaftliche Debakel der zweiten Republik. Sozialistische Wirtschaftspolitik SPÖ, ÖGB und unfähige Manager haben ein traditionsreiches Unternehmen an den Rand des Ruins getrieben. Der Schuldenstand beträgt nach bisherigen offiziellen Angaben bereits mehr als 20 Milliarden Schilling, und, obwohl es zuvor die Verantwortlichen, insbesondere Generaldirektor Gerharter, von 12 Milliarden Schilling gesprochen hatte, nachdem er zuvor die Zahlungsunfähigkeit seines Unternehmens dementiert hatte. Rund 17.000 Dienstnehmer sind österreichweit betroffen und laufen Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Aber speziell

auch in Kärnten, wo man feststellen muß, daß im Vergleich zu anderen Bundesländern die Konsumorganisation und Genossenschaft durchaus positiv gearbeitet hat, stehen zahlreiche Kündigungen ins Haus. Unmittelbar betroffen sind, wenn man auch die Zulieferfirmen rechnet, 3.000 Arbeitsplätze im unmittelbaren Umfeld des Konsums. Mehr als 2.000 Lieferanten österreichweit sind aus dem Bereich der mittelständischen Wirtschaft ein wesentlicher Teil der Forderungen in der Höhe von 5 Milliarden Schilling. Dadurch drohen natürlich auch Anschlußinsolvenzen, konkret in unserem Bundesland hat der Alpenländische Kreditorenverband 8 Unternehmen bereits festgehalten und dokumentiert

700.000 Konsum-Genossenschaftsmitglieder österreichweit müßten bei einem Konkurs Nachschlußzahlungen zwischen 2.000 und 3.000 Schilling leisten. Die Verantwortlichkeit dafür liegt bei SPÖ und ÖGB, denn der Konsum, Hoher Landtag, war stets eine der Säulen des österreichischen Sozialismus. Noch 1990 hat der Bundeskanzler erklärt bzw. in einem Vorwort zu einer Konsum-Festschrift festgehalten, die österreichische Konsumgenossenschaft ist ein Teil der großen sozialdemokratischen Bewegung.

Heute will der Herr Bundeskanzler und die SPÖ nichts mehr davon wissen, ganz im Gegenteil betreiben SPÖ und ÖGB Kindesweglegung und erklären sich für nicht verantwortlich. Anstatt sich zurückzusehen und Interessenslosigkeit zu zeigen, hätten die Sozialdemokraten eine offensive Politik betreiben müssen, die den Gewerkschaftsbund in die Verantwortung nimmt, keine weiteren Steuergeldverschleuderungen beinhaltet, den Schutz der Lieferanten garantiert, finanzielle Mitverantwortung der Gewerkschaft einmahnt. Die Freiheitlichen haben den Gewerkschaftsbund wiederholt aufgefordert, seine gut gefüllten Kassen zu leeren und die vom Konsum gehaltenen Bawaganteile aufzukaufen, um dieses Unternehmen so weit zu finanzieren, daß nicht tausende Menschen ihre Existenz verlieren.

Die ÖVP hat sich in der Nationalratssondersitzung zum Thema Konsum dieser Forderung

Dr. Strutz

vollinhaltlich angeschlossen und ÖGB-Präsident Verzetnitsch hat dem Kauf der Konsum-Anteile in einem Schreiben vom 23.1.1995 an den ÖGB-Bundesvorstand vorgeschlagen. Interessanterweise kann sich heute niemand mehr daran erinnern. Speziell für Kärnten ergibt sich die Situation, daß im Zuge der drohenden Schließung zahlreicher Filialen und damit auch die Kündigung zahlreicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern rasches Handeln notwendig wird, möchte man die Betroffenen von der Krise in Kärnten und auch zahlreiche Zulieferfirmen abwenden.

Wir haben die Situation, daß der Konsum Kärnten-Osttirol in der Konsumorganisation positiv gewirtschaftet hat und durchaus schwarze Zahlen in Teilbereichen vorweisen kann. Es wäre also verantwortungslos, Hoher Landtag, würde die Politik nicht eingreifen, wenn die zuständigen und eigentlich verantwortlichen Stellen von der SPÖ über den Gewerkschaftsbund bis hin zur BAWAG versagt haben. Es gibt ein konkretes Angebot, es gibt konkrete Hinweise, wonach das neue Management des Konsums Österreich bereit ist, die Teilorganisation des Konsum Kärnten-Osttirol als solche zu belassen und als solches an Kärntner Interessenten zu verkaufen.

Nachdem die Redezeit bereits dem Ende zuneigt, darf ich nochmals unseren Antrag formulieren und darf Sie ersuchen, aufgrund der Dringlichkeit dieses Antrages ihm auch die Dringlichkeit zuzuerkennen. Wir sind der Meinung, daß innerhalb der Landesregierung jetzt Handlungen gesetzt werden müssen, die zur Rettung der Kärntner Arbeitsplätze der Genossenschaft Konsum und der Zulieferbetriebe sofort getätigt werden müssen, sofort Verhandlungen mit den Vertretern der Konsum-Organisation Kärnten-Osttirol, den Kärntner Zulieferfirmen des Konsums sowie auch den beteiligten Banken in Kärnten aufzunehmen sind mit dem Ziel, daß es hier zu einer speziellen Kärnten-Lösung kommen kann, zum Wohle der Kärntenspezifischen Unternehmungen und zum Wohle einer Lösung, daß sowohl die Landesunterstützung als auch das Engagement unserer Regierungsvertreter und unseres Landtages bedarf. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich weiß jetzt nicht, wie ich mit dem, was die Freiheitlichen hier tun, tatsächlich umgehen soll. Denn ich bin überzeugt davon, daß Hilfe für den Konsum angeboten wird von Menschen, die in der Vergangenheit den Konsum als Handelsbetrieb gemieden haben. *(Abg. Mitterer: Ich bin Mitglied, und Du? - Zwischenrufe aus den Fraktionen. - Vors. 3. Präs. Dkfm. Scheucher: Am Wort ist Herr Abgeordneter Dr. Ambrozy bitte!)* Ich bin auch Mitglied. Ich bin sehr froh darüber aber ich muß schon sagen, diese Aktion in den Konsum hineinzugehen, um dann den Leuten, wenn es ihnen dreckig geht zu sagen, ich bin da, wenn man vorher, das weiß ich und ist auch nachweisbar, wenn man vorher über den Konsum nur Häme und Schelte ausgeschüttet hat, ist wirklich Zynismus bis zur Potenz. *(Abg. Steinkellner: Ich kaufe nur in Villach beim Coop ein!)* Sehr gut! Ich bin froh darüber, daß es jetzt so spontane Solidaritätskundgebungen und Bezeugungen gibt. Wenn ich das alles nicht gesagt hätte, hätten Sie das wahrscheinlich nicht so offen getan. Daher weiß ich nicht, wie ich wirklich damit umgehen soll, weil auf der einen Seite ich den Verdacht nicht los werde, daß dieser Dringlichkeitsantrag ein Gag zur Ablenkung von der Pleite, die Sie jetzt mit der Tourismusdebatte bekommen haben, ist. Oder ob das ernst gemeint ist. Ich gehe einmal davon aus, im Sinne dessen, was vorhin an schönen Worten gesagt worden ist, daß Ihnen das ernst ist.

Nachdem ich es als sehr ernst ansehe, möchte ich haben, daß wir über dieses Thema reden. Denn, meine Damen und Herren, so einfach, wie Sie diesen Antrag hinstellen, ist es nicht. Wer die Eigentümerstruktur und Organisationsstruktur des Konsum kennt, weiß, daß das, was hier an Intention drin ist, im Augenblick nicht realisierbar ist, weil es die Konsumgenossenschaft Kärnten-Osttirol als selbständig handelnde Region nicht mehr gibt. Sie besteht immer noch, aber sie ist keine selbständig handelnde Region. Glauben Sie es mir! Sie besteht als Regionalverband, das ist ein Relikt aus alten Zeiten, wo man die Regionalisierung aufrecht erhalten hat, aber die Entscheidungsstruktur ist etwas anderes. Daher,

Dr. Ambrozy

meine Damen und Herren, bin ich dankbar dafür, daß Sie das tun und dann möchte ich Sie auch beim Wort nehmen dürfen. Nämlich dann, wenn wir im Ausschuß darüber reden und unter Umständen wirklich zu konkreten Dingen kommen, sollte sich spezifisch die Möglichkeit ergeben, daß wir den Konsum und seinen Mitarbeitern helfen können.

Denn überlegen wir einmal, was die wirkliche Situation ist. Wenn der Konsumbetriebsrat öffentlich sagen kann, unwidersprochen, daß die Übernahme der Konsumgeschäfte in Kärnten durch eine Nachfolgeorganisation, wer immer sich jetzt da anbietet im Lande, bedeuten würde, daß es automatisch zu einem 20 prozentigen Lohnverlust kommt, dann wissen Sie, wie wichtig es wäre, daß wir dieser Organisation helfen, damit nicht eine Niedriglohnsituation eintritt, wie wir sie leider in vielen anderen Betrieben haben. (*LHStv. Mag. Grasser: Gut, daß wir diese Idee hatten!*) Wir hatten diese Idee schon vorher gehabt, aber ich bin dankbar, daß ihr erstmals mitgeht bei etwas, was sozialdemokratisch angehaucht ist. Das ist immerhin ein Fortschritt. (*2.Präs.DI. Freunschlag: Das verunsichert Dich komplett!*) Verunsichert? Nein!

Eines stört mich aber, das möchte ich auch noch loswerden, Herr Präsident, wenn ich noch darf. (*Vors.3.Präs.Dkfm. Scheucher: Eine Minute Herr Klubobmann!*) Daß man sich natürlich, ich würde sagen in der Situation, in der sich der Konsum befindet, richtig genüßlich weidet und immer wieder auf die SPÖ und den ÖGB hinweist, obwohl Sie wissen, daß das längst eine selbständige Wirtschaftsstruktur ist, die von diesen Institutionen nicht geführt wird. Wir bekennen uns als Sozialdemokraten zur Konsumbewegung, zur Konsumidee. Wir glauben, daß es wichtig ist, daß diese Idee aufrecht erhalten bleibt. Daher danken wir Ihnen, daß Sie in dieser Frage mitgehen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich möchte mich dafür bedanken. Wir werden der Dringlichkeit zwar nicht die Zustimmung geben, aber nur deshalb, damit wir wirklich Sie beim Wort nehmen können, wenn es darum geht, konkrete Maßnahmen dann zu setzen, wenn der Ausschuß Beschlüsse faßt. Danke. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Vors. 3. Präs. Dkfm. Scheucher: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Pfeifenberger!*)

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger (F):**

Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich muß ehrlich sagen, Herr Dr. Ambrozy: Ich habe den Eindruck, Sie sind heute ein bißchen von Feigheit umgeben, wenn Sie vermuten, daß wir da einen Gag machen, weil wir dem Konsum helfen und hier ein Sanierungskonzept vorlegen. Das paßt eigentlich gar nicht zu Ihnen.

Ich möchte Ihnen jetzt kurz und deutlich unser Konzept vorstellen, weil wir auch mit Ihrem Zentralbetriebsratsobmann Gespräche geführt haben. Das ist ja kein Geheimnis. Ich muß auch sagen: Der versteht von seinem Geschäft etwas; der einzige Gewerkschafter, wahrscheinlich, der in Kärnten wirklich sein Geschäft versteht. (*Zwischenruf des 1. Präs. Unterrieder*) Das muß ich auch sagen, Herr Präsident Unterrieder. Auch Sie sollten sich darauf besinnen, daß es hier um Arbeitnehmer geht, die im Falle eines Konkurses - oder vielleicht eines Ausgleiches; was wissen wir noch nicht - betroffen sind. Das sind sehr viele Mitarbeiter, die über 50 Jahre alt sind und dann keine Arbeit mehr bekommen werden. (*Lärm im Hause*) Es geht aber auch um die Zulieferbetriebe! Schauen Sie, wir reden jetzt vom Konsum. Der ist in einer Krise, und da sollten wir zusammenstehen! Wir wollen, daß auch die Zulieferbetriebe nicht in den Konkurs getrieben werden und daß die Mitarbeiter (*1. Präs. Unterrieder: Dann beschimpft nicht andere!* - *Lärm im Hause.* - *Vorsitzender: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Pfeifenberger!*) ihren Arbeitsplatz auch weiterhin behalten.

Es geht aber darum, daß wir konkret über ein Konzept reden. Wir wollen, daß diese Organisation in einer veränderten Struktur erhalten bleibt, das heißt, die Einzelhandelsstruktur Kärnten-Osttirol. Und dafür gibt es auch Möglichkeiten. Es ist laut der Geschäftsführung möglich, daß die Konsumgenossenschaft Kärnten-Osttirol einen Beschluß faßt, eigenständig zu bleiben. Das geht; wir haben uns erkundigt. Sie kann eigenständig bleiben. Sie kann sich aus diesem Konkurs- oder Ausgleichsverfahren

Ing. Pfeifenberger

herauskaufen - wenn sie die richtigen Partner findet. Das heißt, es müssen die federführenden Banken in Kärnten (die Hypo und der Raiffeisenverband Kärnten-Bankabteilung) finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. (*1. Präs. Unterrieder: Vor allem die Arbeitnehmer sind davon betroffen!*) Ja, ich werde darauf zurückkommen, Herr Präsident. Wir sind auch Betroffene. Wissen Sie, was das heißt, 40 % Absatz mit einem Schlag zu verlieren? Bei uns wackeln auch die Arbeitsplätze von 100 Mitarbeitern, Herr Präsident. Deswegen kämpfe ich auch für unsere Mitarbeiter. (*1. Präs. Unterrieder: Da kämpfen wir ja!*) Und Sie sollten für Ihre kämpfen, als Arbeitnehmervertreter! (*Abg. Dr. Ambrozy: Dann haben wir endlich Partner gefunden!*)

Deswegen: Stimmen Sie diesem Antrag zu! Wir wollen nämlich eine Synergie zwischen dem Konsum einerseits als Einzelhandelsorganisation und der WHG (der Warenhandelsgesellschaft des Raiffeisenverbandes) andererseits herbeiführen. (*Abg. Dr. Ambrozy: Ist das dort, wo Sie jetzt die Leute entlassen haben?!*) Damit wäre folgendes gegeben: Wir könnten Produzenten und Konsumenten zusammenführen, das heißt, das, was die WHG nicht hat, hat der Konsum - und was der Konsum nicht hat, das hat die WHG. Wir wollen, daß Kärntner Produkte gekauft werden, die von den Kärntner Bauern erzeugt werden. Wir haben auch einen agrarpolitischen Aspekt, den ich der ÖVP nahelege. Unterschätzen Sie das bitte nicht! Wir hätten erstmalig eine Möglichkeit, daß wir in Kärnten damit eine geschlossene Verarbeitungs- und Vermarktungsorganisation gründen. Wir hätten zudem den Vorteil, daß die Kärntner Konsumenten Kärntner Produkte kaufen können und auch Hunderte Arbeitsplätze erhalten werden. Wenn der Konsum zerschlagen wird, bleiben von den 800 wahrscheinlich nur 500 Arbeitsplätze übrig. Der Rest ist frei. Das kostet das Land Kärnten über Umwegen auch sehr viel Geld. Bedenken Sie das auch! Wenn wir jetzt handeln, dann können wir eine Lösung finden, daß die Banken die Leasingraten und unter Umständen die Zinsbelastung übernehmen. Das war ja eigentlich der Fehler des Managements, daß sie Bilanzkosmetik betrieben hat, bis zum Gehtnimmer und letztlich durch sale and lease

back solche Belastungen in diese Einzelhandelsstruktur hineingebracht haben, daß sie nicht mehr können haben. Operativ ist der Bereich Einzelhandel Konsum in Kärnten positiv. Er erwirtschaftet schwarze Zahlen. Deswegen sollte so ein Konzept verfolgt werden!

Man muß bedenken, daß es auch um die Zulieferbetriebe geht! Ich bin selbst Betroffener. Es sollten alle - auch die Frau Trunk - hinausgehen und sagen, wie sie diesen Mitarbeitern in Zukunft helfen werden. Es sind sehr viele Frauen, die heute Angst haben, vor die Tür gestellt zu werden und keinen Arbeitsplatz mehr zu finden. Diese Leute draußen zittern um ihre Existenz. Sie sollten nicht auf Tauchstation gehen, sondern hinaus in die Betriebe und Filialen gehen und einmal schauen, was dort los ist! Die Leute würden sogar selbst Geld in die Hand nehmen und sich auch an diesen Unternehmen beteiligen - nur um den eigenen Arbeitsplatz zu sichern.

Ich glaube, das ist ein Weg. Wir könnten auch kärntenbezogen eine Lösung anbieten, wo wir abgekoppelt von den Einflüssen des europäischen Marktes handeln und Kärntner Produkte, die wirklich sehr positiv auch beim Konsumenten verankert sind, anbieten. (*Vors. 3. Präs. Dkfm. Scheucher: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen!*) Kärntner Hausfrauen verlangen nach Kärntner Produkten. Das Beispiel Milch ist das typische Beispiel, daß die Kärntner Milch von den Hausfrauen verlangt wird.

Deshalb ersuche ich Sie, auch dem Inhalt nach dem Antrag zuzustimmen! Denken Sie bitte an Ihre Arbeitnehmer und unterstützen Sie diese draußen, damit sie wieder eine Zukunft in dieser Organisation haben! (*Beifall von der F-Fraktion*)

(*Vors. 3. Präs. Dkfm. Scheucher: Als nächster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Dr. Hofer.*)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Rettung der Arbeitsplätze beim Konsum, aber auch die Existenz der Zulieferbetriebe, die involviert sind, ist sicher eine sehr

Dr. Hofer

wichtige Angelegenheit. Wir von der Volkspartei sind ebenfalls dafür, daß wir uns dieser Materie sehr eingehend annehmen. Es ist aber sicher so, daß man die Eigentümer in dieser Frage nicht so ohne weiteres aus der Verantwortung entlassen kann und daß man darüber auch Gespräche führen sollte.

Dieser Antrag, der uns heute vorliegt, beinhaltet auch die Aussage des Landtages, daß dafür auch Landesmittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Kein Mensch weiß heute, wie hoch dieses Volumen sein sollte. Klubobmann Dr. Strutz hat hier zu Recht darauf hingewiesen, daß es insgesamt um einen Schuldenstand von 20 Milliarden Schilling geht. Das heißt also, wir wissen nicht, was da auf das Land Kärnten, im Falle einer Beteiligung, auf uns zukommt. Wir wissen auch, daß wir bereits im Rahmen eines laufenden Verfahrens stehen.

Wir von der Volkspartei sind daher der Meinung, daß man diesen Antrag im Rahmen des Ausschusses sehr eingehend diskutieren sollte. Ich darf aufmerksam machen, daß das auch keine Verzögerung bedeutet, weil der Finanz- und Wirtschaftsausschuß schon für den 18. Mai einberufen ist. Wir würden uns durchaus verstehen, daß wir diesen Tagesordnungspunkt aufgrund der Situation mit auf die Ausschuß-Tagesordnung hinaufnehmen, um ihn dort einer Erörterung zuführen zu können. Das ist also der Vorschlag. Daher werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, um eine eingehendere Erörterung im Rahmen des Ausschusses dadurch zu ermöglichen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Vors. 3. Präs. Dkfm. Scheucher: Als nächster ist Herr Abgeordneter Koncilia zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!)

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Man möchte nicht glauben, wie man sich im Laufe eines Tages über bestimmte Dinge freuen kann. Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, daß der Abgeordnete Mitterer Mitglied des Konsums ist und die Frau Abgeordnete Steinkellner auch öfters im Konsum in Villach einkauft. *(Lärm im Hause)*

Herr Abgeordneter Pfeifenberger, wenn Sie gemeint haben "...um das Kümmern der Leute". Ich darf Ihnen versichern, daß der ÖGB-Kärnten und die AK mit den Mitgliedern und Arbeitnehmern in ständigem Kontakt sind. Das heißt, daß wir eine ganze Woche in jeder einzelnen Filiale in Kärnten waren, um eben mit den Mitarbeitern zu beraten, um den Mitarbeitern in dieser schwierigen Situation Hilfestellung zu geben. Wir sind uns durchaus einig, daß hier möglichst schnell geholfen werden kann. Wir müssen nur feststellen, daß leider Gottes - das war auch unsere Meinung - der Hauptfehler war, daß es vor einigen Jahren zu dieser Zentralisierung gekommen ist. Die Konsumgenossenschaft Kärnten-Osttirol war durchaus positiv; immer abgesehen von einigen Filialen, weil man auch von der Struktur her bestimmte Aufgaben übernimmt.

Daß natürlich einige gerne hätten, wenn der ÖGB seine Mittel auflöst und auch den ÖGB finanziell schwächer sehen möchten, ist uns auch klar. Es ist nur ein zweites Problem dabei: Ich gebe durchaus zu, daß es so war, wie der Abgeordnete Strutz gemeint hat: daß im Management sicherlich an oberster Spitze große Fehler geschehen sind. Daher bin ich verwundert, daß man gleich jetzt den neuen Manager, wie wir aus der Zeitung wissen, nicht minder eingestuft hat und das mit einem Erfolgshonorar macht. Das Erfolgshonorar schaut noch dazu so aus: Umso mehr verkauft wird, umso besser ist sein Erfolgshonorar. Daß aber damit die Schwierigkeiten für den Konsum noch größer werden, weiter zu bestehen - wenn die Gläubigerquote erhöht wird - ist auch eine Tatsache.

Daher sind wir durchaus einer Meinung: Wenn wir hier vom Land her helfen können und damit die Kaufkraft auch im Lande Kärnten belassen, haben wir eine gemeinsame Basis, zu der wir stehen sollen! Der Weg, den der Herr Abgeordnete Hofer aufgezeigt hat, der tatsächlich gegeben ist, wird uns in die Lage versetzen zu sehen, ob wir alle gemeinsam wirklich diesen Standpunkt vertreten, der heute speziell auch von Ihnen eingenommen wurde. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Es liegt keine Wortmeldung zur Dringlichkeit mehr vor. Ich lasse daher über die Dringlichkeit abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit seiner Hand! - Das ist die Minderheit! Der Antrag wird dem Finanz- und Wirtschaftsausschuß zugewiesen.

Wir kommen zur weiteren Mitteilung des Einlaufes. Der Herr Schriftführer hat das Wort!

Direktor **Dr. Putz**:

B. Dringlichkeitsanfragen:

Ldtgs.Zl. 315-1/27:

Dringlichkeitsanfrage der Abgeordneten des SPÖ-Klubs an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser mit folgendem Wortlaut:

Wie bewerten Sie die negativen Wirkungen Ihrer Aussagen auf die Entwicklung des Kärntner Tourismus?

Die Dringlichkeitsanfrage weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Wer der Dringlichkeit seine Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit seiner Hand! - Das ist die Mehrheit! Zur Begründung der Dringlichkeit ist Frau Abgeordnete Trunk zu Wort gemeldet. Ich bitte sie, zu sprechen!

Abgeordnete **Mag. Trunk** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Wenn wir heute stundenlang über die Zukunft des Wirtschafts- und Tourismusbereiches Kärnten ausführlich diskutiert haben, so hängt dies aber auch unmittelbar mit der Attraktivität, der Akzeptanz und dem Image unseres Landes Kärnten zusammen. Es hängt damit zusammen, wie das Image nicht nur national, sondern auch international gesehen wird; wie

sich das Bild als Gesamtkonzept darstellt und vor allem, wie sich das politische Klima in diesem Land darstellt.

Bis vor zwei Wochen hätte ich, und das sage ich ehrlich und aufrichtig, einen jungen Politiker (Landeshauptmann-Stellvertreter Karl-Heinz Grasser) keineswegs mit Aussagen seines Parteivorsitzenden oder Parteichefs konfrontiert. Ganz einfach, weil mir die Fähigkeit noch immer nicht abhanden gekommen ist, Menschen zu sehen, von denen ich, wie gesagt, bis vor zwei Wochen noch überzeugt war, daß sie einer neuen Politikergeneration - auch innerhalb der Freiheitlichen - angehören; um das zu formulieren, daß es dennoch wieder einen liberalen Flügel innerhalb der Freiheitlichen gibt und daß er vor allem einer anderen Denkschule entspringt, aufgrund seines jugendlichen Alters.

Das Faktum aber ist - ich war eigentlich sehr entsetzt und habe das doppelt überprüft -, daß sich der junge Landeshauptmann-Stellvertreter Karl-Heinz Grasser in seiner Bleiburger-Rede am 7. Mai (bis auf Zwischenpassagen) fast im Originalton Anleihe genommen hat bei einer alten Rede seines Parteichefs, Jörg Haider, nämlich der Rede 1990 gegen die Ordensverleihung. Das ist für mich ein Zeichen dafür, daß er erstens - um das harmlos zu formulieren! - nicht ausreichende Qualität von Zukunftsvisionen parat hat und es ihm keinesfalls um das Schaffen eines neuen, friedfertigen Klimas in Kärnten geht, sondern daß auch ihm (diesem sehr jugendlichen Landeshauptmann-Stellvertreter) offensichtlich einiges am Schüren und Wecken alter Feindbilder liegt.

Zweitens, daß es ihm mit einer Denkungsweise - noch dazu im internationalen "Jahr der Toleranz 1995", im Jahr des Gedenkens und nicht nur Feierns des 50jährigen Bestehens der 2. Republik und im Gedenkjahr anlässlich der Ratifizierung des Österreichischen Staatsvertrages; heute haben wir eigentlich den offiziellen Gedenktag - in diesem vierfachen Be- und Gedenkjahr ganz offensichtlich an politischer Sensibilität und Feinfühligkeit mangelt; geschweige denn, daß sein Denken von Friedenswillen und Erhaltung der Versöhnung getragen ist. Und das von einem 27jährigen Politiker - Verzeihung, 26jährigen Politiker -, der dem Ansehen Kärntens nicht nur

Mag. Trunk

augenblicklich sondern leider auch längerfristig geschadet hat, weil diese Aussagen Kontinuität haben.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Zigtausende Hochglanzbroschüren, produziert mit vielen Millionen Steuergeldern, können diesen Schaden nicht mehr gut machen, denn wir können nicht von diesem Landtag ausgehen und versuchen, Millionen Europäer davon zu überzeugen, daß dieses Bild, das sich international darstellt, ganz einfach nicht stimmt, weil es wirklich nicht stimmt. Wer mit Emotionen spielt und noch dazu Emotionen weckt, alte durchaus vorhandene Feindbilder wieder aktiviert (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Was hat er denn gesagt?*) - ich habe es da - und derart diskriminierende auch antisemitische Aussagen von sich gibt, ... (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Das will ich einmal hören!*) Ich denke, Sie kennen die Altrede Haiders und die Jungvariante Grassers. (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Was hat er denn gesagt? Nicht herumfaseln, sondern sagen, was er gesagt hat! Ich möchte wissen, was er gesagt hat!*) Das setze ich voraus. (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Nein! Was hat er gesagt? Was paßt Ihnen nicht?*) Ich habe es hier, ich zitiere. (Vors. 3. Präs. Dkfm. Scheucher: *An Wort ist die Frau Abgeordnete Trunk!* - 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Sagen Sie uns das, damit wir uns auseinandersetzen können!* - Abg. Mitterer: *Ich weiß nicht, wovon Sie reden!* - 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Sagen Sie es nur!*) Jetzt sage ich einen persönlichen Zwischenruf vom Rednerpult: Ich fasse es einfach nicht, (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Ich weiß, ich auch nicht!*) daß Sie bei sehr sachlich vorgetragenen Bemerkungen meinerseits - und das ist eine dringliche Anfrage - jedesmal nervös werden. Wenn vom alten System des Kommunismus die Rede ist, fühle ich mich überhaupt nicht betroffen, weil ich war weder Diktatorin, noch Kommunistin, noch Faschistin. Ich verstehe Ihre Unruhe und Ihre permanenten Zwischenrufe nicht. Dieses Betroffensein macht mich nachdenklich und sollte Sie noch mehr nachdenklich machen. (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Lesen Sie vor, was Ihnen nicht paßt!*) Sie sind nicht mein Oberlehrer, dazu bin ich erfahren genug, Herr Unterlehrer. (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Das Gefasel ist doch*

lächerlich!) Derartige diskriminierende antisemitische Äußerungen und noch dazu das Gedenken der österreichischen Widerstandskämpfer beim Denkmal am Annabichler Friedhof so zu verkürzen und das ist Bedenken und Gedenken der österreichischen Widerstandskämpfer, verbal gleichzusetzen mit einem Gedenken an die Partisanen und nebenbei bemerkt die Partisanenverbände, von denen Sie gesprochen haben, deshalb wollen Sie dort nicht reden, wurden nicht einmal eingeladen, das zeugt von einem Denken, das jedenfalls nicht geeignet ist, politisches Händereichen auch über Generationen hinweg Wirklichkeit werden zu lassen. Ich werde diesen ganzen nicht historisch sehr wesentlichen, sondern eigentlich nur provozierenden Teil nicht ganz vorlesen, weil ich bin nicht Ihre Vorleserin, aber wenn Sie da Beschwerde führen, daß die Spitzen dieser Republik nach Israel fahren ... und - Zitat Grasser - "ich verwehre mich dagegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß unsere Väter und Großväter pauschal und kollektiv als Verbrecher abgestempelt und verurteilt werden sollen", dann sage ich Ihnen hier, und ich kann es Ihnen belegen, das ist eine bewußt ausgesprochene Unwahrheit und der Volksmund würde sagen, Lüge. Denn als österreichischer Vertreter einer Regierung müßten sie die offizielle Regierungserklärung der österreichischen Bundesregierung wissen und auch kennen, die nicht nur eingemeißelt und als Dokument vorhanden, sondern oftmals formuliert wurde. Die Republik Österreich und ihre Regierungsvertreter haben sich sehr klar und sehr präzise sowohl zur Opfer- als auch zur Täterrolle Österreichs bekannt und das formuliert. Generell von einer pauschalen Verurteilung und Verbrecherdiskriminierung aller Österreicher war nie und nimmer die Rede. Sie führen dann weiters aus, und das ist wirklich nicht in Ordnung. Wenn Sie fordern, ein Bekenntnis zur Soldatengeneration, weil diese Soldatengeneration großartige Aufbauleistung vollbracht hat, dann sage ich Ihnen folgendes: Dieser Soldatengeneration muß auch noch eine Trümmerfrauen- und -müttergeneration hinzugefügt werden, und Sie nicken, und diese Generation hat diese Zweite Republik aufgebaut, diese Zweite Republik, die wir Demokraten und Demokratinnen weiter erhalten wollen. (Abg.

Mag. Trunk

Dr. Strutz: Haben Sie das aus Haider's Rede abgeschrieben?) Dieser Zweiten Republik haben Sie, die FPÖ oder F oder wie auch immer Sie heißen mögen, den Kampf angesagt, um eine dritte sogenannte Republik zu schaffen, die - und ich passe sehr auf, was ich sage, in der lautsprachlichen Diktion sehr einem anderen dritten Reich gleicht. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Das ist eine lautsprachliche Diktion, da liegt nicht nur Zufall, sondern Absicht dahinter. (*Zwischenruf des 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.*) Der Präsident hat Zeit, meine Formulierungen zu überlegen und dann Ordnungsrufe zu verteilen. Ich denke, es steht Ihnen nicht zu, einem Präsidenten den Vogel zu zeigen. (*2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Wen meinen Sie damit?*) Ja, Sie sind gemeint. (*Abg. Schretter: Das ist eine glatte Unterstellung!*) Wenn Sie diesem Gedenken der Widerstandskämpfer gleichzeitig eine Formulierung hinzufügen, und zwar eine ziemlich undifferenzierte, und von Feinden Kärntens sprechen, dann beschimpfen Sie tatsächlich und nicht in der persönlichen Betroffenheit unsere Väter- und Großvätergeneration. Dieser Väter- und Müttergeneration, die eine geradlinige und vor allem eine antifaschistische Haltung immer aufgetragen hat, auch in Zeiten unter Einsatz ihres Lebens, dieser Generation fühlen ich und die Sozialdemokratie uns verpflichtet und diesen Aussagen Widerstand zu leisten, fühlen wir uns ebenso verpflichtet. Das werden wir uns jedenfalls nicht gefallen lassen!

Und damit Sie überhaupt etwas zu beantworten haben, will ich Ihnen noch etwas sagen: Bei dem früheren Antrag der ÖVP- und SPÖ-Fraktion haben Sie den einen Punkt abgelehnt, indem Sie nicht zugestimmt haben. Das war eine sehr freundliche Formulierung, die da lautete: "Der Landeshauptmann-Stellvertreter möge kärntenschädigende Äußerungen in Zukunft unterlassen." Das ist nicht wortwörtlich zitiert, aber sinngemäß. Sie haben da nicht mitgestimmt! Wissen Sie, was das heißt? Das bedeutet, Sie geben ihm einen Freibrief, kärnten- und österreichschädigende Äußerungen in Hinkunft auch zu tun. Oder sind Sie beim Nichtmitstimmen nur überfordert gewesen.

In diesem Zusammenhang, damit Sie etwas zu beantworten haben, denn Ihre Erklärung und

Haltung haben Sie dargelegt, frage ich Sie, weil Sie nicht mehr der Unschuldige sind, für den ich Sie vor 14 Tagen gehalten habe, und ich ersuche um Beantwortung: Glauben Sie, hat es Österreich geholfen oder geschadet, als von der Verharmlosung der Konzentrationslager die Rede war und man sie "Straflager" nannte? Meine Damen und Herren, wer Konzentrationslager und industriellen Massenmord als Straflager verharmlost, der tut seinem Land und seiner eigenen Geschichte nichts Gutes. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter meinen Sie, daß es Kärnten und Österreich gut getan hat, wenn Haider - und der Name wird immer weggelassen - von Hitlers ordentlicher Beschäftigungspolitik geredet und dann noch dazu während der unseligen Koalitionsstreitereien Ende des Vorjahres 1994 im Dezember von der Notwendigkeit der Einführung der Zwangsarbeit in Österreich gesprochen hat? Das war in der vorletzten Zeile im Bericht der "Kleinen Zeitung". Der Aufschrei war kläglich. Und meinen Sie, daß es dem Image Österreichs förderlich war, anlässlich dieses wunderbaren Festes der Freiheit in Wien Künstlerinnen und Künstler, wie eine Agnes Balzar, einen Salman Rushdy, Persönlichkeiten wie Kardinal König und andere viele Gäste linke Stadtkünstler zu nennen. Ich glaube, dem ist kaum etwas hinzuzufügen.

Von Ihnen aber, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter - und ich habe es mir sehr genau überlegt - fordere ich angesichts Ihrer Jugendlichkeit Punkt 1 eine offizielle Erklärung und Entschuldigung und Punkt 2, Sie haben noch Zeit genug im Gegensatz zu anderen, die sich die Zeit nicht mehr nehmen werden: Lernen Sie erstens die Geschichte, arbeiten sie Ihr persönliches Geschichtsverständnis auf, damit Sie weniger anfällig sind für Anführer- und Führermeinungen und vor allem, bekennen Sie sich nicht nur zur Zukunft der Jugend, sondern legen Sie ein politisches Bekenntnis nicht nur zu einer nicht mehr vorhandenen, weil toten Generation ab, sondern es geht um das Bekenntnis eines friedlichen Miteinander und einer realen Chance für unsere Jugend in Kärnten und Österreich. Und unterlassen Sie in Hinkunft solche Äußerungen.

Mag. Trunk

Vielleicht fällt es Ihnen leicht, diesen Umschlag hier zu öffnen, darin ist ein ganz einfach zu lesendes Buch "1945 wie war es wirklich? Leben zwischen Leid und Lüge". Zwischen diesen beiden Worten werden Sie sich doch auskennen. Danke. (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Von Melitta Trunk!* - Abg. Schretter: *Von Melitta Trunk! Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident Dkfm. Scheucher (ÖVP):

Frau Abgeordnete, ich darf nur der Ordnung halber festhalten, daß hier in diesem Haus niemand irgendeinen Vogel gezeigt hat. Zur Debatte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sablatnig.

Abgeordneter Sablatnig (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich habe es mir überlegt, ob ich zu dieser dringlichen Anfrage das Wort ergreifen sollte oder nicht. Ich habe es getan, weil ich dazu etwas zu sagen habe. Ich glaube, daß es wichtig ist, von dieser Stelle aus zu ermahnen, daß mit dieser Zeit mit Gedanken und mit Denken umzugehen ist und nicht mit lockeren Worten wie in einem Bierzelt. Es ist zu viel in dieser Zeit 1939 bis 1945 geschehen, daß man das mit einer Bierzeltsprache behandeln kann. Ich weiß schon, der Vormittag und die Debatten bis jetzt haben gezeigt, daß die Ausreden wieder vielfältig sein werden und schuld werden jetzt die Medien sein, die über irgendetwas berichtet haben, wie vielleicht irgendjemand anders so oder so nicht gesagt hat. Jeder weiß, daß man in dieser Frage nicht nur mit der Wortwahl, sondern mit den Gedanken ins reine kommen muß, um solche Dinge in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Der 7. Mai war für uns ein großer Tag. Es war die Landesfeier hier im Landhaushof, alle waren da und einige waren nicht da. Einige waren bei einer Veranstaltung in Bleiburg, weil es dort auch eine Veranstaltung gegeben hat, die der Abwehrkämpferbund in Unterkärnten organisiert hat. Dort kam es zu dieser in der Öffentlichkeit

sehr massiv diskutierten und von mir scharf abzulehnenden Aussage. Es ist unangenehm aufgefallen, daß viele Abgeordnetenkollegen der Freiheitlichen nicht da waren, das ist aber verständlich, wenn es eine andere Veranstaltung gibt, welche die Freiheitlichen dorthin gezogen hat. Ich meine, daß wir so einen Tag im Kärntner Landhaushof gemeinsam hätten begehen müssen und daher hätte man dieser Landesfeier andere Termine unterzuordnen gehabt. Das hat aber nicht stattgefunden.

Daher möchte ich mich hier nicht einer Person beschäftigen, sondern mit der Geisteshaltung, die Hintergrund solcher Aussagen sein muß. Entweder hat man im Geschichtsunterricht nichts gelernt oder man verdrängt das. Wenn man das verdrängt, dann ist das für mich umso bedenklicher.

Mit Betroffenheit habe ich persönlich im Rundfunk gehört, was der Politiker unseres Landes zu diesem Thema zu sagen hatte. Ich konnte es nicht glauben, daß ein Angehöriger einer Nachkriegsgeneration, einer jungen Generation solche Aussagen treffen kann. Undifferenziert alle am Widerstand gegen das verbrecherische System Tötigen als Feinde Kärntens abzuqualifizieren, ist ein Skandal, den es in dieser Republik noch nicht gegeben hat. Wir verneigen uns vor den Opfern der Nazidiktatur. Tausende Kärntnerinnen und Kärntner mußten ihr Leben in einem grauenhaften Krieg lassen, Trauer, Leid und Zerstörung sind von 1939 bis 1945 über die Welt und die Kärntner Bevölkerung hereingebrochen. Es gab viele mutige Menschen, die Widerstand geleistet haben und diesen Widerstand mit ihrem Leben bezahlen mußten. Ich meine, daß es hier von dieser Stelle aus angebracht ist, dieser Opfer zu gedenken. Gerade im Jahr der Toleranz fehlt manchen Menschen die Demut und Toleranz, über diese Dinge ernsthaft nachzudenken.

Wenn ich hier aus einem Buch vom Herrn Dr. Walzl zitieren kann, so hat es in Kärnten viele Opfer gegeben, die aus verschiedenen Gründen vom Naziregime hingerichtet wurden. Ich könnte eine Aufzählung bringen, ich erspare es Ihnen aber, denn jeder einzelne soll sich mit dieser Thematik auseinandersetzen, dann wird er über diese Fragen anders nachdenken. Ich kann nur eines zitieren, daß 1500 Kärntner im Zuge

Sablatnig

der Euthanasie zunichte gemacht wurden. Ich glaube, das waren jene Menschen, die überhaupt nichts dazu beitragen konnten, daß sie auf so schreckliche Art und Weise ums Leben kommen mußten.

Wenn es dann eine Organisation oder drei Organisationen gegeben hat, die in Klagenfurt eine Bedenkfeier abgehalten haben, so wird der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser an dieser Feier nicht gefehlt haben. Ich glaube, er ist dort niemandem abgegangen. Ich meine, daß die Vertreter der Widerstandsbewegungen ein Recht darauf haben, ihrer Toten, ihrer Freunde, ihrer Gesinnungsfreunde zu gedenken. Die Aufforderung daher an alle, nicht mit gegenseitigen Aufrechnungen zu operieren und, wie ich vorhin sagte, im Jahr der Toleranz Toleranz walten zu lassen und zu einem friedlichen Miteinander in unserem Land und in unserem gemeinsamen Europa beizutragen. Dankeschön. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir haben vor wenigen Tagen 50 Jahre 2. Republik gefeiert, wir feiern heute die 40jährige Wiederkehr des österreichischen Staatsvertrages und da gibt es in unserem Hohen Landtag eine Partei, die beim Dringlichkeitsantrag der SPÖ und ÖVP den Punkt 4. abgelehnt hat, der heißt, in der Zukunft Äußerungen zu unterlassen, die geeignet sind, dem Ansehen Kärntens und Österreichs zu schaden, die auch zu einer Schädigung des Kärntner Tourismus führen können. Nächstes Jahr feiern wir auch 1000 Jahre Österreich. Die Geschichte dieser 1000 Jahre dokumentiert, daß es noch niemals so vielen Menschen in unserem Lande so gut gegangen ist wie heute. Wir alle hier in diesem Hohen Landtag haben das Glück der späten Geburt gehabt, keiner mußte aktiv an den kriegerischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts teilnehmen. Wir haben daher auch die Verpflichtung, uns als Generation der 40er und 50er Jahre an jene zu erinnern und jene zu ehren, die diese 2. Republik aufgebaut haben. Sie haben eigentlich jene Befreiungsschritte im Jahre 1945 gesetzt, die uns aus der Knechtschaft der Nazidiktatur herausgeführt haben. 1938 wurde Österreich ein Opfer Nazideutschlands,

weil man die Bevölkerung durch massive Propagandafeldzüge, durch Einschüchterung und durch ein Klima der Angst beeinflusst bzw. gefügig gemacht hat. 1945 ist für mich ein Jahr der Befreiung und es ist daher jenen zu danken und an jene zu denken, die dafür ihr Leben eingesetzt haben, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Vergangenheitsbewältigung und Geschichtsbewältigung enden bei mir nicht bei den Titopartisanen. Meinungsäußerungen, die ein gesamtheitliches Bild der Geschichtsbewältigung und damit der Vergangenheitsbewältigung ergeben, beinhalten auch Aussagen zum KZ am Loiblpaß, beinhalten auch Aussagen zur Aussiedlung der Kärntner Slowenen und beinhalten auch Aussagen zur Ermordung von Kärntner Abwehrkämpfern in den Nazi-KZs. Wie es mit der Österreichgesinnung der freiheitlichen Partei steht, ist nicht nur aus dem Namen abzulesen, wo man das Ö vor kurzem herausgestrichen hat, sondern auch aus Aussagen zu entnehmen, die ihr Parteiobmann in den letzten Jahren vielfach getätigt hat. Ich zitierte. Am 1.9.1992 zur Austria Presseagentur: Für Österreich ist es vernünftiger, aus seiner Neutralität heraus in die NATO zu gehen. Am 18.8.1988 im Inlandsreport: Die österreichische Nation ist eine Mißgeburt gewesen. Am 13.6.1991 hier im Kärntner Landtag: Weil im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht. Des weiteren am 23.10.1993: Dieses österreichische System ist sturmreif. In den Salzburger Nachrichten am 10.11.1993: Der österreichische Staatsvertrag sollte einseitig aufgekündigt werden, dieser sei ebenso wie die Neutralität ein Relikt aus der Nachkriegszeit. Im Dezember 1993 in der Zeitschrift Basta: Die dritte Republik soll eine Republik sein, wo die Verfassung grundlegend geändert wird. Am 10.1.1994 in der Presse: Wir müssen dieses Land politisch säubern. Am 22.12.1993 präsentierte Ihr Parteiobmann Vorschläge für eine dritte Republik: Der Kanzler sollte abgeschafft, der Ministerrat durch den Bundespräsidenten geführt werden.

Österreich, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, braucht keinen Eichmeister mit falschen Gewichten. Österreich braucht Menschen in der Politik, für die Menschlichkeit

Schiller

nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern wesentlicher Bestandteil des politischen Handelns ist. Unser Land braucht nicht Trenner, Verhetzer oder Aufwiegler, sondern politisch Verantwortliche, die gesprächs- und konsensbereit sind im Dienste der Menschen in unserem Bundesland Kärnten und in der Republik Österreich. Danke. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Abgeordneter **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Frau Abgeordnete Trunk! Sie haben unseren Landeshauptmann-Stellvertreter mit einer kleinen literarischen Aufmerksamkeit bedacht. Ich darf mich dafür revanchieren. Ich hätte Ihnen gerne eine Zeitschrift überreicht, leider hat man sie mir in den Archiven nicht zur Verfügung stellen können. Ich nehme aber an, daß sie Ihnen ohnedies bekannt ist und Sie sie ohnedies regelmäßig lesen. In der Nas tednik vom 15. Mai 1981 heißt es: Abgelehnt wurde die Teilnahme des kommunistischen Kärntner Partisanenverbandes an der Feier der österreichischen Widerstandskämpfer am Zentralfriedhof in Annabichl. Im Ausschluß der Teilnahme hatte der Obmann sozialistischer Widerstandskämpfer Pablik den Hinweis gefordert, die Kärntner Partisanen hätten nicht für Österreich gekämpft. Auch die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten haben sich diesem Verlangen angeschlossen.

Ich möchte Ihnen aber auch noch ein Buch überreichen, nachdem Sie unserem Landeshauptmann-Stellvertreter hier literarisch bilden möchten. Ich überreiche Ihnen Wilhelm Wadl, das Jahr 1945 in Kärnten im Überblick und verweise Sie auf die Seite 14, offenbar haben Sie sie noch nicht gelesen, dort heißt es: Dennoch waren sie im engeren Sinn keine österreichische Widerstandsbewegung, bezogen auf die Partisanen, weil ihre positiven Ziele gegen die territoriale Integrität Österreichs gerichtet waren. Die Partisanenbewegung wurde größtenteils von außen nach Kärnten hereingetragen, die jugoslawischen Gebietsansprüche durch militärische Aktivitäten zu untermauern und die demokratische Entscheidung der Volksabstimmung des Jahres 1920 mit

militärischen Mitteln rückgängig zu machen. Das zu Ihrer geschichtlichen Bildung. *(Abg. Mag. Trunk: Es geht um den österreichischen Widerstand!)*

Hoher Landtag! Wenn man sich aber die abskrusen Aussagen der Abgeordneten Trunk, aber auch die Aussagen meines Vorredners Schiller, den ich eigentlich von dieser Seite hier im Landtag noch nicht kennengelernt habe, der einen Parteiobmann der zweitstärksten Partei als Trenner, Verhetzer, Aufwiegler bezeichnet, aber auch die Aussagen des Abgeordneten Sablatnig hier anhört, dann muß man feststellen, daß die politische Auseinandersetzung in unserem Bundesland, der heutige Tag hat es einmal mehr gezeigt, härter wird. Die Koalitionsparteien kämpfen verbittert um ihren Machterhalt. Dabei sind Ihnen Jörg Haider und die Freiheitlichen zur politischen Zielscheibe von SPÖ und ÖVP geworden. Aber, Hoher Landtag, die Antwort der Bürger ist klar. Sie geben weiterhin vehement ihre Stimme den Freiheitlichen und es gelingt den Freiheitlichen von Wahl zu Wahl ein Einbruch, vor allem in das sozialistische Lager. Gerade die Freiheitlichen Feierlichkeiten anlässlich des 50 Jahr Jubiläums anlässlich der 2. Republik haben gezeigt, daß zwar die Nachkriegsordnung tot ist, aber damit noch keineswegs alle Versuche zur geistigen und ideologischen Egomonie. Die integrative soziale Kraft der SPÖ, der sie von Viktor Adler bis Bruno Kreisky ihre Stärke verdankt, ist verschwunden, das soziale Element bei den Sozialdemokraten nicht mehr präsent, wenn man sich die Debatte über den Konsum vergegenwärtigt. Aber sehr lebendig, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist hingegen das real sozialistische Element, dessen Ideologen gerade an einer gemeinsamen Mehrheit unter Ausschluß des bürgerlichen Lagers arbeiten. Die Ampelkoalition auf Bundesebene dokumentiert nur das Wollen der SPÖ, die politische Führung in diesem Land weiter nach links zu rücken. Um dieses Ziel zu erreichen, ist Ihnen offenbar jedes Mittel recht. Vor allem ein Mittel. Weil das Ostblockgespenst zur Einschüchterung des Freiheitswillens der Österreicher nicht mehr da ist, wird das NS-Gespenst wiederbelebt, wird die Faschismuskeule ausgepackt ohne jedwede Skrupel. Die plagmatischen Halbwahrheiten

Dr. Strutz

werden dabei offenbar zur wertvollen Hilfe.
(*Abg. Mag. Trunk: Das ist auch eine alte Rede!*)

Kollege Rohr, was ist Ihre Strategie dahinter? Angst zu machen Österreich könnte schon wieder Opfer werden, der angebliche Beweis, daß der Antisemitismus, wie hier von Ihnen Kollegin Trunk angesprochen, immer schon da war und heute noch viel stärker und natürlich am stärksten beim demokratisch erfolgreichen Konkurrenten, den Freiheitlichen. Dabei gehen aber die linken, Frau Kollegin, eine Doppelstrategie, um die Wähler zu täuschen. Einerseits setzten sie unseren Staat Österreich mit ihren Parteien und Proporzsystem gleich und jeder Angriff, der gegen dieses System gerichtet ist, wird von Ihnen als Angriff auf Österreich interpretiert. Sie haben unser Konzept für die 3. Republik angesprochen. Gerade dieses Konzept der 3. Republik nimmt sich die Veränderung der Parteien und Proporzproblems zum Ziel und Angriff und wird aus diesem Grund von Ihnen verteufelt, verleumdet, falsch dargestellt, wird als völliger Umstoß der Verfassung verteufelt, was es nicht ist.

Unser heutiges Österreich, unsere Demokratie, hat eine eigene starke Identität, die es nicht notwendig, sich derartiger Methoden, Frau Kollegin Trunk, wie Sie sie auch heute wieder hier am Rednerpult angewandt haben, zu bedienen. (*Zwischenrufe von Abg. Mag. Trunk.*) Unsere Demokratie muß stark genug sein, auch mit ihrer Geschichte und der Wahrheit darüber und auch in der politischen Debatte und im politischen Wettbewerb umgehen zu können. Warum werden die Freiheitlichen von Ihnen so stark bekämpft? Jawohl, wir bekennen uns zu einer gesellschaftsverändernden Kraft. Wir von Seiten der Freiheitlichen sind auch die einzige gesellschaftsverändernde Kraft, die sich ohne Anpassung an die gegebenen Machtverhältnisse, weil es gibt neue Parteien im österreichischen Parteienspektrum, die Strategie der Systemveränderung - wir geben das hier zu - auch anstreben und verfolgen. Nur das Ziel ist es, die liberalen Ideen - und das wird hier nicht gesagt - der Grund der Freiheitsrechte durch die Befreiung der Bürger von den politischen Parteien zu vollenden. Das ist unser Konzept der 3. Republik, die Herrschaftsbereiche der Altparteien von SPÖ und ÖVP, der sich in breite

Verästelungen aller gesellschaftlichen Schichten, beginnend von den Senioren bis hin zu den Sport- und Autofahrerklubs, insbesondere die Abhängigkeit der Menschen hinsichtlich der Arbeit, Wohnung, anstrebt, diese Veränderungen haben wir uns zum Ziel gesetzt. Damit wird dem Angstkartell der großen Koalition, wie sie die beiden Parteien zur Erhaltung ihrer Herrschaftsbereiche geflüchtet haben, das sind, unter Zweck entzogen und auch in der Politik, der freie Wettbewerb eingeführt.

In diesem Sinn, Hoher Landtag, empfinden sich die Freiheitlichen als eine große Bürgerrechtsbewegung. Denn Österreich soll nach unseren Zielsetzungen nicht mehr länger die Politik und Republik von SPÖ und ÖVP, sondern die Heimat aller Österreicher sein. In diesem Konzept gilt es auch der freien Meinungsäußerung den Durchbruch zu verhelfen. Die Demokratie, der Umgang mit seiner Identität und Geschichte bedeutet auch politische Diskussion, bedeutet auch das Akzeptieren der Meinung anders denkender. Wie schwach muß unsere Demokratie sein, wenn man nicht mehr die Meinung des anders politischdenkenden Mitbewerbers gelten lassen kann oder diesen mit Verunglimpfungen differenzieren muß. Wir bekennen uns zu dieser Meinungsfreiheit und akzeptieren auch das, was Sie hier heraußen gesagt haben.

Wir sollten gerade in diesen Tagen nicht vergessen, daß die Gründerväter dieser Zweiten Republik, vor allem in unserem Bundesland Kärnten, immer das Gemeinsame vor das Trennende gestellt haben! Sie haben mit Ihrer Rede heute erneut bewiesen, daß das aus Ihrer Richtung nicht gewünscht ist.

Hoher Landtag! In diesem Sinne appelliere ich abschließend an die Vertreter von SPÖ und ÖVP, ihre Verunglimpfungen - der Zweite Präsident hat es heute hier schon dokumentiert - (*Abg. Dr. Hofer: Welche Verunglimpfungen?*) gegenüber den Freiheitlichen von seiten dieses Rednerpultes einzustellen und der Meinungsfreiheit auch hier in Kärnten zum Durchbruch zu verhelfen! Nehmen Sie endlich einmal zur Kenntnis, daß die Freiheitlichen in Kärnten ein Drittel der Bevölkerung und der Wählerschaft vertreten! Akzeptieren Sie, daß wir derartige Aussagen - Kollege Hofer, um auf

Dr. Strutz

Ihren Zwischenruf jetzt einzugehen - wie daß der Obmann der zweitstärksten Partei "ein Verbrenner, ein Verhetzer, ein Aufwiegler" sei, als Verunglimpfungen empfinden. Die Aussage, daß unser Parteiobmann "ein Verbrenner, ein Verhetzer, ein Verunglimpfer" sei: das empfinden wir als Verunglimpfung, als Diffamierung, als Beleidigung. Nehmen Sie das zur Kenntnis! (*Lärm im Hause.*) Wenn Sie Anstand haben, dann entschuldigen Sie sich für derartige Aussagen! (*Beifall von der F-Fraktion. - Abg. Mag. Trunk: Wer hat denn die Sache mit der "Blausäure" in den Mund genommen?*)

(*Vors. 3. Präs. Dkfm. Scheucher: Als nächster ist Herr Klubobmann Dr. Ambrozy zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!*)

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es macht mich betroffen, welche Betroffenheiten durch Äußerungen in diesem Hause erzeugt werden; wer sich hier aufregt, wenn man über die Geschichte dieses Landes wahre Sätze sagt und wer das immer auf sich bezieht. Ich glaube, die Freiheitlichen wären gut beraten, wenn sie diese Form der Betroffenheit einmal hinterfragen würden: ob da nicht etwa ein Funken schlechtes Gewissen mitspielt, wenn auf Dinge, die hier gesagt werden, so reagiert wird.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich bin Kollegen Strutz sehr dankbar, daß er diese Passage aus dem "Naš tednik" verlesen hat. Denn - das ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig herausgekommen! - diese Passage zeigte erst, was tatsächlich vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser gesagt worden ist. Wir haben sehr wohl ein klares Bekenntnis, vor allem für jene Widerstandskämpfer abgegeben, die für dieses Österreich, für diese Republik, für dieses Bundesland Kärnten im Kampf gegen den Nationalsozialismus eingetreten sind. (*Abg. Dr. Strutz: Grasser auch!*) Wird schon sein. Nur, dann zu sagen, nachdem klare Positionen abgegeben worden sind: "Ich nehme an der Feier nicht teil, denn dort wird auch den Feinden der Republik die Ehrerbietung erwiesen.", das halte ich für zynisch und auch schlimm. Meine Damen und Herren! Das signalisiert einen Umgang mit der Geschichte, mit der

Bewältigung dieser Geschichte, die vor allen Dingen für die Jugend dieses Landes nichts Positives bedeutet. Ich begründe, warum: Wir können die Geschichte nicht ungeschehen machen. Jeder, der von Bewältigung der Geschichte redet, redet von Unmöglichem. Denn wir können unsere Geschichte nicht bewältigen; wir können sie nur akzeptieren und die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

Ich glaube, daß die Spitzen dieser Republik, weil diese auch angesprochen worden sind, in ihren Reden sowohl in Österreich als auch in Israel genau diese differenzierte Haltung (was das Geschehene betrifft) zum Ausdruck gebracht haben: nämlich das Bekenntnis auch dazu, daß auch Österreicher Täter waren; genauso wie das tiefe Bedauern, daß viele Österreicher auch Opfer dieser Zeit waren.

Meine Damen und Herren! Sie alle wissen, daß das die Wahrheit ist. Wir tun gut daran, mit dieser Wahrheit korrekt umzugehen, weil wir damit die Basis für die Jugend dieses Landes schaffen, mit ihrer Geschichte fertig zu werden. Das hat nichts damit zu tun, daß wir ein Bekenntnis zur Soldatengeneration ablegen. Ein sehr gescheiter Mensch hat einmal gemeint, daß das Heldentum unserer Soldaten dazu geführt hat, daß den Schlächtern mehr Zeit geblieben ist, Menschen umzubringen.

Meine Damen und Herren! Ich denke, daß wir nicht immer die Betroffenheit, wenn wir mit diesem Thema umgehen, in den Vordergrund stellen sollen, sondern gemeinsam versuchen sollten, die Basis für die Zukunft für die Jugend dieses Landes im Anerkennen der Geschichte zu leben!

Weil hier von der härter werdenden politischen Auseinandersetzung, von den Ausgrenzungen und Abgrenzungen, vom Nichtmöglichmachen des Miteinanderredens gesprochen wurde: Meine Damen und Herren! Tut doch nicht so, als hättet ihr die letzten Jahre in diesem Bundesland Kärnten vergessen! Wer hat den von den "Schwarzen und roten Filzläusen" gesprochen, "die mit Blausäure vernichtet gehörten."?! Wer war denn das? War das ein Sozialist oder ein ÖVPLer oder ein Grüner? Wer hat denn diesen Stil in die Politik hineingebracht? Ich würde denn doch bitten, daß

Dr. Ambrozy

man nicht uns jetzt zu Tätern macht - wenn man die eigene Geschichte in dem Fall wieder aufarbeitet! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Wer hat denn von dem "unblutigen Sturz einer Regierung" gesprochen? Wer nimmt denn solche Worte in den Mund? (*Abg. Dr. Strutz und Abg. Steinkellner: Popper!*) Ich bin sehr dafür; ich unterstreiche das. (*Lärm im Hause*) Sir Karl Popper hat das aber zu einer Zeit gesagt, da war jener Herr, der das wiederholt hat, noch gar nicht auf der Welt. Vergessen Sie das bitte auch nicht! Da hat das einen anderen historischen Bezug gehabt. Man sollte halt die Dinge auch so lesen, wie sie im Zusammenhang mit der Zeit zu sehen sind! (*2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Das ist auch nicht falsch!*) Ich weiß, daß es eine geübte, lockere Praxis ist, sich mit Zitaten anderer zu schmücken, um nicht selbst die Verantwortung dafür zu übernehmen, was man vielleicht im Hinterkopf hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer hat also davon gesprochen? Wer hat die gewalttätige Sprache in der Politik salonfähig gemacht? Ich bekenne mich zu dem, was Kollege Strutz hier gesagt hat: Wir sollten eine Basis finden, auf der wir die Gesprächsbereitschaft über die Fraktionen hin möglich machen und uns auch mit heiklen Themen sachlich auseinandersetzen können! Sie werden bei den Sozialdemokraten hier die ersten Befürworter eines solchen Kurses finden, weil wir in jeder Phase und in jeder Form Gewalt ablehnen: ob das die Sprache ist oder ob das die Tat ist! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Was Ihre Einstellungen zur Republik, zur Systemveränderung und zu möglichen neuen Systemen betrifft, ist das Ihre Angelegenheit. Tun Sie nicht so, als würden wir Ihnen das Recht absprechen, daß Sie den Untergang dieser Zweiten Republik fordern und etwas Neues wollen und umgestalten wollen! Das ist ja Ihr gutes Recht. Nur, verlangen Sie von uns nicht, daß wir schweigsam und wie Gelähmte diesem Gerede zuhören! Sie können Ihre Forderungen stellen und Ihre Ideen entwickeln. Aber verlangen Sie nicht von uns, daß wir dazu schweigen! Wir werden sagen, was wir zu dieser Zweiten Republik zu sagen haben. Wir werden sagen, was wir von dem Aufbau jener

Generationen, die an dieser Zweiten Republik mitgearbeitet haben, zu halten haben. Die werden wir nicht verkommen lassen und die werden wir nicht in den Schmutz ziehen lassen. Wir werden auch dazu sagen, was wir von den Institutionen dieser Republik, von ihren Einrichtungen und vom Funktionieren ihrer Einrichtungen halten und was das für dieses Land, für die Entwicklung dieses Landes und für die Prosperität gebracht hat. Daran können Sie uns auch nicht hindern.

Wenn Sie meinen, daß in dieser Republik Rote und Schwarze und Blaue und Grüne keinen Platz mehr haben, sondern eine Republik gebildet werden muß, in der nur noch die Blauen Platz haben, dann sage ich Ihnen auch: Gegen solche Hegemonietendenzen werden Sie jedenfalls bei uns den stärksten Widerstand spüren! Denn wir wollen auch in Zukunft eine pluralistische Demokratie in diesem Lande haben, die funktioniert und an der alle politischen Kräfte mitwirken können; in der Stärke, die sie von der Bevölkerung bekommen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Daher meinen wir auch, daß gerade diese Zweite Republik ein Musterbeispiel dafür ist, wie man plurale, meinungsfreie Demokratie aufbauen kann und wie wir sie erhalten sollen. (*2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Auf der Ebene können wir uns schon verstehen, Herr Klubobmann!*) Sehen Sie, daher glaube ich, daß es auch falsch ist, daß hier immer mit Unterstellungen gearbeitet wird. (*2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Auf der Ebene können wir uns verstehen!*) Dann bitte ich Sie darum, daß wir diesen neuen Stil in diesem Hohen Hause pflegen. Wenn das das Ergebnis ist, hat diese Anfrage einen doppelten Sinn gehabt. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Vors. 3. Präs. Dkfm. Scheucher: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Herwig Hofer.*)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte bei meiner kurzen Wortmeldung von der Festsitzung der Landesregierung ausgehen, die vorige Woche

Dr. Hofer

stattgefunden hat. Ich darf festhalten, daß ich die weitesten Teile der Rede, die Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser dort gehalten hat, eigentlich unterschreiben könnte. Mich hat nur eines gestört: daß es zu dieser Rede eine Vorgeschichte gegeben hat und Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser letztlich nicht den Mut gehabt hat, dort sein Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, daß er durch eine mangelnde Differenzierung zweifellos den Eindruck der Diskriminierung, aber auch der Verletzung hervorgerufen hat; daß er bei dieser Rede nicht sozusagen die Gelegenheit ergriffen hat, sich dafür zu entschuldigen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Das, was ich persönlich Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser hinsichtlich seiner Rede in Bleiburg vorwerfe, sind zwei Dinge: Diese Verbindung, die er geschaffen hat, mit seinen Äußerungen über die Partisanen zum einen und mit der Veranstaltung am 8. Mai in Klagenfurt-Annabichl zum anderen. Er hat durch diese Verbindung den Eindruck erweckt, als ob in Klagenfurt-Annabichl ein Partisanendenkmal stehen würden; als ob Partisanenverbände zu dieser Veranstaltung eingeladen hätten. Meine Damen und Herren, das ist eigentlich das, was mich und viele andere betroffen gemacht hat. Ich weiß nicht, warum der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter das in dieser Form geäußert hat. Ich halte es immerhin für möglich, daß es nicht politisches Kalkül gewesen ist, insbesondere auch deshalb, weil ja sein Parteiohmann in Bleiburg auch anwesend gewesen ist. Vielleicht ist das aus dem Affekt heraus passiert? Aber diese Verbindung zwischen der Äußerung hinsichtlich der Partisanen und die Herstellung zu der Veranstaltung am 8. Mai ist für mich eigentlich die "politische Gemeinheit", die passiert ist (unter Anführungszeichen möchte ich das gesetzt wissen). Denn das ist historisch falsch, bitte! Es ist heute schon gesagt worden: Eingeladen haben zu dieser Veranstaltung der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, der Landesverband der Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, auch noch ein klares Wort: Wir müssen in unseren Bestrebungen, den Extremismen - sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite - eine klare Absage zu erteilen vorgehen und sehr sensibel sein. Äußerungen, so wie sie getätigt wurden, gegen Widerstandskämpfer sind für mich und auch für viele andere ein klares Signal an die radikale Rechte; ein klares Signal, das auch dort entsprechend verstanden wird. Und das halte ich, meine Damen und Herren, für sehr gefährlich.

Der zweite Punkt, den ich hier ansprechen möchte - er ist auch in der Diskussion hervorgekommen -, ist die Äußerung in Bleiburg. Er betrifft den Einleitungsabsatz dieser Unterlage, die mir übergeben wurde, die eine wortwörtliche Unterlage ist. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter stellt fest: "... daß die Spitzen der Republik nach Israel fahren und dort eine Haltung einnehmen, die den Eindruck erweckt, als ob unsere Väter und Großväter sozusagen Verbrecher wären." Auch diese Verbindung wird, wenn Sie den Wortlaut lesen, so hergestellt. "... die Spitzen der Republik." Nun, wer sind diese Spitzen? Zu den Spitzen der Republik gehören der Bundespräsident, der Bundeskanzler, der Vizekanzler und der Außenminister. Drei von den Leuten sind ÖVPLer.

Daher darf ich eines sagen: Von den drei genannten Leuten - der Bundespräsident ist einer, der von der Volkspartei kandidiert wurde - hat keiner jemals eine solche Äußerung getan, die eine derartige Schlußfolgerung, wie sie Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser ausgedrückt hat, rechtfertigen würde. Ich möchte Ihnen auch das, was politische Verantwortung anlangt, denn er redet ja davon, aus der Rede des Bundespräsidenten zitieren:

"Es gibt keine Kollektivschuld des Volkes, das weiß gerade das jüdische Volk, das das wie kein anders unter pauschalen Schuldzuweisungen zu leiden hatte. Aber es gibt sehr wohl ein schweres Erbe der Geschichte, zu dem auch wir Österreicher uns bekennen müssen." Es ist damit zum Ausdruck gebracht worden, daß wir sowohl Opfer gewesen sind, aber sich in unseren Reihen auch Täter befunden haben.

Dr. Hofer

Jetzt komme ich auf die Diskussion zurück, die früher im Zusammenhang mit der Zweiten Republik stattgefunden hat. Immerhin geht ein Landeshauptmann-Stellvertreter eines Landes her und verunglimpft den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, den Vizekanzler und den Außenminister, indem er Äußerungen unterstellt, die nie gemacht worden sind. Und dahinter liegt System: Man will die Zweite Republik mit allen Mitteln diffamieren, auch mit solchen. Das lehnen wir strikt ab. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion,*)

Vorsitzender Dritter Präsident Dkfm. Scheucher (ÖVP):

Es liegt nunmehr keine Wortmeldung mehr vor. Ich frage daher den Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser, ob er die Beantwortung der Frage jetzt vornehmen oder von seinem Recht Gebrauch machen will, innerhalb von zwei Monaten eine schriftliche Beantwortung durchzuführen. (*LHStv. Mag. Grasser: Jetzt!*) Ich bitte Sie zu sprechen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser (F):

Werter Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Abgeordnete! Ich möchte nur der Form halber darauf hinweisen, daß ich diese Anfrage überhaupt nicht beantworten müßte, weil sie nicht Gegenstand der Vollziehung ist. All das, was Sie hier machen, gehört eigentlich nicht ins Hohe Haus. Ich bin aber gerne bereit, zu dem, was Sie gesagt haben, auch Stellung zu nehmen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Ambrozy.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie fragen, ob es durch meine Aussagen Auswirkungen auf den Tourismus geben würde. Ich kann Ihnen nur meine Überzeugung sagen, es wird keine Auswirkungen auf den Tourismus im Lande geben. Ich frage mich, wie können Aussagen, die geschichtliche Realitäten darstellen, negative Auswirkungen auf den Tourismus haben. Ich frage mich, kann die Geschichte dieses Landes negativ für den Tourismus sein. Kann die Geschichte Kärntens

kärntenschädigend sein, wie Sie das in Ihrem Antrag sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hätte mir gewünscht, wenn in diesem Hohen Haus über ein solches sensibles Thema eines schrecklichen Abschnittes der Geschichte dieses Landes und über Aussagen meiner Person diskutiert wird, daß man sich die Mühe macht, das zu lesen, was ich tatsächlich gesagt habe. Bei dem, was von einigen Abgeordneten heute in diesem Hohen Haus zu meinen Reden bei verschiedenen Gedenkveranstaltungen, vor allem bei einer, gesagt wurde, kann ich nur sagen, Sie können diese Reden nicht gelesen haben oder aber - und das wäre für mich viel schlimmer, meine sehr geehrten Damen und Herren -, wenn Sie nämlich diese Reden gelesen haben sollten, dann darf ich meine Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß Sie hier bewußt die Verdrehungen, die Verzerrungen, die Fehlinterpretationen Ihrer Parteiführer in Bund und Land mit Ausnahme des Landeshauptmannes Zernatto, der sich diesem Stil nicht angeschlossen hat, fortsetzen.

Ich darf auch sagen, daß das, wie es hier gesagt wurde, mich wirklich menschlich sehr betroffen macht und schockiert, (*1. Präs. Unterrieder: Wir waren auch schockiert!*) denn gerade diejenigen, die hier gesprochen haben, machen sich keine Gedanken darüber, was es eigentlich tatsächlich bedeutet, wenn man einem jungen Menschen, der sich bislang immer, nicht nur in seiner politischen Tätigkeit, sehr, sehr eindeutig zu diesen schrecklichsten Abschnitten der Geschichte Kärntens und Österreichs geäußert hat, ausschließlich aus parteipolitischen Gründen Antisemitismus, habe ich einmal vom Herrn Bundeskanzler gehört, und Naziideologie vorwerfen. Ich frage mich wirklich, meine sehr geehrten Damen und Herren, aus tiefster Überzeugung: Wo bleiben bei Ihnen Moral und Ethik, wo bleibt Ihr Gewissen? (*Abg. Koncilia: Da sind Sie noch der Beleidigte! Das halte ich nicht aus! - Abg. Dr. Hofer: Das ist ja ein Witz!*)

Ich darf noch eines hinzufügen, was die Inhalte betrifft. Ich glaube, daß wir 50 Jahre nach Kriegsende zur Differenzierung auch geschichtlich in der Lage sein sollten. Ich darf zur ersten Aussage, die in Ihrer Anfragestellung wiedergegeben wird, nämlich daß ich mich dagegen ver-

Mag. Grasser

wahre, wenn Spitzen dieser Republik nach Israel fahren, um dort zu bekunden - und diese Ergänzung hätte ich mir selber auch gewünscht -, daß wir alle, die wir hier sitzen, kollektive Verantwortung für die Greuel des Zweiten Weltkrieges zu tragen haben, sagen: Herr Klubobmann, ich schließe mich dem, was Sie gesagt haben, den Äußerungen des Bundespräsidenten, die Sie zitiert haben, vollinhaltlich an. Ich darf meine Aussage einschränken, wie ich das bereits einmal gemacht habe und wie das auch beim ORF auf Band sein muß: Ich verwahre mich dagegen, wenn der Bundeskanzler dieser Republik nach Israel fährt. Mir ist es ganz egal, ob er nach Israel oder anderswohin fährt, aber in diesem konkreten Fall war es so, daß er dort sagt, kollektive Verantwortung für uns alle, für dieses Österreich. Denn ich lasse es mir nicht gefallen und ich lasse es nicht auf meiner Generation sitzen, die Gott sei Dank das Privileg der späten Geburt hatte, nicht mit den Greueln dieses Krieges konfrontiert gewesen zu sein, uns allen kollektive Verantwortung zu unterstellen. Sehr wohl glaube ich aber, daß es kollektive Vorsorge zu treffen gilt, damit solche Schrecken niemals wieder tatsächlich geschehen können.

Wenn man sich die Mühe gemacht hätte, meine Reden zu lesen, dann hätte man auch gemerkt, daß ich differenziert habe: Zum einen zwischen den Widerstandskämpfern, den Kärntnern und Österreichern, die unter Einsatz ihres Lebens für die Befreiung dieses Landes und für die Einheit Kärntens eingetreten sind, unter riesigen Opfern das Land befreit und die Demokratie wieder hergestellt haben, und jenen, die natürlich auch in diesem Buch nicht vorkommen, weil dieses Buch wahrscheinlich, ich kenne es nicht, die Geschichte so beschreibt, wie sie war, aber nicht aus Kärntner Sicht. Dieser Abschnitt Kärntner Geschichte war nur ein ganz kleiner Teilbereich in dieser gesamtheitlichen Betrachtung, denn es geht in diesem Buch nicht um Kärnten, wie ich das feststellen konnte, als ich das Buch kurz durchgesehen habe. Ich glaube aber, daß man gerade aus Kärntner Sicht, wenn man bei einer Gedenkfeier, die für die Ermordeten und Verschleppten durch die Titopartisanen veranstaltet wurde, kurz spricht, auch diesen geschichtlichen Abschnitt Kärntens beleuchten muß. Es muß erlaubt und für immer notwendig

sein, daß man die Greuelthaten dieser Titopartisanen aufzeigt, die sich nicht nur schwerster Verbrechen an der Kärntner Bevölkerung verantwortlich gemacht haben, sondern auch immer gegen die Einheit Kärntens aufgetreten sind. Daher kann ich nur noch einmal sagen, wie ich es auch bei der offiziellen Feier der Landesregierung, der außerordentlichen Regierungssitzung gesagt habe: Es gibt nichts zu entschuldigen und nichts zurückzunehmen, denn alles, was ich gesagt habe, ist richtig, zu allem kann ich stehen.

Ich bin vielmehr wirklich betroffen und schockiert über die Politik dieses Landes, denn man ist in der politischen Auseinandersetzung viel gewohnt, es kann einen im politischen Stil in diesem Land nicht viel überraschen, was man und wie man parteipolitisch inkriminieren und sinnverzerrt interpretieren kann, das hat man in den letzten Wochen in Kärnten gesehen. Man hat auch gesehen, wie leichtfertig man mit Menschen in diesem Land umgeht. Was die Inhalte betrifft, empfehle ich jedem, meine Reden zu lesen, ob das die von Bleiburg oder die zum Festakt der Kärntner Landesregierung ist. Das spricht, glaube ich, für sich. *(Beifall von der F-Fraktion. - Abg. Dr. Ambrozy: Zur Geschäftsordnung! - Vorsitzender: Bitte, Herr Klubobmann, zur Geschäftsordnung.)*

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich stelle den Antrag, über diese Anfragebeantwortung die Debatte erneut zu eröffnen.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit seiner Hand. - Dem Antrag ist stattgegeben, die Debatte ist wieder aufgenommen. Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Dr. Ambrozy.

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es

Dr. Ambrozy

hat keine andere Möglichkeit gegeben als die Wiederaufnahme der Debatte, um einige Dinge, die hier gesagt worden sind, richtigzustellen. Zum einen kann ich es nicht akzeptieren, daß hier der Spieß umgedreht wird und plötzlich jene die Schuldigen sind, die etwas aufzeigen, was vom Kollegen Grasser gesagt worden ist. Das nehme ich nicht hin, denn wir haben diese Äußerungen nicht gemacht.

Zum zweiten, meine Damen und Herren, kann ich es auch nicht akzeptieren, daß hier der Bundeskanzler dieser Republik wieder einmal falsch zitiert wird und ein höchstes Regierungsorgan des Bundeslandes Kärnten sich nicht die Mühe macht, exakt nachzuvollziehen und nachzulesen - und es war nachzulesen -, was der Bundeskanzler anlässlich der Ehrendoktorwürde in Jerusalem gesagt hat, sondern einfach pauschal etwas ausspricht, um darauf eine falsche Schlußfolgerung aufzubauen. Ich habe hier die Aussendung, die über die APA gelaufen ist, dort hätte man es nachlesen können. Das möchte ich hier dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen:

"Bundeskanzler Franz Vranitzky hat bei der Entgegennahme der Ehrendoktorwürde der hebräischen Universität Jerusalem erklärt, daß sich Österreich der Katastrophe, die die Nazidiktatur über mein Land gebracht hat, ganz klar stellen müßte. Österreich dürfe nicht Kollektivschuld auferlegt werden." (*Zwischenruf von LHStv. Mag. Grasser.*) Herr Kollege Grasser, hören Sie zu! Hören Sie wenigstens einmal zu! Denn es ist entsetzlich, daß Sie immer mit Unterstellungen operieren, ohne die Fakten akzeptieren zu wollen. (*LHStv. Mag. Grasser: Ich spreche von kollektiver Verantwortung!*) Der Herr Bundeskanzler hat gesagt: "Österreich dürfe nicht Kollektivschuld auferlegt werden, aber wir anerkennen kollektive Verantwortung, Verantwortung für jeden von uns, sich zu erinnern und nach Gerechtigkeit zu suchen." Jawohl, dazu bekenne ich mich, auch als jemand, der nach der Katastrophe auf die Welt gekommen ist. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Und diese kollektive Verantwortung werden wir doch gemeinsam empfinden können! Oder empfinden Sie das nicht, daß wir mit dieser Geschichte so umgehen müssen, daß auch unsere nachfolgenden Generationen damit zu

Rande kommen. Wir haben, so meine ich, kollektive Verantwortung, uns zu erinnern, um nach Gerechtigkeit zu suchen. Dazu bekenne ich mich!

Dazu bekenne ich mich. Herr Kollege Grasser, wenn Sie das nicht zustande bringen oder das verwechseln mit dem, was Sie gesagt haben, dann ist das schlimm, kann ich es nicht akzeptieren und unterstelle Ihnen auch, daß Sie zu diesem Dialog, zu dem Sie ständig aufrufen, eigentlich gar nicht bereit sind, sondern das als leere Worthülse im Mund haben. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen mitteilen, daß es sich hier um keine Wiederaufnahme der Debatte gehandelt hat, sondern über eine Beratung über die Anfragebeantwortung des Landeshauptmann-Stellvertreters nach § 22 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung. Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß jederzeit weitere Wortmeldungen möglich sind. - Das ist nicht der Fall, daher bitte ich Dr. Putz, mit dem Posteinlauf weiterzufahren.

Direktor **Dr. Putz**:

C) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 309-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Organisationsmodell zur Durchführung eines modernen Veranstaltungssponsorings zu entwickeln.

Zuweisung: **Ausschuß für Tourismus und Gewerbe**

Dr. Putz**2. Ldtgs.Zl. 310-1/17:****Antrag aller Abgeordneten des F-Klubs mit folgendem Wortlaut:**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen dahingehend zu treffen, daß die Wahrnehmung der Eigentümerrechte in nachstehende Gesellschaften durch den Tourismusreferenten gewährleistet werden kann:

1. Kärntner Tourismusgesellschaft, 2. Kärntner Pressebüro, 3. Klagenfurter Flughafenbetriebsgesellschaft

Zuweisung: **Ausschuß für Tourismus und Gewerbe**

3. Ldtgs.Zl. 311-1/27:**Antrag aller Abgeordneten des F-Klubs mit folgendem Wortlaut:**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein innovatives Finanzierungsprogramm zur Realisierung der im Sommerentwicklungskonzept 2000 genannten Infrastrukturprojekte auf regionaler Ebene vorzulegen.

Zuweisung: **Ausschuß für Tourismus und Gewerbe**

4. Ldtgs.Zl. 312-1/27:**Antrag aller Abgeordneten des F-Klubs mit folgendem Wortlaut:**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu treffen, daß Klein- und Mittelbetriebe, insbesondere Tourismusbetriebe, hinsichtlich der Schaffung von neuen bzw. der Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen im selben Umfang wie Großbetriebe gefördert werden.

Zuweisung: **Ausschuß für Tourismus und Gewerbe**

6. Ldtgs.Zl. 307-2/27:**Antrag aller Abgeordneten des F-Klubs mit folgendem Wortlaut:**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, durch Änderungen des Gesellschaftsvertrages der KTG eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung der Tourismusregionen am Gesellschaftskapital zu ermöglichen und jährliche Beitragsleitungen aller Gesellschafter zum Budget der KTG sicherzustellen.

Zuweisung: **Ausschuß für Tourismus und Gewerbe**

7. Ldtgs.Zl. 313-1/27:**Antrag aller Abgeordneten des F-Klubs mit folgendem Wortlaut:**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine innovative Entschuldungsaktion für jene Tourismusbetriebe, die unverschuldet in Not geraten sind und deren touristisches Produkt, Fortführungskonzept und Unternehmungsführung zukunftsrichtig ausgerichtet ist, zu entwickeln und durchzuführen.

Zuweisung: **Ausschuß für Tourismus und Gewerbe**

7. Ldtgs.Zl. 317-1/27:**Antrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Vereinheitlichung der derzeit zersplitterten Dienstrechte für Gemeindevertragsbedienstete und Landesverwaltungsbedienstete einerseits und für Gemeindebedienstete, Stadtbeamte- und Landesbedienstete andererseits vorzunehmen und die entsprechenden Novellen dem Landtag vorzulegen. Bei der Erarbeitung dieser Novellen soll mehr als bisher auf die gespannte finanzielle Situation in den Gemeinden und beim Land Kärnten und auch die entsprechenden Beschlüsse der Kärntner Landesregierung und

Dr. Putz

dem Kärntner Landtag für eine Budgetkonsolidierung des Landes Kärnten Bedacht genommen werden.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten**

8. Ldtgs.Zl. 318-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die bisher erfolgten Bestrebungen für eine Gesetzesentflechtung und Rechtsbereinigung zu verstärken und Novellen für die Aufhebung bzw. Kodifikation und Novellierung nachstehender Gesetzesmaterien vorzulegen: Feldschutzgesetz 1969, Kulturflächenschutzgesetz 1930, Gesetz zum Schutz der Almen und Förderung der Almwirtschaft 1923, Kärntner Fischereigesetz und die damit verbundenen Verordnungen, Gesetz über die Vermögenswerte nach den ehemaligen Landkreisen in Kärnten, Bestimmungen über das Armenperzent aus dem Jahre 1761, 1812 und 1855, diverse Schädlingsbekämpfungsbestimmungen, Gesetze betreffend die Anerkennung des Saatgutes aus dem Jahre 1922, Kinogesezt 1962.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten**

9. Ldtgs.Zl. 319-1/27:

Antrag aller Abgeordneten des F-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Innenministerium sicherzustellen, daß die Hubschraubereinsatzstelle Klagenfurt mit ihren zwei Rettungshubschraubern im vollen Umfang erhalten bleibt.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

Soweit der Einlauf der heutigen Landtagssitzung.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Meine Damen und Herren! Ich darf noch bekanntgeben, daß nunmehr im Anschluß an die Landtagssitzung eine Sitzung des Ausschusses für Tourismus und Gewerbe stattfindet mit Berichterstatterwahlen. Ich darf allen noch einen schönen Abend wünschen und schließe die heutige Sitzung.

Ende der Sitzung: 17.05 Uhr